



**Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien**

Nr. 77 – September 2006

Osteuropaforschung – 15 Jahre „danach“

Beiträge für die 14. Tagung junger Osteuropa-Experten

Veranstaltet von

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde
Europäische Akademie Berlin**

**Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>**

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 77: Osteuropaforschung – 15 Jahre „danach“

Beiträge für die 14. Tagung junger Osteuropa-Experten.

Veranstaltet von: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin

September 2006

ISSN: 1616-7384

Die Veranstalter danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Tagungen nicht möglich wären.

Redaktion: Niko Gebauer, Heiko Pleines, Boris Queckbörner, Diana Schmidt

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Telefon: +49 421-218-3687

Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	6
I. THEORIEN UND METHODEN DER OSTEUROPAFORSCHUNG	
<i>Elke Fein</i> Inter-, multi-, transdisziplinär. Überlegungen zu einem integralen, post-post-modernen methodologischen Pluralismus (nicht nur) in der Osteuropaforschung	8
<i>Maja Ključar</i> Abschied von einer besonderen Methodik der Ostrechtsforschung? Überlegungen zur Untersuchung des kroatischen Rechts der Vorgesellschaften	14
<i>Jan Zofka</i> „Blinded by Ethnicity“? Osteuropaforschung und die Territorialkonflikte im Zerfall der Sowjetunion	19
<i>Chris Armbruster</i> Explaining 1989. Soviet Imperial Breakdown and Structural Stasis	24
II. OSTEUROPA ALS RAUM	
<i>Anne Sophie Krossa</i> „Ostmitteleuropa“ oder „Europa“?	30
<i>Martin Fischer</i> Nordosteuropa. Eine Geschichtsregion sui generis?	33
<i>Jörg Scheffer</i> Die Staaten Mittel- und Osteuropas in Einheit und Vielfalt. Kulturräumliche Gliederungen am Beispiel der Tschechischen Republik.....	38
<i>Laura Sūna</i> Region Baltikum: kulturelle Räume in Lettland.....	42
<i>Ewa Agata Dziedzic</i> Kommen. Bleiben. Gehen. Identitätsmigration transnational?	47
<i>Lucian-Boian Brujan</i> Regionale Entwicklungsprozesse in Rumänien: „südosteuropäische Besonderheiten“ oder Globalisierungstrends? Über die Auswirkungen der Transformation und des EU-Beitritts.....	50
<i>Martin Birtel</i> Makrostruktureller Wandel und lokale Veränderungen im postsozialistischen Rumänien. Das Beispiel der Siedlungen am Rande des Königsstein Nationalparks	57

III. LAUTER SONDERFÄLLE? VON GRAUZONEN UND BUNTEN REVOLUTIONEN

Jörn Knobloch

Hybride Systeme als Neuordnungskonzept Osteuropas..... 66

Inna Melnykovska

Bunte Revolutionen oder sanfter Autoritarismus. Institutioneller Wandel in der Ukraine und Russland 1998–2005. Nexus zwischen Wirtschaft und Politik. 71

Marina Sverdel

Ukraine – eine neue Chance für die Pressefreiheit? 76

Marina Makhlin

Das Fortbestehen der neopatrimonialen Herrschaftsstrukturen in der Ukraine nach der Orangen Revolution 81

Anja Franke

„Door Opener“ und „Watchdogs“. Die Rolle von NGOs als Träger von Transparenzdebatten in ressourcenbasierten Staaten der Kaspischen Region am Beispiel von Kasachstan. 87

Wolfram Pergler

Zivilgesellschaft im Krieg. Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen russländischer NGOs im Bereich Tschetschenien zwischen 1994 und 2006 91

Melani Barlai und Florian Hartleb

Fidesz als rechtspopulistische Partei zwischen Regierung und Opposition..... 97

IV. TRANSFER VON NORMEN, IDEEN UND INSTITUTIONEN

Katrin Bergholz

Externe Demokratieförderung in Osteuropa – Bilanz und künftige Herausforderungen am Beispiel Bosnien und Herzegowinas 104

Doris Beer

Institutionentransfer in der Politikberatung der 90er Jahre 108

Susanne Schatral

Russische NGOs in Netzwerken gegen Frauen-/Menschenhandel 112

Alena Vysotskaya

Freizügigkeit der Personen in den Beziehungen zwischen der EU und ihren Anrainern Russland und Belarus 117

Sonja Guttenbrunner

Eine Chance für die Zusammenarbeit? Der Osterweiterungsprozess und die Entstehung neuer Kooperationsformen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren 122

Mara Kuhl

Allianzen für die europäische Wertegemeinschaft: Staat und Zivilgesellschaft in Estland 126

Enikő Baga und Aron Buzogány

Europäisierung subnationaler Politik und die Rolle lokaler Akteure in Mittel- und Osteuropa 131

Andreas Lorek

Polens Rolle in der Entwicklung einer „Östlichen Dimension“ der Europäischen Union	136
---	------------

V. UNTERNEHMEN IN OSTEUROPA NACH 15 JAHREN TRANSFORMATION

Gunter Deuber

Osteuropa zwischen zwei ökonomischen Ordnungsmodellen – „Sozial verantwortliche Unternehmen“ mit Indikatorfunktion	142
---	------------

Olena Horban und Andriy Bocharov

Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der nationalen Innovationssysteme (NIS) der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)	149
---	------------

Johannes Winter

Nach Produktion kommt Forschung und Entwicklung. Mittel- und Osteuropa als Ziel für Auslandsinvestitionen in der Automobilindustrie	154
--	------------

Ramona Lange

Das Wirtschaftsklima in der Ukraine nach der „Orange Revolution“ – Traum oder Alptraum für Investoren?	160
---	------------

VI. OSTEUROPÄISCHER ALLTAG ZWISCHEN GESTERN UND MORGEN

Luise Althanns

Zarenzigaretten und Verbrecherausos: Konsumenten und ihre Produkte im Übergang vom Plan zum Markt in Moskau	166
--	------------

Laura de Roos und Tatjana Hofmann

Moskauer Gastronomie – globale Vielfalt po-russki	171
--	------------

Timofei Agarin

Gesellschaftliche Resonanz des Systemwandels in den baltischen Gesellschaften im intergenerationellen Vergleich	176
--	------------

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	180
---	-----

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	185
---	-----

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	187
--	-----

Geleitwort

Die diesjährige 14. Tagung Junger Osteuropa-Experten (JOE-Tagung) versucht unter dem Thema **OSTEUROPAFORSCHUNG – „15 JAHRE DANACH“** eine Bestandsaufnahme. In diesem Sinne befassen sich Beiträge aus verschiedenen Disziplinen mit den Erwartungen, Resultaten, Ernüchterungen und Überraschungen der Transformationsprozesse in Osteuropa. Die Diskussionen in den einzelnen Panels beleuchten dabei theoretische, räumliche, politische, wirtschaftliche und alltägliche Dimensionen. Diese Themen-Schwerpunkte sollen Ausgangspunkte für weitere Forschung sowie für die inhaltliche Gestaltung kommender Nachwuchstagungen bilden.

Die Tagungen finden seit 1996 regelmäßig unter organisatorischer und fachlicher Leitung der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde statt. Partner und Tagungsort war bis 2004 das KonferenzCentrum Brühl (früher Ost-West Kolleg Brühl) der Bundeszentrale für politische Bildung und ist nun seit der dreizehnten Tagung 2005 die Europäische Akademie Berlin. Jedes Jahr erhält in diesem Rahmen ein ausgewählter Kreis exzellenter Examenskandidaten, Doktoranden und jüngerer Promovierter verschiedener Fachgebiete Gelegenheit, ihre laufenden Abschlussarbeiten und Projekte im Bereich der Osteuropafor-schung vorzustellen und offen zu diskutieren.

Es ergibt sich aus dem Gegenstand der Tagungen, dass der Schwerpunkt auf der Auseinander-setzung mit der post-sozialistischen Transformation der politischen, sozialen und wirtschaftli-chen Systeme im östlichen Europa liegt. Hier hat sich ein breites Arbeitsfeld geöffnet, das weit über den Rahmen der traditionellen Osteuropaforschung hinausgeht. Das Fach hat sich grundlegend verändert, und genau dies zeigen auch die Projekte, die auf den Tagungen vorgestellt wer-den. Die Vielfalt von Fragestellungen, Forschungsansätzen und Methoden ist ein ermutigendes Zeichen für die weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Region.

Es gilt auch festzuhalten, dass wir derzeit über eine große Zahl junger hochqualifizierter Wis-senschaftler verfügen, die sich intensiv mit den aktuellen wie auch historischen Transformati-onsprozessen befassen. Aufgrund der Öffnung der osteuropäischen Gesellschaften seit Mitte der 1980er Jahre einerseits und des wachsenden Interesses der allgemeinen Sozialwissenschaften an der Region Osteuropa andererseits hat diese Generation für ihre Ausbildung fachlich, metho-disch und sprachlich weit bessere Voraussetzungen vorgefunden, als dies bei früheren Exper-tengenerationen der Fall war. Es ist eine Chance für Politik, Wirtschaft und auch für die etab-lierte Wissenschaft, dieses Potential an qualifizierten Nachwuchskräften sinnvoll zu nutzen.

Wir wünschen den Teilnehmern der 14. JOE-Tagung ebenso fruchtbare Diskussionen wie bis-her und hoffen, dass der vorliegende Band dazu beiträgt, den Erfahrungsaustausch auch über den engeren Kreis der unmittelbar Beteiligten hinaus zu fördern.

Wir danken der Otto Wolff-Stiftung herzlich für die finanzielle Unterstützung, ohne die die Tagungen nicht möglich wären.

Die Veranstalter

*I. Theorien und Methoden
der Osteuropaforschung*

Inter-, multi-, transdisziplinär. Überlegungen zu einem integralen, post-post-modernen methodologischen Pluralismus (nicht nur) in der Osteuropaforschung

Einleitung

Die Beschäftigung mit der Transformation von Systemen ist eine klassisch interdisziplinäre Themenstellung, weil nicht nur einzelne Subsysteme (etwa das politische, ökonomische, soziokulturelle etc.), sondern das jeweilige Gesamtsystem in der Vernetzung seiner Subsysteme betroffen ist. (Sandschneider 1995: 80)

Die Begriffe Inter-, Multi- oder Transdisziplinarität sind aus der heutigen Wissensgesellschaft und ihrer Wissenschaftslandschaft nicht mehr wegzudenken.¹ Seit neuestem erweitern zusätzlich „Supra-“ und „Postdisziplinarität“ und sogar „Disziplinlosigkeit“² das Repertoire der Begriffskreationen. Gemeinsam ist ihnen allen der Ruf nach einer (Re-) Integration der mäandernden, spezialisierten und departementalisierten Einzeldisziplinen mit dem Ziel einer „Erweiterung der wissenschaftlichen Wahrnehmungsfähigkeit“ (Mittelstraß 1996: 12). Dem liegt die Überzeugung (oder eher: die Hoffnung?) zugrunde, dass die Überschreitung disziplinärer Kontexte durch eine Pluralisierung, Kombination oder Integration verschiedener Perspektiven Erkenntnishorizonte erweitert.³

In der Transformationsforschung, die es mit den Prozessen des Regimewandels und -wechsels in Osteuropa und anderswo *per definitionem* mit der Analyse komplexer und multidimensionaler Phänomene zu tun hat, war der Ruf nach interdisziplinären, „integrativen“ oder „integralen“ Modellen (Sandschneider) und einer multiperspektivischen oder gar „holistischen Transformationstheorie“ (Merkel) daher in den hier revidierten letzten 15 Jahren ein beständig wiederholtes Mantra (vgl. Sandschneider 1994, von Beyme 1994: 156, Merkel 1995, Siehl 1998, Guntermann/Justus/Wawrzinek 1999 u.a.). Das Ansinnen der Organisatoren, an diesem Punkt eine Bilanz zu ziehen, sei deshalb als Gelegenheit genutzt, die vielfältigen Versuche kritisch zu würdigen, die Komplexität der Systemtransformationen theoretisch und methodisch zu erfassen, und die Frage zu stellen bzw. zu wiederholen, inwieweit diese zu theoretisch-paradigmatischen Innovationen in der Transformationsforschung und den Sozialwissenschaften insgesamt geführt hat.

Systemtransformation als interdisziplinäre Herausforderung – Anspruch und Wirklichkeit

Vor dem Hintergrund der allseits anerkannten „Komplexität der Problemstellung bei der Analyse von Systemtransformationen“, die „weit über das jeweilige traditionelle Interesse der einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen hinausgehen“ (Sandschneider 1994), ist die Bereit-

¹ Aus der umfassenden Literatur vgl. exemplarisch Weingart/Stehr 2000, Kocka 1987, Mittelstraß 1996 und Bechtel 1986.

² So der Evolutionspsychologe Detlef Fetchenhauer am Hanse-Wissenschaftskolleg Delmenhorst im August 2006.

³ Unter „Mulidisziplinarität“ wird in der einschlägigen Literatur in der Regel die Betrachtung eines bestimmten Problems aus der Perspektive verschiedener Disziplinen ohne integrativen Anspruch verstanden, unter „Interdisziplinarität“ die systematische Erarbeitung einer gemeinsamen Problemstellung durch Vertreter verschiedener Disziplinen unter wechselseitiger Bezugnahme aufeinander, mit gemeinsamer Fragestellung und idealiter einem gemeinsamen theoretischen Rahmen, während „Transdisziplinarität“ die Kooperationen von Vertretern verschiedener Disziplinen unter Einbezug außerwissenschaftlicher Akteure bezeichnet (vgl. Maasen 2005: 7f.).

schaft zu synthetisierenden, integrativen Ansätzen, die ihre jeweiligen disziplinären Beiträge nicht mehr als konkurrierende, sondern vielmehr als einander ergänzende Forschungsstrategien verstehen, in der Transformationsforschung offenbar besonders ausgeprägt. Exemplarisch sei an dieser Stelle das Plädoyer Sandschneiders dafür angeführt, „im Sinne einer komplementären Strategie eine flankierende Themenbearbeitung von unterschiedlichen Theorieebenen und Analyseansätzen zu ermöglichen“, um „bei der Analyse von Systemtransformationen ein genaueres und besseres Verständnis des zentralen Wirkungsgefüges eines *Gesamtsystems*“ zu erhalten, wobei Sandschneider unterstreicht, dass „alle in Frage kommenden Ansätze mehr oder weniger zutreffende Beschreibungen von einzelnen Transformationsgesichtspunkten“ lieferten (Sandschneider 1994: 37 und 40f).

Mit der hier postulierten theoretischen Offenheit kontrastiert indes die etwa von Arndt Hopfmann und Michael Wolf bereits vor fünf Jahren gezogene, eher ernüchternde Zwischenbilanz der bisherigen Transformationsforschung, in welcher die beiden Autoren deren theoretische Innovationen als enttäuschend und insbesondere die Anstrengungen im Hinblick auf multi- bzw. interdisziplinäre Forschung im Prinzip als gescheitert bezeichnen (Hopfmann/Wolf 2001: 7ff.). Inwieweit handelt es sich hier demnach um Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit und wie sind diese ggf. zu erklären?

Theorieversagen der Transformationsforschung? Komplementarität versus Integration

Was (...) so euphorisch und mitreißend – und sogar ausdrücklich mit theoriebildendem Anspruch – begann, erlag im Alltag der Transformationsforschung rasch der Ernüchterung. Nicht nur, daß der angemahnte Paradigmenwechsel in der praktischen Forschungsarbeit nicht vollzogen wurde, auch (...) zu einer schöpferischen theoretischen Verallgemeinerung der Befunde ist es nie (bzw.) nur ausnahmsweise gekommen, weil sich das Transformationsproblem selbst als zu sperrig für Einzeldisziplinen erwies und die notwendige Kooperationsintensität multi- bzw. interdisziplinärer Forschung nicht erreicht werden konnte. Am Ende (...) zogen sich jene, die einst gemeinsam den Himmel eines neuen Forschungsgebietes erstürmen wollten, wieder in die Schneckenhäuser ihrer althergebrachten Disziplinen (...) zurück (und) schlossen sich dem (...) Chor derer an, die (...) das Ende der Transformationsforschung verkündeten. (Hopfmann/Wolf 2001: 8f.)

Insofern jeder Versuch einer detaillierteren Bestandsaufnahme interdisziplinärer bzw. integrativer Bemühungen auf dem Gebiet der Transformationsforschung schon angesichts der quantitativen Fülle der entsprechenden Literatur nicht nur lückenhaft bleiben müsste, sondern auch den hier gegebenen Rahmen bei weitem sprengen würde⁴, seien an dieser Stelle nur einige vorläufige Thesen und Beobachtungen formuliert.

Eine Ursache des von Hopfmann/Wolf beklagten Theorieversagens kann mithin in den jeweiligen, mit dem Anspruch der Paradigmenintegration verbundenen Vorstellungen von Interdisziplinarität gesehen werden.

- Während „klassische“ Politologen wie Merkel und Sandschneider das Ideal einer „Verschmelzung“ der verschiedenen Theorieansätze zu einem „neuen synthetisierenden Paradigma“ vor Augen zu haben scheinen, das dann wiederum mit quasi-absolutistischem Erklärungsanspruch auftreten könnte, ist etwa Kollmorgen, aus der politisch-soziologischen Transformations- und Entwicklungsforschung kommend, skeptischer in bezug auf die Möglichkeit, etwa Handlungs- und Systemtheorien zu etwas Neuem zu integrieren, und plädiert daher für eine Perspektivenrelationierung im Sinne einer komplementären Multiperspektivi-

⁴ Einen detaillierteren Überblick über Integrationsversuche auf dem Gebiet der Transformationstheorien gibt Kollmorgen (1996: 294ff.).

tät (Kollmorgen 1996: 294 und 323ff.). Seiner Ansicht nach sind die verschiedenen Paradigmen nicht synthetisierbar, ergänzen einander gleichwohl im Sinne eines Ausgleichs der „blinden Flecken“, die jeder Theorie, jedem Paradigma und jeder Perspektive *per definitionem* inhärent und die folglich in deren Rahmen auch nicht aufklärbar sind.

- Bei dem von Merkel/Sandschneider vertretenen Konzept von Interdisziplinarität scheint es sich bisweilen um eine vorwiegend *innerpolitikwissenschaftliche* zu handeln, insofern sie sich im Grunde auf die Integration akteurs- und systemtheoretischer Paradigmen beschränkt, während die Wahrnehmung anderer Ansätze, wie Kollmorgen freundlich formuliert, „beschränkten Charakter trägt“ bzw. diese schlicht aus dem interessierenden Gegenstandsfeld hinausdefiniert werden. Trotz prinzipieller Zurkenntnisnahme eines „Faktors Kultur“ trifft dies letztlich auf alle Phänomenbereiche zu, die sich positivistischen Beschreibungen entziehen (wie Wertesysteme, Wahrnehmungen, Lebenswelten, nicht-intendierte Handlungsfolgen oder tatsächliche – nicht nur unterstellte – Intentionen und Motive), die sich also einer deskriptiv-objektivierenden Beobachterperspektive kaum erschließen. Schmid/Wehrich (2001: 149) und Müller (2001: 203) sprechen daher in theoretisch-paradigmatischer Hinsicht von einem bloßen Rückgriff auf bewährte Theorieangebote und Forschungsansätze, die lediglich auf die neue Situation übertragen worden seien. Dem „genetischen Erklärungsdefizit“ der den politikwissenschaftlichen *mainstream* dominierenden *Beobachterperspektive* stellt Kollmorgen die „Teilnehmerperspektive“ handlungstheoretischer Ansätze als notwendiges Korrektiv gegenüber:

Erkenntnisobjekte und Untersuchungsperspektiven nach Kollmorgen	
<i>Teilnehmerperspektive</i>	<i>Beobachterperspektive</i>
unsichtbare, nur durch Introspektion/Sich-Hineinbegeben wahrnehmbare Phänomene	sichtbare Phänomene
„soft“, human, cultural factors, Psychen, Mentalitäten, Lebenswelten	„hard facts“
Handlungs- und Erfahrungsrationalitäten, -motive, Intentionen etc., Sinn	Handlungen als Verhalten
individuelles/Gruppenbewusstsein	Strukturen
verstehende Analysehaltung	erklärende Analysehaltung

- Ein Theorieversagen politikwissenschaftlicher Modelle zu Transformationsverläufen und –szenarien zeigt sich insbesondere im Blick auf die so genannten „postkommunistischen Autoritarismen“ in vielen GUS-Staaten, deren Transformation den schematischen Vorhersagen westlicher Theoretiker nicht folgte. Dies führte jedoch weniger zu grundsätzlichen Revisionen der Theorien; vielmehr wurden die betreffenden Fälle als „deviant cases“ klassifiziert, während man die „eigentliche“ Transformation vor dem Hintergrund der EU-Beitritte der modellkonformen ostmitteleuropäischen Staaten für abgeschlossen erklärte. Die Transformationsforschung wurde damit als nicht mehr notwendig erachtet und entsprechende Forschungsprogramme eingestellt.
- Während der infolgedessen erfolgte Rückzug in die disziplinären „Schneckenhäuser“ somit v.a. ein Phänomen der vergleichenden Politikwissenschaft zu sein scheint, deren Theorien- und Kategoriensystem „die transformatorische Sturmflut erstaunlich unbeschadet überstanden hatten“ (Hopfmann/Wolf: 8), sind etwa in soziologischen Diskussionskontexten zunehmend Versuche zu beobachten, sich grundsätzlicher mit dem Problem der Systemtrans-

formation zu befassen und diese in eine (allgemeine) Theorie gesellschaftlicher Entwicklung einzubetten, im Sinne einer Transformationstheorie für moderne Gesellschaften. Dies könnte etwa durch einen Dialog mit der Entwicklungssoziologie (vgl. Kollmorgen 2004) oder Theorien der sozialen und kulturellen Evolution geschehen.

Was bedeutet dies in bezug auf die Frage, ob und unter welchen Bedingungen ein neues, umfassende(s) Paradigma möglich wäre?

Ende der Transformation versus komplexe Entwicklung: ein Grundproblem der Transformationsforschung

Diese Frage kann m.E. nur dann bejaht werden, wenn das gesuchte Paradigma bestimmte Kategorienfehler und „blinde Flecken“ der vorherigen konstruktiv aufgreift, diese also gleichsam integriert und transzendiert. Hierzu müssen zunächst einige häufig beobachtbare Widersprüche wie die folgenden aufgelöst werden:

- So wird Transformation etwa von Hopfmann/Wolf (2001: 20) als das „zeitgleiche Auftreten mehrerer interdependenter Prozesse“ definiert, „von denen das Gesellschaftssystem als Ganzes, und nicht nur ein einzelnes seiner Subsysteme erfasst ist“, zugleich jedoch als ein „von Akteuren getragener intentionaler Prozess“.
- Während einerseits konzediert wird, dass Handlungsfolgen oft nicht intendiert sind und „der tatsächliche Verlauf des Systemwechsels den Absichten der Akteure (...) weitgehend entzogen ist“, wird die „Dynamik gesellschaftlichen Wandels (als) nur durch intentionales, zielgerichtetes Handeln hervorruft“ qualifiziert (ebd.: 28).
- Während unter Transformation gemeinhin die „Umwandlung eines gesellschaftlichen Systems in ein anderes“ (ebd.: 21) verstanden wird, begreifen dieselben Autoren sie als einen endlichen, *aber entwicklungs-offenen* Prozess, einen „gesellschaftlichen Suchprozess *mit offenem Ausgang*“ (ebd.: 27).

In allen drei Punkten ist also eine erstaunliche Ambivalenz im Umgang mit der Komplexität und der Dynamik von Transformationsprozessen zu beobachten, die ihrerseits in der Tat nicht „immanent“ aufzulösen, sondern nur dezisionistisch zu entscheiden ist: entweder man bekennt sich zur Komplexität der Wirklichkeit oder zu den eigenen perspektivisch-paradigmatischen „Scheuklappen“.⁵

Integraler methodologischer Pluralismus: ein post-disziplinäres, multiperspektivisches Modell (nicht nur) für die Osteuropaforschung

Auch wenn es antiquiert erscheint, es geht um die Entschlüsselung von Gesellschaft als Gesamtzusammenhang. (Hopfmann/Wolf: 43)

Geht man von Transformationen als komplexen und, angesichts ihrer Multidimensionalität notwendigerweise in gewissem Maße kontingenten Entwicklungsprozessen aus, was, wie wir sahen, letztlich alle Beteiligten tun, so stellt sich die Frage, welche Anforderungen sich hieraus an ein meta- bzw. post-disziplinäres Paradigma ergeben, das deren Analyse auf nicht-reduktionistische Weise gerecht werden soll. Angesichts des beschränkten Raumes seien einige diesbezüglich zentral erscheinende, sich aus den vorherigen Ausführungen ergebende Desiderate hier erneut nur stichpunktartig aufgeführt:

- Einfache Kausalschemata sind zugunsten einer *integralen Multiperspektivität* im Anschluß an Kollmorgens *Perspektivenrelationierung* abzulehnen.

⁵ Zu einer differenzierteren Diskussion etwaiger Alternativen: Kollmorgen 2006.

- Über Kollmorgens „Relevanzgewichtung“ der verschiedenen Perspektiven nach Transformationsphasen, -ebenen oder -szenarien hinaus ist eine grundsätzliche *systematische Gleichgewichtung* insbesondere der Beobachter- und der Teilnehmer- bzw. von Innen- und Außenperspektiven auf individuelle und kollektive Phänomene anzustreben (für ein illustratives Modell siehe Fein 2003 und 2007).
- Zwar lässt sich darüber streiten, inwiefern die osteuropäischen Transformationsprozesse einen eigenen Wandlungstyp darstellen (Kollmorgen 2006), doch dürfte unstrittig sein, dass sich soziale Systeme (durch Kommunikation, Interaktion, Ideen und Innovationen uvm.) permanent verändern, die systemtheoretische Vorstellung eines prinzipiellen Gleichgewichts also in Frage zu stellen ist. Vielmehr ist grundsätzlich von Entwicklungen bzw. Wandlungsprozessen in allen grundlegenden (in meinem Modell: vier) Dimensionen von Transformation auszugehen (*Tetraevolution*).
- Dabei herrscht weitgehender Konsens dahingehend, dass sich (Weiter-) Entwicklungsprozesse im Modus von *Differenzierung und Integration* vollziehen (vgl. Kollmorgen 1996: 314), wobei Differenzierungsleistungen irreversibel zu sein scheinen (Hopfmann/Wolf: 58).
- Gleichwohl können Transformationsdynamiken aufgrund ihrer Komplexität und Multidimensionalität (begrenzten Steuerbarkeit) in verschiedenen Bereichen auch in gegenläufige Richtungen gehen (unter bestimmten Bedingungen sind also auch Rückwärtsentwicklungen, im Sinne von Dissoziationen ohne Reintegration, möglich). Den sich hieraus ergebenden Wechselwirkungen gilt es analytisch gerecht zu werden.
- Unter Berücksichtigung der zuvor genannten Punkte bedeutet dies, dass sich die Subsysteme einer Gesellschaft *de facto* auf je verschiedenen „Entwicklungsniveaus“ befinden können (vertikale Dimensionalität; z.B. einem hohen, zuweilen „importierten“ technisch-institutionellen Entwicklungsstand parallel zu diesem nicht entsprechenden kulturellen „legacies“) – ja, dies ist sogar als der Normalfall anzusehen.

Vor diesem Hintergrund kann das Konzept eines integralen methodologischen Pluralismus abschließend (und gewiß verkürzt) als ein post-disziplinär aperspektivisches Bewusstsein der Multidimensionalität von Gesellschaftstransformationen zusammengefasst werden, aus dem sich eine Relationierung komplementärer Perspektiven ergibt, die der Komplexität ihres Gegenstandes nicht nur horizontal (Dimensionen), sondern auch vertikal (Differenzierungsstufen) gerecht wird.

Literaturverzeichnis

- Bechtel*, William (Hg.): *Integrating Scientific Disciplines*, Dordrecht/Boston/Lancaster: Martinus Nijhoff Publishers 1986,
- Fein*, Elke: „Diskursanalyse als Baustein einer integraleren Transformationsforschung“, in: *Krisen und Konflikte im Osten Europas*. Beiträge für die 11. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten, Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa Bremen (Hg.), Nr. 45 (2003), S. 117–121,
- Fein*, E. 2007 (forthcoming), Rußlands langsamer Abschied von der Vergangenheit. Der KPdSU-Prozeß vor dem Russischen Verfassungsgericht (1992) als geschichtspolitische Weichenstellung. Ein diskursanalytischer Beitrag zur politischen Soziologie der Transformation,
- Guntermann*, Isabelle/*Justus*, Ursula/*Wawrzinek*, Sylvia (Hg.): *Kultur im Umbruch*. Transformationsprozesse und Systemwandel in Rußland und die Sowjetunion im 20. Jahrhundert, Bochum: Projekt Verlag 1999,
- Hopfmann*, Arnd/*Wolf*, Michael (Hg.): *Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven*, Münster: Lit-Verlag 2001,

- Kocka, Jürgen* (Hg.): Interdisziplinarität: Praxis – Herausforderung – Ideologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp 1987,
- Kollmorgen, Raj*: „Schöne Aussichten? Zur Kritik integrativer Transformationstheorien“, in: R. Kollmorgen/R. Reißig/J. Weiß (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen: Leske + Budrich 1996, S. 281–332,
- Kollmorgen, Raj*: „Zwei konkurrierende Disziplinen? Entwicklungssoziologie und Transformationsforschung“, in: Berliner Debatte – INITIAL, Nr. 3/2004, S. 24–40,
- Maasen, Sabine*: Überlegungen zur verbesserten Förderung interdisziplinärer Vorhaben durch den Schweizerischen Nationalfonds (unveröffentlichte Expertise), 2005,
- Merkel, Wolfgang*: „Theorien der Transformation: Die demokratische Konsolidierung postautoritärer Gesellschaften“, in: Klaus von Beyme/Claus Offe (Hg.): Politische Theorien in der Ära der Transformation, PVS-Sonderheft 26 (1995), S. 30–58,
- Mittelstraß, Jürgen*: Stichwort Interdisziplinarität. Mit einem anschließenden Werkstattgespräch, Basler Schriften zur europäischen Integration, Nr. 22 (1996),
- Müller, Klaus*: „Konkurrierende Paradigmen der Transformation“, in: Hopfmann/Wolf 2001, S. 202–254,
- Sandschneider, Eberhard*: „Systemtheoretische Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung“, in: Wolfgang Merkel Wolfgang (Hg.), Systemwechsel 1. Theorien, Ansätze und Konzeptionen. Opladen: Leske + Budrich 1994, S. 23–45,
- Sandschneider, Eberhard*: Stabilität und Transformation politischer Systeme. Stand und Perspektiven politikwissenschaftlicher Transformationsforschung, Opladen: Leske + Bucrich 1995,
- Schmid, Michael/Wehrich, Margit*: „Die Wende und ihre Theorien – eine modellogische Kritik der soziologischen Transformationsforschung“, in: Hopfmann/Wolf 2001, S. 147–201,
- Siehl, Elke*: Privatisierung in Rußland. Institutioneller Wandel in ausgewählten Regionen, Frankfurt: Deutscher Universitätsverlag 1998,
- Von Beyme, Klaus*: „Ansätze zu einer Theorie der Transformation der Länder Osteuropas“, in: Merkel 1994, S. 141–171,
- Weingart, Peter/Stehr, Nico* (Hg.): Practising Interdisciplinarity, Toronto University Press 2000.

Abschied von einer besonderen Methodik der Ostrechtsforschung? Überlegungen zur Untersuchung des kroatischen Rechts der Vorgesellschaften

Von der Systemforschung zur Transformationsforschung

Zu Zeiten des sozialistischen Systems war die Ostrechtsforschung stark politik- und systembezogen, da brauchbare Erkenntnisse nur mittels Untersuchungen der ideologischen und politischen Grundlagen zu gewinnen waren¹. Sie hatte damit im Unterschied zu herkömmlicher Auslandsrechtsforschung ein ganz eigenes methodisches Vorgehen, welches faktisch die Eingliederung in die allgemeine Rechtsvergleichung stets verhindert hatte². Zu solch besonderen methodischen Ansätzen³ gehörte die Unterscheidung zwischen systembezogenen und systemneutralen Rechtsinstituten⁴ sowie das interdisziplinäre Forschen, um dem starken Einfluss von Politologie und Soziologie⁵, dem „Primat der Politik“⁶, und der Koexistenz formalisierter juristischer Befehle einerseits und einer nicht formalisierten, versteckten, partei- und administrativen Normierung auf der anderen Seite⁷ gerecht zu werden. Folglich war die Ostrechtsforschung als Systemforschung zu einer weitgehenden Spezialdisziplin geworden und umfasste das Recht aller sozialistisch regierten Staaten, auch außerhalb Europas⁸.

Seit der Systemwende und der damit einhergehenden Einführung von Marktwirtschaft und Demokratie stellt sich die Frage, inwiefern man noch von der Ostrechtsforschung als Spezialdisziplin sprechen kann und es weiterhin eines besonderen methodischen Ansatzes zur Erfassung des Transformationsprozesses erfordert⁹, oder ob vielmehr der Begriff der Ostrechtsforschung an sich überholt und die Eingliederung in die allgemeine Rechtsvergleichung geboten ist¹⁰.

Die Verfasserin ist der Ansicht, dass letzteres der Fall ist und heute, 15 Jahre danach, trotz möglicherweise bestehenden Besonderheiten kein eigener methodischer Ansatz erforderlich ist. Dieser These soll im Folgenden nachgegangen werden, indem zunächst die herkömmliche Metho-

¹ *Kuss*, Methodische Fragen der Ost-West-Rechtsvergleichung im Zeichen des Systemwandels in Osteuropa, ZVglRWiss 91 (1992), S. 405 (405); *Westen*, Funktion und Aufgabe der Ostrechtsforschung in Gegenwart und Zukunft, WGO – MfOR 1991, S. 11 (13).

² Für die Zugehörigkeit zur allgemeinen Rechtsvergleichung plädierten aber *Westen*, Über die sachliche, institutionelle und personelle Eigenständigkeit der Ostrechtsforschung, S. 43, in: *Meissner/Roggemann/Schroeder/Westen* (Hrsg.), Grundsatzfragen der Ostrechtsforschung, Tübingen 1980; *Roggemann*, Aufgaben der deutschen Ostrechtsforschung, S.53 (61), in: ebd.

³ Eine Übersicht zu finden bei *Luchterhandt*, Gegenstand, Ziele und Methoden der Ostrechtswissenschaft. Kritische Zusammenfassung einer Fachdiskussion, Osteuropa-Recht 1976, S. 85 (99 ff.).

⁴ *Loeber*, Rechtsvergleichung zwischen Ländern mit verschiedener Wirtschaftsordnung, S. 201 (226); darauf aufbauend *Jakobs*, Zur Methodik der Zivilrechtsvergleichung zwischen Rechten aus verschiedenen Gesellschaftsordnungen, Osteuropa-Recht 1963, S. 108 (114, 116).

⁵ *Westen*, WGO – MfOR 1991, S. 11 (13); *Loeber*, aaO, S. 201 (218); *Luchterhandt*, Thesen zum Verhältnis von Ostrechtsforschung und Politikwissenschaft, S. 103 ff., in: Grundsatzfragen der Ostrechtsforschung (Fn 2); *Brunner*, Die Methode des Ostrechts im Widerstreit von Recht und Politik, Osteuropa-Recht 1975, S. 89 ff.; *Roggemann*, aaO, S. 53 (54 f.).

⁶ *Brunner*, aaO, S. 89 (96).

⁷ *Ajani*, Das Recht der Länder Osteuropas, Berlin 2005, S. 27.

⁸ *Roggemann*, aaO, S. 53, 56, 57; *Loeber*, aaO, S. 201 (209); *Luchterhandt*, Osteuropa-Recht 1976, S. 85 (87). Schon damals wurde der ungenaue Begriff „Ostrechtsforschung“ stark kritisiert.

⁹ So *Ajani*, aaO, S. 32; für den Bereich des Wirtschaftsrechts *Kuss*, aaO, S. 421.

¹⁰ So schon *Westen*, WGO-MfOR 1991, S. 11 (19).

dik der Rechtsvergleichung betrachtet wird und schließlich anhand des Arbeitsplans über den Vergleich des kroatischen und deutschen Rechts der Vorgesellschaften überprüft wird, ob auf diese Weise ein ausreichender Vergleich möglich sein wird.

Die funktionale Methode der Rechtsvergleichung

Will man nun aber auf die herkömmliche Methodik der Rechtsvergleichung zurückgreifen, so wird man feststellen müssen, dass eine solche im Grunde fehlt und deren Entwicklung gefordert wird.

Als methodisches Grundprinzip in der Rechtsvergleichung wird seit langem das der Funktionalität bezeichnet¹¹. Nach dieser Methode ist im Recht nur das vergleichbar, was dieselbe Aufgabe erfüllt¹². Entscheidend ist demnach die Funktion von Rechtssätzen zur Lösung eines bestimmten sozialen, sei es ein reales zwischenmenschliches, gesellschaftliches oder wirtschaftliches, Problems¹³. Verglichen werden also die Lösungen verschiedener Rechtssysteme zu einem bestimmten Problem. Folglich liegt der funktionalen Methode die Annahme zugrunde, dass es in jeder Gesellschaft vergleichbare Probleme gibt. Beim Auffinden der Lösungsansätze zu einem bestimmten Problem darf man sich keinesfalls nur auf einen Textvergleich, die „black letters“ oder auch „Law on the books“, beschränken, sondern muss auch das „law in action“¹⁴ betrachten, welches sich mit der Anwendung der Normen und deren Durchsetzung in der Praxis befasst, sowie dem Vorhandensein und der Funktionsweise von rechtlicher Infrastruktur, und mit der rechtlichen Denkweise und dem Vorhandensein von außerrechtlichen Lösungen¹⁵.

Die funktionale Methode wird stark kritisiert. Einmal wird ihr Gleichmacherei vorgeworfen, da nur das betrachtet werde, wo es gleiche Funktionen gibt. Die Normen oder Gesetze mit unterschiedlichen Funktionen werden nicht erwähnt, ebenso werden kulturelle Unterschiede und Besonderheiten übersehen. Auch bliebe sie in der Praxis doch nur beim Textvergleich stehen, anstatt durch die systemübergreifende Sprache Strukturen aufzuzeigen. Man müsse sogar noch weiter gehen, und den Inhalt der Black Box untersuchen, sprich, wie es zu den Lösungen gekommen ist und es nicht dabei belassen, nur die Lösungen zu betrachten¹⁶. Auch sei die ihr zugrunde liegende trennende Betrachtung von Recht und Gesellschaft künstlich, da diese Sphären nicht zu trennen sind. Von den Vertretern der Postmoderne wird die funktionale Methode grundsätzlich abgelehnt, da sie einen Vergleich für unmöglich halten aufgrund der Verwurzelung des Forschers in der eigenen Kultur, die es ihm unmöglich mache, das andere Recht zu verstehen und objektiv zu sehen. Schließlich wird das Konzept der Funktion¹⁷ an sich angegriffen. Diese sei nicht immer klar zu erfassen¹⁸, vor allem sei das Recht auch nicht nur sozialer

¹¹ *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung, 3. Auflage, Tübingen 1996, S. 33 ff.; *Reimann*, Progress and Failure of Comparative Law, 50 (2002) Am. J. Comp. L. 671 (679 f.); *Peters/Schwenke*, Comparative Law beyond Postmodernism, 49 (2000) Int. Comp. L. Q. 800 (808 ff.), abrufbar unter <http://iclj.oxfordjournals.org/content/vol49/issue4/index.dtl>; *Kischel*, Vorsicht, Rechtsvergleichung!, ZVglRWiss 104 (2005), S. 10 (15 ff.); *Immenga*, Möglichkeiten der Konzernrechtsvergleichung, in: Festschrift für Robert Fischer, Berlin (u.a.) 1979, S. 297 (298), welcher es als einzig wirklich fruchtbare Methode der Rechtsvergleichung bezeichnet.

¹² So das viel zitierte Lehrbuch *Zweigert/Kötz*, aaO, S. 33 ff.

¹³ *Immenga*, aaO, S. 297 (298); *Zweigert/Kötz*, aaO, S. 33 ff.; *Kischel*, aaO, S. 10 (16).

¹⁴ Dieser Ausdruck wurde ursprünglich geprägt von *Pound* als Gegensatz zu „law on the books“, der vielfach zur Kennzeichnung einer vom offiziellen Recht abweichenden Praxis gekennzeichnet wird, so *Esser*, Grundsatz und Norm, 4. Auflage, Tübingen 1990, S. 19.

¹⁵ *Kischel*, aaO, S. 10 (20 ff., 24 ff.); *Zweigert/Kötz*, aaO, S. 11 ff., 37.

¹⁶ *Kötz*, Abschied von der Rechtskreislehre?, ZEUP 1998, 492 (505).

¹⁷ Siehe zum Konzept der Funktionalität im Rahmen der Methode der funktionalen Rechtsvergleichung *Michaels*, The Functional Method of Comparative Law, Duke Law School Working Paper Series 2005, Paper 26, <http://lsr.nellco.org/duke/fs/papers/26>.

¹⁸ *Jansen*, Binnenmarkt, Privatrecht und europäische Identität, Tübingen 2004, S. 68; so sei das Bereicherungs- und Deliktsrecht nicht adäquat mit der funktionalen Methode zu beschreiben, S. 68 ff.

Konfliktlöser. Vor allem darf sich die Rechtswissenschaft nicht vor den schon langjährigen Erkenntnissen der Soziologie verschließen, dass es immer viele Funktionen einer Leistung und viele Leistungen einer Funktion gibt¹⁹, dass es latente Funktionen gibt, aber dass eine Norm auch dysfunktional oder gar funktionslos sein kann. Vor allem aber wird bemängelt, dass die funktionale Methode nicht genügend präzise und viel zu oberflächlich sei, als das man von einer richtigen Methode sprechen könne, so dass deren Konkretisierung gefordert wird.

Dennoch ist an der funktionalen Methode festzuhalten. Der Vorwurf der Gleichmacherei trifft nicht zu. Nur weil ein gleiches Problem betrachtet wird, bedeutet es nicht, auch gleiche Lösungen vorzufinden, es gehe lediglich um die funktionale Äquivalenz. Man muss sich sicher der Existenz vieler, auch latenter Funktionen bewusst sein, doch muss es durchaus erlaubt sein, eben nur eine zu betrachten. Dies kann man realistisch als Rechtsvergleicher leisten. Zwar ist zuzugeben, dass viele Vergleiche immer nur noch Textvergleich betreiben, jedoch bietet die funktionale Methode mit ihrer Forderung, auch außerrechtliche Elemente zu betrachten, geradezu beste Voraussetzungen, kulturelle Unterschiede einfließen zu lassen, da deren Beachtung geradezu gefordert wird. Der postmodernen Kritik ist zuzugeben, dass man sicherlich vorgeprägt ist durch die eigene Herkunft, doch kann dies nicht zur Folge haben, keine Rechtsvergleiche mehr durchzuführen. Kultur ist erlernbar, und so auch für den Forscher²⁰. Zwar kann der einzelne Forscher nicht nur objektiv sein, jedoch wird die Objektivität durch die Zusammenarbeit von Forschern und Kritikern gewährleistet²¹. Auch ist die funktionale Methode nicht ausschließlich anzuwenden, sondern neben anderen Methoden. Der Methodenpluralismus wurde schon von der ehemaligen Ostrechtsforschung befürwortet²². Auf diese Weise kann auch der Inhalt der Black Box, also nicht nur die Lösung, sondern der Grund für ihr Entstehen, mit untersucht werden. Schließlich ist dem Vorwurf, die Methode sei unpräzise, zuzustimmen. Es werden sich jedoch nicht für jeden Rechtsvergleich gültige Vorgaben finden lassen, sondern es ist von dem jeweils besonderen Gegenstand auszugehen. Möglicherweise lassen sich so weitere grundsätzlich geltende Regeln bzw. welche für bestimmte Regionen auffinden.

Konkrete Arbeitsanleitung für den Vergleich der Vorgesellschaften in Deutschland und Kroatien

Ausgehend davon, dass ein Rechtsvergleich abhängig von seinem Gegenstand jeweils spezifische, ganz eigene Aspekte zu beachten hat, soll am Beispiel Kroatiens und seinem Recht der Vorgesellschaft, geregelt im Gesellschaftsrecht, erläutert werden, welche Aspekte konkret in diesem Fall betrachtet werden müssen.

Bei der Untersuchung des Rechts der Vorgesellschaften habe ich zunächst drei Ebenen herausgearbeitet, die als Arbeitsanleitung dienen und die Weite des Blicks vorgeben und begrenzen sollen²³.

Ausgangspunkt sind alle Normen, die die Konfliktlage aller Beteiligten bei der Gründung von Handelsgesellschaften regeln, also das sog. „law on the books“. Schwerpunkt der Untersuchung soll der Gläubigerschutz sein, so dass entsprechend der funktionalen Methode die Regeln aufzufinden sind, die die Funktion haben, den Gläubiger während der Entstehung der Handelsgesellschaft zu schützen. Dies ist in Kroatien insbesondere Art. 6 HGG²⁴, der ausdrücklich die Vorge-

¹⁹ Luhmann, Funktionale Methode und juristische Entscheidung, AÖR 1969, S. 1 (9 f.).

²⁰ Husa, Rechtsvergleichung auf neuen Wegen?, ZfRV 2005, S. 55 ff.

²¹ Peters/Schwenke, aaO, 49 (2000) Int. Comp. L. Q., S. 800 (830).

²² Schroeder, Methodenprobleme der Ostrechtsforschung, S. 79 (87), in: Grundsatzfragen der Ostrechtsforschung (Fn 2).

²³ Der folgende Überblick erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da laufend neue Aspekte hinzutreten.

²⁴ Gesetz über die Handelsgesellschaften; Narodne Novine (NN = Gesetzesblatt der Republik Kroatien) Nr. 111/1993, nun reformiert: NN Nr. 118/2003.

sellschaft für alle Handelsgesellschaften regelt. Auch die Entstehung der Normen ist einzubeziehen, um zu verstehen, wie es zu der Lösung gekommen ist. Vorliegend wurde das kroatische Gesellschaftsrecht überwiegend nach deutschem Vorbild verfasst, dagegen jedoch das Recht der Vorgesellschaften nach französischem Vorbild, so dass einmal ein Rezeptionsvorgang vorliegt²⁵. Es ist ein gemeinsames Charakteristikum der ehemals sozialistischen Staaten, dass sich die Umwandlung in ein demokratisches und marktwirtschaftliches System mittels Rezeption fremden Rechts vollzieht. Zum anderen ist hier ein Mischsystem entstanden. Schließlich lassen sich im HGG noch Ausdrücke finden, die deutlich machen, dass hier noch ein sozialistisches Vorverständnis prägend war²⁶. Für ein Verständnis dieser sozialistischen Elemente kann auf Forschungsarbeiten jener Zeit zurückgegriffen werden²⁷. Diese Normen bilden die erste Ebene.

Die zweite Ebene sind die tatsächlichen Rahmenbedingungen, in die die Normen eingebettet sind. Hierzu gehören vor allem die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung Kroatiens, so wie dessen kulturelle Prägung²⁸, welche aufgrund der Zugehörigkeit zum Habsburger Reich europäisch ist und so die Erfolgsaussicht auf Akzeptanz des rezipierten Rechts erhöht. Kennzeichnend sind vor allem der angestrebte EU-Beitritt, der die marktwirtschaftliche und demokratische Transformation mit prägt, wobei gerade die Etablierung der Marktwirtschaft vielen Schwierigkeiten ausgesetzt ist²⁹. Durch diese Betrachtung wird auch die Funktion des HGG deutlich, als Transformationsmotor zu fungieren und das marktwirtschaftliche System zu etablieren. Damit wurde eine Funktion des kroatischen Rechts der Vorgesellschaften festgestellt, die keine Entsprechung im deutschen Recht hat. Hier ist die Anregung aus der Methodendiskussion der ehemaligen Ostrechtsforschung wirksam geworden, dass es lohnt, auch von den Instituten her zu denken und nicht nur von einer Funktion aus, um Dysfunktionen aufzudecken³⁰.

Die dritte Ebene schließlich ist das „law in action“³¹, welche im vorliegenden Fall eine besonders intensive Betrachtung verdient, da sich aufgrund des Rezeptionsprozesses die Frage nach der Akzeptanz des fremden Rechts stellt, was wiederum einen sehr langen Prozess voraussetzt und so zunächst ein Auseinanderfallen von Recht und Wirklichkeit³² bedeutet. Diese ist auch zurückzuführen auf das Fortwirken ehemals sozialistischer Überzeugungen, die vor allem die Mentalität der Bevölkerung geprägt haben und die Herausbildung eines demokratischen und rechtsstaatlichen Bewusstseins hemmen. Das Problem der Akzeptanz des rezipierten Rechts ist ebenfalls eine Gemeinsamkeit der ehemals sozialistischen Staaten.

Fraglich ist zunächst, was als Hinweis für die Akzeptanz des rezipierten Rechts dienen kann. Dies ist zum einen der Beginn einer selbstständigen Entwicklung des Rechts entsprechend den einheimischen Problemen oder Ereignissen des Landes³³. Nachdem das HGG über zehn Jahre unverändert geblieben ist, ist seit dem 1.1.2004 die reformierte Fassung in Kraft. Vor allem Art.

²⁵ Dazu *Pintarič*, Bewertung der Rezeption des deutschen Gesellschaftsrechts in Kroatien, JOR 1997, 77 ff; dieser Vorgang ist in der Rechtsgeschichte bekannt, so hat z.B. Japan das deutsche Recht rezipiert und später auch das Gesellschaftsrecht der Vereinigten Staaten von Amerika.

²⁶ So ist von Eigentum an der Gesellschaft die Rede. Gemeint ist der Anteil am Grundkapital der Gesellschaft.

²⁷ Konkret für diesen Fall *Pürner*, Die GmbH als neu geschaffene Form ausländischer Investitionen in Jugoslawien, Dissertation: Regensburg 1991.

²⁸ *Kusič*, Was wir über Kroatien wissen sollten – Geschichte, Kultur, Mentalität, Europa-Forum, abrufbar unter: www.kusic.de.

²⁹ *Kusič*, Zur politischen und wirtschaftlichen Transformation in Kroatien, BTI-Ländergutachten Kroatien vom 8.10.2004, www.kusic.de.

³⁰ So *Schroeder*, aaO, S. 79 (89, 135), in: Grundsatzfragen der Ostrechtsforschung (Fn 2).

³¹ Siehe dazu bereits S. 3.

³² *Nußberger*, Die Rolle von Recht und Rechtswissenschaft im Transformationsprozess, ZIAS 1998, S. 95 (98). Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang von Transformationsrecht.

³³ *Pistor/Keinan/Kleinheisterkamp/West*, The Evolution of Corporate Law – A Cross-Country Comparison, Columbia Law School, Working Paper No. 232, abrufbar unter <http://ssrn.com/abstract=419881>, S. 59, 60.

6 HGG wurde verändert, um bisherige Probleme der Vorgesellschaft zu lösen, so dass man in dem hier relevanten Bereich durchaus von dem Beginn einer eigenständigen Entwicklung sprechen kann.

Des Weiteren ist das Funktionieren des Justizwesens³⁴ zu untersuchen, wobei die folgenden Kriterien relevant sind: angemessene Verfahrensdauer, Qualität der Richterausbildung, Durchsetzung von Urteilsprüchen in der Praxis, adäquate Verfahrensrechte. Ein zentrales Problem bildet hier die Korruption.

Im Bereich der Gesellschaftsgründung wurde jetzt eine Institution, nämlich der „One-Stop-Shop“³⁵ ins Leben gerufen, um einmal der Korruption bei den Behörden zu begegnen und auch das Gründungsverfahren zu beschleunigen. Hier kann der Gründer zu einem solchen Shop gehen, welcher alle weiteren Schritte für ihn erledigt. Damit wird Rechtssicherheit hergestellt. Schließlich ist die Anzahl der Gesellschaftsgründungen zu ermitteln, um festzustellen, wie wichtig das Recht der Vorgesellschaften, das den Gründungsvorgang regelt, ist³⁶.

Ergebnis

Von der Ostrechtsforschung kann man nicht mehr als Spezialdisziplin sprechen, sondern es ist die Eingliederung in die allgemeine Rechtsvergleichung geboten. Zwar sind die ehemals sozialistischen Staaten durch den Transformationsprozess verbunden, der auch gemeinsame Charakteristika aufweist³⁷, jedoch führen diese nicht zu der Anwendung einer besonderen Methode in der Ostrechtsforschung, wie dies vor der Systemwende der Fall war. Vielmehr ist nach der funktionalen Methode in der allgemeinen Rechtsvergleichung vorzugehen, die genügend Raum für die Besonderheiten lässt. Anregung kann die damalige Methodendiskussion aber geben, so das Denken von einer Institution her oder die Anwendung mehrerer Methoden.

Auch ist der Begriff der Ostrechtsforschung überholt. Zwar besteht die verbindende Klammer der Transformationserfahrung, so dass man die ehemals sozialistischen Staaten als Transformationsstaaten bezeichnen könnte. Am Beispiel Kroatiens wurde jedoch deutlich, wie stark die eigenständige Entwicklung ist, es zu Mischsystemen kommt, eigene rechtliche Lösungen entwickelt werden und in welchem Maß die geschichtliche und kulturelle Prägung vor der sozialistischen Ära Teil der neuen Identität ist. Langfristig ist daher davon auszugehen, dass sich diese gemeinsame Erfassung der ehemals sozialistischen Staaten erübrigen und eine regionale Spezialisierung erfolgen wird³⁸, indem jedes der Länder sich in seine Umgebung einreihen wird. So ist Kroatien in diesem Sinne Teil Südeuropas.

³⁴ Dazu *Pintarič*, Justizreform in Kroatien, forost Arbeitspapier Nr. 21, April 2004.

³⁵ *Regierungsprojekt „one stop shop“ soll Standort Kroatien stärken*, Artikel vom 13.12.2004, www.bfai.de.

³⁶ Einzuholen beim Kroatischen Statistikamt (*državni zavod za statistiku*). Alle Veröffentlichungen sind abzurufen unter www.dzs.hr.

³⁷ *Ajani*, aaO, S. 28.

³⁸ So auch *Ajani*, aaO, S. 32.

„Blinded by Ethnicity“? Osteuropaforschung und die Territorialkonflikte im Zerfall der Sowjetunion

Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die damit einhergehenden bewaffneten Konflikte verhalfen dem Konzept des „Stammes“ zu einer Renaissance. Insbesondere durch die jugoslawischen Zerfallskriege bahnte sich das „Ethnische“ einen Weg in die Debatten in Wissenschaft, Politik und Medien und in das Alltagsbewusstsein. Die Diskurse der Akteure in den Konflikten wurden für bare Münze genommen und ihre historisierenden Botschaften als Ursache der Gewalt angenommen. „Ancient Hatreds“ und kulturelle Differenz, „ethnische Vermischung“ und irrationale Ängste wurden zum Allgemeinplatz der Erklärung der gewalttätigen Auseinandersetzungen. Auch die Konflikte in der untergehenden Sowjetunion von Berg-Karabach bis Transnistrien sind häufig als „ethnische Konflikte“ gelesen worden.

Einige Forscher haben sich gegen dieses Paradigma gestellt. Kritisiert wird am Konzept des Ethnischen, dass es die Primordialität nationaler Zugehörigkeit suggeriere, es erst die Gewalt sei, die die klare Gruppenabgrenzung schaffe. Der Politikwissenschaftler Karsten Wieland konstatiert eine strukturelle „Kluft zwischen Handlungsgruppe und postulierter Identitätskategorie“ und kommt zu dem kategorischen Schluss: „„Ethnische Konflikte‘ gibt es nicht.“ (Wieland, 2000, S. 366) Desweiteren wird angeführt, dass keine logische Kaskade aus der „Multiethnizität“ direkt in die Auseinandersetzung führe, dass nicht die inhaltlich dünnen ethnischen Zuschreibungen, sondern ökonomische und politische Interessen von Eliten Gegenstand der Auseinandersetzungen seien und dass eine Neuauflage des Begriffes des „Stammes“ nur ein schlechter Ausgangspunkt für die Analyse gesellschaftlicher Prozesse am Ende des 20. Jahrhunderts sein könne (Brubaker/Laitin, 1998; Laitin, 2001; Wieland, 2000).

Brubaker und Laitin konstatieren in ihrem Aufsatz zur Theorie „ethnischer Gewalt“ ein Definitionsproblem rund um die Begriffe Ethnie, Nation oder Rasse und sehen die Kodierung der Gewalt durch Täter, Beobachter und Rezipienten als zentral an. Durch den von ihnen wahrgenommenen „ethnic turn“ in den Sozialwissenschaften befürchteten sie eine Überbewertung von „Ethnizität“ und sehen in dem Begriff „a category of practice, produced and reproduced by social actors (...) that should not be (...) taken over uncritically as a category of analysis by social scientists.“ (Brubaker/Laitin, 1998, S. 446) So halten die beiden US-amerikanischen Sozialwissenschaftler viele Analysten für „not blind to, but blinded by ethnicity.“ (Brubaker/Laitin, 1998, S. 428)

Diese These soll im Zentrum dieses Beitrags zur Methodik der Osteuropaforschung stehen: Die Konzepte der „Ethnizität“ und des „Ethnischen Konflikts“ sind politische Begriffe, die die Osteuropawissenschaft bei der Erklärung und Analyse von Territorialkonflikten eher zurückgeworfen als vorangebracht haben. Zur Verdeutlichung werden hier vorrangig Punkte aus der Erforschung der Konflikte um Transnistrien (Republik Moldova) und die Krim (Ukraine) herangezogen.

Anders als Brubaker und Laitin, die der Meinung sind, „(that) there is no reason to believe that (...) ethnic violence can be understood or explained through a single theoretical lense“ (Brubaker/Laitin, 1998, S. 447), soll hier jedoch nicht der Unmöglichkeit einer Theoriebildung für ethnopolitische Konflikte und gewalttätige nationalistische Mobilisierungen das Wort geredet werden, sondern sollen abschließend einige Vorschläge für theoretische Ansätze und Konzepte gemacht werden.

Das Argument des „Ethnischen“ bei der Erforschung der Territorialkonflikte im Zerfall der Sowjetunion

Aufgrund der Dominanz der russischen Kultur, der Minderheitenstellung der Ukrainer und der Zuwanderung zurückkehrender Krimtataren nahmen einige Forscher nach dem Beginn der Kriege in Jugoslawien an, die Krim könnte sich zu einem Bosnien der Sowjetunion entwickeln. Aber ebenso wie in einigen anderen Regionen, die westeuropäische Wissenschaftler vorab als Schauplätze „ethnischer Gewalt“ angenommen hatten, verliefen die Auseinandersetzungen um den Status zwischen der neuen ukrainischen Regierung und den separatistischen Kräften der Halbinsel weitgehend gewaltfrei. Dagegen hatte eine Region Transnistrien, die sich nach einem Kurzkrieg gegen die moldawische Zentralregierung mit Unterstützung der Russischen Föderation de facto unabhängig machte, niemand auf der Rechnung gehabt. Die Diskrepanz zwischen Prognose und Wirklichkeit ist ein Indiz dafür, dass die zentralen Kriterien für die Gewaltsamkeit von Territorialkonflikten falsch gewichtet worden sind und insbesondere der Faktor „Ethnizität“ eine Überbewertung erfahren hat.

Die politischen Spannungen in den (ehemaligen) Sowjetrepubliken, an denen Angehörige russischer Minderheiten beteiligt waren, sind oft mit dem Zugang der „Diasporaforschung“ untersucht worden. Unter der Annahme einer Gesamtgruppe von „Russians beyond Russia“ untersucht diese in erster Linie Fragen der Identitätsbildung, der politisch-legalen Situation im Residenzstaat und des Einflusses des „Homelands“ Russland (u.a. Büscher, 2004; Laitin, 1998; Melvin, 1995). Die Ergebnisse sind aus Sicht (post-)moderner Nationalismustheorien sicherlich nicht allzu überraschend: Es gibt keine eindeutige kollektive Identität, die Identifikation mit dem angenommenen Referenzstaat ist sehr unterschiedlich ausgeprägt und eindeutige Kriterien dafür, wer zur Titularnation, zur russischen Diaspora oder zu den vielen russischsprachigen Dritten gehört, lassen sich nicht finden. Vor allem aber hat sich zwischen der Radikalität ethno-politischer Maßnahmen des Residenzstaates und Mobilisierungserfolgen russischer Nationalisten kein Kausalzusammenhang herstellen lassen. Die zum Teil großflächig (auf die gesamte Ex-Sowjetunion) angelegten Studien haben aber zur Klärung der Frage nach den Ursachen der Gewalttätigkeit oder Gewaltlosigkeit oder überhaupt dem Auftreten der Territorialkonflikte in der zerfallenden Sowjetunion wenig beigetragen. Die grundsätzliche Annahme einer regionalen Eliten zur Verfügung stehende Mobilisierungsmasse „Russen“ schmälert den Erkenntniswert auch einiger vergleichender Studien, die Diaspora-Mobilisierungen als politische Bewegungen und nicht als quasi-natürlichen Auswuchs stark verwurzelter Identitäten einordnen (Meyer, 1996).

Nachhaltigere Ergebnisse hat die Konfliktforschung hervorgebracht, in der sich widerstreitende Ansätze gegenüberstehen. Insbesondere die Transnistrien-Forschung kann man grob in drei Blöcke einteilen, die a) kulturelle, ethnische und kollektiv-historische Faktoren (z.B. Kaufman/Bowers, 1998), b) Besitzstandwahrungsinteressen von Eliten und ökonomisch unterschiedliche Entwicklungen (z.B. Troebst, 2003) und c) ein Zusammenspiel verschiedener Ursachen (z.B. Hanne, 1998) für die starke Separationsbewegung und den Kurzkrieg verantwortlich machen.

Die mehrere Faktoren als mögliche Ursachen beleuchtende Aufsatzsammlung Kolstø (Kolstø, 2002) vergleicht die Konflikte in Moldova und Estland, und kommt zu dem Schluss, dass sich die Diskriminierung durch den neu nationalisierenden Staat ebenso wenig als Ursache eines gewalttätigen ethno-politischen Konflikts festmachen lässt wie der Grad kultureller Differenz. Dagegen werden die Spaltung innerhalb der Eliten der Republik Moldova und die Stationierung der 14. Armee als Hauptargumente für die unterschiedliche Entwicklung in Moldova und Estland angeführt.

Interessanterweise kodiert ein Teil der Forscher den Transnistrien-Konflikt als „ethnisch“, obwohl eine solche Kodierung bei zentralen Akteuren nicht im Mittelpunkt stand. Richtig an dem Argument, der Verweis der Akteure auf den politischen Inhalt des Konflikts, sei zu kurz gegrif-

fen, ist, dass tatsächlich Elemente nationalistischer Mobilisierung in der transnistrischen Bewegung zu finden waren. Obwohl sie in geringem Maße auf die klassischen Kategorien von *Ethno-Nationalisten* abhob, wäre es problematisch den Transnistrien-Konflikt mit seinen grundlegenden Parallelen zu anderen Territorialkonflikten im Zerfall der Sowjetunion als ein besonderes Phänomen anzusehen. Vielmehr stellt die Staatsgründung auf moldawischem Gebiet links des Dnjestrs mit ihrer Legitimation durch die Kreation einer neuen transnistrischen Identität, ein Brennglas dar, das im Vergleich mit anderen Konflikten die Funktionalität von ethnonationalistischen oder separatistischen Mobilisierungen auch in weiteren Regionen beleuchten helfen kann.

Die Fehler des Konzeptes des „Ethnischen“ und Vorschläge zur Theoriebildung

Ohne hier die Möglichkeit zu haben, den „ethnic turn“ der Sozialwissenschaften in 80er und 90er Jahren quantitativ zu überprüfen, lässt sich sagen, dass ethnisierende Begriffe, Konzepte und Theorien Einfluss genommen haben und bei der Erforschung gewalttätiger Territorial- und ethnopolitischer Konflikte die Osteuropaforschung nicht voran gebracht haben. Regionale Ethno-Rankings, Versuche einer quantitativen Messung kultureller Differenz und der inflationäre und oft sprachlich falsche Gebrauch des Begriffs „ethnisch“ sind nur die Extreme – implizit hat sich die Annahme vorab existierender, abgrenzbarer Gruppen weitgehend durchgesetzt. Gleichwohl wird diese Ausgangsthese in den Ergebnissen der allermeisten Studien nicht bestätigt. Übereinstimmend lautet der Schluss, dass nicht ganze „Ethnien“ übereinander herfallen, sondern bestimmte Akteure mit bestimmten Mobilisierungstechniken und gesellschaftlichen Positionen die Handlungsgruppe darstellen und dass Hass und klare Gruppenabgrenzung mehr Resultat als Ursache der Konflikte sind (Brubaker/Laitin, 1998; Laitin, 2001). Ziel der nationalistischen Mobilisierung sind im Normalfall nicht nur „Angehörige“ „anderer“ Gruppen, sondern z.B. auch politische Abweichler und Konkurrenten.

Diese Ergebnisse müssen auch in die begrifflichen Konzepte, das theoretische Instrumentarium, Ausgangsthesen und Fragestellungen Eingang finden. Die Kategorie des „ethnischen Konflikts“ suggeriert dagegen, althergebrachte, geschlossene Gruppen fielen übereinander her. Sie beraubt Mobilisierung und Gewalt ihrer Funktionalität und der dahinter stehenden sozialökonomischen Interessen, ebnet die Differenz zwischen Angegriffenen und den Angreifern ein und ist deshalb grundsätzlich in Frage zu stellen.

Da es sich bei den Konfliktparteien nicht um Stämme, sondern um politische, nämlich nationalistische, Bewegungen handelt, müssen sie auch als solche untersucht werden. Der Begriff des „Ethno-Nationalismus“ macht immerhin Akteure und nicht-Akteure oder gar Opfer unterscheidbar und schließt politisch-ökonomische Ambitionen der Täter und Handelnden ein. Erst wenn man letztere aus den von den Ethno-Nationalisten kommunizierten Botschaften herausgeschält hat, kann man sich den Ursachen und damit einer Theoretisierung der ethnonationalistischen Gewalt und Mobilisierung nähern.

Geht man nach Brubaker/Laitin, scheinen die Sozialwissenschaften vor der Theoriebildung in Sachen ethnonationalistischer Gewalt wie vor einer unlösbaren Aufgabe zu stehen. In den Hintergrund gedrängt scheinen dabei einige Vorarbeiten auf dem Gebiet der Nationalismusforschung, die schon vor Jahrzehnten festgestellt hat, dass es sich bei den rund um die Kriterien Sprache, Religion oder Abstammung gebildeten „Wir-Gruppen“ um diskursiv hergestellte, imaginierte Gemeinschaften handelt, deren reale Wirkungsmächtigkeit nicht mit den Vorstellungen von ihnen übereinstimmt (Anderson, 1985; Hobsbawm, 1991).

Auch mit der Faschismusforschung und den zugehörigen Theorien ist ein weiteres benachbartes Feld, das sich jahrzehntelang mit Phänomenen gewalttätiger, nationalistischer Massenmobilisierungen auseinandergesetzt hat, bei der Erforschung der Ethno-Kriege am Ende des 20. Jahr-

hunderts in Vergessenheit geraten. Ohne einer einfachen Gleichsetzung das Wort zu reden, könnte die Diskussion einiger Fragen der Faschismustheorien für das Verständnis von ethnonationalistischen Bewegungen durchaus hilfreich sein (zu Faschismustheorien: Wippermann, 1989). Das Bündnis aus Angehörigen aller Klassen zum ökonomischen Kernprojekt des „völkischen Korporatismus“, die dominante Stellung von Eliten, ob lokal/regional-mittelständisch oder großkapitalistisch, in den Bewegungen, der Wille zur Vernichtung des als „feindlich“ und „anders“ Imaginierten, die Gegnerschaft zu sozialen Bewegungen, welche sozialökonomische Interessen definieren, insbesondere zur Arbeiterbewegung, die ökonomische Krise als Voraussetzung des Mobilisierungserfolgs und die zentrale ideologische Stellung des Nationalismus und seiner Mythen – zumindest bei einigen der ethnonationalistischen Bewegungen im Zerfall des Realsozialismus lassen sich Parallelen zu den Faschismen der Zwanziger und Dreißiger Jahre ausmachen.

Als zentral erscheint jedoch, nicht an den Botschaften der Akteure, sondern an ihren Ambitionen und den sozialökonomischen Grundlagen ihres Handelns anzusetzen. Als Basis einer solchen Herangehensweise, die sich mit der sozialen Zusammensetzung der Bewegungen, den wirtschaftlichen und politischen Interessen der zentralen Akteure und der zugrunde liegenden ökonomischen Entwicklung beschäftigt, können die Begriffsapparate der Regulationstheorien dienen.

Aus deren Sicht erscheinen die Territorialkonflikte in der spät- bzw. postsozialistischen Welt als Verteilungskämpfe um gesellschaftliche Ressourcen und politische Macht im Zuge der rapiden Auflösung des realsozialistischen Regulationsmodus und der weltweiten Ablösung der fordistischen Produktionsweise (Hirsch, 2002). Im Kampf um einen Erhalt oder eine Verbesserung ihrer sozialen Position im schnellen und drastischen Wandel von Akkumulationsregime und Regulationsweise bilden (Teile der) Eliten und aus verschiedenen sozialen Gruppen der Gesellschaft kommende nationalistische Aktivgruppen einen klassenübergreifenden „separatistisch-korporatistischen“ Block. Die Akteure dieser Koalition geben mit nationalistischen Ideen ihren partikularen Interessen an Besitzstandswahrung bzw. sozialem Aufstieg einen kollektiven Anstrich und erreichen damit im Erfolgsfall eine Legitimierung ihres Machtprojekts und eine Mobilisierung breiterer Bevölkerungskreise.

Der hier vorgeschlagene Ansatz, seine Begrifflichkeit und theoretischen Grundlagen bleiben sicherlich zu diskutieren. Voraussetzung einer fruchtbaren Diskussion einer Theorie ethnonationalistischer Gewalt ist aber die Dekodierung der Botschaften der Akteure, bei der Untersuchung von Ursache und Funktion der Gewalt wird man an der politischen Ökonomie nicht vorbeikommen.

Literatur

- Anderson, Benedict: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London, 1985.
- Brubaker, Rogers/Laitin, David D.: *Ethnic and Nationalist Violence*, in: *Annual Review of Sociology*, 24, 1998, S. 423–452.
- Büscher, Klemens: *Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine: ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat*, Frankfurt/Main (u.a.), 2004.
- Hanne, Gottfried: *Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regelung*, Berichte des BiOst, Nr. 42/1998.
- Hirsch, Joachim: *Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen*, Frankfurt/Main, 2002.
- Hobsbawm, Eric J.: *Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780*, Frankfurt/M., 1991.

- Kaufman, Stuart J./Bowers, Stephen R.: Transnational Dimensions of the Transnistrian Conflict, Nationalities Papers, Vol. 26, No. 1, 1998, S. 129–146.
- Kolstø, Pål (Hg.): National Integration and Violent Conflict in Post-Soviet Societies. The Cases of Estonia and Moldova, Lanham, 2002 .
- Laitin, David D.: Secessionist Rebellion in the Former Soviet Union, Comparative Political Studies 34 (2001), S. 839–861.
- Laitin, David D.: Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad, London, 1998.
- Melvin, Neil J.: Russians Beyond Russia: The Politics of National Identity, London, 1995.
- Meyer, David J.: Why have Donbas Russians not Ethnically Mobilized like Crimean Russians have? An Institutional/Demographic Approach, in: State and Nation-Building in East Central Europe: Contemporary Perspectives, John S. Micgiel, NY, 1996, S. 317–30.
- Troebst, Stefan: Separatistischer Regionalismus als Besitzstandswahrungsstrategie (post-) sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989–2002. In: Philipp Ther und Holm Sundhaussen (Hrsg.): Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Marburg/L.: Herder-Institut 2003, S. 185–214 (= Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, Bd. 18).
- Wieland, Karsten: Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik. Bosnien, Indien, Pakistan, Frankfurt/M., 2000.
- Wippermann, Wolfgang: Faschismustheorien, Darmstadt, 1989.

Chris Armbruster

Explaining 1989. Soviet Imperial Breakdown and Structural Stasis¹

Abstract

A new hypothesis for explaining the world historical event of 1989 is proposed: The Soviet imperial association was immobilised by a structural stasis. Structural stasis was the condition that made Soviet imperial breakdown possible. As the leadership sought to mobilise the imperial association in the late 1980s the breakdown became increasingly likely. Once the resort to violence was heavily constrained and the imperial association lost control over borders and space the breakdown became inevitable. The hypothesis is theoretically well grounded in a Weberian theory of domination, which is elaborated to include indicators of illegitimate domination. Methodologically the hypothesis is bolstered by the most advanced models of social and cultural change available, which are developed to account for structural and cultural conditioning as well as probability and contingency. Theory, methodology and model foster an explanatory understanding. It is anticipated that this new hypothesis will prevail over alternative political, economic, military and cultural explanations.

Introduction

After 1989 more and more observers concurred that the historical formation that had dissolved in front of their eyes had been imperial (cf. Collins 1986, Carrere d'Encausse 1990, Sapir 1990, Snyder 1991, Pravda 1992, Arnason 1993, Buttoni 1993, Simon/Simon 1993, Altrichter/Neuhaus 1996, Barkey/v. Hagen 1997, Dawisha/Parrot 1997, Demandt 1997, Gaddis 1997, Volkogonov 1998). To participants and observers alike 1989 signifies an internal breakdown. Firstly, there was no military conquest. Quite to the contrary, armament control and the generally friendly position of NATO meant that Soviet leaders were free to pursue their policy objectives at home. Secondly, although ethnic warfare broke out in 1988, no organised military challenge to Soviet rule was mounted.

We propose as explanatory hypothesis that structural stasis reigned during the 1980s within Soviet relations of domination and prior to the sudden breakdown of the imperial networks in 1989. Structural stasis immobilised the imperial association of party and nomenklatura. As this historical condition persisted, the chain of command and obedience began to dissolve and then the imperial networks fell apart, leading to a loss of behavioural control over borders and people as well as space and organisation. My conjecture that structural stasis was the decisive factor implies the refutation of alternative hypotheses. Firstly, even if the Marxist-Leninist ideology had become a facade (cf. Brzezinski 1989, Robinson 1995), by way of glasnost the imperial centre proved capable of elaborating its ideological doctrines, especially by drawing on the sciences and the law. Structural, not cultural, stasis let the rejuvenation of the Soviet empire fail. Marxist ideology was discredited only as a consequence of the Soviet imperial breakdown. Secondly, the Soviet empire experienced relative economic decline (cf. Lewin 1988, Nove 1991, Kornai 1992; however, on US imperial overstretch cf. Kennedy 1988) and this decline prompted perestroika, but it was the structural stasis that let the restructuring fail. Absolute economic decline set in only as a consequence of the dissolution of the Soviet imperial networks. Thirdly, the hardwiring of new information technologies in mobile and decentralised networks high-

¹ I would like to thank the Open Society Institute, Higher Education Support Program for a Civic Education Project Fellowship to Novosibirsk State University, which facilitated research and writing.

lighted the difference between western multi-power actor civilisations and the Soviet empire of domination (cf. Mann 1986:533-538, Castells 1998). Yet central to the issue of organisation and mobilisation were not these new information technologies, but the question of the legitimacy of Soviet relations of domination. For lack of legitimacy the Soviet empire had a problem with every information technology: books were locked away, telephone exchanges tapped, photocopiers guarded and the press censored. Fourthly, national and civic movements had an impact on the post-Soviet transformation (cf. Carrere d'Encausse 1990, Motyl 1992, Buttoni 1993, Simon/Simon 1993, Suny 1993). However, before the imperial centre became unable to maintain control over borders and space as a consequence of structural stasis, Moscow centre and its local vassals had been able to subdue any social movement, including Solidarity in Poland.

It is proposed here that a coherent exposition of the explanatory hypothesis is that structural stasis was the historical condition that made Soviet imperial breakdown possible. This requires five analytical steps. Firstly, we offer a dynamic model of the Soviet imperial networks. This serves to organise perception. Secondly, a Weberian theory of domination is elaborated. This enables the observation that, as a consequence of terror, the Soviet relations of domination had become illegitimate. Thirdly, it is illuminated how attempts at the rationalisation of relations of domination failed in the 1950s and 1960s, allowing structural stasis to set in during the 1970s. We then jump ahead to 1989 and, fourthly, outline the descriptive indicators of Soviet imperial breakdown. Events signify the dissolution of the imperial networks and the break-up of the illegitimate relations of domination. Fifthly, we return to the condition of structural stasis and explain how Soviet imperial breakdown became increasingly likely once the network of party and nomenklatura was mobilised for a rejuvenation of the empire.²

The particular historical and explanatory claim is that by the actions and non-actions of party members from Berlin to Vladivostok the situational logic of a structural stasis became actualised in an imperial breakdown. The explanatory thesis assumes historical contingency twice over. We argue that structural stasis would not have occurred if the imperial relations of domination had become rationalised and thus recognised as legitimate. We also argue that even as structural stasis set in, imperial breakdown was not the only possible outcome.

Explanatory hypothesis: Structural stasis reigned in the imperial relations of domination prior to the sudden breakdown of the Soviet networks

During the 1980s structural stasis (cf. Archer 1988, Sztompka 1991) blocked the operation of Soviet structures of command and obedience by which imperial agents were mobilised to carry out orders. Structural stasis rendered the imperial association of party and nomenklatura immobile, pre-empting any mobilisation of the military, economic and cultural network into coordinated action. Disobedience and insubordination had encroached so far on Soviet networks by the 1980s that the General Secretary himself could no longer expect obedience to his commands from his immediate subordinates.

Structural stasis is not a mutual blockade of two equally strong parties, but rather the inability of an association to mobilise, as those internal structures needed for its mobilisation are blocked in their operation. Structural stasis is not a state of affairs anybody controls, nor can it be undone at will, but it is rather a historical condition that is a consequence of previous praxis and constrains and enables future agency. Structural stasis in the 1980s defined the logic of the situation in which the Soviet imperial association found itself when its leadership decided to mobilise the party and its nomenklatura for perestroika and glasnost. Structural stasis did not mean that the agency of most people was blocked or that society had become static. It was the imperial asso-

² These steps are fully elaborated in an earlier paper, available at <http://ssrn.com/author=434782>

ciation that could not mobilise itself. Yet, it was not that the imperial association was already dissolving, only that, being immobile, it could neither persuade nor coerce other organisations in the Soviet networks into a transformation of their order.

The immobile Soviet imperial association drifted in a sea of change, partly enacted by its leadership, partly enacted by other associations. The CPSU leadership wished for a sweeping and deep transformation of its party and, by implication, of all those organisations in the imperial networks for which it had instituted an order and appointed the leadership. Instead, the central apex had to register the following: how it pushed for economic reforms, but Soviet enterprise management did not budge; how it pressed for a reorganisation of administration, but Soviet ministries failed to implement; how it reorganised its Central Committee apparatus, but its staff continued to act as before and ignored commands.

Bibliography

- Altrichter, H and H. Neuhaus, eds. (1996) *Das Ende von Großreichen*. Erlangen
- Archer, M. (1988) *Culture and Agency*. Cambridge
- Arnason, J.P. (1993) *The Future That Failed. Origins and Destinies of the Soviet model*. London
- Barkey, K. and M. von Hagen, ed. (1997) *After Empire. Multiethnic Societies and Nation-Building - The Soviet Union and the Russian, Ottoman and Habsburg Empires*. Boulder
- Brzezinski, Z. (1989) *The Grand Failure. The Birth and Death of Communism in the Twentieth Century*. New York
- Buttoni, M., ed. (1993) *In a collapsing empire. Underdevelopment, ethnic conflicts and nationalisms in the Soviet Union*. Milano
- Carrère d'Encausse, H. (1990) *La gloire des nations où la fin de l'Empire soviétique*. Paris, translated as 'The end of the Soviet Empire - the triumph of the nations', New York 1993
- Castells, M. (1998) 'The Crisis of Industrial Statism and the Collapse of the Soviet Union', in *End of Millenium. Information age: economy, society, and culture*, Vol. 3, Malden
- Dawisha, K. and B. Parrott, ed. (1997) *The End of Empire? The Transformation of the USSR in Comparative Perspective*. Armonk
- Demandt, A. ed. (1997) *Das Ende der Weltreiche. Von den Persern bis zur Sowjetunion*. Muenchen
- Holmes, L. (1993) *The End of Communist Rule: Anti-Corruption Campaigns and Legitimation Crisis*. Oxford
- Kennedy, P. (1988) *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*. London
- Kornai, J. (1992) *The Socialist System. The political economy of communism*. Oxford
- Mann, M. (1986) *The sources of social power*, Vol. 1, Cambridge
- Motyl, A.J. ed. (1992) *Thinking Theoretically About Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR*. New York
- Nove, A. (1991) *The Economics of Feasible Socialism. Revisited*. London

-
- Pravda, A., ed. (1992) *The End of the Outer Empire. Soviet-East European Relations in Transition, 1985-90.* London
- Rigby, T.H. (1990) *The Changing Soviet System. Mono-organisational Socialism from its Origins to Gorbachev's Restructuring.* Aldershot
- Robinson, N. (1995) *Ideology and the Collapse of the Soviet System: a critical history of Soviet ideological discourse.* Aldershot
- Sapir, J. (1990) *L'Economie Mobilisée. Essai sur les économies de type soviétique.* Paris
- Simon, G. and N. Simon (1993) *Verfall und Untergang des Sowjetischen Imperiums.* München
- Suny, R.G. (1993) *The Revenge of the Past - Nationalism, Revolution and the Collapse of the Soviet Union.* Stanford
- Sztompka, P. (1991) *Society in Action.* Chicago
- Volkogonov D.A. (1998) *The rise and fall of the Soviet empire. Political leaders from Lenin to Gorbachev.* London
- Weber, M. (1964) *Wirtschaft und Gesellschaft*, based on the corrected edition of 1956, J. Winkelmann ed., Koeln

II. Osteuropa als Raum

Anne Sophie Krossa

„Ostmitteleuropa“ oder „Europa“?

Einleitung

Die nach 1990 ‚neue‘, mittlerweile aber nicht mehr ganz junge Ost- und Ostmitteleuropaforschung muss sich fragen, ob es berechtigt ist, ihre Fragen anhaltend in allererster Linie abgegrenzt in geographischem Sinne zu bearbeiten.

Obwohl es in verschiedenen Disziplinen noch immer wenig und weitgehend unkoordinierte Forschung zu diesem Raum gibt – und die Soziologie ist da leider ganz besonders zu nennen –, steht eine Parallelisierung der Perspektiven von Ost- und (besonders) Ostmitteleuropaforschung mit Europaforschung dringend an. Eine der Ausnahmen ist die Politikwissenschaft, auch, weil sie aufgrund ihrer Methode der stark systematisierenden Kategorisierung relativ unproblematische Zugänge zu vielen ihrer Gegenstände bieten kann. Gleichzeitig wird immer wieder deutlich, dass gerade stark schematische Herangehensweisen nur begrenzten Erkenntniswert bieten, und das gilt insbesondere für Ost und West vergleichende Studien.

Erfolgsversprechender im Sinne einer wissenschaftlichen Normalisierung des Einbeziehens von ‚Ostperspektiven‘ in gesamteuropäische Zusammenhänge erscheinen dagegen Projekte, die sich auch an tiefer liegende Gesellschaftsschichten wagen und nach Prozessen der Europäisierung in diesem Sinne fragen. Erst damit wird auch den für zahlreiche Länder, insbesondere in der Region Ostmitteleuropa, mit den Beitritten zur Europäischen Union gewandelten Realitäten Rechnung getragen.

Ein Beispiel

Im Folgenden möchte ich meine Position an einem Beispiel begründen.

Das Thema ‚Die Politisierung von Religion: Konflikte in Europa aus der Perspektive soziologischer Integrationstheorien‘ ist ein relativ allgemeines, das aber eine spezifisch soziologische Perspektive einnimmt und von da aus ‚Europa‘ betrachtet.

Ziel ist die Entwicklung eines Modells, innerhalb dessen die Aspekte politisierte Religion und Konfliktformen, Interessen und Identitäten sowie Integration und Desintegration aufeinander bezogen sowie schließlich im Rahmen *Europäische Union* kontextualisiert werden sollen. Dem unterliegen folgende Fragen: Welche besonderen Folgen hat die Politisierung von Religion potentiell im Kontext der Begriffe Konflikt, Integration etc.? Welche spezifischen Integrationschancen und Desintegrationschancen sind mit ihr verbunden? Was können auf ihr beruhende Mobilisierungen für Gesellschaften und insbesondere für entstehende Gesellschaften, als die die Europäische Union betrachtet werden kann, bedeuten? Unter welchen Bedingungen bestehen bei Annahme anhaltender bzw. zunehmender Differenz welche Chancen für ein Konzept, das Konfliktinstitutionalisierung als Ansatz zur Gesellschaftsbildung im Sinne der Entwicklung eines gemeinsamen Kommunikations- und Wissensraumes betrachtet?

Ziel ist somit, erstens, die Entwicklung einer soziologischen Theoriegrundlage, welche, zweitens, auf konkrete Fälle zu beziehen sein soll und es hier ermöglicht, eine systematische Analyse des Komplexes anhand von Diskursen in Großbritannien, Polen und Deutschland zum Thema eines möglichen Beitritts der Türkei zur Europäischen Union zu erstellen, gleichzeitig, und drittens, aber auch die Möglichkeit zu weiteren Vergleichen in dieser Perspektive bietet. Auf diese Weise soll die Vielzahl bestehender Konzeptionalisierungsansätze, die zu den genannten Begriffen bereits besteht, aufeinander bezogen und als Gesamtkomplex diskutiert werden.

Diese theoretisch auszuarbeitenden Ansätze erfahren eine erste Kontextualisierung hinsichtlich eines ‚Integrationsraums Europa‘. Doch auch dabei geht es zunächst um eine *theoretische Konzeptionalisierung*, um diese Perspektive auf Gesellschaft soziologisch handhabbar zu machen und so einer allseits beklagten Vernachlässigung dieser gesellschaftlichen Ebene durch die Soziologie (vgl. exemplarisch Bach 2000, Immerfall 2000) entgegenzutreten. Dabei wird zu Beginn diskutiert, inwiefern Europa als gesellschaftliche Bezugsebene soziologischer Forschung zwischen Region und Nation einerseits sowie globalisierter Weltgesellschaft andererseits dienen kann. Dabei verweist z.B. Bach jedoch mit Recht auf die nicht unproblematische Konzeptionalisierung theoretischer Fragestellungen entlang eines (zunächst) stark geopolitisch bestimmten Raums. Er stellt fest, „dass sich für die Soziologie der Komplex der Europäisierung als besonders diffiziler Gegenstand erweist. Das liegt zum einen am soziologischen Paradigma selbst, das primär gesellschaftliche Prozesse und nicht den Staat fokussiert. Üblicherweise betrachtet die Soziologie Gesellschaften und gesellschaftliche Beziehungen als staatslos und selbstreferentiell. Im Übrigen sind die meisten soziologischen Fragestellungen, wie beispielsweise der Ungleichheits-, der Familien- oder Bildungsforschung, indifferent gegenüber politischen Ordnungen, auch wenn das von der Sache her nicht immer gerechtfertigt erscheint. Unter diesen Voraussetzungen ist der politisch induzierte gesellschaftliche Wandel in Zuge der europäischen Einigung zunächst einmal soziologisch amorph“ (Bach 2000, 14). Demgegenüber muss entsprechend eine Positionierung stattfinden, um eine auf Europa ausgerichtete soziologische Perspektive genauer zu begründen. Jedoch nicht, um normativen Forderungen Vorschub zu leisten, wie z.B. der nach einer vermeintlich notwendigen Ausbildung europäischer Identität, sondern vielmehr, um der gewandelten gesellschaftlichen Realität, insbesondere unter dem Aspekt ‚Kommunikation‘, gerecht zu werden.

Erst daran schließt sich eine Zusammenführung der Theoriekonzepte und ihre Anwendung auf Europa an. Im Mittelpunkt steht dabei, inwieweit die Frage eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union einen Diskurs über einen ‚christlichen Charakter‘ Europas produziert und wie die Debatten und ihre Argumente hinsichtlich der hier interessierenden Theoriekategorien strukturiert sind. Weisen sie ähnliche Argumente bzw. vergleichbare Konfliktlinien auf?

Typisch werden Studien dieser Art nun *entweder* aus der Perspektive von ‚area studies‘ durchgeführt, beispielsweise am Vergleich von Polen und Ungarn (um ‚ostmitteleuropäische Positionen‘ zu erhalten) oder von mehreren südosteuropäischen Ländern (als ‚nahe Nachbarn‘ der Türkei). Eine zweite typische Herangehensweise ist, nur solche Länder zu vergleichen, die bereits vor 2004 Mitglieder der EU waren, und dies als ‚europäische‘ Studie zu deklarieren – eine Bezeichnung, die wohl nicht ohne weiteres für eine rein ost-, ostmittel- oder südosteuropäische Analyse gewählt würde.

Dies ist besonders problematisch, wenn dezidiert – wie bei der gewählten thematischen Perspektive – ‚Europa‘ betrachtet werden soll.

Fazit

Weder die eine Herangehensweise (Deklaration als spezifische ‚area studies‘ für ost- und ostmitteleuropäische Studien) noch die andere (Deklaration als ‚Europastudien‘ für westeuropäische Untersuchungen) sollte als selbstverständlich hingenommen werden. Man kann aber auch noch einen Schritt weiter gehen: durch eine Konzentration auf die ‚Region Osteuropa‘ im weiteren Sinne, die an sich zweifellos fruchtbar sein kann und zu der es in manchen Fällen auch keine echte Alternative gibt, besteht immer auch das Risiko, sich voreilend ‚zufrieden zu geben‘ und so den Anspruch ‚europäisch‘ der ‚anderen Seite‘ einfach zu überlassen.

Stattdessen sollte angestrebt werden, mit einer konsequenten Kombination von ost- und westeuropäischen Fallbeispielen (über einfache Vergleiche hinaus) offensiv den Anspruch auf ‚echte‘ Europaforschung zu vertreten. Denn falls diese Perspektive zukünftig nicht systematisch Berücksichtigung findet, sind meines Erachtens zwei Entwicklungen zu erwarten. Erstens, aus der

Sicht der ostmitteleuropäischen Länder selbst, wird die Entfremdung gegenüber dem westlichen Blick, der mit Schablonen wie ‚Osteuropa‘ und besonders ‚Ostmitteleuropa‘ komplexitätsreduzierend zu wirken sucht, fortschreiten, denn die Selbstwahrnehmung von Ländern wie Polen, Ungarn oder Tschechien wird damit weitgehend verfehlt. Zweitens, und nun primär hinsichtlich des generellen Europaforschungszusammenhangs, droht uns eine Exotisierung des eigenen Gegenstands – ebenfalls eine unangenehme Vorstellung.

Nordosteuropa. Eine Geschichtsregion sui generis?

1977 unternahm Klaus Zernack in seinem Standardwerk „Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte“¹ den Versuch, den historischen Raumbegriff „Nordosteuropa“ wieder in der deutschen Geschichtswissenschaft zu etablieren. Dieser Versuch, „das Ostseegebiet aus seiner historischen Verknüpfung mit Osteuropa als eine... eigenständige Teilregion der osteuropäischen Geschichte, nämlich Nordosteuropa, zu begründen...“², stieß nach seiner Aussage „in Neuland vor und sieht sich daher vor besondere Schwierigkeiten gestellt“³. Tatsächlich fand in der deutschen Literatur vor 1945 ein essentialistischer und deutschzentrierter Nordosteuropabegriff (synonym mit Ostseeraum) Verwendung⁴, der als eigenständige Begriffsbildung für einen (mehr oder minder) klar umgrenzten Raum erstmals in der Mitte des 19. Jahrhunderts auftaucht⁵ und „seit den 1890er Jahren zum Standard-Vokabular deutscher Konservativer, insbesondere der *Alldeutschen*, der Mitglieder und Anhänger des *Ostmarkenverein* und ihrer jeweiligen Zeitschriften und Zeitungen gehörte“⁶. Erst Zernack jedoch verwendet einen Nordosteuropabegriff, der nicht der essentialistischen Deutung einer „historischen Landschaft“ als einem „naturgegebenen Raum“⁷ dient, sondern als heuristisches Konstrukt dem fraglichen Gebiet gerecht werden und, so Stefan Troebst über historische Großregionen an sich, die vom Tagesgeschehen verdeckten Binnenstrukturen und Außengrenzen wieder deutlich machen soll⁸. Dabei stellt Zernack Nordosteuropa (im Folgenden: NOE) als vierte Unterregion des Oberbegriffes Osteuropa neben die bereits gut elaborierten und in Theorie und Praxis konsolidierten⁹ weiteren osteuropäischen Geschichtsregionen Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Osteuropa im engeren Sinne (Russland). Ziel dieses Beitrags soll es sein, den noch jungen und erst vor relativ kurzer Zeit in die wissenschaftliche Diskussion wieder aufgenommenen Begriff NOE darzustellen und auf seine Sinnhaftigkeit, seine explanative Kraft hin zu untersuchen: von welchen Erkenntnisinteressen geht die Konstruktion eines solchen historischen Raumbegriffes aus, und was für eine Grundlage kann er mit den vorgeschlagenen Merkmalskombinationen für weitere Forschungen sein? Messen lassen muss sich NOE dabei an den drei „etablierten“ Subregionen Osteuropas, das für die Zwecke dieser Arbeit unter Einschluss Ostmitteleuropas – dessen Zuordnung noch immer schwankend ist¹⁰ – verstanden sein soll.

¹ Zernack, Klaus (1977): *Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte*, München.

² Ebd., S. 51f.

³ Ebd.

⁴ Zur Begriffsgeschichte von Nordosteuropa und Ostseeraum vgl. Hackmann, Jörg (1995): *Mare Germanicum? Anmerkungen zur deutschen Geschichtsschreibung über den Ostseeraum*, in: *Mare Balticum* 1995, Lübeck.

⁵ Tuchtenhagen, Ralph (2003): *The Best (and the Worst) of Several Worlds: The Shifting Historiographical Concept of Northeastern Europe*, in: *European Review of History*, Jg. 10, Nr. 2, Abingdon, S. 362.

⁶ Ebd., Hervorhebungen im Original.

⁷ So noch bei Hubatsch, Walther (1948): *Im Bannkreis der Ostsee. Grundriß einer Geschichte der Ostseeländer in ihren gegenseitigen Beziehungen*, Marburg, S. 7.

⁸ Troebst, Stefan (1999): *Nordosteuropa: Geschichtsregion mit Zukunft*, in: *NORDEUROPAforum* 1/1999, Berlin, S. 53.

⁹ Troebst, Stefan (2003), *Introduction: What's in a Historical Region? A Teutonic Perspective*, in: *European Review...*, zit. Ausgabe, S. 176; vgl. zu Südosteuropa Zernack (1977), S. 32.

¹⁰ Wichtig v.A. Szűcs, Jenő (1990): *Die drei historischen Regionen Europas. Mit einem Vorwort von Fernand Braudel*, Frankfurt am Main, in dem er Ostmitteleuropa von Osteuropa und Westeuropa abtrennt. Für eine Zweiteilung Europas vgl. z.B. Torke, Hans-Joachim (1998): *Was ist Osteuropa? Zu einer Historiker-Debatte zwischen den Weltkriegen und danach*, in: *Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin*, Heft 1/1998, hg. von Holm Sundhausen, Berlin.

Historische Raumbegriffe

„Räume sind nicht, Räume werden gemacht¹¹ – diese Aussage gilt für alle historischen Raumbegriffe, die heuristische Kunstgriffe¹² sind und durch die Art, wie wir über sie kommunizieren, bestimmt werden¹³. Die Merkmale, nach denen diese Räume konstruiert werden, „hängen von den Aufgaben und Interessen ab, die bei der Begriffskonstruktion verfolgt werden¹⁴.“ Deswegen ist auch kein historischer Raumbegriff per se gut oder schlecht: diese Bewertung ist unlösbar verbunden mit den Aufgaben und Fragestellungen, um deretwillen er konstruiert wurde. Nur wenn den angewandten „Bestimmungskriterien eine langfristige (*geschichtsprägende*) und *explikative* Bedeutung zugemessen werden kann¹⁵“, handelt es sich um sinnvolle Konstrukte, also: für die akademische Diskussion brauch- und fruchtbare Raumbegriffe. Dass die Definition von solchen Raumbegriffen im von außerwissenschaftlichen Einflüssen wie Selbstidentifikation oder Ideologievorgaben freien Idealfall vor allem von der jeweiligen Schwerpunktsetzung bestimmt wird, hat Holm Sundhaussen in einem Beitrag zur osteuropäischen Agrarverfassung beispielhaft gezeigt, in dem er sich gegen eine Herauslösung Ostmitteleuropas aus Osteuropa wendet¹⁶: „Sofern Herrschaftsformen und Kulturmorphologie zum Ausgangspunkt der Betrachtungen gewählt werden, erscheint die Dreiteilung des Kontinents [im Sinne Szücs’] zweifellos überzeugend. Sofern der Schwerpunkt dagegen auf der neuzeitlichen Wirtschaftsgeschichte liegt, gerät die Konturierung von zwei historischen Räumen östlich der Elbe in ein fragwürdiges Licht¹⁷.“ Diese jeweilige Schwerpunktsetzung aber, die vom Historiker zu irgendeinem Zeitpunkt seines Schaffensprozesses getroffen werden muss, ist eine – im besten Fall wohlbegründete, in ihrer Plausibilität bewertbare und in ihrer Übereinstimmung mit als gesichert bzw. allgemein anerkannt geltenden Beobachtungen falsifizierbare, aber trotzdem doch subjektive – Entscheidung.

Nordosteuropa als historischer Raumbegriff

Der Vorläufer des NOE-Begriffes ist der Begriff des Ostseeraumes, für den in der deutschen Wissenschaft vor 1945 essentialistische Synthesekonzepte dominierten, in deren Mittelpunkt eine vorgebliche Germanizität des Ostseeraumes und der ahistorische Gegensatz zwischen Germanen und Slawen¹⁸ steht. Zu einer Zeit, als man von der „suggestiven, aber weithin unreflektierten Identifizierung von Slaventum und Osteuropa¹⁹“ noch nicht abgerückt war, musste ein germanisch dominierter Raum NOE bzw. Ostseegebiet damit als mittel-, west- oder nordeuropäisch, nicht aber als Teil Osteuropas wahrgenommen werden. Nach 1945 war es nicht mehr politisch korrekt²⁰, eine Region derartig als deutsch geprägt zu bezeichnen, und das Konzept

¹¹ Schultz, Hans-Dietrich und Wolfgang Natter (2003): Imagining Mitteleuropa: Conceptualisations of „Its“ Space In and Outside German Geography, in: *European Review...*, zit. Ausgabe, S. 291.

¹² Troebst (2003), S. 187.

¹³ Schultz/Natter (2003), S. 291.

¹⁴ Helmedach, Andreas (1999), Historische Raumbegriffe, in: *Studienhandbuch Östliches Europa. Band 1. Geschichte Ostmittel- und Südosteuropas*, hg. von Harald Roth, Köln, Weimar, Berlin, S. 3.

¹⁵ Sundhaussen, Holm (1998): Osteuropa, Südosteuropa, Balkan: Überlegungen zur Konstruktion historischer Raumbegriffe, in: *Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts (Freie Universität Berlin) Nr. 1/98*, S. 6, Hervorhebungen im Original.

¹⁶ Sundhaussen, Holm (1990): Der Wandel in der osteuropäischen Agrarverfassung während der frühen Neuzeit. Ein Beitrag zur Divergenz der Entwicklungswege von Ost- und Westeuropa, in: *Südost-Forschungen, Band IL*, München.

¹⁷ Ebd., S. 16.

¹⁸ Hackmann (1995), S. 37.

¹⁹ Zernack (1977), S. 20.

²⁰ Tuchtenhagen (2003), S. 373 (Zusammenfassung).

wurde erst 1977 von Klaus Zernack wieder belebt²¹, der ihm einen Abschnitt in „Osteuropa“²² widmete. Bei der Neu-Schöpfung dieses bereits wieder vergessenen Begriffes ging es Zernack um „einen möglichst hohen Grad von historischer Artifizialität – also nicht um einen Quellenbegriff, sondern um die rezente Begriffsprägung in der Absicht ihrer historischen Anwendbarkeit.“²³ Zernack schränkte die Gültigkeit des NOE-Begriffes auf die Zeit zwischen der Wikinger-Epoche ab 700 bis zum Jahre 1809 ein, als die Eingliederung Finnlands in das Zarenreich die endgültige Auflösung des schwedischen Ostseeimperiums bewirkte²⁴ und damit der geschichtsregionale Zusammenhang Nord- und Osteuropas aufgelöst wurde²⁵. Indem er die Begriffe Ostseegebiet und NOE synonym verwendet²⁶, zählt er nur Schweden, Finnland, Dänemark und die Baltischen Staaten zu NOE²⁷. Zudem zählt er den Wirkungsbereich der Hanse dazu, die für die historische Entwicklung im Ostseeraum einen entscheidenden Einfluss hatte, während die Gebiete der polnischen Ostseeküste nicht aufgenommen werden, da sie ihre geschichtsregionale Prägung vor allem aus der Diffusion zwischen Ost- und Mitteleuropa erfahren haben²⁸. Die entscheidende Begründung für die Verselbständigung dieser Gebiete, die große strukturelle Ähnlichkeit mit Ostmitteleuropa haben²⁹, liefert die Verkehrsgeographie, denn der „Ostseeküstenbereich hat aus seiner verkehrsgünstigen Lage frühzeitig Wirtschaftsfunktionen an sich gezogen, die ihn dem besonderen, vorwiegend verkehrswirtschaftlich begründeten Regionalkomplex Nordosteuropa zuweisen...“³⁰ Wie Stefan Troebst in einem späteren definitorischen Versuch zu NOE³¹ ausführt, ist die Transitfunktion NOEs eine weitere Komponente, die als integrierendes Element wirkt³². Zernack findet für diese verbindenden Elemente das Rubrum des „geschichtliche[n] Lebenszusammenhang[s] der Kulturregion rings um die Ostsee“³³ und weist damit auf die geschichtsmächtige Besonderheit des Raumes: die gemeinsame Blickrichtung zur Ostsee. Später erweitert Zernack die Gültigkeit seines NOE-Begriffes über 1809 hinaus bis in die Zwischenkriegszeit³⁴, bis er, zum vorläufigen Abschluss seiner Gedanken über NOE kommend, 1993 in seinem explizit „Nordosteuropa“ bezeichneten Sammelband³⁵ die „Wiederkehr der europäischen Region Nordosteuropa in [die] politische Realität“ postuliert³⁶. Seitdem konkurrieren in der Debatte ein engerer, von Ralph Tuchtenhagen vertretener³⁷, und ein weiterer, von Stefan Troebst vertretener³⁸, NOE-Begriff, die aber beide nicht identisch mit dem Ostseegebiet sind. Während Troebst NOE um eine arktische Komponente – begründet in der dem Ostseehandel vergleichbaren regionalen und überregionalen Bedeutung der nördlichen Han-

²¹ Ebd.

²² Zernack (1977), S. 51–59.

²³ Zernack, Klaus (1993), Nordosteuropa. Skizzen und Beiträge zu einer Geschichte der Ostseeländer, Lüneburg, S. 9.

²⁴ Zernack (1977), S. 53.

²⁵ Ebd., S. 57f.

²⁶ Zernack (1977), S. 51f, S.52, S. 53.

²⁷ Zernack (1977), S. 115 (Anhang: Punkt 4.B).

²⁸ Tuchtenhagen, Ralph (1999), Nordosteuropa, in: Studienhandbuch Östliches Europa..., S. 74.

²⁹ Zernack selber in Zernack (1977), S. 38f.

³⁰ Ebd.

³¹ Troebst (1999).

³² Ebd., S. 65f.

³³ Zernack (1977), S. 52.

³⁴ Troebst (1999), S. 55.

³⁵ Zernack (1993).

³⁶ Ebd., S. 8, zitiert nach Troebst (1999), S. 55.

³⁷ Tuchtenhagen (1999); Tuchtenhagen (2003).

³⁸ Troebst, Stefan (1996): Nordosteuropa: Begriff – Traditionen – Strukturen, in: Mare Balticum 1996, Lübeck; Troebst (1999).

delswege³⁹ und den besonderen transnationalen Kooperationen, die für das arktische Gebiet schon im Mittelalter typisch waren⁴⁰ – erweitern will und damit Norwegen, die Nordkalotte und Nordwestrussland bis hin zum Weißen Meer einschließt, plädiert Tuchtenhagen für eine Definition NOEs als Diffusionszone zwischen dem Norden und Osten Europas, also als „all die Gebiete, die auf die eine oder andere Weise vom Norden (also Skandinavien) und Osten Europas (genaugenommen: Russland)... beeinflusst waren...“⁴¹ Damit schlägt er eine Zuordnung Spitzbergens, Lapplands, Finnlands, Kareliens, Ingermanlands, Estlands und Lettlands zu NOE vor⁴². Bestimmende, Zeit und Raum überdauernde Strukturmerkmale NOEs sind nach dieser Sichtweise:

- Das Zentrum-Peripherie-Schema, in dem sich die peripheren Großmächte (Schweden, Russland) und die zentralen Kleinstaaten und –landschaften (wie Estland) gegenüber stehen⁴³.
- Das kleinstaatliche Prinzip der zentralen, als Teilungsgebiete zwischen den Großmächten an der Peripherie ihr Dasein fristenden Länder mit sich daraus ergebendem politischen Verhalten wie kultureller Traditionalismus und Jonglieren zwischen den Mächten⁴⁴, die damit im Widerstreit zu den frühneuzeitlichen imperialen Ordnungsversuchen stehen⁴⁵.
- Die Gemeinsamkeiten in den materiellen Überresten alter Städtebilder⁴⁶ und die nordosteuropäische Städtelandschaft⁴⁷ mit einer ähnlichen kulturellen Prägung.
- Die ostseezentrierte verkehrs- und wirtschaftsgeographische Blickrichtung des Ostseeküstenbereichs⁴⁸ und der sich ergebende geschichtliche Lebenszusammenhang⁴⁹ – auch wenn über diese Frage keine Einigung besteht, wie Tuchtenhagens Zweifel zeigen, „daß aus der Verkehrsgeographie seit der Hansezeit eine distinktive Region Nordosteuropa konstruiert werden könne“⁵⁰.
- Die Transitfunktion und die äußere Bedingtheit Nordosteuropas, das wegen seiner unwirtschaftlichen Natur, aber günstigen verkehrsgeographischen Lage ein überwiegend passiver Profitteur am frühneuzeitlichen Handel Nordwesteuropas war⁵¹ und auch in Bezug auf das oben erwähnte Zentrum-Peripherie-Modell von Entwicklungen außerhalb der Region abhängig war.

Fazit

Mit diesem NOE-Konzept sind bestimmte Forschungsinteressen und Schwerpunktsetzungen verbunden. Ein entscheidendes Merkmal ist die Verkehrsgeographie NOEs, das um die Ostsee als verbindendem und perspektivgebendem Element zentriert ist⁵². In Zusammenhang mit dieser Betonung der „gemeinsamen Perspektive“ steht auch die Betonung kultureller und zivilisatori-

³⁹ Troebst (1999), S. 63.

⁴⁰ Ebd., S. 62.

⁴¹ Tuchtenhagen (2003), S. 368. Ähnlich bei Tuchtenhagen (1999), S. 73f.

⁴² Tuchtenhagen (2003), S. 368.

⁴³ Tuchtenhagen (1999), S. 77.

⁴⁴ Ebd., S. 77f.

⁴⁵ Zernack (1977), S. 38.

⁴⁶ Ebd., S. 52.

⁴⁷ Zernack (1993), Aufsatz „Der europäische Norden als Städtelandschaft“.

⁴⁸ Zernack (1977), S. 38.

⁴⁹ Ebd., S. 52.

⁵⁰ Hackmann, Jörg (2002): Nordosteuropa als Geschichtsregion. III. Internationales Talliner Symposium zur Geschichte und Kultur im europäischen Nordosten, 20. bis 22. September 2001, Tagungsbericht in: ZfG 06/2002, Berlin: Metropol Friedrich Veitl-Verlag, S. 548.

⁵¹ Troebst (1999), S. 65f.

⁵² Zernack (1977), S. 38f.

scher Übereinstimmungen wie dem ähnlichen materiellen Stadtbild⁵³, aber auch die rund um die Ostsee verbreitete Handelskultur, die zu „internationalen“ termini technici wie dem ursprünglich urslawischen Wort *търгъ als Bezeichnung für Marktplatz führte, das in allen skandinavischen und slawischen Sprachen Verwendung fand⁵⁴. NOE im skizzierten Sinne ist also eine in erster Linie kulturregionale Konstruktion. Andere Aspekte hingegen, die für die Abgrenzung der anderen osteuropäischen Teilregionen konstitutiv sind, stehen außerhalb des Erkenntnisinteresses, wie das Vorhandensein oder Fehlen antiker Kulturgrundlagen (wichtig für die Beschäftigung mit Südosteuropa⁵⁵) oder die mit dem byzantinisch-orthodoxen Kulturerbe verbundene autokratische Herrschaftstradition, wie sie in Südosteuropa und im ostslawischen Raum regionsbildend wirkten⁵⁶. Insbesondere entfällt die Kategorisierung anhand der Leibeigenschaft, die als markante sozioökonomische Grenze Europa entlang einer Linie Karelien – Elbe – Saale – Leitha durchzog und die neben anderen als regionsbildendes Merkmal für ganz Osteuropa⁵⁷ oder für Ostmitteleuropa und Osteuropa in Abgrenzung von Westeuropa⁵⁸ angesehen wird. Ein Raumbegriff NOE befindet sich hier unter Spannung: einerseits ist ein intraregionaler geschichtlicher Zusammenhang auf vielen Feldern erkennbar, andererseits erscheinen bei wichtigen Strukturmerkmalen, die zur Abgrenzung der Subregionen innerhalb dessen, was man i.A. als Osteuropa bezeichnet, verwandt werden, die Unterschiede innerhalb NOEs so groß, dass bisweilen schon die Zuordnung zu Osteuropa fraglich erscheint: dies gilt besonders für die westkirchlich *und* grundherrschaftlich geprägten Gebiete westlich der karelisch-finnischen Grenze. Für das Baltikum wiederum gilt das, was Klaus Zernack von vornherein nicht infrage gestellt hatte: dass nämlich zwischen Ostmitteleuropa und NOE nur graduelle Unterschiede bestehen, da die grundsätzlichen „strukturellen und kulturellen Grundlagen... weithin übereinstimmen“⁵⁹. Ein weiteres Indiz für diese Übereinstimmung liefert der Vergleich der für die weiteren Entwicklungswege wichtigen frühneuzeitlichen Agrarverfassung⁶⁰, bei dem beispielsweise Livland (wie Polen und Ungarn) in Einwohnerdichte und Arealitätsziffern⁶¹ eine ausgesprochene Übergangstellung zwischen Westeuropa und Russland einnahm. Diese Unschärfe der NOE zugrunde liegenden Merkmalscluster lässt es als eine weniger scharf konturierte und nicht im gleichen Maße elaborierte Geschichtsregion wie die weithin anerkannten Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Russland erscheinen. Dass es im Vergleich zu den übrigen osteuropäischen Teilregionen keine gleich überzeugende strukturgeschichtliche Begründung aufweist und vor allem nicht für vergleichbar breite Fragestellungen und Interessen befruchtend wirkt, lässt es daher eher als „kleines Geschwisterkind“ der anderen osteuropäischen Teilregionen erscheinen. Von einer Geschichtsregion sui generis, verstanden als „eine (wie immer geartete) Ganzheit..., die mehr ist als die Summe ihrer Teile“⁶², kann vorläufig nicht die Rede sein.

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Zernack (1993), S. 12f, S. 42 Anm. 94, S. 52–57.

⁵⁵ Zernack (1977), S. 41.

⁵⁶ Sundhaussen (1998), S. 11.

⁵⁷ Sundhaussen (1990), S. 16.

⁵⁸ Szücs (1990).

⁵⁹ Zernack (1977), S. 38.

⁶⁰ Sundhaussen (1990).

⁶¹ Ebd., S. 24 bzw. S. 26.

⁶² Sundhaussen (1998), S. 5.

Die Staaten Mittel- und Osteuropas in Einheit und Vielfalt. Kulturräumliche Gliederungen am Beispiel der Tschechischen Republik

Mittel- und Osteuropa als interkulturelles Forschungsfeld

Im Zuge grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten, regionalpolitischer Kooperationen und dem wachsenden Geschäftsreise- und Urlaubsverkehr sind besonders in den vergangenen Jahren vielfältige neue Kontakte zwischen den Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa entstanden. Sie zeugen insgesamt von einem kontinuierlichen Integrationsprozess, der mit der EU-Osterweiterung weitere wichtige Impulse zur Vertiefung der transnationalen Interaktionen erhalten hat.

Während diese Verknüpfungen in Ausmaß und Intensität insbesondere in jüngster Zeit auch wissenschaftlich stärker erfasst werden, bleibt die weitergehende Analyse deren Qualität vielfach noch auf eine allgemeine Ebene beschränkt. Bestehende Probleme einer Zusammenarbeit werden dabei nicht selten ausschließlich auf materielle, normative oder technische Kategorien zurückgeführt, während die kulturellen Differenzen vielfach wenig Berücksichtigung finden.

Die lokal, regional und national unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen stellen jedoch vielfach eine entscheidende Größe dar, um auftretende Schwierigkeiten in der Kommunikation deuten oder erklären zu können. Wirtschaftlich kommt die Bedeutung interkultureller Unterschiede u.a. im Tourismus, in der innerbetrieblichen Personalführung, dem Kontakt mit ausländischen Behörden, einem spezialisierten Marketing von Produkten oder der Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland zum Tragen (im Überblick u.a. Höhmann 1999, 2001; Sundhausen 1999). Darüber hinaus birgt die bestehende Vielfalt europäischer Kulturen enorme Kreativpotentiale, die bislang kaum erschlossen wurden. Bei weitgehender Berechenbarkeit einer Vielzahl von Standortfaktoren bleibt die regionale Ergründung und Darstellung der komplexen Variable Kultur daher eine der großen Herausforderungen künftiger Regionalanalysen.

Für eine Erforschung dieser Zusammenhänge soll im folgenden der Frage nachgegangen werden, ob und wie Kultur in Europa *räumlich* erfasst werden kann: Wenn es gelingt, Kulturregionen zu unterscheiden, so die These, eröffnet ihre Erforschung wechselseitige Vergleichsmöglichkeiten sowie die Chance, Kultur als Explanans für gesellschaftliche oder ökonomische Fragestellungen fruchtbar zu machen. Kultur als wesentliche Bestimmungs- und Erklärungskategorie menschlichen Verhaltens anzuerkennen, bedeutet jedoch umgekehrt, dass sich mit jeder räumlichen Darstellung pauschalisierende Repräsentationen verbinden, die weitreichende Bewertungen der betroffenen Bevölkerungen implizieren. Insofern gilt es – erst recht in einem kulturell-heterogenen Kontext – sorgsam zu prüfen, inwieweit eine „angemessene“ Kulturerfassung und Repräsentation zwischen Einheit und Vielfalt in Europa konzeptionell umsetzbar ist.

Zum wissenschaftlichen Tabu einer Verräumlichung und Regionalisierung des Kulturellen

Die Wissenschaften haben sich der Aufgabe einer räumlichen Erfassung und konkreten Regionalisierung von Kultur bislang kaum angenommen. Neben der angesprochenen Schwierigkeit einer adäquaten Repräsentation muss als Hauptgrund dafür die Komplexität der Kategorie Kultur angesehen werden (zu Europa vgl. Scheffer 2006). Das Bündel von Werten, Verhaltensweisen und Empfindungen, das von einer Gemeinschaft geteilt und als Kultur bezeichnet wird (Hansen 2003), ist in seiner spezifischen Relevanz für Wirtschaft und Gesellschaft schwer er-

fassbar und aufgrund seiner diffusen Verbreitung auch territorial schwer fixierbar. Angesichts der o.g. grenzüberschreitenden Kontakte sowie allgemein dem Prozess der Globalisierung, erschweren kulturelle Wandlungsprozesse jede Regionalisierung zusätzlich. Da die Entankerung menschlicher Lebensformen kulturelle Heterogenität in Europa vielfach abstandslos gemacht hat, wird jede Kulturregionalisierung zu unangemessenen Vereinheitlichungen führen und Gefahr laufen, zur Verbreitung von Klischees beizutragen. Nicht zuletzt wird die Zuschreibung nicht-materieller Gegebenheiten zu realen Erdregionen als unangemessene Reifikation kritisch hinterfragt (Werlen 1997; Lippuner, Lossau 2004). In gegenwärtigen Konzepten wird Kultur stattdessen entterritorialisiert, entmaterialisiert, dekonstruiert und als diskursiver Prozess begriffen. Von scharfen Abgrenzungen räumlich verorteter Kultur und einprägsamen Karten von konkreten Kulturräumen wird aus den genannten Gründen – etwa im Rahmen der „cultural studies“ (vgl. Göttlich, et al. 2002) oder einer „Neuen Kulturgeographie“ (z.B. Gebhardt et al. 2003) eindeutig Abstand genommen.

Mit dem Ziel, über eine Regionalisierung von Kultur dennoch nützliche Informationen für die interkulturellen Fragestellungen zu liefern, ließe sich argumentieren, dass der erdräumliche Bezug nicht notwendigerweise aufgegeben werden muss: Da alle Menschen auf der Erde grundsätzlich lokalisiert werden können, befindet sich auch die immaterielle Kultur ihrer Träger generell in einem erdräumlichen Kontext. So sehr auch Kulturen durch den Globalisierungsprozess verändert werden, ihre regionale Verortbarkeit über den Menschen bleibt prinzipiell erhalten. Eine erdräumliche Darstellung unterschiedlicher Kulturausprägungen müsste daher immaterielle Kultur direkt erfassen. Zugleich ist der Anspruch aufzugeben, Kultur in ihrer Ganzheit zu betrachten.

Mit einem Konzept, das sich lediglich auf die Erfassung einzelner Kultur Aspekte konzentriert, können die aufgeführten Probleme weitgehend überwunden werden. Unter Rückgriff auf kulturvergleichende Erfassungsmethoden lassen sich einzelne, regional (noch) konzentrierte Kulturelemente in Erfahrung bringen und Regionen vorherrschender Kulturelemente auf unterschiedlichen Maßstabsebenen zweckspezifisch ausweisen. Sie informieren über wichtige kulturelle Eigenschaften, die für ökonomische, aber auch politische und gesellschaftliche Überlegungen große Relevanz haben können. Wesentlich ist dabei, dass sie im Kontext eines spezifischen Erkenntnisinteresses mit unterschiedlichen inhaltlichen und maßstabsbezogenen Anforderungen erhoben werden und damit jeweils eine selektive Sichtweise unter anderen möglichen darstellen.

Pluralisierte Kulturräume: Das Beispiel Tschechien

Interkulturelle Vergleiche setzen stets eine Vorunterscheidung jener Kulturen voraus, die miteinander vergleichend in Bezug gesetzt werden sollen. Zumindest implizit wird dabei auf vordefinierte Räume – meist Staaten – zurückgegriffen, die mit jedem Vergleich als Einheit erneut reproduziert werden. So liefern zwar die bekannten Kulturstudien u.a. von Hall u. Hall (1976, 1990), Hampden-Turner u. Trompenaars (1993), Hofstede (2006) oder Inglehart (2005) wichtige Anhaltspunkte zu den kulturellen Charakteristiken von Ländern, befördern jedoch ein Denken in persistenten Kulturgrenzen: So werden in unserem Fall vornehmlich die kulturellen Unterschiede zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten verglichen, nicht aber variable, transstaatliche Formationen konzentrierter Kultureigenschaften. Kennzeichen einer übergreifenden und vereinigenden Kultur geraten ebenso aus dem Blick wie kleinräumige substaatliche Kulturmerkmale.

Am Beispiel Tschechiens würde ein solches Verständnis eine Kombination landestypischer Prägungen nahe legen, welche die Bevölkerungen der peripheren Agrarräume, der Hauptstadt Prag oder der Regionen des Riesengebirges in gleicher Weise kennzeichnet. Setzt man stattdessen ein selektives Kulturverständnis voraus, das interessenabhängig kulturelle Einzelmerkmale fokussiert, so lassen sich diverse Regionen jenseits der vorbestimmten Grenzen untersuchen.

Im tschechisch-deutsch-österreichischen Grenzraum wurden im Rahmen einer Studie exemplarisch sowohl transnationale Kulturmerkmale als auch nationale Kulturunterschiede vor dem Hintergrund einer zukünftigen Kooperation im Tourismus erforscht (Scheffer 2007). Es zeigte sich u.a., dass der tschechische Grenzraum für einen authentischen Kulturtourismus, der gelebte Bräuche voraussetzt und vermarktet – anders als der deutsche und österreichische Grenzraum – aufgrund des geringen Traditionsbewusstseins seiner Bewohner wenig geeignet erscheint. Ein Befund, der u.a. mit dem späten Zuzug heterogener Bevölkerungsgruppen nach der Vertreibung der Sudetendeutschen erklärt werden kann. Demgegenüber konnte in den drei stark bewaldeten und reliefierten Grenzräumen ein ausgeprägter Naturbezug der Bevölkerungen nachgewiesen werden, welcher sich im stärker landwirtschaftlich genutzten Vorland des Böhmerwaldes/Šumava nicht in der Weise belegen ließ. Während die identifizierten Unterschiede dabei helfen, Missverständnisse und mögliche Enttäuschungen in der Zusammenarbeit zu umgehen, liefern die erkannten Gemeinsamkeiten vielfältige Anknüpfungspunkte für gemeinsame Projekte der Bewohner. Auf vergleichbare Weise lassen sich für andere Kontexte und andere Untersuchungsregionen ebenfalls unterschiedlichste Regionalisierungen vornehmen.

In konzeptioneller Hinsicht kann mit der themenabhängigen Herausstellung von grenzüberschreitenden Gemeinsamkeiten und Unterschieden die Vorstellung abgeschlossener Kulturen überwunden werden. So lassen sich die Bevölkerungen Mittel- und Osteuropas je nach Kulturmerkmal gleichzeitig in ihrer Einheit wie auch in ihrer Vielfalt begreifen.

Literatur

- Gebhardt, H., Reuber, P. u. Wolkersdorfer, G. (Hrsg.)(2003): Kulturgeographie. Aktuelle Ansätze und Entwicklungen. – Heidelberg.
- Göttlich, U., Mikos, L. u. Winter, R. (Hrsg.)(2002): Die Werkzeugkiste der Cultural Studies. Perspektiven, Anschlüsse und Interventionen. – Bielefeld.
- Hall, E.T. (1976): Beyond Culture. – New York.
- Hall, E.T., Hall, M.R. (1990): Understanding Cultural Differences: keys to success in West Germany, France, and the United States. – Yarmouth.
- Hampden-Turner, CH. u. Trompenaars, F. (1993): The seven cultures of capitalism. – New York.
- Hansen, K.-P. (2003) Kultur und Kulturwissenschaft. – Tübingen.
- Hofstede, G. (2006): Lokales Denken, Globales Handeln. – München.
- Höhmman, H.-H. (Hrsg.)(1999): Eine unterschätzte Dimension? Zur Rolle wirtschaftskultureller Faktoren in der osteuropäischen Transformation. – Bremen.
- Höhmman, H.-H. (Hrsg.)(2001): Kultur als Bestimmungsfaktor der Transformation im Osten Europas: konzeptionelle Entwicklungen – empirische Befunde. – Bremen.
- Inglehart, R. (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy. – Cambridge u.a.
- Lippuner, R., Lossau, J. (2004): Geographie und Spatial Turn. – Erdkunde 3, S. 201–211.
- Scheffer, J. (2006): Europas Kulturunterschiede als Herausforderung für eine Geographie der interkulturellen Kommunikation. In: Ders. (Hrsg.): Europa und die Erweiterung der EU. – Passau, S. 23–29. (=Passauer Kontaktstudium Erdkunde, Bd. 8).
- Scheffer, J. (2007): „Den Kulturen Raum geben“. – Das Konzept selektiver Kulturräume am Beispiel des deutsch-tschechisch-österreichischen Dreiländerecks. (in Vorbereitung)

- Sundhausen, H. (Hrsg.)(1999): Osteuropa zwischen Integration und Differenz: Probleme europäischer Integration und kultureller Differenzierung. – Frankfurt/Main, Berlin, Bern u.a.
- Werlen, B. (1997): Sozialgeographie alltäglicher Regionalisierungen Bd. 2: Globalisierung, Region und Regionalisierung. Stuttgart (Erdkundliches Wissen 119).

Region Baltikum: kulturelle Räume in Lettland

Einführung

In dem Beitrag werden die Kulturräume in Lettland anhand von Ergebnissen einer empirischen Studie der Soziologen der Universität Lettlands¹ charakterisiert. Es wird den transkulturellen Merkmalen dieser Räume nachgegangen.

Kulturelle Räume – Transkulturelle Räume und Identitäten

Heutzutage kann man die wandelnden Kulturräume nicht ohne Berücksichtigung der Globalisierungsprozesse erfassen. Mit der Entwicklung der ‚neuen‘ Medien (Internet aber auch Handys) ist eine weltweite multidimensionale und komplexe Konnektivität bzw. Vernetzung entstanden, die sowohl die Inhalte der Kommunikation als auch die Gesellschaften und Kulturen prägt.²

Die Globalisierungsdebatte hat Befürchtungen mit sich gebracht, auch in der wissenschaftlichen Diskussion: kulturelle Identitäten werden homogenisiert. Neben der Tendenz der globalen Homogenisierung ist aber eine Faszination für die Differenz und die Vermarktung der Ethnizität beobachtbar. Neben dem Interesse am Globalen gibt es immer noch Interesse am Lokalen (Hall: 1994: 213). Einerseits hat die weltweite Vermarktung von Medienprodukten eine Tendenz zur Angleichung des Medienangebots verursacht, andererseits sind unübersehbare Differenzierungsprozesse in Gang gesetzt worden. Die verschiedenen Medien und Programmattungen ermöglichen neue Wahlmöglichkeiten und eröffnen größere Handlungsspielräume; sie tragen zur Pluralisierung von Sinn- und Sozialwelten bei. Andreas Hepp spricht in dem Zusammenhang von transkultureller Vernetzung (vgl. Hepp, 2004b: 437). Dank der transkulturellen Vernetzung weicht die scheinbar natürliche Beziehung zwischen Kultur und geographischen bzw. politischen Territorien auf. Die nationalen Kulturen werden zwar nicht aufgelöst, sie existieren immer noch. Sie werden aber immer mehr von verschiedenen Nationalkulturen übergreifenden deterritorialen kulturellen Phänomenen, wie ethnischen Diasporas oder kommerziellen Jugendkulturen, durchzogen (vgl. Hepp 2005b).

Auch die kulturellen Identitäten weisen Merkmale transkulturell vernetzter Kulturräume auf. Stuart Hall zufolge ist für die moderne Zeit kulturelle Hybridität charakteristisch (Hall 1994: 20). Statt von einer Identität als einer ‚abgeschlossenen Einheit‘ zu sprechen erscheint es sinnvoller, „sich Identität als einen fortlaufenden Prozess der Identifikation zu denken, für den die kommunikative, kontextuell-situative Abgrenzung gegenüber verschiedenen Identifikationsangeboten eine grundlegende Voraussetzung ist.“ (Hepp 2004a: 55) Heutzutage ist das Angebot solcher Identifikationen deutlich gestiegen, die Identitäten werden in unterschiedlichen Diskursen immer neu definiert. Neben den fundamentalen Merkmalen der Identität – wie das Geschlecht, Ethnizität, sozialer Status – nehmen die medial vermittelten Identifikationsmodelle eine immer bedeutendere Rolle ein (vgl. Krotz 2003: 44).

Die von den Medien produzierten Kulturräume spielen somit eine immer wichtigere Rolle für die Identitätsbildung. Im Weiteren wird nachgegangen, welche Charakteristika die Kulturräume in Lettland aufweisen; welche Identifikationsmuster sie bieten; inwiefern sich diese Kulturräume in den Identitäten der Jugendlichen in Lettland widerspiegeln.

¹ Tabuns (ed.) 2006, finanziert durch das EU Rahmenprogramm PHARE.

² Als Räume können in dem Zusammenhang Bereiche bezeichnet werden, die eine hohe wechselseitige Konnektivität haben, eine gewisse Kohärenz aber keine eindeutigen Grenzen aufweisen (vgl. Hepp 2004b: 436). Es ist fast unmöglich die Grenzen heutiger Kulturräume festzulegen, da sie in unendliche Netzwerke verwickelt sind.

Transkulturelle Räume und Identitäten – empirische Ergebnisse

Zwei Medienräume

Qualitative sowie quantitative Analysen von lettisch- und russischsprachigen Medien (vgl. BISS 2005; Sulmane 2006) haben gezeigt, dass es zwei unterschiedliche Medienräume in Lettland gibt, deren Themenwahl und Schreibweisen sich selten überschneiden. Sie grenzen sich von einander entlang der Sprachgrenze ab – man kann von den lettisch- und russischsprachigen Medien in Lettland sprechen.

Eine Studie der Soziologen der Universität Lettlands (Tabuns: 2006)³ zeigt, dass die Medien in Lettland größtenteils über Kulturereignisse berichten, die für die „eigene“ ethnische Gruppe relevant sind. So schreiben die lettischen Medien nicht über die Veranstaltungen, die sich an den Slawen Lettlands orientieren. Andererseits berichten die russischen Medien sehr selten über die „lettischen“ Veranstaltungen und die regionalen Ereignisse, in denen meistens lettische Künstler tätig sind.

Eine Ausnahme dabei sind die populärkulturellen Ereignisse, alle Medien berichten über die gleichen Produkte der westlichen Kulturindustrie, hauptsächlich über populäre Musik und Kino.

Das Interesse der russischen Medien an der Kultur Russlands, die keinen Bezug zur russischsprachigen Gesellschaft Lettlands hat, ist gering. So wurden beispielsweise die Literaturereignisse allgemein in Russland kaum erwähnt. Die russischen Medien ignorierten auch die Veranstaltungen, in denen die Kultur Russlands für die Letten aktuell wird. Beispielsweise berichteten die russischen Medien nicht darüber, dass eine Jubiläumsveranstaltung des russischen Schriftstellers Alexander Bloch in einem, meistens von Letten besuchten, Konzerthaus veranstaltet wurde. Die lettischen Medien berichteten viel über dieses Kulturereignis. Ähnlich verhalten sich auch die lettischen Medien und berichten nur selten von Auftritten weltberühmter Vertreter der klassischen Musik aus Russland.

Die ethnische Zweiteilung wird auch in Bereichen deutlich, die am wenigsten eine ethnische Aufteilung verursachen sollten – beispielsweise der Kunst. Die russischen Medien berichten nur von Kunstausstellungen, die in ein paar Ausstellungsräumen stattfinden – in einigen Galerien und in einem Kulturhaus namens Moskauer Gebäude.⁴ Die lettischen Medien erwähnten aber diese Einrichtungen nicht ein einziges Mal. Es gab nur wenige Fälle, in denen beide Medien über dieselben Kunstausstellungen berichteten.

Vermutlich wollen die Medien verhindern, dass in Lettland transkulturelle nationale Identitäten gebildet werden. Die lettischen Medien setzen sich für eine monokulturelle „Letten-Identität“ ein, die russischen Medien fördern eine an Russland orientierte Identität. Die lokale russische Kultur in Lettland wird von der russischen Seite wenig beachtet, dagegen viel die lokalisierte Kultur Russlands. Zum Beispiel, hat im Herbst 2005 eine Gruppe russischer Dichter namens „Orbīta“ ein zweisprachiges Gedichtbuch herausgegeben und den Preis des besten Gedichtbuches des Jahres 2005 in Lettland erhalten. Davon hat keine der erforschten russischen Medien berichtet.⁵ Die Studierendenumfrage derselben Studie zeigt, dass die Jugendlichen fast keine einheimischen russischen Künstler, Musiker oder Schriftsteller kennen. Nur 6% der befragten Studierenden kannte die „Orbīta“.

³ In der Studie wurden Beiträge über Kultur der größten lettischen und russischen Zeitungen, Internetportale, öffentlich rechtlicher Radio und TV Sender Lettlands quantitativ und qualitativ im Zeitraum von zwei Monaten (November, Dezember 2005) analysiert.

⁴ Das Gebäude wurde von der Stadt Moskau gestiftet.

⁵ Diese Organisation vertritt oft Lettland im Ausland. Experten vermuten, die russischen Medien betrachten diese Dichtergruppe als Vertreter des „feindlichen“ lettischen Nationalstaates. Solche Gruppen unterstützen nicht die auf Russland zentrierte Identität und sind somit nicht in den Medien vertreten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die lettischen und russischen Medien bemüht sind, die Kultur in zwei ethnische Räume zu spalten, sowie ethnische kulturelle Einstellungen ihrer Zuschauer bzw. Leser zu entwickeln. Die russischen Medien richten ihre Aufmerksamkeit hauptsächlich auf Kulturereignisse, die eine auf Russland orientierte Identität entwickeln, die lettischen Medien ignorieren solche Veranstaltungen und liefern ethnisch gefärbte Identifikationsmuster.⁶

Kulturelle Identitäten Jugendlicher

Im Folgenden werden die kulturellen Identitäten der zwei größten ethnischen Gruppen (die Letten und Jugendliche slawischer Abstammung⁷) Lettlands betrachtet und es wird der Frage nachgegangen, inwiefern die Jugendlichen die ethnisch abgegrenzten Medieninhalte verinnerlichen.

Die Jugendlichen ziehen meistens die Medien vor, die in ihrer eigenen Sprache senden oder schreiben⁸. Die privaten lettischen TV Sender sind immer mehr bemüht, auch russische Zuschauer zu gewinnen, und übertragen einen Teil ihrer Sendezeit auf Russisch oder mit russischen Untertiteln. Inhaltlich sind das meistens europäische oder amerikanische, unterhaltende Sendungen.

Die unterschiedliche thematische Berichterstattung der lettischen und russischen Medien spiegelt sich auch in den Einstellungen junger Studenten Lettlands wider. Laut der Studierendenumfrage privater und staatlicher Hochschulen⁹ in Lettland interessieren sie sich in den Medien für Kulturereignisse unterschiedlicher Territorien¹⁰. Die lettischen Studierenden sind lokal orientiert und sind somit mehr an Lettland gebunden. Ihnen ist es wichtig über die Kulturereignisse in Lettland und der nächsten Lokalität zu erfahren. Die slawischen Studierenden sind dafür mehr an Russland und Europa interessiert, wobei sie sich auch für die Ereignisse in Lettland interessieren. Diese Orientierung der Jugendlichen auf unterschiedliche Kulturräume entspricht der beschriebenen kulturellen Orientierung der Medien. Interessanterweise ist ein translokaler Kulturraum – Europa –, nicht der lokale Raum, der gemeinsame Kulturraum beider Gruppen (Siehe Abbildung 1).

Der Musikkonsum lettischer Jugendlicher ist lokaler als der ihrer slawischen Mitstudierenden. Im letzten Monat hat fast die Hälfte (48%) der lettischen Jugendlichen ein in Lettland produziertes Musikstück im Internet heruntergeladen, dagegen haben nur 24% der Slawen aus Lettland stammende Musik heruntergeladen. 77% der slawischen Jugendlichen haben ausländische (vermutlich unter anderem auch russische) Musik heruntergeladen, weniger – 68% – der Letten haben das gleiche getan.

Die Studie zeigt, dass die Studierenden gleiche Wertorientierungen teilen. Da sie sich für die europäischen Kulturereignisse interessieren, lieben sie die gleichen Kulturbereiche, meistens die Populärkultur – Musik und Spielfilme. In den Medien sehen sie am liebsten solche Kulturereignisse wie Konzerte populärer Musik oder Unterhaltungsfilme. Ein großer Teil der Jugendlichen möchte, dass die Kunst und Musik sie unterhält. 83% der Letten und 68% der Slawen stimmten teils oder ganz der Aussage zu: „Das wichtigste in Musik und Kunst ist für mich Unterhaltung“.

⁶ Diesen Unterschied verursacht eine mögliche Politisierung der Kultur. Vermutlich spielen dabei auch die Interessen der Besitzer der Medienkonzerne, sowie undefinierte Partnerbeziehungen unter Journalisten und Kulturproduzenten eine bedeutende Rolle.

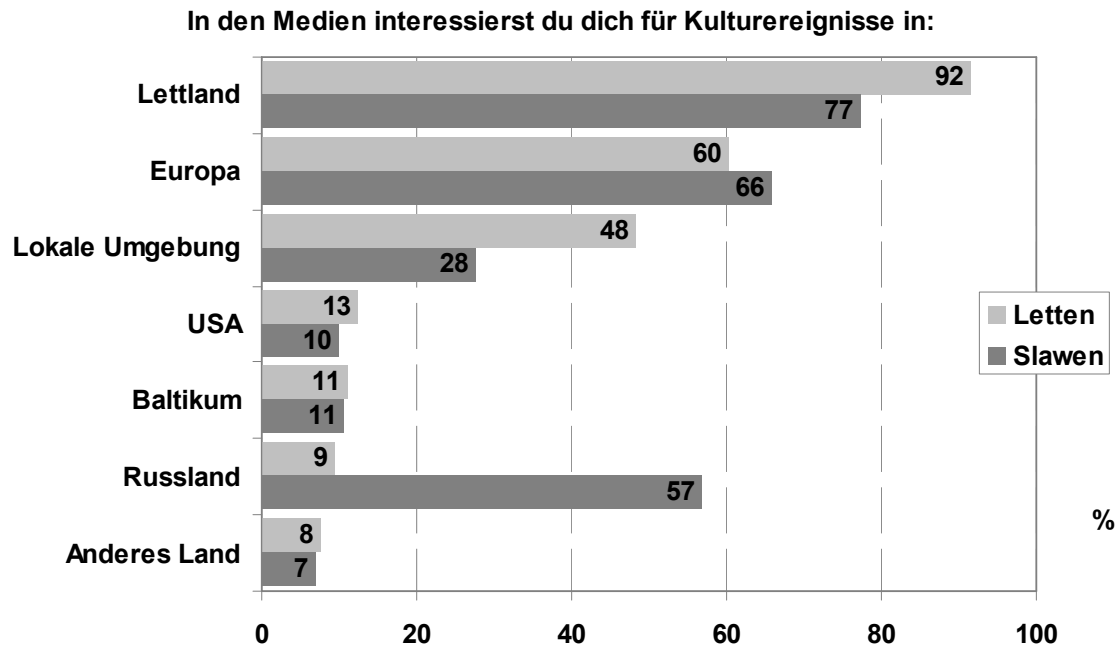
⁷ Sie werden im Weiteren als Slawen bezeichnet.

⁸ Marketing House: Eine Studie zum Lebensstil und Konsum. 2004.

⁹ Insgesamt wurden 1070 Studenten aus allen Regionen Lettlands befragt.

¹⁰ Frage: In den Medien interessierst du dich für Kulturereignisse in...?

Abbildung 1



N=1070, Mehrfachnennung, die Summe der Antworten kann 100% überschreiten.

Die Studierendenumfrage zeigt eine große Zuneigung der Jugendlichen zur populären Musik. 78% der Letten und 71% der Slawen betrachten die populäre Musik als eine ihrer Lieblingskulturgemeinschaften¹¹. Für Jugendliche ist es wichtig in der Sphäre der Musik kompetent zu sein¹² (34% der Letten und 29% der Slawen nennen als erstes Musik). Mehr als die Hälfte der Studenten wiesen auf die Zugehörigkeit einer Musikjugendkultur hin. Die meistgenanntesten Jugendkulturen waren die der Popmusik (25% der Letten und 34% der Slawen) und der Rockmusik (jeweils 11% und 14%).

Bei der Bildung des Zugehörigkeitsgefühls der Jugendlichen spielen die populäre Musik und ihr transkultureller Referenzraum eine wichtige Rolle. Gefragt, auf welche Künstler Lettland stolz sein könne, nennen die meisten Jugendlichen Musiker der populären Musik, die sich an der ganzen Gesellschaft orientieren, aber auch unter anderem in Russland Popularität errungen haben. Das sind vor allem der Komponist Raimonds Pauls (57% der Letten und 69% der Slawen) und die Bands „Brainstorm“ (jeweils 43% und 28%) und „Cosmos“ (jeweils 12% und 13%).

Die starke auch durch die Medien unterstützte Orientierung an den eigenen Kulturraum, spiegelt sich auch in der Freizeitgestaltung Rigaer Studenten¹³ wider. Die lettischen Jugendlichen ziehen beispielsweise die Clubs und Cafes vor, wo hauptsächlich lettische Musik gespielt wird (24% der Letten nennen solche Clubs). Die Slawen erholen sich in Clubs mit russischer Musik (29% der Russen). Beide Gruppen besuchen nur dann gemeinsame Einrichtungen, wenn dort eine andere Kultur, meistens die transnationale europäische oder amerikanische Kultur, dominiert. Sie lieben Multiplex-Kinos oder Clubs, wo westliche Musik gespielt wird. So wurde nur ein einziger Rigaer Nachtclub gleich oft von beiden Gesellschaftsgruppen genannt. Dies war ein

¹¹ Maximal dreifache Nennungen.

¹² Offene Frage: „In welcher Kultursphäre ist es dir am wichtigsten, kompetent zu sein?“

¹³ Der größte Teil der Studenten studieren in Riga.

Club, der sich an keine der zwei ethnischen Kulturen klammert, sondern der sich international orientiert¹⁴.

Ausblick

Einerseits kann man in Lettland eine zunehmende Orientierung an der eigenen ethnischen Gruppe beobachten, die auch durch die Medien erzeugt und unterstützt wird. Andererseits sind beispielsweise die Jugendlichen zwar auf die eigene Sprache orientiert, konsumieren aber oft die gleichen populärkulturellen Inhalte. Die Jugendlichen beider ethnischer Gruppen stehen sich näher als die Medienräume.

Neben den zwei durch die Medien aufrecht erhaltenen Kulturräume, bestehen auch transkulturelle, weniger lokale Kulturräume der Populärkultur. Die Identifikationsmodelle dieser Räume sind transkulturell und vermitteln unter beiden größten ethnischen Gruppen.

Literatur

BISS: Etnopolitiska spriedze un konflikta risinajuma meklējumi, 2005

Hall, S.: Rassismus und kulturelle Identität. 2, 1994

Hepp, A.: Cultural Studies und Medienanalyse. Eine Einführung, 2.Auflage, 2004a

Hepp, A.: Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung, 2004b

Hepp, A.; Deterritoriale Vergemeinschaftungsnetzwerke: Jugendkulturforschung und die Globalisierung der Medienkommunikation, in: Schmidt, S.J. (Hg.): Kulturschutt 2005

Krotz, F.: Medien als Ressource der Konstitution von Identität, in: Winter, C. et.al. Medienidentitäten. Identität im Kontext von Globalisierung und Medienkultur, 2003

Sulmane, I.: Neiecietības izpausmes un iecietības veicinasana Latvija, 2006

Tabuns, A. (ed.) Kulturas. Jauniesi. Mediji, 2006

¹⁴ Die Homepage vom Club Essential (<http://www.essential.lv/>) wird nur auf Englisch gestaltet.

Kommen. Bleiben. Gehen.¹ Identitätsmigration transnational?

Wenn es bei der Identitätsfrage darum geht, dass sich ein Mensch mit etwas identifiziert, ein äußeres Merkmal einer bestehenden Gruppenidentität als sein eigenes Wesensmerkmal annimmt, erscheint dies in gewisser Hinsicht als ein notwendiger Prozess zur Heranbildung einer eigenen Persönlichkeit, bleibt aber stets auch ein Element der Fremdbestimmung und Zuschreibung. Kaum bestreitbar scheint die Annahme, dass soziale Identität eng mit der Übernahme bestimmter Rollen/Muster innerhalb einer sozialen/kollektiven Gruppe verbunden ist. Wer ist und zu wem wird ein Mensch aber, dessen Grundriss sich unter Bedingungen, wie der Individualisierung, Vervielfältigung, Globalisierung, verändert? Wie hängen Qualität und Ergebnis der Identitätsarbeit von den psychischen, kulturellen und materiellen Ressourcen einer Person/einer Personengruppe ab? Welche Bedeutung kommt den realen Erfahrungen von sozialer Anerkennung und Zugehörigkeit für die Identitätsarbeit zu? Und: Wie gelingt es dem Subjekt/einem Identitätskollektiv sich durch die erarbeiteten Identitätspassungen auch Handlungs-/Artikulationsfähigkeit zu sichern; sprich: Wie sieht es mit Konstruktionen aus der Perspektive signifikanter Anderer aus?

Alles Fragen, die kaum in diesem Rahmen beantwortet werden können, jedoch als eine Diskussionsanregung dienlich erscheinen. Identität, gerade in Bezug auf Transnationalität, EU-Erweiterungsprozesse und Migrationsbewegungen, wird zum einem zum subjektiven Konstruktionsprozess. Zum anderen wirft es die Frage auf, welche Auswirkungen diese im Rahmen der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozesse auf die Subjekte hat. Diese „Identitätsarbeit“ in einer fragmentierten Welt der scheinbar wachsenden Unübersichtlichkeit, Enttraditionalisierung und Widersprüchlichkeit inkludiert diverse Identitätsbausteine, vordergründig aus den Lebensfeldern Arbeit, soziale Beziehungen sowie Kultur.² Der Herstellungsprozess erfordert hierzu psychische, soziale sowie materielle Ressourcen. Wenn die jeweiligen Lebenspläne sowie biographischen Normalerwartungen also einem Transformationsprozess unterliegen und es einer Dekonstruktion von modernen Identitätsvorstellungen aufgrund gesellschaftlicher Veränderungsdynamiken, der In-Frage-Stellung von bisher angenommenen Basisprämissen sowie Selbstverständlichkeiten bedarf, spielen auch kulturübergreifende Aspekte eine nicht unwesentliche Rolle.

Da kulturelle Identität per Definition aber sowohl in der Suche nach Unterschieden/Gemeinsamkeiten als auch in der traditionellen/ historischen/religiösen Abgrenzung gegenüber anderen Kulturen wurzelt, wird der Kulturbegriff nicht selten durch bestimmte Eliten festgelegt. Deshalb zwei weitere Fragen: soll und kann „Europa als Raum“ als der Orientierungsleitfaden für kulturelle Werte und identitätsstiftende Komponenten dienen? Und: Soll und kann kulturelle Identität der Versuch sein, die traditionellen transgesellschaftlichen Unterscheide der europäischen Länder und Ethnien in den Hintergrund treten zu lassen, um auf der Basis von Konsensfindung transnationale Gemeinsamkeiten zu finden und/oder zu konstruieren? Die Vorstellung eines gemeinsamen Europas als Schicksalsgemeinschaft³ wird nämlich nicht zuletzt auch über ein europäisches Bewusstsein als Grundvoraussetzung für eine integrative Zukunft, oder gar dieses als eine Bedingung für die zukünftige Integration verstanden. Sei es im Beharren auf zivilisato-

¹ Anlehnung an den Text von Bauböck, Rainer: „Gehen, Bleiben, Kommen. Notwendige Öffnung und legitime Schließung liberaler Demokratien“ (Leaving, Staying, Arriving. Necessary Opening and Legitimate Closure of Liberal Democracies) in: Archives Européennes de Sociologie, No.1/1997:71–103.

² Vgl. hierzu: Es sei immer falsch „(...) die Erscheinungen in einem Land einfach mit dem Charakter seiner Bewohner zu erklären...“ in: Musil, Robert: Der Mann ohne Eigenschaften, hg.von Adolf Frisé. Reinbek b. Hamburg 1983, 34 (Kap.8).

³ Vgl. hierzu: <http://www.europa-web.de/europa/charta.htm> (26.08.2006).

rischen Werten, welche sich von den antiken/christlichen Wurzeln kaum zu befreien trachten oder dem Aufoktroieren der modernen Demokratie als Non Plus Ultra. Wohl auch

„...Wir ‚guten Europäer‘: auch wir haben Stunden, wo wir uns eine herzhaft Vaterländerei, einen Plumps und Rückfall in alte Lieben und Engen gestatten (...), Stunden nationaler Wallungen, patriotischer Beklemmungen und allerhand anderer alterthümlicher Gefühl-Überschwemmungen...“⁴

Wenn jetzt beispielsweise traditionelle Migrationsstudien von unlinearen Migrationsbewegungen zwischen einem Heimatland und einem Einwanderungsland ausgehen, in welchem sich MigrantInnen wie in einem Schmelztiegel an eine dominante Identität assimilieren/müssen/sollen, verschleiert dies nicht nur die sozialen Prozesse und Identitätskonstruktionen, sondern führt zur Anwendung von Grundsätzen, über welche in der EU nach wie vor debattiert wird: der begrenzte Rahmen eines Nationalstaates weicht dem einer „neuen Gemeinschaft“. Der Zusammenhang von kollektiver Identitätsbildung und öffentlicher Artikulation bzw. Wirkung, bezogen auf eine historische Perspektive, verschleiert zudem die spezifisch (west-)europäischen Muster, welche die Transnationalität und eine „postnationale Staatsbürgerschaft“ prägen. Werden also die wissenschaftlichen, ökologischen oder geschlechtsspezifischen Konzepte jeweils wieder „nur nationalisiert“ oder entwickelt sich ein Diskurs jenseits der Nation? Ist „nur eine Internationalisierung“ im Sinne einer Vernetzung, oder aber darüber hinaus auch eine „Internationalität“, verstanden als Konstruktion von gemeinsamen Sinnhorizonten und Zugehörigkeitsgefühlen, möglich?

Wenn angenommen wird, dass die diversen Interaktionsgemeinschaften die sozialen Differenzen, politischen und kulturellen Orientierungen sowie Wertvorstellungen der sozialen Netzwerke widerspiegeln, führt das zur Behauptung, die Deutungsangebote, Werte und übergreifenden Orientierungen in Bezug auf eine akzeptierte Weltdeutung, wären heute nur noch auf der Ebene kultureller Einbindungen zu finden. Kulturelle Identitäten dieser Art sind aber weniger gut abgrenzbar, weniger deutlich und auch selten institutionalisiert. Und: Gerade benachteiligte Gesellschaftsgruppen haben im Rahmen ihrer Emanzipationsprozesse die bisher ihnen zugeschriebenen, meist negativ besetzten und oft diskriminierenden, Identitätsangebote aufgegriffen und als Ausgangsbasis für eine positive Identifikation umdefiniert. Diese minoritären Lebens- und Erfahrungszusammenhänge, wo die „Abweichung von der Norm“ zu einem Verständnis von „Neuer Identität“ konzeptualisiert wird, spiegelt wiederum eine Ambivalenz, die sich in solchen konstruierten Identitätsmustern findet, wider.

Aber ist überhaupt die Möglichkeit einer Integration der abgewerteten Aspekte gegeben? Spezifischer: können historisch negativ besetzte Biographien die Erfahrungen zugunsten einer Gleichstellung aufgeben? Und wenn ja, wird Gleichstellung nicht mit Gleichsetzung verwechselt? Banal: Ist ein/e OsteuropäerIn noch immer weniger wert, gemessen an Europäischen Werten? Der pessimistische Zeitgeist als Resultat der Konfrontation zwischen „westlicher Demokratie“ und „dem sowjetischen Kommunismus“ scheint nämlich nach wie vor die verfügbaren Identitätsbausteine der Menschen auszumachen; auch wenn abseits eines separatistisch verstandenen Konzepts der Beheimatung Pluralitätskonzepte und Diversitätsthese entworfen werden.

Wenn der innere Zusammenhang von unterschiedlichen Teilidentitäten aber nicht abseits einer Art Leitinstanz möglich ist, schließt dies eine Kohärenz durch Übergängigkeit von transkulturellen/-nationalen Prozessen aus: Eine mögliche Überschneidung zwischen den diversen Identitäten unter Bezugnahme auf Pluralität wird durch die vorgegebene Pluralitätsthese unmöglich gemacht. Eröffnet sich doch gerade im Zuge der Umbruchs-Erfahrungen eines Identitätsideals die Chance auf Verschiedenheit, auf Überwindung von rigiden Normalitätsmodellen. Dass zunehmende Mobilitäten und Migrationen die traditionellen Identitäten zu destabilisieren

⁴ Vgl. Nietzsche, Friedrich: Jenseits von Gut und Böse, in: Friedrich Nietzsche, Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe, hg. von Giorgio Colli, Mazzino Montinari, Bd.5. München, Berlin, New York 1980, 180–181.

scheinen, dass sich Individuen in der Gegenwart von alten, vermeintlich stabilen Identifikatoren lösen und sich mit dem Angebot einer Vielzahl von neuen auseinandersetzen müssen, hat weiter u.a. dazu geführt, dass auch die herkömmlichen sinnstiftenden Vorgaben von „nationalen“ Identitäten ins Wanken geraten sind. Sowie, dass die Verortung des Lokalen, „Nationalen“ im Globalen, oder die Entterritorialisierung beziehungsweise Entlokalisierung in (nicht selten auch gegenläufige) kulturelle Regionalismen und einen erneuten Rekurs auf nationale Werte hervorgerufen hat. Transnationale Identifikatoren scheinen also ebenso die „neuen Wahrnehmungsmuster“ in einen Rahmen zu drängen und bestimmen „wer“ am globalen Gedächtnis partizipieren darf.

Obwohl dieses kollektive Gedächtnis als Bezugspunkt für ein reflektiertes, erinnerndes Bewusstsein beliebiger geworden scheint, kommt es nämlich oft zu einer verstärkten Suche nach vermeintlich stabilen Inhalten, an die mensch sich halten kann, nach „Gedächtnisorten“, an die mensch sich eindeutig zu erinnern versucht. Indizien dafür sind u. a. der Ruf nach dem erwähnten, eindeutigen kulturellen Erbe. Dieses Festhalten am Konzept nationaler Entitäten, die in ihrer Summe beispielsweise die europäische Identität ausmachen würden, ist klarerweise nicht unproblematisch. Die Frage ist deshalb, ob diese Gedächtnisorte als Identifikatoren in der Vergangenheit tatsächlich *so* stabil waren. Die Debatten um diese Frage kommen eher zu der Schlussfolgerung, dass die in diesen „Orten“ versammelten Elemente „immer schon“ prinzipiell ambivalent und transnational gewesen sind. Das wird auch von psychologischen Erkenntnissen über Gedächtnis und Erinnerung⁵ und von der Einsicht geleitet, dass Kultur als performativer Vorgang ein vieldeutiges, polyphones Gebilde ist, dessen erinnernde Re-Lektüre beziehungsweise Inszenierung auch dessen Inhalte verändern/verschieben kann. Kurz: Was erinnert wird oder wie erinnert werden soll, ist demnach weitgehend sozial konditioniert; es reflektiert also das, was mensch das kollektive Bewusstsein einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit nennen könnte.

Thesen, dass „transnationale Migration“ als grenzüberschreitender Prozess mindestens zwei oder mehrere Staaten verbindet⁶, inkludieren die Überwindung der binären Modelle von Emigration und Immigration, von so genannten push-, pull-Faktoren. Dass MigrantInnen oft mit mehreren Nationalstaaten oder Kommunitäten interagierten und sich identifizierten, ihre Aktivitäten folglich zur Entwicklung transnationaler Gemeinschaften oder zur Formierung transnationaler Räume beitragen würden, wird als Kennzeichen des globalen Zeitalters schlechthin betrachtet. Dass diese transnationalen Beziehungen auf ökonomischer, politischer und soziokultureller Ebene wirken, scheint ebenso unbestreitbar. Wenn aber Europa als das Ergebnis der ethnisch und kulturell homogenisierten Nationalstaaten fungiert, erfolgt nicht auch die Verhandlung von Identitäten nur unter Anleitung einer Instanz?

⁵ Vgl. hierzu: Mach, Ernst: Erkenntnis und Irrtum. Skizzen zur Psychologie der Forschung, Darmstadt 1980 (Leipzig 519226)

⁶ Vgl. Wimmer, Andreas; Glick Schiller, Nina: Methodological Nationalism and Beyond. Nation-State Building, Migration and the Social Sciences. in: Global Networks 2/2002, 301–334.

Regionale Entwicklungsprozesse in Rumänien: 'südosteuropäische Besonderheiten' oder Globalisierungstrends? Über die Auswirkungen der Transformation und des EU-Beitritts

Einleitung

Die vergangenen 16 Jahre bedeuteten für Rumänien den Übergang vom Kommunismus zur Demokratie und Marktwirtschaft, sowie die Integration in die Europäische Union (EU). Im September 2006 wird die Europäische Kommission ihren letzten Fortschrittsbericht über den Beitritt von Bulgarien und Rumänien vorlegen. Dies gilt als entscheidendes Moment für den Beitritt, wobei die Mehrheit der Stimmen auf eine Aufnahme zum 1. Januar 2007 setzt, dies jedoch mit Auflagen. Defizite in den Bereichen Justiz (Bekämpfung der Korruption), Marktwirtschaft (Monopolbekämpfung und Wettbewerb), Verwaltung (Dezentralisierung) haben eine Konditionierung des Beitrittsprozesses Rumäniens verursacht. Obwohl 2005 der Transformationsprozess vom amtierenden Premierminister Tăriceanu offiziell für abgeschlossen erklärt wurde, sind wesentliche Probleme noch ungelöst geblieben. Abgesehen von dem politischen Charakter dieser Erklärung, welche mit Vorbehalt betrachtet werden sollte, hat sich die makroökonomische Lage stabilisiert und ein gewaltiger Wachstumsprozess wurde in Gang gesetzt (mit bis zu 8,3% Wirtschaftswachstum in 2004). Günstige Bedingungen für Investitionen wurden geschaffen und die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung setzt auf Steuerreduzierungen („flat tax“ von 16%) und Privatisierungen der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung. Die Investitions- und Konsumdynamik des rumänischen Wirtschaftsraumes profitiert somit von der bevorstehenden EU-Integration, sowie vom niedrigen Lohnniveau des Arbeitsmarktes und dem Geldtransfer der im Ausland lebenden Rumänen.

Wie in den meisten Staaten Mittelost- und Südosteuropas, wirkten auch in Rumänien unterschiedliche Prozesse, wie etwa Transformation oder Globalisierung gleichzeitig mit den Bemühungen, die Anforderungen eines EU-Beitritts zu erfüllen. In den letzten Jahren fokussierten sich die politischen Entscheidungen auf den EU-Beitritt, welcher als oberstes Ziel festgelegt wurde. Doch andere Prozesse, wie die Vollendung der Transformation, die Auseinandersetzung mit dem sogenannten „kommunistischen Erbe“ oder die Anpassung der Wirtschaft auf die globalen Wettbewerbsbedingungen, zeigen eine verstärkte Wirkung auf die Entwicklung des Landes. Darüber hinaus ließen sich bei den meisten Prozessen regionale Charakteristika feststellen. Dies ist augenfällig insbesondere in Form von regionalen Differenzierungen von national- bzw. übernational wirkenden Prozessen, wie etwa der Globalisierung oder der EU-Erweiterung.

Transformationsphase und EU-Beitrittsprozess

Das Ende der 1980er Jahre brachte den Zusammensturz des kommunistischen Systems und einen Wechsel in allen Bereichen des politischen und sozioökonomischen Lebens. Doch es stellt sich die Frage, inwieweit die Entwicklungen in dem ehemaligen sogenannten „Ostblock“ gewisse Besonderheiten aufweisen. Was ist besonders an der Transformation in Osteuropa und was ist besonders für Rumänien? Transformation bedeutet einen grundlegenden und breitwirkenden Wechsel im Bereich des politischen Systems (Übergang von totalitären zu demokratischen Strukturen), der gesellschaftlichen Ordnung (insb. durch die Entstehung von Zivilgesellschaft), sowie im Bereich des wirtschaftlichen Lebens (von der Plan- zur Marktwirtschaft). Die Transformation tritt als mehrdimensionaler Prozess auf und beinhaltet drei wesentliche Zeitkomponenten: einen initiierenden Moment (bspw. Protestbewegungen als Ausdruck gesellschaftlicher Unzufriedenheit), eine Übergangsphase (auch genannt Transition; die Phase nach

dem Sturz des totalitären Systems mit der Schaffung von neuen (Vertretungs)Strukturen) und eine Transformationsphase im engeren Sinne (im Wesentlichen die Einleitung von grundlegenden Reformen, die Umstrukturierung der Wirtschaftssystems und die Heranführung an die funktionierende Marktwirtschaft, sowie eine makroökonomische Stabilisierung, gefolgt durch ein mittelfristig dauerhaftes Wachstum). Sicherlich sind etliche Nuancierungen dieses Definitionsversuches durch die länder- bzw. regionalspezifischen Charakteristika notwendig. Jedoch lassen sich mehrere Dimensionen der Transformationsprozesse feststellen: eine politische Dimension (Ende des totalitären Regimes, Pluralismus, Demokratisierung, Reform des Staatsapparates, Bildung einer Zivilgesellschaft, Regionalisierung etc.), eine ökonomische Dimension (Liberalisierung, makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung, funktionierende Marktwirtschaft, Auslandsdirektinvestitionen (ADI), Neuausrichtung der Investitionspolitik, Deregulierung etc.) und eine gesellschaftliche Dimension (Demokratisierung, (politische) Partizipation, Lustration und Abschaffung von totalitären Überwachungsstrukturen, Inklusion und Exklusion gesellschaftlicher/ ethnischer Gruppen, Wertewandel etc.). Zusätzlich zu den in der Literatur allgemein akzeptierten drei Dimensionen der Transformation lässt sich insbesondere in dem osteuropäischen Raum eine vierte räumliche Dimension feststellen. Diese wird durch die Transformationsprozesse sichtbar, deren Auswirkungen eine deutliche raumgestaltende Wirkung haben, wie etwa in Form von regionalen Disparitäten, Stadt-Land Unterschieden, Migrationsprozessen, Polarisierungen der wirtschaftlichen Entwicklung (Agglomeration), verstärkter Urbanisierung/ Stadtentwicklung oder Schrumpfungprozessen (bspw. in strukturschwachen Räumen).

Der Begriff der „doppelten Anpassung“ weist auf die Besonderheiten der Transformation im osteuropäischen Raum hin: die Konvergenz mehrerer Prozesse, welche sich gleichzeitig abgepielt haben (Transformation, EU-Beitritt, Globalisierung). Obwohl die Wege der Transformation in den Staaten des ehemaligen Ostblocks unterschiedlich waren, basierten die nachfolgenden Entwicklungen auf einem sogenannten gemeinsamen „kommunistischen Erbe“, was relativ ähnliche Ausgangsbedingungen voraussetzte. Im Falle von Rumänien wurde die politische Wende durch blutige Auseinandersetzungen in Form eines revolutionsähnlichen Volksaufstandes gekennzeichnet. Die Ausgangslage unterschied sich jedoch ziemlich stark, insb. durch die Härte des totalitären Regimes und die katastrophale Wirtschafts- und Versorgungslage der 1980er Jahre. Die Transformation und der EU-Beitritt bedeuteten eine doppelte Anstrengung, welche von der Interdependenz zwischen den „Überbleibseln“ aus dem Kommunismus und der Ausrichtung der Politik für den EU-Beitritt maßgebend beeinflusst war. Es stellt sich die Frage, ob zuerst eine erfolgreiche Transformation stattgefunden haben sollte, damit dann ein EU-Beitritt eingeleitet werden kann. Im Falle von Rumänien spielte diese Frage keine wesentliche Rolle bis zu dem Zeitpunkt, als die Anforderungen der EU als zu hoch beurteilt wurden bzw. als Konfliktpotenzial zwischen eingebetteten Strukturen und deren durch den EU-Beitritt geforderte grundlegende Veränderung entstand. Doch bei genauerer Betrachtung der Hindernisse des Beitrittsprozesses wird erkennbar, dass die strukturellen Defizite größtenteils in den ungelösten Problemen aus der Transformationszeit liegen.

„Neuer Regionalismus“: Region – Regionalisierung – Regionalentwicklung

Im Zusammenhang mit der Transformation und dem EU-Beitritt trat der Begriff „Region“ verstärkt im Vordergrund des gesellschaftlichen (und weniger des politischen) Diskurses auf. Regionalisierung ist eine der wichtigsten Anforderungen des EU-Beitritts insbesondere vor dem Hintergrund einer dringend notwendigen Dezentralisierung. Doch in der rumänischen Gesellschaft verbindet man eher etwas Anderes mit diesem Begriff: Erstens tritt ein Prozess der Regionsbildung (ausgedrückt durch den mehrdeutigen Begriff des „Neuen Regionalismus“), im Sinne der Wiederherstellung der historischen Regionen Rumäniens verknüpft mit einem Dezentralisierungsprozess nach dem Subsidiaritätsprinzip auf. Zweitens handelt es sich um die wachsenden regionalen Disparitäten, als Ausdruck eklatanter Unterschiede zwischen dem Westen einer-

seits und dem Osten und Süden des Landes andererseits. Die Entstehung von Disparitäten kann als markantestes Kennzeichen der rumänischen Transformationsphase¹ geltend gemacht werden. Die Disparitäten treten in unterschiedlichen Formen und Ausmaßen auf: inter- und intraregionale, Stadt-Land-Disparitäten, Exklusion unterschiedlicher Art etc. In den Regionen² selber überschneidet sich die Konvergenz (d.h. die gleichzeitige Mitwirkung mehrerer Prozesse) mit regionalen Besonderheiten.

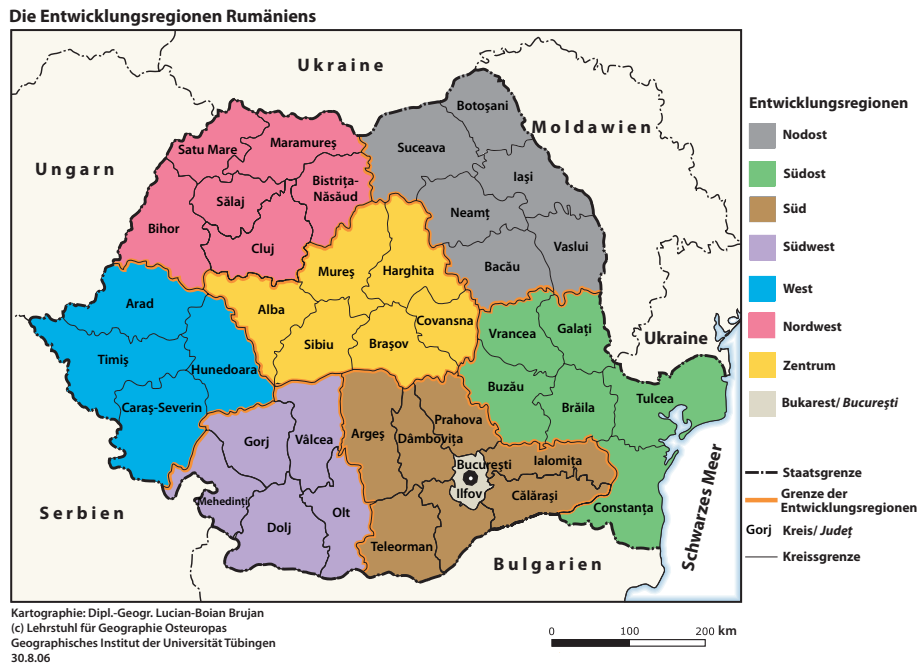
Rumänien war – historisch gesehen – in mehrere Regionen unterteilt, welche heute keine administrative Funktion besitzen. Dennoch sind sie sehr stark im öffentlichen Bewusstsein verankert. Zudem entwickelt sich auch ein wachsendes Regionalbewusstsein: Differenzierungen im Bezug auf Sprache, Mentalität, Traditionen und sozioökonomische Entwicklung lassen sich somit erkennen. Rumäniens historische Regionen sind: das Banat (im Westen und Südwesten, eine multiethnische Region mit dem Zentrum Timișoara), Transsylvanien/ Siebenbürgen (mit einer bedeutenden ungarischen Minderheit und dem Zentrum Cluj-Napoca), Crișana/ Kreisch-Gebiet (an der Grenze mit Ungarn, mit dem Zentrum Oradea), Maramureș-Oaș (im Norden, mit dem Zentrum Baia Mare), Bukowina/ Buchenland (im Nordwesten, über die Grenze mit der Ukraine, mit dem Zentrum Cernăuți, heute in der Ukraine), Moldau (im Osten des Landes, mit dem Zentrum Iași), Dobrușcha (im Südosten, zwischen der Donau und dem Schwarzmeer, über die Grenze mit Bulgarien, mit dem Zentrum Constanța), die Walachei (im Süden, zwischen den Flüssen Olt und Donau, mit den Zentren Bukarest und Târgoviște) und Oltenien (im Süden und Südwesten, zwischen den Südkarpaten und der Donau, mit dem Zentrum Craiova). Heutzutage bilden die NUTS-III-Einheiten 41 Kreise (rum. județ, Plural – județe), aber die acht NUTS-II-Einheiten (Entwicklungsregionen) sind nur statistische Regionen mit keinen Entscheidungskompetenzen. Die acht Entwicklungsregionen wurden nicht auf der Basis von historischen Regionen errichtet, sondern nach dem „Homogenitätsprinzip“ (d.h., dass besser und schlechter entwickelte Kreise zusammengeführt wurden, um eine balancierte Struktur auf regionaler Ebene zu schaffen in der Hoffnung, dass positive Multiplikatoreffekte auf die unterentwickelten Kreise wirken werden). Außerdem wurde versucht, gleichgroße Regionen zu schaffen, mit Ausnahme der Region um die Hauptstadt (Bukarest-Ilfov). Bewusst wurde auf eine territoriale Neuordnung verzichtet und die NUTS-III-Einheiten wurden nicht nach dem Vorbild der historischen Regionen, sondern auf Druck der EU geschaffen. Realistisch betrachtet sind diese Strukturen nur Ausdruck eines Kompromisses, die EU-Anforderungen zu erfüllen, dafür aber die Entwicklungsregionen als bürokratische, kompetenzlose Strukturen zu etablieren. Obwohl diese auch mit Institutionen ausgestattet wurden und für die Erstellung der Entwicklungspläne zuständig sind, haben sie im Grunde genommen nur eine beratende Rolle.

Rumänien ist ein hoch zentralistischer Staat, was nicht alleine auf einen Fortführungseffekt aus den Zeiten des Kommunismus zurückzuführen ist. Im ersten Jahrzehnt nach der politischen Wende, im Dezember 1989, setzten politische Kräfte auf die Karte des Nationalismus, um daraus politisches Kapital erzielen zu können. Diese Art von Diskurs räumte keinen Platz für Regionalisierung oder Dezentralisierung des Staatsapparates ein. Stattdessen wurde die Unteilbarkeit des Staatsterritoriums gepriesen und unterband damit jeglichen Versuch eine territorial-administrative Neuordnung einzuleiten. Dies beruhte auf der Angst, dass Föderalisierungs- oder Abspaltungsprozesse in den zwei westlichen Regionen des Landes (Transsylvanien und das Banat) auftreten könnten. Entfacht wurde diese unberechtigte Angst durch die gemischte ethnische Struktur der Bevölkerung der zwei historischen Regionen und durch ihre Nähe zu Ungarn (und somit zu dem Raum der ehemaligen Donaumonarchie, zu dem diese zwei Regionen bis 1918 gehört haben).

¹ „Transformationsphase“ wird verstanden als die Entwicklung in der Zeit seit der „Rumänischen Revolution“ (Dezember 1989) bis heute

² verstanden als homogene (Teil)Räume, welche sich vom Gesamttraum (hier – der rumänische Staat), mittels Abgrenzungskriterien, abgrenzen/ absondern

Abbildung 1: Rumänien: die NUTS II (Entwicklungsregionen, rum. „Regiuni de Dezvoltare“) und NUTS-III-Einheiten (Kreise, rum. „Județe“).



Quelle: Eigene Darstellung, 2006

Als Zwischenfazit kann gesagt werden, dass ein Prozess der Neuaufwertung des Begriffes „Region“ stattfindet. Der „neue Regionalismus“ wird zum Ausdruck eines neuen Regionalbewusstseins, welches im Falle von Rumänien auf den Fortbestand der Unterschiede durch die historischen Regionen im gesellschaftlichen Bewusstsein und in den räumlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen basiert. Regionsbildungsprozesse aufgrund der historischen Regionen verlaufen jedoch unterschiedlich, mit einer erhöhten Dynamik im Banat und in Siebenbürgen. Die Schaffung von Entwicklungsregionen bietet keine konkreten Möglichkeiten für eine Regionalpolitik und deutet auf keine Regionalisierung mit territorialen Wirkungen (Neuordnung des Staatsterritoriums durch Schaffung von Regionen), sondern auf eine „formlose“ Regionalisierung. Solange die Entwicklungsregionen nicht auf der Basis von historischen Regionen neu gestaltet werden und solange diese mit keiner Legitimation (etwa in der Verfassung), keinen Kompetenzen, Institutionen und Strukturen ausgestattet werden, wird es keine echte Dezentralisierung nach dem Subsidiaritätsprinzip geben. Dies verhindert die Entwicklung einer Regionalpolitik nach EU-Standards, welche weder auf Kreisebene noch zentral (in Bukarest) durchgeführt werden kann.

Wirtschaftsräumliche Entwicklung

Die folgende Abbildung verdeutlicht die markanteste Eigenschaft der wirtschaftsräumlichen Entwicklung in Rumänien: die regionalen Disparitäten. Durch die Zusammenführung von Kreisen mit deutlichen Entwicklungsunterschieden in derselben NUTS-II-Einheit lässt sich ein komplexes Bild der regionalen Disparitäten schwierig feststellen. Dennoch, auf nationaler Ebene ist die folgende Situation deutlich: die wirtschaftliche Entwicklung weist eine west-östliche Richtung, mit Ausnahme der Region Bukarest-Ilfov. Einige der wichtigsten Gründe dafür sind die Nähe zum europäischen Markt und die gut ausgebildeten Arbeitskräfte mit einer im westeuropäischen Kulturkontext verankerten Mentalität. Die unterentwickelten Gebiete befinden sich im Nordosten (an der Grenze mit Moldawien) und Süden des Landes (entlang der Donau). Diese Gebiete weisen insbesondere strukturelle Defizite (schlechte Infrastruktur und Dependenz

von der Landwirtschaft). Auch im Bereich des regionalen BIP, kommt der Region Bukarest-Ilfov eine Spitzenposition zu (mit ca. 21% des BIP Rumäniens); diese Eigenschaft ist auf die Agglomerationsvorteile der Hauptstadt zurückzuführen, welche den größten Anteil der ADI einnimmt. Beim Vergleich zwischen der Stellung der Region West im Bereich des regionalen BIP (Rang 7 auf nationaler Ebene) mit dem BIP/ Einwohner (Rang 2 auf nationaler Ebene), ist ein deutlicher Unterschied im Bereich der Arbeitsproduktivität und der Wirtschaftsstruktur zu erkennen.

Durch die Analyse der Daten auf Kreisebene lassen sich oft erhebliche intraregionale Disparitäten feststellen, wie etwa im Falle der Region West. Dort gibt es eine starke Diskrepanz zwischen den entwickelten Kreisen Timiș und Arad, mit einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur und mit einem dynamischen Investitionsklima (etwa durch Technologieparks oder Innovationszentren im Bereich der IT-Industrie) und den Kreisen Caraș-Severin und Hunedoara, beide mit erheblichen strukturellen Defiziten, welche durch die spezifischen Probleme des Niedergangs der Altindustrie (Steinkohle, Eisen- und Stahlindustrie) verursacht wurden. Diese mosaikartige wirtschaftsräumliche Struktur, mit der relativ engräumlichen „Koexistenz“ von Gebieten mit einer positiven und negativen Entwicklung ist einerseits auf die forcierte Industrialisierung im Kommunismus zurückzuführen und andererseits auf die Vorteile für die Ansiedlung von ADI, welche durch die Grenzlage der Kreise Timiș und Arad gefördert werden.

Ausblick

Die Nähe der EU und das niedrige Lohnniveau sind zwei der wichtigsten Standortfaktoren für ADI. Die Attraktivität der Zentren der Forschung und Entwicklung und die starke kulturelle Bindung mit dem westeuropäischen Raum agierten ebenso als Katalysatoren für die positive wirtschaftsräumliche Entwicklung. In den letzten Jahren stellen sich Tendenzen fest, welche zur Polarisierung von wirtschaftlichen Aktivitäten auf einige städtische Areale und auf Entstehung von Cluster deuten. Diese Agglomerationsprozesse verursachen auch regionale Disparitäten, allerdings dienen sie auch der Dynamisierung des wirtschaftlichen Klimas. Der EU-Beitritt wird einerseits finanzielle und technische Unterstützung für die Minderung der negativen Auswirkungen von regionalen Disparitäten anbieten, andererseits wird der erhöhte Wettbewerbsdruck einen Wandel in der Struktur der rumänischen Wirtschaft verursachen. Zudem wird eine signifikante Verbesserung der Infrastruktur erfolgen, welche die Diversifizierung der Wirtschaftsstruktur fördern wird, aber auch zur verstärkten Polarisierung des Raumes führen wird (insb. entlang der wichtigsten Verkehrsachsen). Es bedarf jedoch einer verstärkten Dezentralisierung, damit Regionalentwicklung und Regionalförderung durchgeführt werden können. Eine für Rumänien angepasste, nach dem Vorbild der EU gestaltete, Regionalpolitik ist die optimale Möglichkeit, eine ausgewogene und dauerhafte wirtschaftsräumliche Entwicklung zu gewährleisten. Es stellt sich nur die Frage, ob dies rechtzeitig erkannt und ob rechtzeitig agiert wird.

Literatur

- *** AGENȚIA DE DEZVOLTARE REGIONALĂ VEST (2003): Strategia de Dezvoltare a Regiunii Vest. Timișoara
- *** GRUPUL DE ECONOMIE APLICATĂ (2002): Către o politică industrială bazată pe aglomerări economice competitive – clustere. Sonderdruck. Bukarest
- *** GUVERNUL ROMÂNIEI (2005): Planul Național de Dezvoltare 2007–2013. Bukarest
- *** GUVERNUL ROMÂNIEI (2005): Planul Operațional Național 2007–2013. Bukarest
- *** INSTITUTUL NAȚIONAL DE STATISTICĂ/ DIRECȚIA REGIONALĂ DE STATISTICĂ VEST

-
- FASSMANN, H. (Hrsg.) (1997): Die Rückkehr der Regionen – Beiträge zur regionalen Transformation Ostmitteleuropas. Wien
- FÖRSTER, H. (1997): Transformation und Regionalentwicklung in Ostmittel- und Südosteuropa. In: Europa im Globalisierungsprozess von Wirtschaft und Gesellschaft. 51. Deutscher Geographentag. Bonn
- FÖRSTER, H. (2000): Transformationsforschung: Stand und Perspektiven. Ein Diskussionsbeitrag. In: Europa regional 8, Heft 3/4. Leipzig
- GABANYI, A. U. (2006): Rumänien und Bulgarien – EU-Beitritt 2007. Stiftung Wissenschaft und Politik Aktuell 27. Berlin

Tabelle 1: Entwicklung der regionalen Disparitäten anhand ausgewählter Indikatoren (Rumänien = 100).

Region	BIP/ Einwohner		Arbeitslosenrate		ADI/ Einwohner		KMU/ Einwohner		Ländliche Bevölkerung	
	1998	2000	1998	2000	1998	2000	1998	2000	1998	2000
Nordost	79,8	70,0	133,7	120,5	15,3	14,9	68,7	68,3	123,9	124,7
Südost	100,1	88,9	112,5	111,4	42,7	74,6	102,5	101,5	94,7	95,4
Süd	85,8	81,5	97,1	101,1	65,5	69,9	78,1	74,4	129,0	130,0
Südwest	90,0	83,8	104,8	118,2	11,9	34,1	92,3	85,0	120,8	120,3
West	100,9	102,6	101,9	108,0	99,1	98,6	86,7	95,9	83,8	82,4
Nordwest	95,5	93,0	84,6	77,3	66,7	55,8	107,1	107,8	104,9	104,7
Zentrum	105,9	107,1	98,1	97,7	87,7	57,8	99,2	102,7	87,1	87,7
București-Ilfov	162,2	206,8	47,1	53,4	598,3	503,5	195,3	197,1	24,8	23,8

Quelle: Eigene Darstellung, Daten des Nationalen Statistischen Amtes (Institutul Național de Statistică), der Deutschen Bank und der Weltbank, 2006 (BIP = Bruttoinlandsprodukt; ADI = Auslandsdirektinvestitionen; KMU = Kleine und mittlere Unternehmen)

Makrostruktureller Wandel und lokale Veränderungen im postsozialistischen Rumänien. Das Beispiel der Siedlungen am Rande des Königsstein Nationalparks

Einleitung

Rumänien, voraussichtlich neues Mitgliedsland der Europäischen Union ab Januar 2007, befindet sich seit dem Ende des Ceaușescu-Regimes in einem tief greifenden sozialen und ökonomischen Wandel. Im Rahmen einer Dissertation werden vom Autor momentan erstens die verschiedenen Veränderungen auf nationalstaatlicher Ebene im post-sozialistischen Rumänien analysiert. Zweitens wird in einer Fallstudie untersucht, wie die gegenwärtige Situation der rumänischen Haushalte ist und welche aktuellen Veränderungen auf lokaler Ebene existieren.

Makrostrukturelle Veränderungen in Rumänien

Im Vergleich zu den anderen ost-europäischen Transformationsländern waren die Ausgangsbedingungen Rumäniens nach dem Ende des kommunistischen Systems deutlich schlechter:

Romania faced some of the worst starting conditions among the transition economies, including extremely distorted markets, all-encompassing state ownership, over-dependence on energy and heavy industry and a badly eroded capital base, including a precarious physical infrastructure. Science, technology and intellectual capital were crippled by long years of international isolation. (World Bank 2005: 1)

Nach der Wende 1989/1990 erlebten die osteuropäischen Reformstaaten zunächst einen wirtschaftlichen Abschwung. Als Ursache hierfür ist vor allem das plötzliche Wegbrechen der alten Absatzmärkte zu sehen. Manche Länder wie beispielsweise Slowenien oder Ungarn traten bereits kurz darauf, getragen von ausländischen Investitionen, in einen kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufwärtstrend ein, der bis heute andauert. Demgegenüber war in Rumänien (ebenso wie in Bulgarien) aufgrund der ungünstigeren Startbedingungen der auf den Systemwechsel folgende Schock deutlich intensiver, als beispielsweise in den Ländern, die in der ersten EU-Osterweiterungsrunde in die Europäische Union aufgenommen wurden. Nach einem vorübergehenden Aufschwung rutschten diese beiden Länder Mitte der 90er Jahre in eine Rezession, die in Bulgarien 1997 und in Rumänien 1999 endete (vgl. Stănculescu/Berevoescu 2002: 189).

Im Hinblick auf die Lebensumstände der Haushalte in Rumänien lassen sich vier Phasen identifizieren (vgl. Wagner 1996: 214f., der drei Phasen unterscheidet):

Direkt nach dem Sturz Ceaușescus Ende 1989 kam es zur Befreiung von den Zwängen des kommunistischen Systems (Phase 1). Aufgrund dieser Verbesserung entstanden unter der Bevölkerung euphorische Hoffnungen auf eine baldige Verbesserung der desolaten Lebensumstände, in die das Land geraten war. Doch diese Phase, in der die Haushalte zwar neue Freiheiten erhielten, aber sich an ihren sonstigen Lebensbedingungen wenig änderte, dauerte nur wenig mehr als ein Jahr: Es kam (zweite Phase) zu einem massiven wirtschaftlichen Einbruch und dem Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik, woraufhin sich die Lebensbedingungen verschlechterten. Ab 1994 stabilisierte sich dann in einer dritten Phase Rumänien für mehrere Jahre „auf krisenhaftem Niveau“ (Wagner 1996: 215), während derer die Lebensbedingungen sich nur wenig änderten.

Seit 2001 (Phase vier) haben sich, verursacht durch einen wirtschaftlichen Aufschwung, die Lebensbedingungen im Land vielerorts spürbar verbessert. Beschleunigt wurde dieser insbeson-

dere durch den im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt ausgelösten Reformschub, ausländische Investitionen und Rücküberweisungen von im Ausland arbeitenden Rumänen.

Allerdings existieren heute deutliche Unterschiede innerhalb des Landes: In den Zentren, wie Bukarest, Kronstadt, Temeswar oder Klausenburg, vollzieht sich der Aufschwung und die damit zusammenhängende Übernahme westlicher Lebens- und Konsumweisen deutlich rapider als es in peripher gelegenen und ländlich geprägten Regionen der Fall ist.

Fallstudie: Veränderungen auf lokaler und Haushaltsebene im Königsstein-Gebiet

Um zu untersuchen, wie Haushalte in Rumänien strukturiert sind und welche aktuellen Probleme vorhanden sind, wurde vom Autor in einer Fallstudie eine zielgerichtet ausgewählte Region intensiver analysiert. Fokussiert wurde auf die Siedlungs-Region um das Königsstein-Gebirgsmassiv (rum. Piatra Craiului), welches in Südost-Transsilvanien, rund 25 Kilometer südwestlich der rund 290.000 Einwohner zählenden Kreisstadt Kronstadt (rum. Braşov), liegt.

Im Juli 2006 wurden in dieser Region unter anderem 250 Haushalte mit einem standardisierten Fragebogen befragt. Die gewonnenen Ergebnisse werden momentan ausgewertet.

Auf einer relativ kleinen Fläche lassen sich im Königsstein-Gebiet verschiedene für Rumänien typische Charakteristika und Probleme finden: Hierzu zählen insbesondere die Effekte eines boomenden Agrotourismus, die Probleme einer ehemals kommunistischen Industrieregion, traditionelle Lebensweisen in Bergdörfern und Chancen und Risiken durch die Gründung des Königsstein-Nationalparks. Untersucht wurden die Stadt Zernen (rum. Zărneşti), der Touristenort Bran und die Streusiedlungen Măgura und Peştera. In einem Gebiet mit einer Ausdehnung von lediglich rund 30 Kilometern finden sich äußerst unterschiedliche Strukturen und Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Die Lokalisierung dieser Dörfer findet sich auf Abbildung 1 auf Seite 63.

Zernen

Die rund 25.000 Einwohner zählende Kleinstadt Zernen ist ein Beispiel für eine relativ typische sozialistische Alt-Industriestadt Rumäniens. Die Industrialisierung begann in Zernen bereits 1847 mit der Gründung einer Baumwoll-Spinnerei, der 1852 eine Papierfabrik folgte. In den 1930er Jahren wurde in Tohan, einem Vorort von Zernen, die Waffenfabrik „6 Martie“ gebaut (Vgl. Ioras et al. 2001: 582). In der Folge der industriellen Entwicklung pendelten bereits vor dem 2. Weltkrieg aus den umliegenden Gemeinden Mitglieder der vorher ausschließlich in der Landwirtschaft aktiven Haushalte zu den Industriebetrieben (vgl. Muica et al. 1999: 306). Trotz der Betriebe in Zernen, und der weiterer Standorte, war die Region jedoch bis zum 2. Weltkrieg vor allem agrarisch geprägt.

Nach dem 2. Weltkrieg verstärkte sich die Industrialisierung in der Region, und der Einfluss der Landwirtschaft ging zurück. Für einen großen Schub sorgte vor allem das ab den 70er Jahren betriebene Industrialisierungsprogramm Ceausescus. In diesem Zusammenhang wurden in Zernen in den 1960er bis 1980er Jahren zahlreiche Hochhäuser in Plattenbauweise gebaut, um Arbeiter anzusiedeln.

Heute ist Zernen, wie viele andere ehemals primär industriell geprägte Städte Rumäniens auch, mit dem Problem konfrontiert, dass die ehemals hier ansässigen Betriebe nach der Wende mit massiven Absatzproblemen konfrontiert wurden und sich unter marktwirtschaftlichen Bedingungen nicht behaupten konnten. Dies führte dazu, dass ein Großteil der ehemaligen Beschäftigten entlassen werden musste. Da neben der Industrie keine alternativen Beschäftigungsmöglich-

keiten bestanden, ist die Stadtkonomie Zernens in den 1990er Jahren komplett zusammengebrochen:

So hatte beispielsweise die Waffenfabrik, die später auch Fahrräder produzierte, teilweise bis zu 12.000 Beschäftigte und war damit der Hauptarbeitgeber in Zernen. Heute (2006) existieren hiervon nach Angaben des Bürgermeisteramtes Zernen noch etwa 1.500 Arbeitsplätze. Die in Zernen ansässige Holzfabrik, die ehemals bis zu 200 Angestellte hatte, wurde Anfang 2005 komplett geschlossen. Noch in Betrieb ist gegenwärtig die Papierfabrik: Von ehemals 2.500 Beschäftigten sind heute hier allerdings nur noch etwa 170 Mitarbeiter tätig.

Die Arbeitslosenrate in Zernen betrug 2002 aufgrund der Umstrukturierungen inzwischen rund 38 Prozent, während diese Rate im gesamten Kreis Braşov bei nur 12 Prozent und in Gesamt-rumänien bei 7 Prozent liegt (vgl. Institutul Naţional de Statistică 2005; Directia Judeteana de Statistica Brasov 2005).

Die Stadtverwaltung verfolgt heute eine Doppelstrategie: Einerseits wurde 2004 in Zernen ein Industrie-Park gegründet, mit dem Ziel, die industrielle Vergangenheit zu revitalisieren. In diesem siedelten sich bis 2005 16 Firmen an. Andererseits soll der Tourismus entwickelt werden (Voicu/Precupeţu 2005: 26). Denn aufgrund seiner Lage am Fuß des Königssteingebirges, das zu den meist besuchten Bergregionen in Rumänien gehört, besitzt die Stadt ein hohes touristisches Potential. Zernen, wo auch die Verwaltung des Königsstein-Nationalparks (vgl. Abschnitt 3.4) ihren Sitz hat, ist für Touristen der Haupteintrittspunkt, um dieses Gebirgsmassiv zu besuchen.

Doch bietet der Ort für Touristen bislang ein nur wenig ansprechendes Umfeld: So verfallen die alten Industrien zunehmend und eine über reine Beherbergungsbetriebe hinausgehende touristische Infrastruktur, wie etwa Restaurants oder touristische Themenwege etc., fehlen nahezu vollständig. Gleichzeitig steht die Revitalisierung der Industrie, insbesondere emissionsintensive Industrien wie die Papierindustrie, einer Entwicklung des Tourismus konträr gegenüber.

Bran

In der Gemeinde Bran (rund 5.000 Einwohner) hat sich in den vergangenen Jahren mit großer Dynamik ein ländlicher Tourismus entwickelt. Im Zentrum von Bran liegt die Törzburg, die 1377 als Grenzfestung zum Schutz vor dem Osmanischen Reich gebaut wurde. Die Törzburg wird heute, vor allem aufgrund von Bram Stokers 1897 erschienen Roman „Dracula“ (vgl. Riquelme 2002), in der Öffentlichkeit mythisch verklärt als Burg des Wallachenfürsten Vlad III. Ţepeş (1431–1476) angesehen.

Die Törzburg hat sich vor diesem Hintergrund zu einem der wichtigsten touristischen Anziehungspunkte in Rumänien entwickelt. Verstärkt wird dies durch die Nähe zu Bukarest, die zu einem starken Wochenendtourismus führt und der ansprechenden Lokalisierung zwischen zwei Gebirgsmassiven.

Vor diesem Hintergrund sind heute viele Haushalte im Tourismus aktiv und nutzen diesen als Einnahmequelle. Mit der Rückgabe der Burg an den ehemaligen deutschen Besitzer und der daraus möglicherweise resultierenden Schließung der Souvenirmärkte am Fuße der Burg, ist es fraglich, wie sich der heute primär auf den Tourismus ausgerichtete Ort in Zukunft entwickeln wird (vgl. Bader 2006).

Streusiedlungen Măgura und Peştera

Auf der östlich der Europastraße E574 gelegenen Hügellandschaft finden sich in einer Höhenlage von 1.000 bis 1.400 Metern die Streusiedlungen Măgura und Peştera, die administrativ zur Gemeinde Moieciu de Jos gehören.

Streusiedlungen sind typisch für Hügelregionen in Rumänien. In der Ebene gelegene ländliche Gebiete sind demgegenüber fast ausschließlich durch verdichtete Straßen- oder Haufendörfer charakterisiert. Mit den verstreut liegenden Einzelhöfen bilden Măgura und Peștera einen deutlichen Kontrast zur oben beschriebenen Stadt Zernen oder den verdichteten Siedlungen im Tal des Rucar-Bran-Korridors, wie etwa Moieciu de Jos, Cheia oder Bran.

Vor allem in Ermangelung von verschiedener Infrastruktur (Geschäfte, Transport, Schulen) unterscheiden sich heute die Lebensweisen auf den Hügeln und den im Tal gelegenen Siedlungen stark. Muica et al beschreiben die Situation in den Hügelsiedlungen im Bereich um Moieciu de Jos wie folgt:

There is no doubt about the [...] problems for commuters and schoolchildren when the main road may be as much as five kilometers away (and when parents have to make tracks for the children in the event of snow) (Muica et al. 1999: 309).

Daher entschlossen sich in den 90er Jahren viele vor allem junge Leute, von den Hügeln ins Tal zu ziehen (vgl. Muica et al. 1999: 309). Dieser Abwanderungstrend hat sich in den vergangenen fünf Jahren zumindest vereinzelt umgekehrt: Vor allem Bukarester Familien haben in den Streusiedelregionen Ferien- und Wochenendhäuser gebaut. Stärker als etwa in Bran existiert jedoch in den Streusiedelgebieten eine dörfliche Gemeinschaft, die durch die Neu-Zugezogenen verschiedenen Veränderungen ausgesetzt ist, und die daher ein Kernpunkt in der vom Autor vorgenommenen empirischen Untersuchung waren.

Über diese Wochenendhäuser hinaus sind Măgura und Peștera schon seit längerem eine traditionelle Gegend für ländlichen Tourismus. In den vergangenen fünf Jahren hat sich aber die Bedeutung des Tourismus deutlich erhöht. In diesem Zeitraum entstanden mehrere Pensionen und agro-touristische Unternehmungen.

Măgura und Peștera sind heute größtenteils von Subsistenzwirtschaft und traditionellen Wirtschaftsweisen charakterisiert. Dabei ist die heute zu beobachtende Subsistenzwirtschaft keine neue Erscheinung, sondern hat eine lange Tradition in dieser Region.

Anders als im restlichen Rumänien wurden die landwirtschaftlichen Flächen der Streusiedelgebiete in der Königsstein-Region nicht verstaatlicht, da dies aufgrund der weit entfernt liegenden Höfe nicht praktisch durchführbar gewesen wäre und Landwirtschaft auf den hochgelegenen Flächen nur geringes Ertrags-Potential hatte. Ende der 50er Jahre wurden jedoch die ehemals privaten Waldflächen des Königssteingebietes kollektiviert. Dieser Schritt führte dazu, dass den Bauern die Wälder nun nicht mehr wie bisher als Quelle von Baumaterialien, Brennstoff oder Einkommen nutzen konnten (vgl. Muica et al 1999: 306f.).

In der Vergangenheit arbeiteten zahlreiche der Hügelbewohner in den angesprochenen Industriebetrieben der Region, wie etwa in Zernen:

The peasants were able to combine the benefits of worker status (and the high wages paid in the engineering industry) with an element of self-sufficiency (Mucia et al. 1999: 306).

Gleichzeitig gab es

a strong attachment to farm work as a mark of respectability ('avoiding the wrong impression to neighbours') and low yields were accepted as a fact of life (Mucia et al. 1999: 309).

Seit 1989 verloren in Folge des Kollapses der Industrien in Zernen und den anderen Industriezentren der Region viele der Hügelbewohner ihren Arbeitsplatz. Dadurch sind nach Einschätzung der Verwaltung des Königsstein-Nationalparks die Lebensbedingungen der Bevölkerung auf den Hügeln deutlich gesunken: „The living conditions have dropped at the same time with the increase of the unemployment rate.“ (Piatra Craiului National Park 2005)

Königsstein Nationalpark und lokale Gemeinden

Der Königsstein Nationalpark (rumänisch: Parcul Național Piatra Craiului) umfasst eine Größe von rund 14.800 Hektar und erstreckt sich rund 35 Kilometer lang in südlicher Richtung der Stadt Zernen. Der Königsstein Nationalpark zählt zu den meist besuchten Nationalparks Rumäniens.

Der heutige Nationalpark wurde 1990 durch einen Erlass des rumänischen Ministeriums für Wasser, Forstwirtschaft und Umweltschutz im Zusammenhang mit der Gründung 12 weiterer Nationalparke in Rumänien kreiert. Seit dem Jahr 1999 verfügt der Park über eine eigene Parkverwaltung. In den Jahren zuvor existierte der Nationalpark nur rein formell, ohne dass bestimmte Regeln existierten oder überwacht wurden.

Der Raum des Nationalparks ist seit Jahrhunderten vom Menschen beeinflusst: So werden die Wälder zur Holzwirtschaft genutzt. Innerhalb der Wälder gibt es ferner verschiedene Freiflächen für die Weidewirtschaft, die in den Sommermonaten in traditioneller Hirtenwirtschaft mit Schafen und Kühen beweidet werden. In niedriger gelegenen Bereichen wird Heuwirtschaft betrieben.

Der Nationalpark ist heute vor die Aufgabe gestellt, den Schutz der Umwelt- und Bio-Diversität mit der sozio-ökonomischen Entwicklung der örtlichen Gemeinden zu verbessern. Denn so liegen die Siedlung Măgura vollständig und die Siedlung Peștera rund zur Hälfte im Nationalpark¹. Dabei muss die Nationalparkverwaltung mit knappen personellen Ressourcen ein vergleichsweise großes und zum Teil schwer zugängliches Gebiet kontrollieren.

Eines der größten Probleme diesbezüglich ist vor allem die Abholzung weiter Flächen des Nationalparks. Einerseits geschieht dieses illegal, andererseits legal vor dem Hintergrund der Reprivatisierung der verstaatlichten Waldflächen an die früheren Eigentümer. Hinzu kommen die Überweidung der alpinen Hochweiden, da die Anzahl der gehaltenen Schafe sich seit einigen Jahren erhöht hat und nun die Tragfähigkeit der Weiden übersteigt oder die in den Parkregularen inzwischen als illegal erklärte Waldweidewirtschaft. Weitere Probleme sind der illegale oder semi-legale Bau von Gebäuden innerhalb des Park-Gebietes, die nicht in der traditionellen Architektur gebaut wurden und sich nur schlecht in die Landschaft einpassen sowie ein unkontrollierter Tourismus (Vgl. Piatra Craiului National Park 2005).

Literatur

Bader, Katarina (2006): Eine Frage des Blutes. In: Die Zeit; Ausgabe vom 22.06.2006. Online unter: <http://www.zeit.de/2006/26/Rum-nien-Bran-neu> (Stand: 10.07.2006).

Directia Judeteana de Statistica Brasov (2005): Sonderauswertung der Volkszählung 2002. In: Cazacu, Ioana: Statistics Brasov. E-Mail von Ioana Cazacu <ioana.cazacu@brasov.insse.ro> vom 06.06.2005.

Institutul Național de Statistică (2005): Anuarul statistic al României 2004. [Rumänisches Statistisches Jahrbuch 2004]. Bukarest. Online unter: http://www.insse.ro/anuar_2004/aseng2004.htm (Stand: 10.07.2006).

Ioras, Florin/Muica, Nicolae/Turnock, David (2001): Approaches to sustainable forestry in the Piatra Craiului National Park. In: GeoJournal; Heft 54: 579–598.

¹ Demgegenüber grenzen Bran und Zernen an den Park an.

Muica, Nicolae/Roberts, Lesley/Turnock, David (1999): Transformation of a border region: dispersed agricultural communities in Brasov County, Romania. In: *GeoJournal*; Heft 46: 305–317.

Piatra Craiului National Park (2005): Park management plan. Zernest/Rumänien.

Riquelme, John-Paul (Hrsg.)(2002): Dracula. Complete, authoritative text with biographical, historical and cultural contexts, critical history, and essays from contemporary critical perspectives. Boston.

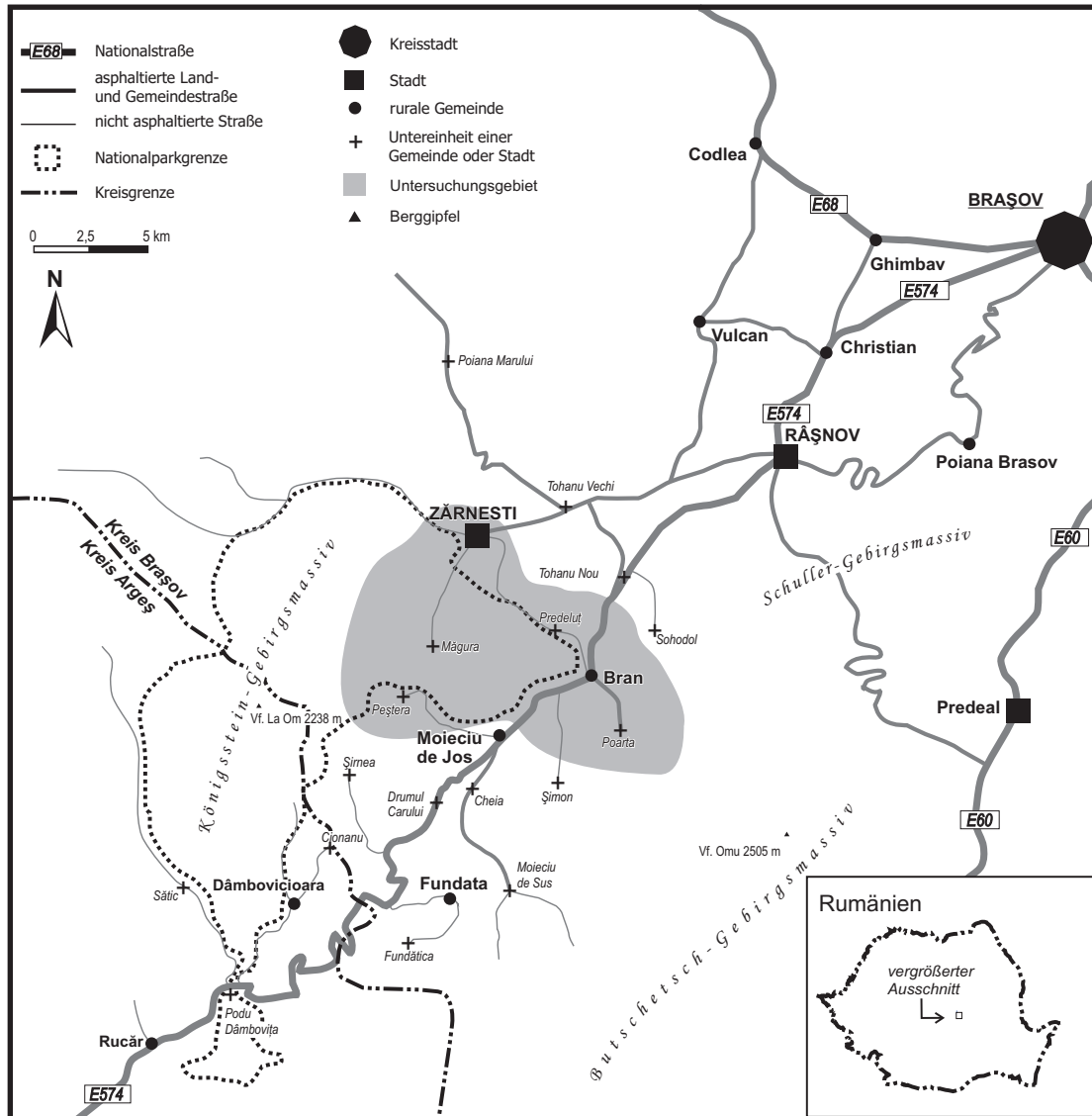
Stănculescu, Manuela/Berevoescu, Ionica (2002): Households, work and flexibility. Critical review of literature. Romania. In: Wallace, Claire (Hrsg.) (2002): *HWF Survey. Critical review of literature and discourses about flexibility*. HWF Research Report No. 1: 189–225. Online unter: http://www.hwf.at/downloads/open_area/pdf_reports/pdf_report_1/hwf_r1_09_literature_romania.pdf (Stand: 26.01.2006).

Voicu, Mălina/Precupețu, Iuliana (2005): Integrated community development. Assessing the needs and resources in 15 Roma communities. A report for the Open Society Foundation. Bukarest.

Wagner, Wolfgang (1996): Der Wandel der Lebensverhältnisse nach Ceausescu. In: Glatzer, Wolfgang (Hrsg.)(1996): *Lebensverhältnisse in Osteuropa. Prekäre Entwicklungen und neue Konturen*. Frankfurt am Main: 211-235.

World Bank (2005): Romania. Country assistance evaluation. Report No. 32452. Online unter: http://www-wds.worldbank.org/servlet/WDS_IBank_Servlet?pcont=details&eid=000012009_20050620092117 (Stand: 10.07.2006).

Abbildung 1: Untersuchungsgebiet



Quelle: eigene Darstellung.

*III. Lauter Sonderfälle?
Von Grauzonen und bunten Revolutionen*

Hybride Systeme als Neuordnungskonzept Osteuropas

Post-Post-Ära

Populäre zeitgenössische politologische Interpretationen sind zutiefst in ein Demokratisierungsparadigma verstrickt, was sich auch auf die Analyse osteuropäischer Länder auswirkt. Nach wie vor wird davon ausgegangen, dass sich die Systeme auf dem Weg in den Westen befinden und – früher oder später – dort auch ankommen. Die jüngsten Machtwechsel im postsowjetischen Raum scheinen die Vorstellung über die Unausweichlichkeit der Demokratie noch zu unterstreichen.

In der deutschen Politikwissenschaft wird in Hinblick auf Osteuropa das Demokratisierungsparadigma im Ansatz der defekten Demokratie verarbeitet.¹ Länder wie z.B. Russland sind nicht-funktionierende Demokratien, da keine Gewaltenteilung existiert und die Exekutive in der Person des Präsidenten enorme Machtpotentiale auf sich vereinigen kann. In Russland behindert die Dominanz des Präsidenten die Funktion der demokratischen Institutionen und macht das System zu einer illiberalen defekten Demokratie. Eine Interpretation, die methodische und theoretische Probleme aufweist, aber auch epistemologisch wenig sinnvoll ist.² Folgende Schwierigkeiten sind hervorzuheben:

- die Vorstellung eines Entwicklungsdeterminismus, bei dem politische Systeme nach dem Ende des Staatssozialismus in einem Postzustand verharren, der entweder durch ein ‘Vor’ zur Demokratie oder einem ‘Zurück’ zum Autoritarismus beendet werden kann;
- die Nutzung eines technischen Terminus, der die Idee impliziert, man müsse nur ein wenig an den Institutionen verändern, um die Maschinerie der Demokratie zum Laufen zu bringen;
- und schließlich eine Verwirrung stiftende Flut von Misch- und Subtypologisierungen.

Im Gegensatz zu dem so gezeichneten unterkomplexen Bild muss davon ausgegangen werden, dass in einer durch Globalisierung sich verändernden Welt die osteuropäischen Gesellschaften eigene soziale Ordnungen ausbilden. Dementsprechend ist auch ein Konzept des hybriden Regimes unzureichend, da es den umfassenden Charakter der neuen Ordnung und ihre Bedeutung nicht erfasst.³ Um die neue Qualität zu systematisieren, ist ihr hauptsächliches Merkmal herauszustellen: die Diversität. Die in der politischen Praxis vorhandene Überlagerung von Elementen aus unterschiedlichen Kontexten, Zeiten und Räumen führt zu einem Synkretismus, der systemische sowie systematische Widersprüche induziert. Die Leistung der Gesellschaften zeigt sich in der Verarbeitung dieser Widersprüche. Wie das geschieht, hat die Analyse aufzudecken, die statt enttäuschte Demokratisierungserwartungen auszudrücken eine Perzeptionsänderung vollziehen sollte. Sie muss sich endgültig vom Transformationsparadigma und der Vorstellung eines ‘Post-Zustandes’ lösen. In der ‘Post-Post-Ära’ bringen die osteuropäischen Gesellschaften eigenständige Koexistenzen hervor, die eines eigenen Begriffs bedürfen.

Hybride Formen

Osteuropa hat sich gewandelt, doch nicht im Sinne des Transformationsparadigmas, sondern in der Art einer Hybridisierung. Die Hybridisierung lässt sich als derjenige Prozess definieren, bei dem Formen (Elemente) aus existierenden *externen* Zusammenhängen separiert und mit neuen

¹ Vgl. Merkel et al. 2003.

² Zur Kritik siehe Knobloch 2002, 17 ff. und Knobloch 2006, 14ff.

³ Afanas’ev 2000.

Formen in neuen Praktiken kombiniert werden.⁴ Das Ergebnis wird durch den Begriff des Synkretismus umrissen, der zwar auf Vermischung abzielt, jedoch nicht auf eine zugrunde liegende Einheit.⁵ Hybride politische Systeme sind synkretistisch, in ihnen koexistieren adaptierte Symbole mit überkommenen Praktiken, in die Praktiken integrierte (externe) Elemente und importierte Praktiken. Das Nebeneinander bzw. die Mischung zeigt sich als *Mimikry* und *Melange*,⁶ die ich kurz am Beispiel Russlands differenzieren möchte.

Mimikry stellt auf eine oberflächliche Hybridität ab, bei der externe Elemente nur als ‘Maske’ für die Kontinuität der vorhandenen Praktiken dienen. Unter der Oberfläche adaptierter Elemente setzt sich die Routine eingespielter Praktiken fort. In Russland ist bei der Übernahme und Etablierung der exogenen Ordnungsidee des Liberalismus zuerst die Idee in ihrem westlichen Kontext genau studiert worden, um dann aus ihrem Rahmen in die russische Gesellschaft transportiert zu werden.⁷ Nach dem Import wird die Ideologie adaptiert, wobei sie ihre eigentliche Bedeutung sowie ihren eigentlichen Inhalt verliert und eine neue Funktion bekommt.⁸ Diese Funktion ritualisiert sich, wird ideologisch abstrakt und reproduziert sich als rein bürokratisches Phänomen zur Kontrolle des kollektiven Wissens.⁹ Die Folge ist, dass die formalisierten demokratischen und bürokratischen Strukturen in Russland nur als Fassade dienen.¹⁰ Vor dem Hintergrund öffentlicher Institutionen wie z.B. der staatlichen Administration finden die eigentlichen nichtöffentlichen, deshalb exklusiven Interaktionen der Akteure zur Interessenvermittlung statt. Ihre Besonderheiten erhalten die Vermittlungen aus ihrer Existenz als nichtöffentliche Praktiken im öffentlichen Raum.¹¹

Im Gegensatz dazu bilden innerhalb einer *Melange* die überkommenen und externen Elemente eine besondere Mischung, die sich in ihrer Form sowohl vom Ursprung der Koexistenz als auch von den externen Elementen unterscheidet. Statt der Kontinuität der *Mimikry* entsteht in der *Melange* etwas Neues. Beispielhaft dafür ist die Institutionalisierung des russischen monozentristischen Systems.¹² Der heutige Monozentrismus ist die zeitgenössische Form des russischen Systems, das den monosubjektiven Charakter der Macht, die Dominanz der Macht gegenüber der Gesellschaft sowie ihre Selbstreferenzialität reproduziert.¹³ Was den heutigen Monozentrismus von anderen historischen Phasen unterscheidet, ist seine Organisation. In der Unruhe- und Desorganisationsphase der russischen Gesellschaft in den 90er Jahren sind externe Elemente der Repräsentation und Herrschaft, wie die Institution des Präsidenten, die Parlamente und die Abstimmungen über den Zugang zu diesen, adaptiert worden. Mit ihrer Adaption haben sich die Technologien der Macht geändert. Parteien müssen organisiert, Abstimmungen abgehalten, Massenmedien manipuliert und Loyalitäten geschaffen werden. Die institutionelle Matrix, mit der die Macht und ihre Träger als eine Beziehung von Machteliten ihre Koexistenz reproduzieren, macht die Anpassungsleistungen des russischen Systems deutlich.¹⁴ Sie stellt das Novum der sozialen Ordnung dar und ist eine *Melange* von tradierten und ‘zeitgemäßen’ Formen der Herrschaft und Repräsentation.¹⁵

⁴ Siehe Pieterse 1995, 49. Pieterse formuliert seine Definition noch allgemeiner.

⁵ Siehe ebd., 56.

⁶ Siehe ebd.

⁷ Vgl. Lancov 2001.

⁸ Pastukhov 2001.

⁹ Siehe ebd.

¹⁰ Solov'ev 1999.

¹¹ Beispielhaft dafür sind verschiedene Rituale und Praktiken in der Bürokratie. Siehe Pavlenko 1999, 74; Daugatev 2003, 35.

¹² Bunin et al. 2004.

¹³ Siehe Pivovarov, Fursov 1999.

¹⁴ Der Begriff der institutionellen Matrix der Macht geht auf Solov'ev zurück. Solov'ev 2004.

¹⁵ Afanas'ev spricht von der Adaption der neuen Institutionen unter das russische Patronat.

Folgen für das politische System

Der Synkretismus in den Hybriden verändert die Struktur der politischen Systeme. Dabei verlieren gängige Kategorien, mit denen Systeme differenzierbar sind, ihre heuristische Funktion. Einheiten, die in westlichen Kontexten spezifische Aufgaben haben, erhalten einen völlig anderen Status. Kurz, die Rationalität hybrider Systeme entspricht einem eigenen Modus der Koexistenz, der sich von anderen politischen Systemen scharf abgrenzt. Zur Erläuterung soll auf zwei Bereiche eingegangen werden, nämlich auf die institutionelle Struktur und die Steuerung.

1. Synkretismus und institutionelle Struktur: Mimikry und Melange machen die Bewertung der institutionellen Struktur äußerst schwierig. Mimikry verstellt den Sinn der Institutionen, indem sie ihnen einen dekorativen Rahmen zuteilt. Melange induziert eine starke Heterogenität innerhalb der Institutionen. Dadurch wird in Hybriden und ihren Regelbefolungspraxen die Differenzierung von formalen und informalen Institutionen unterlaufen. Der Unterschied spielt keine Rolle, denn formale, informale, allgemeingültige und partielle Regeln greifen in der Praxis so ineinander, dass sie nicht mehr zu trennen sind. Eine bessere heuristische Funktion erfüllt deshalb die Differenzierung von öffentlichen und nichtöffentlichen Regelbefolgungen, die oft simultan in bestimmten Ritualen miteinander verbunden sind. Sie sind die strukturierende Einheit der Gesellschaft und bilden die Grundlage für Phänomene des Klientelismus sowie der Korruption.

2. Politische Steuerung in Hybriden: Durch die Hybridisierung kommt es zu einem Verlust und zugleich zu einer Steigerung von Steuerungsfähigkeit. Verlust, da diffuse exklusive nichtöffentliche politische Praktiken die Ausbildung öffentlicher 'universaler' Normen verhindern. Damit kann auf die Steuerungsfunktion der Normen, als abstrakte Orientierungen, nicht zurückgegriffen werden. Ebenso behindert die Fragmentierung der Institutionen die klassischen Hierarchien und ihre 'top-down' Kontrolle. Gleichzeitig steigern multiple und pluralistische politische Praktiken die Steuerungsmöglichkeiten. Traditionelle Differenzierungen zwischen Koordinationsformen werden unterminiert. Markt, Hierarchie, Clan und Abstimmungen laufen in den Hybriden zusammen, wodurch auch die konstituierenden Kontrollmechanismen von Preis, Autorität und Vertrauen miteinander verschmelzen und pluralistische Formen hervorbringen.¹⁶ Auf diese Weise können schwache Gesellschaften wie Russland unter dem Druck veränderter Kontextbedingungen sich selbst behaupten. 'Governability' unter den Bedingungen der Hybridität muss 'Vielfalt durch Vielfalt' so verarbeiten, dass die Existenz gesichert ist.¹⁷

Hybride als Teil der vielfältigen Moderne

Die hybriden Systeme in Osteuropa sind moderne Phänomene. Um unter dem Druck der Globalisierung in der Welt anschlussfähig zu bleiben, *müssen* sich die Länder zur Ordnung der Demokratie und der Marktwirtschaft bekennen. Gleichzeitig reproduzieren sie ihre spezifische soziale Koexistenz und befördern damit den Synkretismus. Drei dadurch hervorgerufene normative politische Probleme möchte ich abschließend zusammenfassen:

- In der Interessensvermittlung dominierende personelle Netzwerke sind Ausdruck subjektiver Machtbeziehungen und stehen für ein Herrschaftssystem, dessen Merkmal die Exklusivität ist. Dabei stellt das Geheimnis und nicht eine egalitäre Öffentlichkeit, in der sich Interessen artikulieren können, das entscheidende Element dar.

¹⁶ Vgl. Bradach, Eccles 1989, 112ff.; Milner 1978, 32ff.; Ouchi 1980, 137ff. Besonders das Framework von Ouchi zur Klassifizierung von Organisationsformen kann die Hybridisierung solcher Formen verdeutlichen, wenn wir unsere Ausführungen zu Russland hinzuziehen. Vgl. Kapitel 6 in Knobloch 2006.

¹⁷ 'Governability' integriert Komplexität, Dynamiken, Mannigfaltigkeit und betont die Balance zwischen den Steuerungserfordernissen und den Möglichkeiten. Es ist ein interaktionistisches Konzept mit der Fokussierung auf Steuerungsrelationen von Gesellschaft und 'government'. Koiman 1993, 35 und 41ff.

- Die Entpolitisierung der Koexistenz generiert Macht ohne Politik.¹⁸ Dadurch gewinnt strukturelle Macht an Bedeutung und entzieht der politischen Praxis ihren eigentlichen Sinn. Nichtpolitische Sinnhorizonte stiften Orientierungen und nichtpolitische Machtakeure nehmen übermäßigen Einfluss.
- Der Synkretismus erschwert den Modus der Identitätsbildung. Dem fehlenden Konzept der politischen Gesellschaft steht die erfolgreiche Selbstidentifikation der einzelnen Mitglieder gegenüber. Die fehlende Kohärenz beider Identifikationen schließt einheitliche Definitionen und Dispositionen aus.

Die genannten Mängel lassen sich auf andere Kontexte übertragen. Es handelt sich um allgemeine Schwierigkeiten für alle Gesellschaften, die zwischen dem global aufgebauten Anpassungsdruck und dem Streben nach Reproduktion der eigenen Organisationslogiken oszillieren. Dabei ändern sich die Bedeutungen traditioneller Zuordnungen wie Staatlichkeit und Demokratie nachhaltig. Politikwissenschaftliche Reflexionen müssen das aufnehmen und neue Begriffe zur sinnvollen Beschreibung der Realität finden. Der Ansatz hybrider Systeme tut dies, indem er die Einheit und die Stabilität der Diversität erklärt, ohne sie defizitär zu interpretieren.

Literatur

- Afanas'ev, Mikhail N. (2000), Klientelizm i Rossijskaja Gosudarstvennost', 2. Auflage, Moskau.
- Bunin, Igor'; Zudin, Aleksej; Makarenko, Boris; Makarkin, Aleksej (2004), President Poslednego Sroka: Politicheskaja Situacija v Rossii posle Presidentskikh Vyborov, Internet: <http://www.politcom.ru>
- Daugavet, Aleksandra B. (2003), Neformal'nye Praktiki Rossijskoj Ehliny: Aprobacija Kognitivnogo Podkhoda, in: *Polis: Politicheskie Issledovanija*, 4 (2003), 26–38.
- Knobloch, Jörn (2002), Defekte Demokratie oder keine? Das politische System Rußlands, Münster.
- Knobloch, Jörn (2006), Hybride Systeme: Politische Praxis und Theorie am Beispiel Rußlands, Münster.
- Kooiman, Jan (1993), Governance, and Governability: Using Complexity, Dynamics and Diversity, in: ders. (Hg.), *Modern Governance: New Government-Society Interactions*, London u.a., 35–48.
- Lancov, S.A. (2001), Rossijskij Istoricheskij Opyt v Svete Konceptij Politicheskoi Modernizacii, in: *Polis: Politicheskie Issledovanija*, 3 (2001), Internet: <http://www.politstudies.ru>
- Merkel, Wolfgang; Puhle, Michael; Croissant, Aurel; Thiery, Peter (2003), Defekte Demokratie Band 1: Theorie, Opladen.
- Millner, Murray Jr. (1978), Alternative Forms of Coordination: Combining Theoretical and Policy Analysis, in: *International Journal of Comparative Sociology*, XIX.1–2, 24–46.
- Ouchi, William G. (1980), Markets, Bureaucracies, and Clans, in: *Administrative Science Quarterly*, 25, 129–141.
- Pastukhov, Vladimir B. (2001), Konec Russkoj Ideologii: Novyj Kurs ili Novyj Put'?, in: *Polis: Politicheskie Issledovanija*, 1 (2001), Internet: <http://www.politstudies.ru>

¹⁸ Vgl. Staniszki 1999, 151ff.

- Pavlenko, Sergej (1999), Ehlement Demokratii ili Zakulisnye Sdelki? in: *Pro et Contra*, 4.1, 68–83.
- Pivovarov, Jurij; Fursov, Andrej (1999), Russkaja Sistema i Reformy, in: *Pro et Contra*, 4.4, 176–197.
- Solov'ev, Aleksandr I. (1999), Kul'tura Vlasti Rossijskoj Elity: Iskushenie Konstitucionalizmom?, in: *Polis: Politicheskie Issledovanija*, 2 (1999), Internet: <http://www.politstudies.ru>
- Solov'ev, Aleksandr I. (2004), Ehlektoral'nyj Defolt i Deinstitutionalizacija Politicheskogo Rynka, in: *Polis: Politicheskie Issledovanija*, 1(2004), Internet: <http://www.politstudies.ru>
- Staniszki, Jadwiga (1999), *Post-Communism: The Emerging Enigma*, Warszawa.
- Staniszki, Jadwiga (2000), The Post-Communist State: In Search of a Paradigm, in: *Polish Sociological Review*, 2 (2000), 193–214.

Bunte Revolutionen oder sanfter Autoritarismus. Institutioneller Wandel in der Ukraine und Russland 1998–2005. Nexus zwischen Wirtschaft und Politik.

Nach der „erfolglosen“ Transformation¹ im post-sowjetischen Raum begaben sich die Politikwissenschaftler auf die Suche nach den Fehlern in den vorgeschlagenen Reformprogrammen,² nach den Akteuren, welche die Reformdurchführung bremsten oder in ihrem eigenem Interesse steuerten,³ und nach der Bezeichnung⁴ für die entstehenden politischen Regime in diesen Ländern. Als eine Antwort auf den Hilferuf der Wissenschaftler, die von dem Rückgang der Demokratie und über die Stabilität solcher „defekten“ Regime sprachen,⁵ erschienen die unerwarteten Aufstände in Georgien, der Ukraine und in Kirgisien. Diese bunten Wahlrevolutionen sorgten für Spekulationen über weitergehende Reformen oder über ein Ansteckungspotential solcher Machtwechsel in der Region. Leider sind für viele die Hoffnungen auf schnelle und radikale Veränderungen in den Ländern der bunten Revolutionen ohne Umsetzung geblieben.⁶ Die Erklärung dafür steckt in der fehlerhaften Einschätzung der Aufstände, was sich schon in der Verwendung des Namens „Revolution“ widerspiegelte.

Aber sind diese bunten Revolutionen auch „echte“ Revolutionen? Wie berechtigt ist diese Bezeichnung? Die Antwort auf diese Frage ist von dem Inhalt des Begriffs „Revolution“ selbst und von den Veränderungen, die sie in den jeweiligen Ländern verursachten, abhängig. Bezeichnet man eine Revolution als „einen Versuch, eine radikal neue Ordnung durchzusetzen, alte Privilegien abzuschaffen und die Besitzverhältnisse umzukehren“, oder weniger radikal „als historischer Wendepunkt, der einen Neuanfang durch politisches Handeln ermöglicht, das unter den Beschränkungen des alten Regimes undenkbar gewesen wäre?“⁷ Angesichts der Vielfältigkeit des Begriffs „Revolution“ und der mangelhaften Erklärungskapazitäten der Revolutionstheorien, sind der Begriff „Wandel“ und entsprechend die Theorie des institutionellen Wandels⁸ am besten für die Erklärung des Regimewechsels in den einen oder der Stabilität in anderen Ländern der früheren Sowjetunion (FSU) geeignet. Da die Theorie des institutionellen Wandels sich weniger mit dem Zusammenhang zwischen der Form des Regimes, dem Wohl der Wirtschaft und dem Wohlstand der Gesellschaft beschäftigt – dieses ist aber ein Versuch,⁹ die Auf-

¹ Der Erfolg im Transformationsprozess wurde oft anhand des Demokratisierungsgrades und wirtschaftlichen Outputs gemessen. Unter „Reformen“ wurden die Maßnahmen mit dem Ziel Demokratie und Marktwirtschaft festgesetzt.

² Thomas Carothers: The End of the Transition Paradigm, in: *Journal of Democracy*, 13/2002, S. 5–21.

³ Joel S. Hellman: Winners take all. The politics of partial reform in postcommunist transition, in: *World Politics*, 1/1998, S. 203–234.

⁴ Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Puhle, Aurel Croissant, et. Al.: Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen 2003; Keith A. Darden: Blackmail as a Tool of State Domination: Ukraine under Kuchma, in: *East European Constitutional Review*, 2–3/2001; http://www.law.nyu.edu/eecr/vol10num2_3/focus/darden.html.

⁵ Paul Kubicek: The Limits of Electoral Democracy in Ukraine, in: *Demokratization*, 2/2001, S. 117–139; Elena A. Koroleva: The Quality of Democracy in Belarus and Ukraine, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 1/2004, S. 122–142; Timm Beichelt: Autocracy and Democracy in Belarus, Russia and Ukraine, in: *Demokratization*, 5/2004, S. 113–132.

⁶ Jasper von Altenbockum: Die Stacheln der Rosenrevolution, in: *FAZ*, 9.4.2005. Melik Kaylan: After the Roses, The Thorns, in: *The Wall Street Journal Europe*, 10.5.2005.

⁷ Stefan Auer: Macht und Gewalt, Osteuropa, 10/2005, S. 9–19, hier S. 12.

⁸ Douglass C. North: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press, Cambridge 1990.

⁹ Dieser Vortrag beansprucht keine umfassende Erläuterung der Forschungsfrage, sondern versucht nur einen theoretischen Rahmen für die weiteren Studien zu erstellen.

stände zu erklären, welche Regierungswechsel zum Ziel hatten, und welche von den mit dem Regime unzufriedenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren getragen wurden – wird ergänzend der theoretische Ansatz zu Wohlstand und Macht von Mancur Olson benutzt.¹⁰

Unsere Welt ist nicht statisch. Dynamische Veränderungen finden in allen Lebensbereichen statt. Laut dieser Logik der Theorie des institutionellen Wandels sollten die Veränderungen auch in allen Länder der FSU laufen. Der Unterschied liegt aber im Charakter des Verlaufs eines solchen Wandels. Im Fall der Ukraine, deutet die radikale Änderung der formgebundenen Regeln – z.B. Verfassungsreform – als Folge des Regimewechsels auf einen diskontinuierlichen und sprunghaften Verlauf des Wandels. Die kontinuierlichen und graduellen institutionellen Veränderungen ohne Ausbruch wie in Russland wurden oft übersehen, schaffen aber günstige Voraussetzungen für die Gestaltung neuer Verhandlungen und Kompromisse zwischen den relevanten Akteuren.¹¹

In den Publikationen zu den neusten Ereignissen in der FSU konzentrieren sich die Wissenschaftler meist auf ein einzelnes Land oder bestenfalls wurde nach den Gemeinsamkeiten oder Unterschieden in den Ländern geforscht, in denen es zu den Aufständen gekommen ist.¹² Solches Vorgehen birgt die Gefahr in sich, Fehler zu machen, indem man die Länder missachtet, in denen es nicht zum Machtwechsel kam oder der Aufstand scheiterte. Dabei verliert man die entscheidenden Faktoren aus den Augen, welche die Aufstände zu erklären vermögen. Mit dem Ziel, solche Fehler zu vermeiden, scheint es sinnvoll den institutionellen Wandel und die relevanten Akteure in Russland und in der Ukraine zu vergleichen.

Verwirrungen können auch aus dem zeitlichen Rahmen der Forschung stammen. Alle Revolutionen finden zunächst „in den Köpfen der Menschen“ statt und sind daher in gewisser Weise „vorüber, bevor sie beginnen – oder zumindest, bevor ihr Beginn wahrgenommen wird“.¹³ Daher erscheint es sinnvoll, die Forschung auf den Zeitraum von 1998 bis 2005 zu erweitern, da dieser Zeitraum interne (Präsidentschafts- und Parlamentswahlen) und äußere (Wirtschaftskrise von 1997–1998) Schocks beinhaltet.

Laut der Theorie des institutionellen Wandels werden die institutionellen Veränderungen in einem Land durch gegenseitige Einflussnahme zwischen den Akteuren und Institutionen bewirkt. Zu den relevanten Akteuren, die fähig sind, den Wandel der institutionellen Rahmenbedingungen zu betätigen, gehören formale (staatliche), nicht-staatliche (besonders wirtschaftliche) Akteure und die Bevölkerung als ein einzelner universaler Akteur, welcher einen erheblichen Einfluss bei der Strategieauswahl anderer Akteure hat. Aufgrund der starken Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Politik in den Ländern der FSU sollte dem Wandel in den politischen und wirtschaftlichen Bereichen große Aufmerksamkeit gegeben werden. Dabei muss man zwischen der Basis – die weit unterstützten Rahmenbedingungen sowie verbreiteten und von den meisten Akteuren geteilten Interessen – und den zweitrangigen Institutionen und Interessen unterscheiden. Die Basisinstitutionen und Basispräferenzen der Akteure stehen im Vordergrund

¹⁰ Olson, Mancur: *Power and Prosperity: Outgrowing Communist and Capitalist Dictatorship*. Basic Books, 2000.

¹¹ „[...] hat sich solch eine institutionelle Ordnung nicht herausgebildet, so kann es den Tauschpartnern der Rahmen fehlen, um Streitigkeiten beizulegen; die möglichen Tauschvorteile lassen sich nicht realisieren, und Unternehmer versuchen vielleicht, eine Koalition von Gruppen zu bilden, um durch Streiks, Gewaltanwendung aus einer verfahrenen Situation wieder herauszukommen [...] Neuverhandlungen zwischen Tauschpartnern können zu politischen Revolutionen reichen, in denen eine Neuordnung politischer Institutionen eine auswegslose Krise beendet.“ In: Douglass C. North: *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge University Press, Cambridge 1990, hier S. 107.

¹² Uwe Halbach, Franz Eder: *Regimewechsel in Kirgistan und Umsturzängste im GUS-Raum*, SWP-Aktuell 15, April 2005.

¹³ Jonathan Schell: *The Unconquerable World: Power, Nonviolence, and the Will of the People*. New York 2003, S. 167.

der Untersuchung, da nur diese die erforderliche breite Grundlage zur Unterstützung des herrschenden Regimes oder zur Unzufriedenheit mit dessen Tätigkeit liefern.

Wie frühere Studien nachgewiesen haben, wandelten sich die Institutionen und Strategien der Akteure in der FSU während den früheren Stadien der Transformation (1989–1998) unter dem Einfluss zweier Faktoren: post- sowjetisches Erbe und Globalisierung.¹⁴ Übersehen wurde aber, dass sich einerseits diese Faktoren selbst wandeln können und daher eine wechselhafte Wirkung auf die Strategieauswahl der Akteure durch Einfluss auf ihre Ressourcenausstattung, Netzwerkposition, Regeln, und anschließend Einfluss auf die institutionellen Gegebenheiten haben, und andererseits die Akteure aus der Transformation lernen können und dabei ihre Strategie ändern.

Die informellen Regeln, die aus den sowjetischen Zeiten übernommen wurden, ermöglichten in den ersten Jahren der Transformation den – wenn auch zum Teil erneuten – Eliten in der Atmosphäre der Unsicherheiten zu agieren und brachten eine politische Basis, die tiefer als die neuen vom schwachen Staat kreierte Institutionen reichte. Die Mehrheit der staatlichen sowie wirtschaftlichen Akteure hatten kurze Zeithorizonte und „rent-seeking“ zum Ziel. Während dieser Phase waren die informellen Regeln nur von Vorteil, da aus diesen stammende Wettbewerbsverzerrungen für die relevanten Akteure begünstigend waren. Eine verstärkende Wirkung auf die Geltung der informellen Regeln hatten auch die strukturellen Lücken zwischen den staatlichen Akteuren,¹⁵ – z. B. Nichtkooperation und Rivalität zwischen Parlament und Präsident in der Ära Jelzins und Kutschmas – welche den Zugang zu staatlichen Akteuren und die Einflussnahme auf ihr Entscheidungstreffen erleichterten. Die Reformen, welche zum Entstehen und zur Durchsetzung der formgebundenen Regel führten, waren nicht in ihrem Interesse. Auch deshalb wurden die wirtschaftlichen Akteure für die Misserfolge der vom Zentrum kreierte Reformprogramme verantwortlich gemacht, da sie den intransparenten *status quo* und somit ihren Machterhalt sicherten.¹⁶ Das bedeutete, dass die erfolgreiche Durchsetzung der Reformen nicht von der zentralen Regierung, sondern von den nicht-staatlichen, besonders wirtschaftlichen, Akteuren bestimmt wurde. Wenn diese Annahme, den Reformenstau in den Zeiten Jelzins und Kutschmas erklären kann, wie konnten dann die wirtschaftlichen Liberalisierungs- und Zentralisierungsreformen Putins einen so großen Erfolg und eine entsprechend breite Unterstützung der wirtschaftlichen Akteure genießen? Und warum war dann die Mehrheit der wirtschaftlichen Akteure, der regimetreuen und oppositionellen, mit dem anhaltenden Reformstau in der Ukraine und den Versuchen Präsident Kutschmas seine Macht zu autorisieren, so unzufrieden, dass sie die Orangene Revolution entweder stark und öffentlich unterstützte bzw. keinen großen Widerstand leistete und sich als kooperationsbereit erwies?

Seit Ende der 1990er Jahre sind die Wirtschaftsakteure bei der Kapitalakkumulierung an ihre Grenzen gestoßen und gingen über in die Phase der Kapitalsicherung und Risikenminimierung, was in Anlehnung an Olson als die Wandlung von umherziehenden zu stationären Banditen¹⁷ bezeichnet werden kann. Obwohl die informellen Regeln für die Wirtschaftsakteure begünstigend waren, beseitigten sie die bestehende Unsicherheit und Instabilität der Interaktionen unter den Akteuren nicht. Mit der Zeit erwies sich für die Wirtschaftsakteure eine Strategie des Zugangs zur Macht, welche auf der Seilschaft zu einer Einzelperson basierte, als höchst kurzfristig. Wenn der politische Beschützer, dessen Unterstützung sich ein „politischer Unternehmer“¹⁸

¹⁴ Segbers, Klaus: Explaining post-Soviet patchworks, Aldershot 2001.

¹⁵ Burt, Ronald S.: Structural holes. The social structure of competition, Cambridge/MA 1992.

¹⁶ Goldman, Marshall: The Rule of Outlaws is Over, in: Transition Newsletter, 14–15/2004, S. 23–25.

¹⁷ Die ersten haben ein enges Interesse an der schnellen eigenen Bereicherung und ignorieren dabei die zugefügten sozialen Schäden und Verluste, während die zweite Gruppe ein langzeitiges und umfassendes Interesse an dem Gedeihen der Gesellschaft hat.

¹⁸ Der Meinung der Autorin nach kann im Folgenden unter der Bezeichnung „Oligarch“ ein politischer Unternehmer verstanden werden, welcher dem bestimmten Muster „Macht-Geld-Macht“ zur Kapitalakkumulation und Kapitalwiederbeschaffung folgt. Näher heißt das, der Zugang zu staatlich-politischer Macht sichert die finanzielle Berei-

– oft Oligarch genannt – gesichert hatte, scheiterte, waren seine gesamten Unternehmensbeteiligungen und das Kapital, aufgrund der juristischen Verstöße bei der Kapitalbildung, in Gefahr. Sogar die gemeinsame Herkunft aus demselben Clan konnte nach einem Personalwechsel in den staatlichen Institutionen nicht als Garant für die weitere wirtschaftliche Prosperität und die Sicherung der erlangten Eigentumsrechte wirken.¹⁹

Nun verlangten die Wirtschaftsakteure die Sicherung ihrer Eigentumsrechte durch formgebundene stabile Regelungen. Den staatlichen Akteuren wurde dabei eine wichtige Rolle zugewiesen. In der Terminologie von Olson sollten auch die staatlichen Akteure ihren Zeithorizont erweitern und zu stationären Banditen werden. Somit saturierte die erfolgreiche Politik Putins das verbreitete Sehnen der Elite nach Sicherheit und Stabilität. Präsident Kutschma, obwohl er über die nötige Macht verfügte, kümmerte sich nicht um die Etablierung formgebundener Rahmenbedingungen zur Sicherung wirtschaftlicher Institutionen, wie der Eigentumsrechte und des Investitionsklimas, sondern ließ weiterhin informelle Regeln in diesen Bereichen zur Geltung kommen. Die Abwesenheit einer institutionellen Ordnung, die es den Wirtschaftsakteuren erlaubte, ihre Interessen auf legale Art und Weise zu sichern, führte zunehmend zu Unzufriedenheit und Unsicherheit.

Die Globalisierung ist der zusätzliche äußere Faktor, der Anreize zur Veränderung der Präferenzen gab, der aber auch zur Begrenzungen der Strategiewahl der Akteure führte. Je höher der Grad der Internationalisierung der russischen und ukrainischen Unternehmen war, desto größer war der Einfluss der globalen Regeln auf diese Akteure und deren Verlangen nach Modifizierung der Interaktionen mit der Politik.²⁰ Seit der Wirtschaftskrise von 1998 und nach der folgenden Änderung der globalen Normen verlangten zunächst die Akteure mit höherem Internationalisierungsgrad (besonders diejenigen, die in der Gas-, Öl-, Metall- und Maschinenbauindustrie tätig waren), dann aber auch inländische Akteure anderer Branchen, die sich dem internationalen Wettbewerb stellen mussten, nach Sicherheit der Eigentumsrechte und nach Stabilität der staatlichen Macht. Die erfolgreiche Teilnahme am Weltmarkt, bei Vertragsabschluss oder bei Kreditvergabe, erforderte eine *corporate governance* von besserer Qualität. Dies beinhaltete auch die Forderungen nach mehr Transparenz in den Unternehmensstrukturen und in der Geschäftsabwicklung. Die Umsetzung dieser Forderungen führte dazu, dass illegale Finanzressourcen, welche bisher die Interessen der einzelnen Wirtschaftsakteure mittels der Politik durchzusetzen vermochten, eingeschränkt wurden und dem Akteur nicht mehr, wie es zuvor bei russischen und ukrainischen Unternehmen üblich war, Vorteile verschaffen konnten.

Bei der Entscheidung über das Schicksal einer Revolution ist die Bevölkerung als Einzelakteur von großer Bedeutung. Der Regimewechsel ist ohne die Mobilisierung der öffentlichen Meinung schwer realisierbar. Um die Massenaktionen gegen das herrschende Regime, wie z.B. Unterschriftaktionen, Demonstrationen, Streiks, Referenden, zu organisieren, brauchen nicht-staatliche Akteure bestimmte Ressourcen, aber entscheidend sind die Massen selbst. Sie müssen mit der staatlichen Macht unzufrieden sein. Meistens bezieht sich die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime auf den Wohlstand des Individuums. Zu beachten ist hierbei die Tatsache, dass nicht die reale Wohlstandsteigerung oder -senkung, sondern der durch die Bevölkerung selbst empfundene Wohlstand wichtig ist. Obwohl sich sowohl in Russland als auch in der Ukraine der Wohlstand der Bevölkerung in den letzten Jahren rasant erhöhte, genießt laut Umfragen die Politik Putins im Gegensatz zu der Politik Kutschmas eine breite Unterstützung in der Bevölkerung.

cherung des einzelnen Akteurs, der mit dem erlangten Kapital wiederum seinen politischen Einfluss, meist über den Weg der Korruption, ausdehnen kann.

¹⁹ Nach der Entlassung von Premierminister Lazarenko brach das Finanzimperium von Julia Tymoschenko, die Holding United Energy Systems of Ukraine (Ednyi Energetychni Systemy Ukrainy), zusammen.

²⁰ Heinrich, Andreas: Globalisierung und Corporate Governance. Russlands Erdöl- und Erdgassektor, in: Osteuropa, 9–10/2004, S. 355–365.

Durch das Lernen aus Instabilität, die von der Geltung der informellen Institutionen stammte, und unter dem Druck der Globalisierung, wandelten sich die staatlichen und wirtschaftlichen Akteure in Russland und der Ukraine von umherziehenden zu stationären. Aber die Umwandlung der staatlichen Akteure verlief in Russland schneller als in der Ukraine, was entsprechend zur Stabilität oder zum Sturz des politischen Regimes führte.

Ukraine – eine neue Chance für die Pressefreiheit?

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Staats- und Gesellschaftssystems fiel das sowjetische Vielvölkerreich auseinander, und die Ukraine erhielt ihre politische Unabhängigkeit von Russland. Wie auch die anderen ehemaligen Sowjetrepubliken befindet sich die gegenwärtige Ukraine in einem Demokratisierungsprozess mit dem Ziel einer offenen, demokratisch regierten Gesellschaft nach westlichen Vorbildern. Für die Entstehung und Verankerung einer demokratischen Gesellschaft ist der Aufbau von freien und unabhängigen Massenmedien von zentraler Bedeutung.¹ Vor allem während der Regierungszeit von Präsident Kučma war die Medienpolitik in der Ukraine von systematischen Lenkungsversuchen beherrscht. Vor der Machtübernahme Juščenkos 2004 wurde die Ukraine als ein Land mit mangelnder Pressefreiheit eingestuft und nahm den 139. Platz in der Rangliste zur Situation der Pressefreiheit weltweit ein.² 2004 erlebte die Ukraine die zweite Transformation, die Revolution in Orange, ausgelöst durch die Präsidentschaftswahlen, aus denen Viktor Juščenko als Sieger hervorging. Dieser Umschwung erhob große Ansprüche an die Demokratie. In ihrer Diplomarbeit untersuchte die Autorin, ob die Erwartungen an die neue Demokratisierungswelle erfüllt wurden. Ziel der Arbeit war es zu klären, ob der Grad der Pressefreiheit nach der Revolution in Orange zu- oder abgenommen hatte und ob die Berichterstattung vielfältiger und kritischer im Vergleich zu den Zeiten der Kučma-Präsidentschaft wurde.³ Der Untersuchungszeitraum wird markiert durch die ersten Ansätze der Herausbildung der freien Medien nach der Unabhängigkeitserklärung 1991. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem politischen Einschnitt, der Revolution in Orange 2004.

Fallstudie und Index der Pressefreiheit

Um die Entwicklung der Pressefreiheit in der Ukraine einzuschätzen, hat sich die Verfasserin für die Durchführung einer Fallstudie entschieden.⁴ Die Fallstudie ist multimethodisch angelegt. Erkenntnisse werden aus einer Inhaltsanalyse, aus qualitativen leitfadengestützten Experteninterviews gewonnen und mit den Auswertungsergebnissen der Dokumentenanalyse verglichen. Mit diesen drei Erhebungstechniken strebt die Autorin eine relativ umfassende, gültige und aktuelle Erfassung der Pressefreiheit in der Ukraine an. Der Untersuchung liegen folgende forschungsleitende Fragen zugrunde: Wie frei sind die Medien in der Ukraine? Welche Einflussfaktoren behindern die unabhängige Berichterstattung? In welche Richtung entwickelt sich der ukrainische Journalismus? Um diese Fragen zu beantworten, bedient sich die Autorin eines „Indexes der Pressefreiheit“ von Andrea Czepek. Mit dem Index lässt sich der Grad der Pressefreiheit messen. Anders als bisherige Indices⁵ berücksichtigt der Index von Andrea Czepek zusätzlich zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die journalistische Freiheit und die Freiheit der Berichterstattung. Der Index stelle aber in Übereinstimmung mit Andrea Czepeks Ausführungen keinen absoluten Maßstab dar, anhand dessen sich die Pressefreiheit

¹ Merkel, Wolfgang (1999): 144.

² Russland mit Rang 140 schnitt schlechter als die Ukraine ab. Die Rangliste stellt die Lage der Medien zwischen 1. September 2003 und 2004 dar. http://www.reporter-ohne-grenzen.de/cont_dateien/indpres.php [download am 14.6.2006.]

³ Darüber hinaus bietet die Arbeit eine möglichst aktuelle Bestandsaufnahme über die ukrainischen Massenmedien.

⁴ Als Forschungsansatz bietet die Fallstudie einen Vorteil, eine einzelne Untersuchungseinheit mit verschiedenen Techniken zu behandeln und ist offen für alle Methoden der empirischen Sozialforschung. Die Befunde der einzelnen Verfahren können dann direkt aufeinander bezogen und miteinander verglichen werden, da das Material von derselben Untersuchungseinheit stammt. Vgl. Lamneck, Sigfried (2005): 316.

⁵ Medienindex von Freedom House, Media Freedom Index von „Reporters sans Frontières“ (RsF), „Media Sustainability Index“ (MSI) von IREX.

messen lasse.⁶ Mithilfe des Indexes solle vor allem die Entwicklung der Pressefreiheit in einem Land über eine Zeitperiode hinweg untersucht und die Auswirkungen bestimmter Einflüsse auf die Pressefreiheit nachvollziehbar gemacht werden.⁷ Die Daten für die Indikatoren, aus denen sich der Index zusammensetzt, wurden für die Fallstudie wie folgt gesammelt: Für die Untersuchung verfassungsrechtlicher und anderer gesetzlicher Regelungen, struktureller Bedingungen und der Pluralität der Medien wurde Sekundärmaterial herangezogen.⁸ Journalistische Freiheiten wurden durch Leitfadeninterviews mit fünf Journalisten und einem Vertreter des ukrainischen Journalistenverbandes sowie aus Berichten verschiedener Journalisten- und Menschenrechtsorganisationen erfasst. Die Interviews hat die Autorin während ihrer Recherche in der Ukraine persönlich in Kyjiv geführt. Die Vielfalt der kritischen Berichterstattung wurde mit einer Inhaltsanalyse der ausgewählten ukrainischen Zeitungen jeweils vor den Präsidentschaftswahlen 2004 und den Parlamentswahlen 2006 bestimmt.⁹ Erkenntnisse über den Zugang zu den Medien und die Rahmenbedingungen der journalistischen Arbeit wurden sowohl aus Interviews als auch aus Sekundärquellen gewonnen.

Ergebnisse der Fallstudie

Während der Präsidentschaft von Kučma standen ukrainische Medien unter einem starken Einfluss des Staates. Eine formale Zensur setzte der Staat nicht ein, griff aber zu anderen Methoden. Ein stark verbreitetes Mittel der indirekten Zensur waren die täglichen „Temnyky“. Hinter der Abkürzung – sie geht auf die russische Bezeichnung für „Themen der Woche“ zurück – verbargen sich anonyme Hinweise, ob und mit welcher Interpretation über bestimmte Ereignisse berichtet werden sollte.¹⁰ Darüber hinaus setzte der Staat ukrainische Journalisten anderer Art der Repressalien aus. Eine Vielzahl von regierungskritischen Journalisten wurde in Zusammenhang mit ihrer Arbeit bedroht, verhaftet und getötet. Zwischen 1996 und 2004 kamen 27 ukrainische Journalisten unter oftmals ungeklärten Umständen ums Leben, 18 Journalisten wurden festgenommen. In 189 Fällen kam es in diesen neun Jahren zu gewalttätigen Übergriffen oder Bedrohungen.¹¹ Außerdem setzte der Staat Mittel des ökonomischen Druckes auf Medien ein: unberechtigte zivilrechtliche Klagen, steuerpolizeiliche Maßnahmen, Durchsuchungen der Redaktionsräume, Beschlagnahmung von Dokumenten und Arbeitsmitteln, Manipulation von Druckereien, etc.

⁶ Czepek, Andrea (2005): 92.

⁷ Ebd.: 92.

⁸ Gesetzestexte, Statistiken, Literatur über Medien in der Ukraine, Strukturdaten des Medienverbandes, der Forschungsinstitute, Regulierungsbehörden.

⁹ Für die Analyse wurde ein systematisches Sample bestimmt. Es sind vier ukrainische Tageszeitungen repräsentiert. Für jede der beiden Zeitperioden wurde ein Klumpen festgelegt. Für das Sample wurden Artikel herangezogen, die jeweils vor den ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 (von Montag, dem 15. November 2004 bis Freitag, dem 19. November 2004) und den Parlamentswahlen 2006 (von Montag, den 20. März bis Freitag, dem 24. März) in den Mittwochsausgaben jeder der vier ausgewählten Zeitungen erschienen sind. Inhaltsanalytisch wurden alle Artikel untersucht, die am Mittwoch, den 17. November 2004 und 22. März 2006 in den ukrainischen Zeitungen *Segodnja* [Heute], *Ukrajina moloda* [Junge Ukraine], *L'vivs'ka hazeta* [Die Lemberger Zeitung] und *Donbas* [Donbas]⁹ veröffentlicht wurden. Die untersuchten Ausgaben waren auf den Webseiten der Zeitungen mit genauen Seitenangaben verfügbar. Die Zeitungstitel wurden nach Erscheinungsrhythmus, Zugehörigkeit zu einem politischen Lager, Sprache der Berichterstattung sowie nach Verbreitungsgebiet ausgewählt. Alle Auswahlheiten erscheinen täglich.

¹⁰ Kipiani, Vachtan (2005): 7.

¹¹ *Ukrajins'kyj centr ekonomichnych i politynych doslidzen' imeni Aleksandra Razumkova* [Ukrainisches Zentrum für ökonomische und politische Forschung von Aleksandr Razumkov] (Hrsg.) (2002): 5; *Instytut Masovoji Informaciji* [Institut für Masseninformation] (Hrsg.) (2006): *Pidsumky monitorinhi svobody slova za rik 2005 ta analiz sytuaciji v informacijnij sferi* [Fazit der Analyse der Pressefreiheit 2005 und Analyse der Situation im Informationsbereich]. <http://www.imi.org.ua/?read=190:10>, [download 12.6.2006].

Seit der Revolution in Orange scheinen ukrainische Medien und Journalisten, sich vom staatlichen Einfluss zu einem gewissen Grad befreit zu haben. In der Fallstudie konnte in dieser Hinsicht ein Fortschritt der demokratischen Entwicklung festgestellt werden. Bei dem vorgeschlagenen Index der Pressefreiheit erreichte die Ukraine im Jahr 2004 den Wert 1 auf einer Skala zwischen 0 und 3. Im Jahr 2006 verbesserte sich das Land auf den Wert 1,5. Die relative Pressefreiheit in der Ukraine nahm besonders in den Bereichen „journalistische Freiheit“ und „Vielfalt der Berichterstattung“ zu. Die Bereiche „rechtliche und strukturelle Bedingungen“ und „Partizipationsmöglichkeiten“ blieben mit einer relativ eingeschränkten Pressefreiheit gleich.

Die Autorin stellte fest, dass in den ukrainischen Massenmedien ansatzweise eine Diskussion von kontroversen Themen sowie kritische Berichterstattung stattfinden. Aus der Analyse der Medieninhalte geht hervor, dass die ukrainischsprachigen Zeitungen im Jahr 2004 und die russischsprachigen Zeitungen im Jahr 2006 dazu tendierten, die Regierung zu kritisieren und die Opposition zu unterstützen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Zeitungen ihre Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber dem Staat wahrnahmen. Die Autorin nimmt an, dass die kritische Berichterstattung gegenüber der Regierung im Rahmen der von den verantwortlichen Eigentümern vorgegebenen und zugelassenen Kritik stattfand. Diese Vermutung deckt sich mit den Aussagen der befragten Journalisten. Ein Interviewpartner spricht in diesem Zusammenhang von einer „korporativen Meinungsfreiheit“. Damit meint er die Meinungsfreiheit im Interesse eines Medieneigentümers.¹² In Anlehnung an seinen Kollegen orientiere sich die Kritik an der politischen Ausrichtung des jeweiligen Mediums.¹³ In Bezug auf kritische Berichterstattung waren die untersuchten ukrainischen Zeitungen vom Konzept eines unabhängigen, neutralen Journalismus weit entfernt, sondern betrieben einen Pro-Contra-Journalismus.

Die staatlichen Medien in der Ukraine genießen gegenwärtig eine eingeschränkte Freiheit von der Regierung. Ein Schritt in Richtung der Unabhängigkeit von Medien könnte die Gründung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sein. Die Politik sträubt sich jedoch dagegen, da der staatliche Rundfunk „ein starkes politisches Machtinstrument“ sei, mit dem der Staat den Informationsfluss kontrollieren möchte.¹⁴ Die Mehrheit der Medien ist kommerziell und befindet sich in starker Abhängigkeit von wirtschaftlichen Machtgruppen. Die kommerziellen Medien in der Ukraine sind in der Regel nicht marktwirtschaftlich ausgerichtet. Die Existenz der meisten Medien ist durch kontinuierliche Investitionen des Eigentümers gesichert. Die meisten Medieneigentümer engagieren sich politisch und nutzen die Medien in ihrem Besitz, um ihren eigenen politischen Einfluss zu stärken. Aufgrund der Defizite in der Rechtsprechung fehlt dem ukrainischen Medienmarkt an Transparenz der Besitzverhältnisse. Die ukrainische Rechtsprechung sieht keine Angaben zum Eigentümer eines Mediums vor, sondern lediglich die Nennung des Gründers. Die Angaben zum Gründer sind eher formell und stellen keinen Bezug zum Eigentümer des Mediums her. Politische und wirtschaftliche Akteure nutzen diese Lücke in der Rechtsprechung aus, um Medien zu beeinflussen.

Die Besitzverhältnisse auf dem ukrainischen Medienmarkt schlagen sich in den Arbeitsbedingungen der Journalisten nieder. Die meisten der von der Autorin befragten Journalisten bemängeln ihre Arbeitsbedingungen aufgrund der schlechten Honorargestaltung, der mangelnden rechtlichen Absicherung, untransparenter Arbeitsverträge und fehlender bzw. wirkungsloser Redaktionsstatute. Diese strukturellen Defizite behinderten unabhängige Recherche. Diese sei nach fast allen Befragten eine wichtige, aber eine teure und gefährliche Methode der Informationsbeschaffung in der Ukraine.¹⁵ In ihrer Berichterstattung seien Journalisten von ihren Eigentümern abhängig, da sie die Nähe des Eigentümers zu politischen Kräften stets berücksichtigen

¹² G6 (2006): 4.

¹³ G4 (2006): 8.

¹⁴ G1 (2006): 9.

¹⁵ G1, G3, G4, G5, G6.

müssten. Die befragten Journalisten betonten, es gebe in der Ukraine keine Medien, die in ihrer redaktionellen Politik vom Eigentümer völlig unabhängig seien.¹⁶ Die politische Färbung der Medieneigentümer führt offensichtlich zur Selbstzensur und schränkt die freie Meinungsäußerung vieler ukrainischer Journalisten ein. Ein Journalist gab zu, er könne in seiner Zeitung nicht schreiben, dass sein Eigentümer in eine politische Affäre verwickelt sei, auch wenn es offensichtlich gewesen wäre.¹⁷ „Laut unserer redaktionellen Grundsätze dürfen wir mit unserer journalistischen Arbeit den Ruf und die politischen Interessen unseres Eigentümers nicht schädigen.“ Diese Einschränkung sei auf alle ukrainischen Massenmedien übertragbar ist.¹⁸

Die Autorin konnte aus der Fallstudie einige strukturelle Empfehlungen ableiten, die in erster Linie eine Reform des Mediensystems voraussetzen. Das Hauptproblem der rechtlichen Regulierung im Bereich der Medien sind fehlende Mechanismen der Rechtsanwendung. Die geltenden Gesetze müssen ergänzt und qualitativ verbessert werden. Zum einen soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk auf der Basis eines bereits 1997 verabschiedeten Gesetzes gegründet werden. Zum anderen soll der Gesetzgeber die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die tatsächlichen Medieneigentümer ermitteln und die Maßnahmen zur Vorbeugung von Medienkonzentration treffen zu können. Außerdem soll die Politik die Wirtschaftlichkeit der Medienunternehmen fördern, die Schattenwirtschaft bekämpfen und die Rahmenbedingungen der journalistischen Arbeit durch entsprechende Vorschriften verbessern. Hierzu gehören die rechtliche Absicherung und der Kündigungsschutz, eine offene und angemessene Honorargestaltung und die Verbesserung der technischen Ausstattung. Nur wenn die oben beschriebenen strukturellen Rahmenbedingungen gegeben sind, haben die ukrainischen Massenmedien und Journalisten eine Chance auf eine freie und unabhängige Existenz.

Literatur

- Branahl, Udo (2000): Medienrecht. Eine Einführung. 3. überarbeitete Auflage. Wiesbaden.
- Budarina, Natal'ja / Kravčenko, Fedor / Lamechova, Natal'ja (2002): Zakonodatel'stvo i praktika mass-media v Ukraïne [Gesetzgebung und Medienrecht in der Ukraine]. Kyjiv.
- Czepek, Andrea (2005): Pressefreiheit und Pluralismus in Sambia. Münster.
- Kipiani, Vachtan (2005): Vlada t'my i temnykiv [Die Macht der Dunkelheit und der Themenlisten]. Kyjiv.
- Flick, Uwe (1999): Qualitative Forschung. Theorie, Methoden, Anwendung in Psychologie und Sozialwissenschaften. Reinbek.
- Institut Masovoji Informaciji [Institut für Masseninformati] (Hrsg.) (2006): Pidsumky monitorihu svobody slova za rik 2005 ta analiz sytuaciji v informacijnij sferi [Fazit der Analyse der Pressefreiheit 2005 und Analyse der Situation im Informationsbereich]. <http://www.imi.org.ua/?read=190:10>, [download 12.6.2006].
- Ivanov V. (2003): Teorija i praktika prava mass-media v Ukraïne [Theorie und Praxis des Medienrechts in der Ukraine]. Kyjiv, S. 17.
- Ivanov, Valerij (1999): Zakonodavstvo pro zasoby masovoji informaciji. [Rechtsprechung über Massenmedien]. Kyiv.

¹⁶ G5 (2006): 3, G6 (2006): 8–9.

¹⁷ G6 (2006): 4

¹⁸ G6 (2006): 3

- Kostenko, Natal'a/ Ivanov, Valerij (2004): Rol' ukrains'kyh media v prezydents'kyh vyborah 2004. [Die Rolle ukrainischer Medien bei den Präsidentschaftswahlen 2004]. Kyjiv.
- Lamneck, Sigfried (2005): Qualitative Sozialforschung. 4. völlig überarbeitete Auflage. Bad Langensalza.
- Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation. Theorien, Konzepte und Konzeptionen. Opladen.
- Oertel, Barbara (2003): Viel Presse – wenig Freiheit. Medien und Macht in Russland, der Ukraine und Belarus. In: Osteuropa 53, 1–2003, S. 19–32.
- Ott, Alexander (1999): Parteien und Machtstrukturen in der Ukraine. Köln.
- Schneider Eberhard / Saurenbach, Christoph (2004): Ukraine – die zweite Transformation. In: Stiftung Wissenschaft und Politik (Hrsg.): SWP Aktuell, Nr. 59. Berlin, S. 1–8.
- Scholl, Armin; Siegfried Weischenberg (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie. Opladen.
- Simon, Gerhard (2005): Neubeginn in der Ukraine. In: Osteuropa 1/2005. S. 17–33, S. 33.
- Thomaß, Barbara/ Tzankoff, Michaela (2001): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden.
- Ukrajins'kyj centr ekonomichnych i politycnych doslidzen' imeni Aleksandra Razumkova [Ukrainisches Zentrum für ökonomische und politische Forschung von Aleksandr Razumkov] (Hrsg.) (2002): Nacional'na bezpeka i oborona [Nationale Sicherheit und Abwehr]. 11/2002, Kyjiv.

Experteninterviews

Interview mit dem Vorsitzenden des Ukrainischen Nationalen Medienverbandes (G1)

Interview mit einem Fernsehredakteur (G2)

Interview mit einem freien Fernseh- und Radiojournalisten (G3)

Interview mit einem freien Fernsehjournalisten (G4)

Interview mit einer Redakteurin bei einer Tageszeitung (G5)

Interview mit dem Chefredakteur einer Wochenzeitung (G6)

Das Fortbestehen der neopatrimonialen Herrschaftsstrukturen in der Ukraine nach der Orangen Revolution

Mit dem Sieg der Orangen Revolution schien das neopatrimoniale Regime, das sich während der Präsidentschaft von Leonid Kutschma in der Ukraine etablierte¹, gebrochen zu sein.² Die Stimmen der Skeptiker, die Wiktor Juschtschenko und seine Mannschaft als treue Kinder des korrupten Staatsapparates und Clan-Kapitalismus bezeichneten und ihnen damit jegliche Fähigkeit zu konstruktiven Veränderungen absprachen,³ versanken im Jubel von deren zahlreichen Anhängern. Die Ereignisse der ersten Monate nach dem Machtwechsel bestätigten jedoch ihre pessimistischen Prognosen. Der neopatrimoniale Charakter der politischen Herrschaft in der Ukraine änderte sich nicht mit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten.

Dieser Beitrag basiert auf der Analyse der Funktionsweise des Regimes, ein Jahr nach der Orangen Revolution, die anhand von Fallstudien zu den Handlungsstrategien der neuen Macheliten durchgeführt wurde. Die Fallstudien sind an den drei Strukturmerkmalen des Neopatrimonialismus Konzepts von Hannes Wimmer orientiert: „personal Rule“, politischer Klientelismus und endemische Korruption.⁴

Machtergreifung und Machterhaltung um jeden Preis

Inwiefern kann man bei Präsident Juschtschenko von „personal Rule“ – der hochpersonalisierten, autokratischen Form der Staatsleitung⁵ – sprechen?

Als erstes wäre sein inoffizieller Amtseid zu nennen. Nach dem zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2004 verkündete Juschtschenko, ungeachtet der Tatsache, dass die ukrainische Wahlkommission seinen Kontrahenten Janukowitsch zum Sieger erklärte, dass er der neue Präsident sei. Er stürmte mit seinen Anhängern in das Parlamentgebäude und leistete einen Amtseid auf die Bibel.⁶ Die inszenierte Selbsternennung war ein schlechter Auftakt für einen Politiker, der unzählige Male während seiner Wahlkampagne beteuerte, ausschließlich im gesetzlichen Rahmen zu handeln.

Nach nicht einmal einem Jahr im Amt versuchte Juschtschenko den Verfassungskompromiss vom Dezember 2004, der ihm mehrere Kompetenzen entzog, in Frage zu stellen. Obwohl er am 29. April 2005 in der ersten offiziellen Stellungnahme zum anstehenden Inkrafttreten der Verfassungsreform sagte, dass er zwar nicht mit allen Punkten der Reform einverstanden sei, sie jedoch nicht anfechten würde, kam am 28. Dezember 2005, vier Tage vor dem Inkrafttreten der

¹ Vgl. Claudia Šabic/Kerstin Zimmer, Ukraine: the genesis of a Captured State, in: Melanie Tatur (Ed.), The making of Regions in Post-Socialist Europe – the impact of Culture, Economic Structure and Institutions, Band II, Wiesbaden 2004, S. 111–112. Vgl. Kimitaka Matsuzato, Occasional Papers on Regional/Subregional Politics in Post-Communist Countries, Slavic Research Center Hokkaido University, Sapporo 2002, in: < <http://src-h.slav.hokudai.ac.jp/ukrregions> > 2005.04.07.

² Vgl. Georgij Derlugjan, Vyhod iz revolutsii. Nevotchinaja model vlasti terpit krah na postsovetskom prostranstve, in: <<http://www.politjournal.ru/index?action=Articles&dirid=77&tek=3240&issue=97>> 2005.10.02.

³ Siehe The price of People Power, in: The Guardian, 07.12.2004. Not a good way to start a democracy, in: The Guardian, 31.12.2004. The millionaire revolutionary, in: The Guardian, 26.12.2004; Gazovaya princesa khochet revansha, in: <<http://www.oligarh.net/?/themeofday/5318/>> 2005.01.23; Svistok „revoluzii“, in: <<http://www.oligarh.net/?/themeofday/5390/>> 2005.02.03.

⁴ Wimmers Definition von Neopatrimonialismus: „Neopatrimonialismus‘ bezeichnet eine selektive Verknüpfung von traditionellen und modernen Elementen (...)“, Hannes Wimmer, Die Modernisierung politischer Systeme, Wien 2000, S. 121.

⁵ Vgl. ebd., S. 126–127.

⁶ Vgl. Revolution in Orange, in: Spiegel, 29.11.04, Nr.49.

neuen Bestimmungen, aus der Presseagentur der SNBOU (Rats der nationalen Sicherheit und Verteidigung) eine Erklärung des Sekretärs, A. Kinach. Kinach behauptete, dass die im Dezember 2004 angenommenen Änderungen nicht legitim seien, da sie unter schweren Bedingungen und vor dem Hintergrund einer Staatskrise zustande kamen.⁷ Er plädierte in diesem Zusammenhang für den Beginn einer nationalen Diskussion über eine neue Verfassungsreform. Im Anschluss an seine Rede warnte Kinach, dass das neue parlamentarisch-präsidentiale Regierungssystem die politische Stabilität der Ukraine gefährden wird. Im Februar 2006 richtete sich dann Präsident selbst an die Verkhovna Rada mit seinem Plan für eine neue umfassende Verfassungsreform.⁸

Die willkürliche Kaderpolitik und politische Verfolgung

Bei der Ämtervergabe im Staatsapparat demonstrierte Juschtschenko, dass für ihn, ganz im Sinne des Strukturmerkmals „personal Rule“⁹, ausschließlich die persönlichen Loyalitätserwartungen und politischen Verpflichtungen gegenüber seinem Revolutionspartner ausschlaggebend sind. Das Fehlen der nötigen Qualifikationen der Amtsanwärter schien dagegen irrelevant zu sein. Als die Liste der Ernennungen an die Öffentlichkeit kam, sprachen die Journalisten von einem Übergang vom „Kutschmismus“ (so wurde die Präsidentschaft von Kutschma genannt) zum „Kumismus“ (Kum bedeutet auf ukrainisch Gevatter). Außerdem verbanden die neuen Amtsträger die politischen Ämter mit Wirtschaftsfunktionen.

Ein Gevatter Juschtschenkos, der Oligarch P. Poroschenko, wurde Sekretär des SNBOU. Ein weiterer Patenonkel eines seiner Kinder und ebenfalls Oligarch, D. Zhwanija, bekam den Posten des Ministers für Ausnahmesituationen. Die Gevatterin O. Bilozir beförderte der Präsident zur Kultus- und Tourismusministerin, während Gevatter J. Pavlenko Minister für Familie, Jugend und Sport wurde.¹⁰

Überdies erhielten die engsten Freunde des Präsidenten hohe politische Ämter. Erdölmillionär A. Tretjakow wurde in den Posten des ersten Assistenten des Staatsoberhauptes gehoben. Der Vizepräsident einer der großen ukrainischen Banken, „Chernomorsskij Bank tovgovli i rasvitija“, und Vertreter der Finanzgruppe Hetman¹¹, O. Ribatschuk, wurde Vizepremier für Europäische Integration.¹² Ein weiterer Vertreter dieser Gruppe V. Stelmach rief Juschtschenko ebenfalls in den Staatsapparat. Stelmach übernahm den Posten des Vorsitzenden der Nationalbank. Der persönliche Leibwächter Juschtschenkos auf den Barrikaden der Orangen Revolution und Präsident des Konzerns „Orlan“, J. Tschewonenko, avancierte zum Minister für Transport und Kommunikation. Der ehemalige amerikanische Staatsbürger und Ehemann der Vizepräsidentin des Erdölkonzerns „Oil Transit“, R. Zwaritsch, der wie sich wenig später herausstellte, die Öffentlichkeit mit dem Vorhandensein eines abgeschlossenen Jurastudiums betrog, wurde Justizminister.¹³ A. Gritsenko, Ehemann der Inhaberin der Zeitung „Zerkalo Nedeli“, die Juschtschenko während seiner Wahlkampagne aktiv unterstützte, wurde Verteidigungsminister.

⁷ Vgl. Presidential Press Office, in: <http://www.president.gov.ua/ru/news/data/4_5498.html> 2005.10.12.

⁸ Vgl. Presidential Press Office, in: <http://www.president.gov.ua/ru/news/data/6_6082.html> 2005.11.20.

⁹ Vgl. Wimmer, a.a.O., S. 132.

¹⁰ Vgl. Svita korolya, in: <www.podrobnosti.ua/analytics/2005/07/07/225274.html> 2005.08.07.

¹¹ Die Mannschaft aus den Verwandten und Freunden des Vorsitzenden der einst mächtigen sowjetischen „Agroprombank“ V. Hetman, darunter auch Juschtschenko, bildete in der Ukraine nach der Unabhängigkeit eine so genannte Finanzkapitalgruppe, die Ämter im Staatsapparat übernahm, mehrere private Banken gründete und schließlich die Kontrolle über den gesamten Geldtransfer in der Ukraine erlangte. Hetman fiel im Jahr 1998 einem Auftragsmord zum Opfer.

¹² Ein Amt, das von Juschtschenko neu eingeführt wurde, nur neun Monate existierte, und mit der Entlassung der Regierung nach der September-Krise 2005 gestrichen wurde.

¹³ Siehe Novyj povorot v skandale vokrug Zvaritscha, in: <<http://www.korrespondent.net/main/120761>> 2005.10.14.

Den Posten des Premierministers überließ Juschtschenko laut der vorrevolutionären Vereinbarung seiner Mitstreiterin J. Timoschenko.¹⁴ Ihr langjähriger Vertrauter und Geschäftspartner A. Turchinov bekam die Stelle des Chefs des Sicherheitsdienstes (SBU). Der Wahlkampfleiter Juschtschenkos, A. Sintschenko, wurde Staatssekretär. Da alle drei nicht zu Juschtschenkos engstem Freundes- und Verwandtenkreis gehörten, und der Präsident sich ihrer Loyalität dementsprechend nicht sicher war, erfüllte er zwar ihre politischen Ansprüche, unterzog sie zugleich aber Kontrolle, indem er wie einst sein Vorgänger Kutschma die Kompetenzen des SNBOU erweiterte.¹⁵

Parallel zur Verteilung der Ämter an die Klienten wurden die einstigen politischen Gegner und ihre Anhänger vom Präsidenten aus der Politik verdrängt. Zuerst führte Juschtschenko die massenhaften Entlassungen der Beamten und Gouverneure besonders in der Ost-Ukraine durch. Danach übernahm die Staatsanwaltschaft die strafrechtliche Verfolgung der Vertreter der Partei der Regionen und SDPU(o). Der Ex-Chef der Donezker Gebietsverwaltung, B. Kolesnikow (Partei der Regionen), und ehemalige Gouverneur der Transkarpaten-Region, I. Rizak (SDPU(o)), wurden der Korruption beschuldigt und verbrachten sechs Monate in der Untersuchungshaft.¹⁶ Beide galten als schärfste Geschäftskonkurrenten von Juschtschenkos Vertrauten P. Poroschenko und V. Baloga.

Die Reprivatisierungskampagne

Einer der ersten Schritte Juschtschenkos im Amt des Präsidenten, der das Merkmal „personal Rule“ und besonders dessen negative Folgen für die Wirtschaft illustriert, ist die Organisation und Durchführung der Reprivatisierungskampagne. Während seiner Wahlkampfzeit gab Juschtschenko das Versprechen, den von Präsident Kutschma unter seinem tatsächlichen Preis privatisierten Konzern Krivorogstal wieder in staatlichen Besitz zu bringen und anschließend erneut zu privatisieren. Dessen ungeachtet beteuerte Juschtschenko in einem Interview mit den Korrespondenten von „New York Times“, „Time Magazine“ und „Spiegel“:

Die Achtung vor dem Gesetz muss der Maßstab für alle Handlungen sein, auch gegenüber denen des bisherigen Präsidenten, seiner Gattin oder seines Schwiegersohns. Zugleich will ich nicht in die ukrainische Geschichte der neunziger Jahre zurückkehren, in die Zeit der Privatisierungen: 98 Prozent der ukrainischen Unternehmer handeln im Rahmen jener Gesetze, die wir uns in den vergangenen 14 Jahren gegeben haben.¹⁷

Doch bereits einen Monat nach der Inauguration versicherte Juschtschenko in einer Presskonferenz, dass in der nächsten Zeit die Liste der Unternehmen, die einer Reprivatisierung unterzogen werden, fertig sein wird. Dabei bemerkte er, dass es ungefähr 30 sein werden.¹⁸ Gleichzeitig sprach die Premierministerin Timoschenko von 3000 Unternehmen. Anders Aslund bezeichnete die ganze Reprivatisierungskampagne grundsätzlich als einen Verrat an der Orangenen Revolution.¹⁹ Der katastrophale Rückgang der Konjunktur sei, nach Aslund, in erster Linie die Folge der unklaren Reprivatisierungspläne.²⁰ Trotz der breiten Kritik gingen die Spekulationen über das Ausmaß der Reprivatisierung immer weiter. Am 15. Juni 2005 erklärte Juschtschenkos ers-

¹⁴ Siehe „Who are Ju-2“, in: Segodnja, 05.02.2005

¹⁵ Vgl. Sobytiya nedeli 21–27 fevralya 2005 goda, in: <<http://www.igls.com.ua/monitoring/488/>> 2005.03.04.

¹⁶ Vgl. Ivan Rizak snova zaderzhan, in: <<http://www.kommersant.ua/doc.html?path=\komua\2005\041\10112441.htm>> 2005.09.29.

¹⁷ Revolution in Orange, in: Spiegel, 29.11.04, Nr.49.

¹⁸ Vgl. Prezident otdal vse lyudyam, in: <<http://www.kommersant.ua/doc.html?DocID=608770&IssueId=29740>> 2006.04.28.

¹⁹ Vgl. Anders Aslund, Betraying a Revolution, in: <<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2005/05/17/AR2005051701326.html>> 2006.04.28.

²⁰ Vgl. ebd.

ter stellvertretender Premier Kinach, dass der Präsident an einer Liste arbeite, um die Zahl der geplanten Reprivatisierungen von ursprünglich 30 nun auf 20 zu reduzieren.²¹ Letztendlich bekam die Öffentlichkeit diese Liste jedoch nie zu sehen und durfte auch die Kriterien der Auswahl nicht erfahren. Am 13. September 2005 erklärte Juschtschenko nach der Unterzeichnung des Memorandums mit dem einstigen politischen Rivalen Janukowitsch die Reprivatisierungskampagne mit Ausnahme der Exempel-Reprivatisierung von „Krivorogstal“ für beendet.

Die Revolutionskinder verschlingen einander

Als Folge der von Juschtschenko konsequent betriebenen Patronagepolitik befanden sich auf dem politischen Olymp der Ukraine zwei konkurrierende klientelistische Gruppen, die an der Schaffung und Erweiterung von wirtschaftlicher Macht interessiert waren. Juschtschenko ließ sie bewusst, trotz ihrer unterschiedlichen, vor allem eigennützigen Ziele und daraus resultierendem Fehlen eines gemeinsamen politischen Programms, an die Macht kommen.²² Der neopatrimonialen Logik folgend kam es bereits nach neun Monaten zur Eskalation der Konflikte innerhalb des Orangen Lagers.²³

Am 3. September 2005 reichte Staatssekretär Sintschenko seinen Rücktritt ein. Zwei Tage später berichtete er in den Medien, dass die Korruption heute im Staatsapparat größer sei als zur Amtszeit des Präsidenten Kutschma.²⁴ Er beschuldigte Poroschenko und Tretjakow der Machtusurpation, die der von ihnen geplanten Eigentumsverteilung dienen solle. Noch schwerwiegenderen Vorwürfe kamen von der Seite des ebenfalls zurückgetretenen SBU-Chefs Turchinov. Er behauptete auf einer Pressekonferenz in Kiew, dass Juschtschenko an dem beginnenden Gaskonflikt mit Russland persönlich interessiert war, da dieser zusammen mit dem Chef der „Naftagas“, Ivtchenko, und Tretjakow eine transnationale Gaskorporation aufbauen wolle, die von der Preiserhöhung für die Ukraine nur profitieren konnte.²⁵

Die Vertrauten des Präsidenten gingen daraufhin in die Offensive. Justizminister Zwaritsch bestätigte in einer Presskonferenz, dass an der von der Premierministerin geforderten Reprivatisierung des Stahlwerks in Nikopol eine mit Timoschenko verbundene Businessgruppe „Privat“ interessiert war. Der Minister für Ausnahmesituationen, Zhwanija, beschuldigte Timoschenko der Instrumentalisierung des ukrainischen Volkes für die Erreichung der eigenen Ziele. Ivtchenko erklärte in einer Fernsehansprache, dass Timoschenko die Schulden ihres Konzerns „Vereinigte Ukrainische Energiesysteme“ mit den staatlichen Geldern begleichen wollte.²⁶

Die erhobenen Korruptionsvorwürfe klangen angesichts der bisherigen politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten aller Beteiligten überzeugend. Damit wurde offensichtlich, dass man in der Ukraine immer noch von der endemischen Korruption sprechen kann.

²¹ Vgl. Prezident otdal vse lyudyam, in: <<http://www.kommersant.ua/doc.html?DocID=608770&IssueId=29740>> 2006-04-28.

²² In seiner Presskonferenz am 29 April 2005 erzählte Juschtschenko über die Konflikte innerhalb seiner Mannschaft wegen dem Ausmaß der Reprivatisierung, in: <<http://ww8.president.gov.ua/news/data/print/147.html>> 2006.02.05.

²³ „(...) heftige Fraktionskämpfe auf den Hintergrundbühnen gehören zum Alltag der neopatrimonialen Regime und verursachen große Reibungsverluste“ Wimmer, a.a.O., S. 132.

²⁴ Sintschenko: uvolnenie Poroshenko osnovnoe trebovanie, in: <<http://www.korrespondent.net/main/129891>> 2005.10.02.

²⁵ Apelsinovyje vojny, in: <http://www.gazeta.ru/2005/09/15/oa_170889.shtml> 2005.10.17.

²⁶ My delili apelsin. Vojna mezhdru Juschtschenko i Timoschenko usilivayetsya, in: <<http://www.vremya.ru/2005/171/5/134565.html>> 2005.10.20.

Fazit und Ausblick

Die aus den Fallstudien gewonnenen Erkenntnisse bestätigten weitgehend die Annahme, dass die neopatrimonialen Herrschaftsstrukturen in der Ukraine weiterhin fortbestehen. Die Strukturmerkmale Wimmers – „personal Rule“, politischer Klientelismus und endemische Korruption ließen sich auch nach der Orangen Revolution nachweisen. Die Ergebnisse wiesen daraufhin, dass es infolge des Machtwechsels in der Ukraine im Dezember 2004 lediglich zum Austausch der politischen Akteure und nicht zu einem erhofften Regimewechsel kam. Trotz dieser pessimistischen Feststellung ist ein Regimewandel in der Ukraine immer noch möglich. Das neue parlamentarisch-präsidentiale Regierungssystem stellt in diesem Zusammenhang sicherlich eine positive Grundlage dar, die zur Schwächung der neopatrimonialen Handlungsmuster beitragen kann. Denn dem Präsidenten werden die Kompetenzen entzogen, welche die formale Basis für die Entstehung des Phänomens „personal Rule“ bilden.

Literaturverzeichnis

Anders Aslund, *Betraying a Revolution*, in:

<<http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2005/05/17/AR2005051701326.html>> 2006.04.28.

Apelsinovyje vojny, in: <http://www.gazeta.ru/2005/09/15/oa_170889.shtml> 2005.10.17.

Derlugjan, Georgij: *Vyhod iz revolutsii. Nevotchinaja model vlasti terpit krah na postsovetskom prostranstve*, in:

<<http://www.politjournal.ru/index?action=Articles&dirid=77&tek=3240&issue=97>> 2005.10.02.

Gazovaya princesa khochet revansha, in: <<http://www.oligarh.net/?/themeofday/5318/>> 2005.01.23.

Matsuzato, Kimitaka: *Occasional Papers on Regional/Subregional Politics in Post-Communist Countries*, Slavic Research Center Hokkaido University, Sapporo 2002, in:

<<http://srch.slav.hokudai.ac.jp/ukrregions>> 2005.04.07.

My delili apelsin. *Vojna mezhdru Juschtschenko i Timoschenko usilivayetsya*, in:

<<http://www.vremya.ru/2005/171/5/134565.html>> 2005.10.20.

Not a good way to start a democracy, in: *The Guardian*, 31.12.2004.

Novyj povorot v skandale vokrug Zvaritscha, in: <<http://www.korrespondent.net/main/120761>> 2005.10.14.

Prezident otdal vse lyudyam, in:

<<http://www.kommersant.ua/doc.html?DocID=608770&IssueId=29740>> 2006.04.28.

Revolution in Orange, in: *Spiegel*, 29.11.04, Nr.49.

Šabic, Claudia /Zimmer Kerstin: *Ukraine: the genesis of a Captured State*, in: Tatur, Melanie (Ed.): *The making of regions in post-socialist Europe – the impact of culture, economic structure and institutions. Case studies from Poland, Hungary, Romania and Ukraine*, Bd. 2. Wiesbaden 2004.

Sinchenko: *uvolnenie Poroshenko osnovnoe trebovanie*, in:

<<http://www.korrespondent.net/main/129891>> 2005.10.02.

Sobytyja nedeli 21–27 fevralya 2005 goda, in: <<http://www.igls.com.ua/monitoring/488/>> 2005.03.04.

Svistok “revoluzii”, in: <<http://www.oligarh.net/?/themeofday/5390/>> 2005.02.03.

Svita korolya, in: <www.podrobnosti.ua/analytics/2005/07/07/225274.html> 2005.08.07.

The millionaire revolutionary, in: The Guardian, 26.12.2004.

The price of People Power, in: The Guardian, 07.12.2004.

Wimmer, Hannes: Die Modernisierung politischer Systeme, Wien 2000.

“Who are Ju-2”, in: Segodnja, 05.02.2005

„Door Opener“ und „Watchdogs“. Die Rolle von NGOs als Träger von Transparenzdebatten in ressourcenbasierten Staaten der Kaspischen Region am Beispiel von Kasachstan.

Einleitende Gedanken

In diesem Beitrag soll die Rolle von nationalen NGOs im Kontext politischer Liberalisierungsbestrebungen untersucht werden. Inwieweit können sie als *Door Opener* für ein stärkeres politisches Bewusstsein der Bevölkerung und mehr Demokratie fungieren? Dabei wird der Fokus auf den in ressourcenstarken Ländern bedeutenden Bereich der Transparenzstrategien gelegt.

Liberalisierungsprozesse von *stark*-autoritären hin zu *schwach*-autoritären Regimen bilden einen gewichtigen Fokus der Transformations- und Demokratisierungsforschung. Einige Liberalisierungskonzepte prognostizieren internationalen Druck und wirtschaftliches Wachstum als potentielle Wandlungsfaktoren, andere sehen eine effektive Demokratisierung prinzipiell durch *people-to-people-Bewegungen*, hervorgegangen aus einer aktiven Zivilgesellschaft, gewährleistet.

Diese *bottom-up-Dynamik*, die eine zweite Liberalisierung manifestierter Machtstrukturen ermöglicht, ist bisher nur für Georgien, Ukraine und minder erfolgreich für Kirgisien konstatabar.¹ Anders sieht die Situation in den Ländern der Kaspischen Region, speziell Kasachstan, aus. Diese Staaten besitzen zum jetzigen Zeitpunkt keine stabile und demokratische Alternative zum *Status-quo-Regime*.² Zudem ist die Rolle von Parteien für das politische System und für den Aufbau einer Zivilgesellschaft noch geringer einzuschätzen, als dies ohnehin für die postkommunistischen Länder zu verzeichnen ist. Dieser Beitrag setzt daher einen neuen Transformationsfokus mit regionaler Spezifikation an. Die grundlegende These lautet: *NGOs sind im Bereich von internationalen Transparenzstrategien geeignete Akteure für eine problemorientierte Sensibilisierung der Bevölkerung und ein stärker demokratieorientiertes politisches Bewusstsein der nationalen Eliten – im Gegensatz zu personellen nationalen Elitenalternativen oder Parteien*. Dies soll am Beispiel Kasachstans operationalisiert werden.

Regime-immanente Liberalisierungshemmnisse

Vor dem Hintergrund der attraktiven Ressourceneinkünfte der Kaspischen Region erweisen sich Transparenzdebatten als essentiell für eine demokratisch ausgerichtete Regimeentwicklung. In dem Beziehungsgeflecht von Ressourcen, Renten und nationalen Regimeeliten spielen vor allem NGOs eine gewichtige Rolle. Sie dienen als Instrument für Liberalisierungsstrategien. Gerade für das autoritäre Regime Kasachstan ist dies besonders von Bedeutung, da ein Aufweichen der sich konsolidierenden Regimestrukturen vorerst nicht zu erwarten ist. Die folgenden Punkte sollen die systemimmanenten Liberalisierungshemmnisse benennen und den Aktionsrahmen von NGOs umreißen:

- Die hohen Ressourceneinkünfte (Renten) motivieren und legalisieren eine Politik, die dem Primat des Machterhalts folgt und u.a. geprägt ist durch repressive Tendenzen, „erkaufte“

¹ Die Probleme und möglichen Rückschritte, denen sich Georgien und Ukraine gegenwärtig gegenüber sehen, sollen in dieser Analyse nicht berücksichtigt werden.

² Klassifiziert wird Kasachstan als mid-range-authoritarianism (Schatz 2006), patronal presidentialism (Hale 2006), neopatrimonialer Präsidentialismus (Franke, Gawrich, Alakbarov 2006).

Zustimmung der Bevölkerung (z.B. subversive Sozialpolitik), Klientelismus sowie Korruption.

- Die Rekrutierung von Macht- und Wirtschaftseliten verläuft entlang von Gruppenstrukturen, die in ethnischen Kategorien, Familienkontexten oder in oligarchischen *business*-Netzwerken verlaufen.
- Die Zementierung der Machtelite erzeugt eine große Entscheidungsweite, die wiederum durch die geschickte Instrumentalisierung der Renten legitimiert wird.
- Die Autonomie und das fehlende Verantwortungsbewusstsein der Eliten gegenüber der Gesellschaft werden durch eine geringe Steuererhebungsnot begünstigt.
- Internationale Profitorientierung stabilisiert und akzeptiert den Staus Quo. (Vgl. Wahlen in Aserbaidschan und Kasachstan 2005)

Die ersten zwei Punkte verdeutlichen die Notwendigkeit für NGOs gerade im Bereich der untransparenten Allokationskanäle anzusetzen und somit die Bevölkerung für die undemokratischen Mechanismen zu sensibilisieren. Demgegenüber steht das fehlende Verständnis für Transparenz in der Politik (Punkt 3 und 4). Das Bewusstsein, sich für die eigene Politik und Staatsausgaben umfassend rechtfertigen zu müssen, ist ein langsamer Prozess, der vor allem von NGOs initiiert und gefördert wird. Nicht unwesentlich für die Stabilisierung autoritärer Systeme ist ein gewisses internationales ökonomisches Interesse am Erhalt des politischen Status quo (Punkt 5). Die günstigen Bedingungen für ausländische (private wie staatliche) Investitionen der ersten Jahre der Unabhängigkeit konsolidieren bis heute eine Art unsichtbaren *Friedensvertrag* zwischen Regime-Akteuren.³ Demgegenüber steht die These, dass Regime wie Kasachstan die westlichen Demokratiebestrebungen akzeptieren, um mit dem dadurch akquirierten westlichen Kapital arbeiten zu können (Schatz 2006). Dieses Dilemma kann von NGOs gerade im Bereich von Transparenzforderungen gemildert werden. Dafür ist eine klare Strategie, die die Grundprobleme von Korruption und mangelnder Transparenz als wesentliche Komponenten beinhaltet, notwendig (Mungiu-Pippidi 2006). Diesen mittelbaren Druck vollziehen vor allem so genannte *Transparency Movement Organisations* (TMOs), die durch einen Werte-, Ressourcen- und Struktur-*Input* eine Liberalisierung des politischen Regimes als *Output*-Leistung ermöglichen (Curbach 2003).⁴ Im Laufe der letzten Jahre und vermehrt im Zuge der internationalen Transparenzstrategie *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) haben sich in Kasachstan solche NGOs mit Transparenzfokus gegründet und versuchen vor allem durch Monitoring-Projekte sowie den Anstoß von Transparenzdebatten punktuell Einfluss zu nehmen.⁵

Um im Folgenden die Funktion von NGOs als *Door Opener* und Beobachter (*watchdogs*) von politischen Prozessen in Bezug auf Transparenz und Demokratisierungsbestrebungen besser begründen zu können, müssen zwei weitere Kontextbedingungen hervorgehoben werden. *Ers- tens*: Politische Parteien (regimetreu wie oppositionell) sind zu sehr in den Mechanismen der Machtrekrutierung und dem Machtkampf um den Zugang zu Renten verhaftet. Dies wird zum einen in der fehlenden programmatischen Ausrichtung deutlich, zum anderen im stark personalisierten Charakter. Die politischen Akteure agieren im Sinne eines egoistischen Rent-seeking, oft ohne parteipolitische oder normative Basis. Dadurch werden sie ihrer Vermittlungsfunktion zwischen Gesellschaft und Regierung gerade in Bezug auf die Ressourcenpolitik nicht gerecht und können somit kaum eine Form der Liberalisierung der Macht bewirken.

³ Beweisführend für diese These sind die fehlenden bzw. diplomatischen Kritiken nach den Wahlen 2005 in Kasachstan (und anderen GUS-Staaten) sowie die fehlende internationale Aufmerksamkeit bzgl. der politischen Morde, einschneidende Meinungs- und Pressfreiheit und fortschreitenden politisch-autoritären Tendenzen.

⁴ TMOs bilden einen thematisch klassifizierten Arbeitsbereich von NGOs und gliedern sich in internationale und nationale TMOs auf.

⁵ Beispielhaft hierfür: Public Association „Tax Standard Formation“ (gegründet 2003), die vor allem auf lokaler Ebene aktiv ist; nationale NGO „Echo“ (1998 gegründet und seit 2004 vereinigt in: International Association „Election & Democracy“), NGO-Koalition „Oil Revenues under Public Oversight“ (2004 im Zuge von EITI gegründet).

Zweitens und nicht minder wesentlich: Neben den oben angeführten Regime-immanenten Problemen ist für das dysfunktionale Verhalten der Parteien sowie die Konsolidierung des Regimes in Ansätzen auch die Bevölkerung verantwortlich. Diese ist gekennzeichnet durch ein relativ neutrales und unambitioniertes Verhalten gegenüber der Ressourcen- und Budgetpolitik. So gibt es vorerst keine Anzeichen dafür, die Demonstrationen oder ähnliches Aufbegehren gegen die aktuelle Politik oder für Nationalisierungsinitiativen der Ölindustrie aus der Bevölkerung heraus erwarten lassen (siehe die Ereignisse in Liberia/Bolivien 2006).⁶

NGOs als Door Opener

Neben der angerissenen Personalisierung und fehlenden programmatischen Unterfütterung des kasachischen Parteiensystems – charakteristisch in Transformationskontexten – lässt sich eine gewisse Funktionsschwäche auch für den Bereich der Interessenorganisationen konstatieren. Er erweist sich als entsprechend atomisiert und aufgrund schwacher institutioneller und finanzieller aber auch intellektueller Konsistenz nur in Ansätzen effizient. Nicht zuletzt weil Kasachstan über keine zivilgesellschaftliche Tradition verfügt. Trotzdem spielen NGOs im politischen System und in der Gesellschaft eine einflussreichere Rolle als Parteien. Dies zeigt sich vor allem in den für meinen Gegenstand relevanten Initiativen zur stärkeren Transparenz in der Ressourcenpolitik. Hier bemühen sich verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppierungen konstant um Dialog mit den staatlichen Strukturen.⁷ Sie erweisen sich als wichtige Initiatoren und Träger von Debatten und Dialogen mit staatlichen Akteuren für mehr finanzielle Transparenz. Beispielhaft sei hier noch einmal die internationale Transparenzinitiative EITI angeführt. Ziel hierbei ist es politische und wirtschaftliche Akteure zur mehr Transparenz zu bewegen und damit dem so genannten Ressourcenfluch, der sich in Armut, Korruption und autoritären Regimestrukturen manifestiert, entgegenzuwirken. Dafür wurde eine heterogene Gruppe aus Regierungs-, Wirtschafts- und NGO-Vertretern etabliert, die gemeinsam Strategien und Rahmenbedingungen zur Gewährleistung von mehr Transparenz im Bereich der Budgetpolitik und Verteilung von Öleinkünften erarbeitet und in einem Memorandum vorerst institutionalisiert. Ein wesentlicher Mitspieler in diesem Kontext ist die SOROS-Foundation. Sie fungiert als externer Geldgeber und internationaler Akteur, der beim Aufbau nationaler NGOs mitwirkt. Wesentlich ist hierbei das Programm zur Partizipation von NGOs bei der Budgetkontrolle in Kasachstan.⁸

In Bezug auf die Hauptthese muss jedoch relativiert werden, dass im Rahmen dieses Beitrages keine Idealisierung von NGOs und ihren Liberalisierungsbestrebungen in autoritären Regimen vollzogen werden soll. Wie das Beispiel der nationalen kasachischen NGOs beweist, haben sie nur punktuellen Zugang zu Dialogen mit der Regimeelite (meist im Rahmen von EITI-Geprächen). Auch wenn die NGO-Koalition im Rahmen der Umsetzung der EITI-Kriterien die Unterzeichnung des gemeinsamen Memorandums um mehrere Monate verzögern konnte – sie sah die zivilgesellschaftlichen Interessen nicht genügend integriert – kann man nicht von einer wirklichen Lobbyismuschance sprechen. Die kasachische Regimeelite legt die Spielregeln und Einflussmöglichkeiten fest. Jedoch ist gerade in diesem Prozess die Chance für NGOs und ihre Rolle als *door opener* und *watchdog* zusehen. Der kasachische Staat baut seinen Legitimitätsanspruch auf die Anerkennung von externen Akteuren (Regierungen, internationalen Organisationen etc.) im Gegensatz zur demokratischen Legitimation durch Wahlen. Dadurch muss er zu einem gewissen Grad die Anwesenheit von internationalen sowie nationalen NGOs und die

⁶ Empirische Untermauerung anhand von qualitativen Interviews in Kasachstan (Nov. 2005).

⁷ So beinhaltet das 'Revenue watch programm' der Soros-Foundation regelmäßige Runderische zwischen lokalen NGOs und Vertretern der Oblastverwaltung zur Transparenz lokaler Budgets. Vgl. Runderischprotokoll vom 23.11.05, Almaty/Kasachstan.

⁸ Vgl. Projekt 'Encouraging the Participation of NGO's in the Budget Process', Bestandteil des intern. Projekts zur Rentenkontrolle. http://www.kazakhstanrevenuewatch.org/?event_id=50. In diesem Kontext Vgl. auch Publikation der Soros-Foundation: *Bjuzdjetnyj Gid*. (2005).

Etablierung von Transparenzstrategien akzeptieren und mittragen. Aus dieser nicht intendierten (accidental) Funktion ergibt sich für nationale NGOs die strategische Möglichkeit, Transparenzbestrebungen nach dem Motto *the mask can become the face* (Nietzsche 1974) zu instrumentalisieren. Auch wenn zu Beginn festgestellt wurde, dass ein Wechsel durch Eliten nicht absehbar sei, so relativiert sich – der Argumentation des Beitrags folgend – diese Behauptung und eine zweite Liberalisierungsphase gemäß der Huntington'schen Konzeption von *transplantation* ist möglich.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass NGOs in Kasachstan ein funktionales Potential besitzen, bedeutende Träger von Transparenzdebatten und Liberalisierungsbestrebungen zu werden. Denn neben den aufgeführten internationalen Initiativen etablierten Nichtregierungsorganisationen auch nationale Programme zur Kontrolle der Budgetpolitik und zur Eindämmung des systemimmanenten Korruptionsdilemmas, die bis auf die lokale Ebene reichen.⁹ Demnach sind die kasachischen NGOs auf dem besten Weg ihrer Funktion als Korrektiv zu politischen und wirtschaftlichen Prozessen nachzukommen und Steuerungs- und Legitimationsdefizite des Regimes auszugleichen. Außerdem können sie als langfristige Option zu mehr Demokratisierung wahrgenommen werden.

Literatur:

Curbach, Janina: Global Governance und NGOs. Transnationale Zivilgesellschaft in internationalen Politiknetzwerken. Opladen 2003.

Hale, Henry E.: Democracy, Autocracy and Revolution in Post-soviet Eurasia. In: *World Politics*. 58 (October 2005). S. 133–165.

Mungiu-Pippidi, Alina: Corruption: Diagnosis and Treatment. In: *Journal of democracy*. Vol 17. No. 3. 7/2006. S. 86–99.

Schatz, Edward: Legitimacy Claims and Democracy Promotion. In: *International Political Science Review*. Vol. 27. No. 3/2006. S. 263–284.

Extractive Industries Transparency Initiative (EITI):
http://www.eitransparency.org/section/countries/_kazakhstan

Public Policy Research Centre (PPRC): www.pprc.kz

SOROS-Foundation: www.soros.kz

Kazakhstan Revenue Watch-Program: www.kazakhstanrevenuewatch.org

NGO Coalition Oil Revenue – Under Public Oversight: <http://www.publicoversight.kz>

Transparency Kazakhstan: www.transparencykazakhstan.org

International Association “Election & Democracy”: www.electdem.org

Public Association “Tax Standards Formation”: www.taxpayers-kz.freenet.kz.

NGO “ECHO”: www.echo.kz

⁹ Von Seiten des Public Policy Research Centers existieren mehrere Projekte zur Überwachung der öffentlichen Ausgaben; weitere Informationen: www.pprc.kz, www.soros.kz, www.kazakhstanrevenuewatch.org.

Zivilgesellschaft im Krieg. Die Entwicklung der Arbeitsbedingungen russländischer NGOs im Bereich Tschetschenien zwischen 1994 und 2006

In folgendem Beitrag, der auf den Erkenntnissen eines einmonatigen Forschungsaufenthaltes in der Russländischen Föderation im Juli und August 2006 aufbaut¹, soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit sich die Arbeitsbedingungen russländischer NGOs im Bereich Tschetschenien zwischen 1994 (dem Beginn des ersten Tschetschenienkrieges) und den aktuellen Entwicklungen bis inklusive 2006 verändert haben. Durch die Analyse der Arbeitsbedingungen von NGOs als einem bedeutenden Teil der russischen Zivilgesellschaft sollen Rückschlüsse auf die allgemeine Demokratieentwicklung in der Russländischen Föderation gewonnen werden.

Während des ersten Tschetschenienkrieges von 1994 bis 1996 war neben der unzensurierten Berichterstattung über den Krieg in den Medien auch die Arbeit russländischer und internationaler NGOs (damals arbeiteten die meisten NGOs im Bereich der humanitären Hilfe) mehr oder weniger problemfrei möglich. Seit Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges im Herbst 1999 hingegen wurde nicht nur die unabhängige Berichterstattung durch restriktive Zugangsbeschränkungen für (in- und ausländische) Journalisten äußerst erschwert, auch die Arbeitsbedingungen russländischer NGOs haben sich zunehmend verschlechtert.

Von den geschätzten 300 000 bis 500 000 NGOs in Russland haben vor allem diejenigen Organisationen mit Repressionen zu rechnen, die sich mit Tabuthemen wie dem Tschetschenienkrieg beschäftigen, der seit dem 11. September 2001 unter dem Vorwand des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus geführt wird. Vor allem NGOs, die sich mit den Menschenrechtsverletzungen beschäftigen, die im Rahmen des Tschetschenienkrieges verübt werden (Folter, Exekutionen, Entführungen etc.), kritisieren Präsident Putin und seine Umgebung scharf. Im Gegenzug werden Vertreter solcher NGOs oft als Verräter dargestellt, die mit Terroristen kooperieren, es kommt zu Verleumdungskampagnen in den Medien, tätlichen Angriffen bis hin zur Ermordung von Menschenrechtsaktivisten.²

Nachdem im Januar 2006 zu prominenter Sendezeit im russischen Staatsfernsehen in einer Dokumentation die Behauptung aufgestellt wurde, der britische Geheimdienst fördere russländische NGOs, war der Spionagefall mit dem präparierten Stein Hauptthema der Berichterstattung russländischer Medien.³ Obwohl die in der Sendung aufgestellten Behauptungen sowohl von britischer Seite – die sehr wohl zugab, auf offiziellem Wege die Entwicklung der Zivilgesell-

¹ Im Rahmen des Forschungsaufenthaltes wurden Interviews mit Vertretern folgender Organisationen durchgeführt: Memorial, Moscow Helsinki Group, Demos Center, Amnesty International Russia, Committee Against Torture, Center for the Development of Democracy and Human Rights, Mother's Right, Human Rights Watch, Union of Committees of Soldiers' Mothers, Carnegie Endowment Russia, Civic Help, Russian-Chechen Friendship Society, For Human Rights, Russian Justice Initiative, Public Verdict, Ärzte ohne Grenzen, Russian Red Cross, Center for International Protection, Center for Journalism in Extreme Situations, des weiteren mit den Leitern der Heinrich-Böll und Friedrich-Naumann Stiftung, sowie mit der Journalistin und Tschetschenien-Expertin Anna Politkovskaja von der Novaja Gazeta.

² Vgl. den Human Rights First Bericht vom Februar 2006 über die Russisch-Tschetschenische Freundschaftsgesellschaft, abzurufen unter <http://www.humanrightsfirst.info/pdf/06208-hrd-rcfs-white-paper.pdf>, sowie den Bericht der Internationalen Helsinki Föderation vom September 2004 mit dem Titel „The Silencing of Human Rights Defenders in Chechnya and Ingushetia, abzurufen unter http://www.ihf-hr.org/documents/doc_summary.php?sec_id=3&d_id=3965

³ Die Behauptungen wurden am 22. Januar 2006 im Rahmen der Sendung ‚Special'nyj korrespondent‘, die vom Journalisten Arkadij Mamontov geleitet wird, im Kanal ‚RTR Rossija‘ erhoben.

schaft in der Russländischen Föderation zu fördern – wie auch von den angesprochenen NGOs⁴ dementiert wurde, blieb der Vorwurf im Raum stehen. Auch der russische Präsident Putin sprach ein paar Tage später in diesem Zusammenhang von russländischen NGOs als Marionetten in den Händen ausländischer Geldgeber.⁵

Neben derartigen gezielten Attacken in den Medien gegen bestimmte unbequeme NGOs mit dem Ziel der Diffamierung der Organisationen wird auch auf anderem Wege versucht, die Arbeit kritischer Organisationen zu unterminieren, etwa durch die Schaffung so genannter GONGOs (government organized NGOs), die in Konkurrenz (um Einfluss, Fördergelder etc.) zu den schon etablierten NGOs treten, oder durch neue, restriktive Gesetze, die dazu geeignet sind, kritische Organisationen zum Schweigen zu bringen.⁶

Staatlich geschaffene zivilgesellschaftliche Strukturen wie die Putin-treue Jugendbewegung ‚Naši‘ (die Unsrigen) oder ‚Molodaja Gvardija‘ (Junge Garde) sind in letzter Zeit vor allem durch Proteste gegen die Durchführung von ‚Drugaja Rossija‘, einer Oppositionsveranstaltung vor dem G8-Gipfel in St. Petersburg, in die Schlagzeilen geraten, sowie durch den Besuch von Ramzan Kadyrov, dem Moskau-treuen tschetschenischen Premierminister (dessen Leibgarde – den ‚kadyrovcy‘ – immer wieder Menschenrechts-verletzungen vorgeworfen werden) bei einem Jugendlager von ‚Naši‘.

Besondere Aktualität gewinnt das Thema aber vor allem auch durch die Schaffung neuer (staatlicher) Strukturen, die einen direkten Einfluss auf die Zivilgesellschaft haben (sollen), wie etwa die 2005 ins Leben gerufene Gesellschaftskammer, die sich offiziell für eine Entwicklung der Zivilgesellschaft in Russland einsetzen soll, von der aber aufgrund der Zusammensetzung keinerlei Kritik an der Politik des Kremls zu erwarten ist.⁷

Große Bedeutung kommt des weiteren dem neuen NGO Gesetz⁸ zu, das Ende Dezember 2005 von der Staatsduma mit 357 zu 20 Stimmen im dritten Anlauf (nach Druck von Europarat und EU in etwas abgeschwächter Form) abgesegnet wurde, und von Präsident Putin am 10. Januar 2006 unterzeichnet wurde. Es ist zu befürchten, dass das Gesetz, das am 18. April 2006 in Kraft getreten ist, die Arbeit von NGOs in Tabubereichen wie dem Tschetschenienkrieg, der Putin seit Amtsantritt begleitet, erheblich erschweren wird.⁹

Das neue Gesetz wird von Vertretern russländischer wie auch ausländischer NGOs als Angriff auf die Zivilgesellschaft und, nach den Dumawahlen im Dezember 2003, bei denen die kremlnahe Partei ‚Einiges Russland‘ einen Erdrutschsieg davontragen konnte und die liberalen Par-

⁴ Unter den genannten NGOs waren u.a. die Moskauer Helsinki Gruppe, das Komitee gegen Folter, sowie das Center for the Development of Democracy and Human Rights.

⁵ Auf einer Pressekonferenz am 31. Januar, vgl. <http://www.kremlin.ru/text/appears/2006/01/100848.shtml>

⁶ Neben den schon erwähnten Schwierigkeiten der Russisch-Tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft kam es im letzten Jahr zu monatelangen Überprüfungen beim Menschenrechtszentrum Memorial, und Mitte Juli 2006 zu einer massiven Steuernachforderung von 4,5 Mill. Rubel gegenüber dem Center for International Protection, das Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringt, und deren Gründungsmitglied Karinna Moskalenko auch eine Anwältin Michail Chodorkovskijs ist.

⁷ Ein Drittel der Mitglieder der Gesellschaftskammer wird von Putin nominiert, ein weiteres Drittel von den von Putin nominierten, und das letzte Drittel wird von den beiden ersten Dritteln nominiert.

⁸ Das Gesetz ‚O vnesenii izmenenij v nekotorye zakonodatel'nye akty Rossijskoj Federacii‘ ist abzurufen unter <http://www.rg.ru/2006/01/17/nko-poryadok-dok.html>

⁹ Das neue Gesetz erweitert die Befugnisse der Behörden, die Arbeit der NGOs stärker zu kontrollieren. Durch das Gesetz werden alle NGOs gezwungen, sich bei einer neu geschaffenen Behörde (RosRegistracija) zu registrieren. Da bei der Registrierung auch Angaben über die Finanzierung gemacht werden müssen, geraten vor allem NGOs, die auf ausländische Förderungen angewiesen sind (d.h. alle Menschenrechts-NGOs), ins Visier der Behörden. Des weiteren wird zwischen NGOs unterschieden, die durch die staatliche Mithilfe entstanden sind, und NGOs, die durch private Initiative entstanden sind. Vor allem letztere laufen Gefahr, dass ihnen die Registrierung verweigert wird.

teien ‚Jabloko‘ und ‚SPS‘ an der 5%-Hürde scheiterten (die 2005 auf 7% angehoben wurde), der Verhaftung von Michail Chodorkovskij, der offen die Politik Putins kritisierte und durch seine Stiftung ‚Offenes Russland‘ für die Entwicklung der Zivilgesellschaft eintrat, sowie der Gleichschaltung der Medien in den letzten Jahren als weiterer Rückschritt in der demokratischen Entwicklung Russlands gewertet.

Mit der Gleichschaltung der Medien haben die NGOs eine wichtige Möglichkeit verloren, sich Gehör zu verschaffen. Von den unzähligen russländischen Print- und elektronischen Medien berichten heute vor allem die *Novaja Gazeta*, *Kommersant* sowie *Echo Moskvj* über die Lage im Nordkaukasus bzw. über die Lage russländischer NGOs. Des weiteren ging den NGOs dadurch, dass die liberalen Parteien, die oftmals eine kremlikritische Position vertreten hatten, nicht mehr in der Staatsduma vertreten sind, die Unterstützung in der Duma verloren. Und durch das Sperren der Konten von Chodorkovskijs Stiftung ‚Offenes Russland‘ im März 2006 sind russländische NGOs um so mehr auf jene externe Finanzierung angewiesen, die Putin selbst kritisiert hat.

Von offizieller Seite wird darauf hingewiesen, dass in anderen Ländern vergleichbare Gesetze existieren¹⁰. Hierbei darf aber nicht übersehen werden, dass etwa das Fehlen eines unabhängigen Gerichtssystems in der Russländischen Föderation zu Problemen bei der Arbeit der NGOs führen kann, die in den angesprochenen Ländern nicht existieren. Erst im Februar 2006 wurde Stanislav Dmitrievskij, Vorsitzender der russisch-tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft, wegen der Veröffentlichung zweier Artikel, die zu Frieden in Tschetschenien aufriefen, zu 2 Jahren (bedingter) Haft verurteilt. Verurteilt wurde er dabei nach Artikel 282 eines Gesetzes, das sich eigentlich gegen die zunehmende rassistische Gewalt in der Russländischen Föderation wendet. Das Verfahren gegen Dmitrievskij war offensichtlich politisch motiviert.

Des weiteren darf nicht vergessen werden, dass die Russländische Föderation nicht nur durch die Verfassung von 1993, sondern auch aufgrund ihrer Mitgliedschaft in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der OSZE, oder des Europarates an Bestimmungen gebunden ist, die den Umgang mit Meinungs- und Versammlungsfreiheit genau regeln. Russland hat am 1. Januar 2006 für ein Jahr die G8 Präsidentschaft übernommen, seit 14. Mai hat die Russländische Föderation auch den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates inne. Und bei der UN-Vollversammlung am 9. Mai 2006 wurde die Russländische Föderation als eines von 47 Mitgliedern des neuen UN-Menschenrechtsrates gewählt (für 3 Jahre). Bisher fehlt es jedoch an internationalem Druck, der Putin zu einem Umdenken in Sachen NGOs und Tschetschenien bringen könnte.

Gerade im Druck vom Westen sehen aber durchwegs alle befragten NGO Vertreter eine der wenigen Möglichkeiten einer Einwirkung auf die Lage Kreml-kritischer NGOs. Nachdem das OSZE Mandat für Tschetschenien von Russland Ende 2002 nicht verlängert wurde, liegt die Hoffnung der NGOs, die sich mit Tschetschenien befassen, vor allem auf dem Europarat, der nicht nur das NGO-Gesetz begutachtet, sondern auch mehrere Resolutionen zum Thema Tschetschenien verabschiedet hat und im Jahr 2000 das Stimmrecht Russlands im Europarat im Zusammenhang mit der fast völligen Zerstörung Groznys in den Monaten davor aussetzte.¹¹ Einig sind sich jedoch die NGO-Vertreter auch in der Einschätzung, dass, solange sich der Ölpreis auf Rekordniveau befindet, Putin eine kritische westliche Öffentlichkeit, die auf Gas- und Erdöllexporte aus Russland angewiesen ist, nicht zu fürchten braucht.

¹⁰ Das russische Außenministerium etwa hat auf seiner Homepage (www.mid.ru) eine Tabelle veröffentlicht, in der NGO Gesetze in verschiedenen Ländern verglichen werden, darunter Frankreich, Israel, Polen, und die USA. Eine (kritische) Bewertung dieser Tabelle kann unter Homepage des ‚International Center for Not-for-Profit Law‘ heruntergeladen werden (www.icnl.org).

¹¹ Russland erhielt das Stimmrecht im Januar 2001 wieder zurück. Der Empfehlung des Europarates, eine Klage gegen Russland wegen Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einzubringen, ist bis heute kein Europaratsmitgliedstaat nachgekommen.

Neben dem Druck von internationaler Seite gibt es in Russland zwei Einrichtungen/Organe, die sich einerseits für eine Verbesserung der Lage von NGOs, andererseits für die Menschenrechtssituation in Tschetschenien einsetzen müssten. Es handelt sich dabei um den in der russischen Verfassung vorgesehenen Posten des ‚bevollmächtigten Menschenrechtsbeauftragten der Russländischen Föderation‘, sowie um den ‚Rat für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte unter dem Präsidenten der Russländischen Föderation‘.¹²

Den Posten des Menschenrechtsbevollmächtigten hat momentan der ehemalige Jabloko-Abgeordnete Vladimir Lukin inne, den Vorsitz des Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte Ella Pamfilova. Die zum Thema befragten NGO-Vertreter gaben an, dass mit Pamfilova eine Zusammenarbeit in manchen Punkten möglich sei, und sie hin und wieder Anliegen der NGOs an Putin herantragen würde, Lukin hingegen für die Menschenrechtssituation in Tschetschenien absolut kein Interesse zeigen würde. Dies führt dazu, dass die Ergebnisse der Arbeit von manchen NGOs (Stichwort Monitoring), sollten sie an die zuständigen staatlichen Stellen gelangen, dort nicht weiter beachtet werden.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass trotz wiederholter öffentlicher Aussagen von Präsident Putin wie zuletzt am 10. Mai 2006 während der jährlichen Rede zur Lage der Nation¹³ oder bei seiner Rede während der ‚Graždanskaja Vosmjorka‘ (Civil G8) am 4. Juli in St. Petersburg¹⁴, bei der er wieder einmal die Wichtigkeit von Demokratie und der Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Russländischen Föderation betont hat, die Aussagen der befragten NGO-Vertreter ein ganz anderes Bild liefern, demzufolge es immer wieder zu Behinderungen der Arbeitsbedingungen von NGOs kommt, die sich mit dem Krieg in Tschetschenien oder Menschenrechten befassen.

Während in der Russländischen Föderation einerseits im Vergleich zu den letzten Jahren die Zahl zivilgesellschaftlicher Akteure (vor allem der NGOs) stark zugenommen hat, kommt es andererseits seit dem Amtsantritt von Präsident Putin im Jahr 2000 zu einer zunehmenden Kontrolle und Einschränkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. Besonders im Vergleich der Arbeitsbedingungen zwischen erstem und zweitem Tschetschenienkrieg wird deutlich, dass der staatliche Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure, die sich mit Tabuthemen wie dem Krieg in Tschetschenien beschäftigen, stark zugenommen hat.

Ziel dieses Druckes ist es, politisch unbequeme NGOs in ihrer Arbeit zu behindern bzw. diese Organisationen gänzlich aus dem Weg zu räumen. Die Schaffung einer ‚kontrollierten Zivilgesellschaft‘ (analog zur so genannten ‚upravljaemaja demokratija‘ könnte man vom Ziel einer ‚upravljaemoe graždanskoe obščestvo‘ sprechen), unkritischer und kremltreuer Organisationen ‚von oben‘, ist oberstes Ziel Putins vor den Dumawahlen im nächsten und den Präsidentschaftswahlen im übernächsten Jahr.

Literatur

Abakumov, Sergej (2005): Graždanskoje Obščestvo v Rossii (ot drevnej Rusi do našich dnej), Moskau.

Abakumov, Sergej (2005): Ot Graždanskogo Foruma do sozdanija Obščestvennoj Palaty RF (2001–2005 gg.), Moskau.

¹² Mehr Informationen zum ‚Upolnomočennyj po pravam čeloveka v RF‘ finden sich im Internet unter <http://ombudsman.gov.ru/>, sowie zum ‚Sovet pri presidente RF po sodejstviju razvitiju institutov graždanskogo obščestva i pravam čeloveka‘ unter <http://www.sovetpamfilova.ru/>

¹³ Die Rede kann unter http://president.kremlin.ru/appears/2006/05/10/1357_type63372type82634_105546.shtml abgerufen werden.

¹⁴ Die Rede kann abgerufen werden unter: http://www.kremlin.ru/appears/2006/07/04/1831_type63376type63381_108218.shtml

- Abakumov, Sergej (2005): *Graždanskoje občestvo i vlast'*. Protivniki ili partnery?, Moskau.
- Bister, Anita (2000): *Die Menschenrechtsbewegung in Russland und ihr Traum von der 'zivilen Gesellschaft'*, Dipl.Arbeit, Wien.
- Evans, Alfred / Henry, Laura (2006): *Russian Civil Society. A Critical Assessment*, New York.
- Fish, M. Steven (1995): *Democracy from Scratch. Opposition and Regime in the New Russian Revolution*, Princeton.
- Hassel, Florian (Hrsg.) (2003): *Der Krieg im Schatten. Russland und Tschetschenien*, Frankfurt.
- Henderson, Sarah (2003): *Building Democracy in Contemporary Russia*, Ithaca.
- Howard, Marc (2003): *The Weakness of Civil Society in Post-Communist Europe*, Cambridge.
- Krech, Hans (1997): *Der russische Krieg in Tschetschenien (1994–1996)*. Ein Handbuch, Berlin.
- Krech, Hans (2002): *Der zweite Tschetschenienkrieg (1999–2002)*. Ein Handbuch, Berlin.
- Linz, Juan / Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore.
- Mangott, Gerhard (Hrsg.) (2002): *Zur Demokratisierung Russlands*. Band 1: *Russland als defekte Demokratie*. Band 2: *Leadership, Parteien, Regionen und Zivilgesellschaft*, Baden-Baden.
- McFaul, Michael / Petrov, Nikolai (2004): *Between Dictatorship and Democracy. Russian Post-Communist Political Reform*, Washington.
- Politkovskaja, Anna (2003): *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*. Köln.
- Ruffin, M. Holt (Hrsg.) (1999): *The Post-Soviet Handbook. A Guide to Grassroots Organizations and Internet Resources*, Seattle.
- Shevtsova, Lilia (2005): *Putin's Russia*, Washington.
- Trenin, Dmitri / Malashenko, Aleksei (2004): *Russia's Restless Frontier. The Chechnya Factor in Post-Soviet Russia*, Washington.
- Tschetschenien-Komitee (2004): *Tschetschenien. Die Hintergründe des blutigen Konflikts*, München.
- Weigle, Marcia (2000): *Russia's Liberal Project. State-Society Relations in the Transition from Communism*, University Park.
- Weiler, Jonathan (2004): *Human Rights in Russia. A Darker Side of Reform*, Boulder.

Internetquellen

- Benardo, Leonard / Neier, Aryeh (2006): *Russia. The Persecution of Civil Society*, in: *The New York Review of Books*, Vol. 53, Nr. 7 www.nybooks.com/articles/18937, 6.5.2006
- Lipman, Maria (2005): *„How Russia Is Not Ukraine: The Closing of Russian Civil Society“* <http://www.carnegieendowment.org/files/PO8lipmanfinal.pdf>, 6.5.2006

„Managing Civil Society. Are NGOs Next?“ Human Rights Watch Briefing Paper November 22, 2005. hrw.org/backgrounders/eca/russia1105, 5.12.2005

„Russian Democracy and Civil Society. Back to the Future“ www.carnegieendowment.org/files/helcommtestimony.pdf, 6.5.2006

„Russia’s Human Rights Defenders in Danger. The Example of the Russian-Chechen Friendship Society“ A Human Rights First White Paper, February 8, 2006 www.humanrightsfirst.info/pdf/06208-hrd-rcfs-white-paper.pdf, 1.3.2006

„The New Dissidents. Human Rights Defenders and Counterterrorism in Russia“ www.humanrightsfirst.org/defenders/pdf/new-dis-russia-021605.pdf, 5.5.2005

Fidesz als rechtspopulistische Partei zwischen Regierung und Opposition

Rechtspopulistischer Parteitypus nach westeuropäischem Muster in Ungarn?

Der traditionsreiche¹ Populismus in Ostmitteleuropa und speziell in Ungarn stützt sich in seinem heutigen Erscheinungsbild auf drei Faktoren: die agrarischen Wurzeln, die Prägekraft des Sozialismus sowie die aktuellen Probleme des Systemwechsels und des Transformationsprozesses. Im Gegensatz zu Westeuropa speisen sich populistische Parteien im ehemaligen Sowjetblock aus einem ganz anderen Hintergrund. Im Westen waren in der Nachkriegszeit die Industrialisierung und Individualisierung und die damit verbundenen raschen Wertewandel der Gesellschaften im Mittelpunkt, zugleich mussten sich die kommunistischen Staaten nach der Machtübernahme der Sowjets mit der Planwirtschaft, der Kollektivierung der Landwirtschaft und einer „Scheindemokratie“ auseinandersetzen.² Im Gegensatz zum Westen wandelte sich in Ungarn der Kleinadel nicht in eine Unternehmer-, sondern in eine antiwestliche, antidemokratische Schicht. Die Agrarpopulisten, bestehend aus politisch entrechteten Bauern, waren in erster Linie von „populistischen“ Schriftstellern vertreten. Ihnen gegenüber standen die urbanen, sich nach Westen orientierenden Mitglieder der bürgerlich-radikalen Intelligenz, die sich jedoch politisch als schwach erwiesen. Die zwei Grundrichtungen mündeten in einen Kulturkampf zwischen „Agrarpopulisten“ und „Urbanisten“, der nach der Transformation wieder zum Vorschein kam. Die beiden Lager wurden auf der einen Seite von dem „urbanen“ Bund der Freien Demokraten (SZDSZ), auf der anderen vom „populistischen“ Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) vertreten.³ Aufgrund der oben aufgeführten Unterschiede bezüglich der Entstehungshintergründe populistischer Parteien in West- und Osteuropa könnte sich ein Vergleich als problematisch und vielleicht auch sinnlos erweisen.⁴

Problemstellung

Nur wenige Autoren haben sich daher bemüht, bei ihren Untersuchungen über populistische Parteien die einstigen sowjetischen Satellitenstaaten Ostmitteleuropas einzubeziehen.⁵ Wie die Medienberichterstattung über den letzten Wahlkampf gezeigt hat, spielt Ungarn im Unterschied etwa zu Polen oder Tschechien in der öffentlichen Wahrnehmung der westeuropäischen Staaten kaum einmal eine Rolle. Dieser Umstand erstaunt angesichts der Geschichte des Landes, der

¹ Bäuerliche Bewegungen, nationalistisch und volkstümlich ausgerichtet, entstanden in Osteuropa und auf dem Balkan in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Sie waren keine dogmatischen Antimodernisten, sondern traten für eine Mobilisierungsstrategie ein, die „von unten“, von Bauern und einheimischen Kleinunternehmern (nicht Industriearbeitern) ausgehen sollte. Dazu gehörten beispielsweise die polnische Bauernpartei, verschiedene Agrar- und Bauernparteien in der Tschechoslowakei, die ungarischen Kleinlandwirte und der rumänische Poporanismus.

² Vgl. Bachmann, Klaus: Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 216.

³ Vgl. Bayer, József: Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in ungarischer Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Wien 2005, S. 174.

⁴ Vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus. 2. Auflage, Opladen 2004, S. 14.

⁵ Vgl. Decker (Fn. 4). Selbst wenn Ostmitteleuropa einbezogen wird, bleibt Ungarn unberücksichtigt. Ein wichtiger Sammelband für die Populismusforschung beispielsweise behandelt lediglich Polen in einem Beitrag (Vgl. Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003).

geographischen Nähe sowie des EU-Beitritts. Für den Parteien- und Populismusforscher würde sich ein Blick auf die Parteienlandschaft Ungarns als höchst ergiebig erweisen. Mit der 1993 gegründeten, ursprünglich linksliberalen Fidesz-Partei gibt es eine Kraft, die mit ihrer schillernden Führungsfigur Viktor Orbán und ihrer buntscheckigen Programmatik ein höchst interessantes Untersuchungsfeld darstellt – noch dazu, da sie zwischen Opposition und Regierungsverantwortung hin und her wechselt und die Kleinparteien aufzog. Die Kernfrage des Beitrags lautet: Ist Fidesz eine rechtspopulistische Partei, die von ihrer Struktur und ihren Inhalten den westeuropäischen Parteien ähnelt? Zunächst gilt es, auf die Politische Kultur des Landes einzugehen.

Hintergrund des Populismus: Politische Kultur in Ungarn

Die politische Kultur des Landes ist durch die Prägekraft des Sozialismus gekennzeichnet. Viele haben Hoffnungen in die Transformation gesetzt, die jedoch von Anfang an mit Konflikten verbunden war. Die Veränderungen in der Wirtschaft (Übergang von Plan- zur Marktwirtschaft) transportierten sich in die Gesellschaftsstruktur. Die Umstellungen erschütterten die existentielle Sicherheit breiter Bevölkerungsschichten.⁶ Viele der im Agrarsektor Tätigen verloren von einem Tag auf den anderen ihre Arbeitsplätze und somit auch ihren gesellschaftlichen Status. Am meisten betroffen von dem Transformationsprozess waren die Roma, die einzige ethnische Minderheit in Ungarn. Die Welle der Deagrarisierung, Deindustrialisierung und Tertiarisierung brachte das Auflösen der meisten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit sich. Roma, die im Sozialismus auch ohne qualifizierten Schulabschluss in das Arbeitsnetz integriert waren, blieben plötzlich ohne Beschäftigung. Heute bilden die Roma die größte Minderheit Ungarns mit einer Bevölkerungszahl von schätzungsweise 700.000. Die Arbeitslosenquote dieser Bevölkerungsschicht liegt, abhängig von der regionalen Konzentrierung, zwischen 50 und 90 Prozent, in einzelnen ausschließlich von Roma bewohnten Dörfern im Grenzgebiet Ungarn-Slowakei sogar bei 100 Prozent.⁷ Die Ursachen dafür liegen einerseits in ihrer niedrigen Schulbildung, andererseits in der Tatsache, dass sich die Exklusion, also die soziale, kulturelle, ökonomische sowie politische Ausgrenzung durch die Geschichte der Roma wie ein roter Faden zieht.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der politischen Kultur Ungarns liegt in den regionalen Disparitäten des Landes, deren Ursache in dem bereits erwähnten Kulturkampf zwischen Agrarpopulisten und Urbanisten zu suchen ist. Durch die Veränderungen der Transformation kam es zum erhöhten Stadt – Land-Gegensatz. Die Regionen, die hauptsächlich für die Landwirtschaft und den Bergbau ausgerichtet waren, konnten an den raschen Modernisierungswellen keinen Anschluss finden. Ab Mitte der 90er Jahre verschärfte sich besonders die Situation, als viele Auslandsinvestoren aus der Europäischen Union Ungarn, aber insbesondere die Hauptstadt Budapest, als attraktiven Ort für eine Unternehmensgründung ansahen. Die Agrarregionen, bedingt durch die geographisch ungünstige Lage zum Westen sowie die schlecht ausgebauten Verkehrsnetze, gingen fast leer aus.

Die Enttäuschungen, gepaart mit der hohen Erwartungshaltung der Bevölkerung gegenüber dem Transformationsprozess und der Europäischen Union, schlagen sich in der politischen Kultur, also in der subjektiven Einschätzung der Bürger gegenüber der Regierung, ihrer Mitglieder und den demokratischen Grundwerten nieder.

⁶ Vgl. Bayer, József: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2), 2002, S. 265–280.

⁷ Vgl. Farkas, Flórián: Óriási mértékben emelkedhet az analfabétizmus, <http://www.romnet.hu/hirek/hir0608121>. (abgerufen am 30.08.2006), Budapest, 12.08.2006.

Fidesz als populistische Partei

In diesem Abschnitt gilt es anhand einiger Kriterien für populistische Parteien zu prüfen, ob Fidesz als eine populistische Partei bezeichnet werden kann, und wenn ja, was die Gründe für ihren Erfolg sowohl als Regierungspartei (Bildung der Regierung 1998–2002) als auch Oppositionspartei (wieder seit 2002) sind. Populistische Parteien charakterisieren die zentrale Rolle einer charismatischen Führungspersonlichkeit sowie der gezielte Tabubruch.⁸ Der Wahlkampf vom April 2006, in dem Fidesz das Ziel der Regierung verfehlte, dient als wichtiger Indikator für Erscheinungsbild und Struktur der Partei.

Charismatische Führungsfigur Viktor Orbán

Populistische Parteien, da sie keine politischen Parteien im traditionellen Sinne sind, sondern als eine „virtuelle Erscheinung“ rund um eine einzige Person erscheinen, brauchen eine starke autoritäre Führungspersonlichkeit. Fidesz hat ihre Führungsfigur in der Person von Viktor Orbán, der einer der Gründungsmitglieder der Partei⁹ ist, gefunden. Dem mit 44 Jahren immer noch jungen, dynamischen Orbán gelang es innerhalb von wenigen Jahren durch eine geschickte Machtkonzentrationsstrategie, gepaart mit ausgezeichneten rhetorischen Fähigkeiten und Fertigkeiten, sowohl die eigenen Leute als auch breite Schichten der Bevölkerung zu überzeugen. Die wirtschaftliche Krise des Landes, symbolisiert durch das „Bokros-Paket“¹⁰, die er mit geschickter revisionistischer Propaganda ausnutzte, begünstigte seine Situation. Bei den Parlamentswahlen 1998 erlangte die Partei die Mehrheit und war damit am Zenit des Erfolgs gelangt. Fidesz konnte in einer Koalition mit dem Ungarischen Demokratischen Forum und der Kleinlandwirtpartei die vorherige sozial-liberale Regierung ablösen. Orbán besiegte im Wahlkampf seinen Gegner Gyula Horn mit wenig Anstrengung. Durch seine sympathische, impulsive Ausstrahlung, seine emotionale und schlagfertige Persönlichkeit, die ihm von seinen Wählern zugeschrieben wird¹¹, konnte er sein Programm erfolgreich verkaufen. Nicht nur das: Fidesz ließ auch Stimmen kaufen. Dies war im letzten Wahlkampf der Fall, als rechte Aktivisten für 1500–3000 Forint (7–14 Euro) in östlichen, ländlichen Regionen hauptsächlich von der armen Minderheit der Roma Stimmen „erwarben“.¹²

Partei der Tabubrüche und Feindbilder

Fidesz benutzt bewusst Parolen gegen „die-da-oben“¹³ und kämpft gegen die Nomenklatur-Elite. Im Wahlkampf 2006 beschimpfte Viktor Orbán die „reichen westlichen Kapitalisten“, die den ungarischen Mittelstand aufsaugen würden. Der politische Gegner wird mit allen legalen und illegalen Mitteln bekämpft. So kamen Spionagevorwürfe gegen die Fidesz-Partei auf. Eine Leistungsbilanz für die Regierungszeit fällt negativ aus: Fidesz hätte theoretisch mit dem Ministerpräsidenten Orbán während der Regierungszeit über genug parlamentarische Autorität verfügt, um Reformen zu verwirklichen. Die Realpolitik zwischen 1998 und 2002 ist aber nicht nur in demokratietheoretischer, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht kritisch zu sehen. Zudem spaltete Fidesz die Gesellschaft weiter. Nation, katholische Religion, Familie und strikter Anti-

⁸ Vgl. Hartleb, Florian: Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, S. 69 ff.

⁹ Orbán gelangte bereits mit 26 Jahren zu Berühmtheit. Im Juni 1998 hielt er eine viel beachtete Grabrede bei der Umbettung des von den Sowjets exekutierten Ministerpräsidenten Imre Nagy, der als Held der 1956er-Revolution gefeiert wird. Vgl. Dalos, György: 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006, S. 229.

¹⁰ Ein durch die Zahlungskrise des Landes notwendiges Stabilitätsprogramm, eingeführt von der sozialdemokratischen Vorgängerregierung.

¹¹ Vgl. Kende, Péter: Az igazi Orbán. A Viktor, 2. Auflage, Kaposvár 2006, S. 327.

¹² Vgl. Juhász, Gábor: Pöröshadsereg. Megismételt választás Kecskeméten? In: HVG vom 06.05.2006. S. 122.

¹³ Vgl. Hartleb (Fn. 8), S. 77.

kommunismus waren die Kernpunkte, um die das Denken der Führung um Viktor Orbán, László Kövér, József Szájer und János Áder kreiste.

Insgesamt läßt sich konstatieren: Die Partei hat ihr Klientel gut aufgebaut. In die erste Gruppe gehören Gruppen und Personen, die durch populistische, nationalistische Propaganda¹⁴ „gekauft“ worden sind. Nationale Mythen spielen eine besondere Rolle. Die andere Schicht wird von den Antikommunisten zusammengehalten, die zwar mit Fidesz nicht zufrieden sind, jedoch Angst vor einer Rückkehr der Kommunisten haben. Der Partei gelang es nämlich, die Gesellschaft so zu teilen, dass man das Gefühl hat, dass die Kräfte der Vergangenheit und der Gegenwart gegeneinander zusammentreffen, und wer die „Feinde“ wählt, wählt die Vergangenheit, also den Kommunismus.¹⁵ Erstaunlicherweise konnte sie im Gegensatz zu dieser Diktion einstige prominente Kommunisten ins Boot holen, die führende Ämter bekleiden.

Wirklich innovative Reformpolitiken gab es nicht. Der Anspruch auf Einfluss und Führung wurde durch eine „Machtkonzentrationsstrategie“ und durch das Zurückdrängen der Rolle der Gemeinden mit aller „Gewalt“ umgesetzt. Ökonomische Fehlallokationen durch Wiederverstaatlichungen und Reprivatisierungsversuche waren die Folge. Die Gründe für das Auftreten und den Erfolg populistischer Parteien in Ungarn sind in „der Vorgeschichte der jungen Demokratien, vor allem in den wieder belebten Traditionen aus der Zwischenkriegszeit, deren Konflikte unter der kommunistischen Diktatur eingefroren und unterdrückt wurden“¹⁶, zu suchen.

Fazit und Ausblick

Die Analyse zeigt den Nährboden für Populismus in Ungarn. Die agrarische Strukturierung, der Stadt-Land-Gegensatz als Cleavage sowie die Unzufriedenheit mit dem Transformationsprozess und den politischen Institutionen spielen ihm in die Hände. Unterschwellig kommen Ängste vor Modernisierung und Globalisierung hinzu – eine Parallele zum westeuropäischen Populismus. Somit lässt sich feststellen, dass mit einem Verschwinden des Populismus in Ungarn nicht zu rechnen ist, zumal eine Partei wie Fidesz professionell auftritt, ganz auf die Führungspersönlichkeit zugeschnitten, welche die Partei bis hin zu den untersten Führungsebenen bestimmt und auf der Klaviatur der nationalen Mythen perfekt spielt. Der Fidesz-Wahlkampf zeichnet sich durch seine Inszenierung und Theatralik aus, Grenzüberschreitungen eingeschlossen. Dass es Fidesz nicht geschafft hat, 2006 die Regierung wieder zu übernehmen und damit trotz hochgesteckter Erwartungen erneut die Oppositionsbank drücken muss, ist dem Populismus nicht abträglich. Im Gegenteil: Gerade in Frontstellung zur Regierung läßt sich populistisch agieren. Dies zeigten die jüngsten Unruhen wegen der „Lügen“-Rede des Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány. Orbán wollte die Gunst der Stunde nutzen und betätigte sich einmal mehr als Scharfmacher.

Literatur

Bachmann, Klaus: Populistische Parteien und Bewegungen in Mittelosteuropa. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 216–232.

¹⁴ Fidesz verwendet Parolen wie „gleiche Rechte für die im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten“. Die Partei des Ungarischen Lebens und der ungarischen Gerechtigkeit, die in mehreren Städten mit Fidesz zusammen koalitiert, propagiert ebenso ein Großungarn in den Grenzen von Trianon.

¹⁵ Vgl. Bozóki, András: Állam álmódói. In: Élet és Irodalom, Budapest 2002 (14).

¹⁶ Bayer, József: Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2), 2002, S. 268.

- Bayer, József:** Die Fidesz im Wechsel zwischen Oppositions- und Regierungspartei: Populistische Politik in ungarischer Demokratie. In: Frölich-Steffen, Susanne / Rensmann, Lars (Hrsg.): Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa. Wien 2005, S. 174–189.
- Bayer, József:** Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 31 (2), 2002, S. 265–280.
- Bozóki, András:** Állam álmodói. In: Élet és Irodalom, Budapest 2002 (14. Ausgabe).
- Dalos, György:** 1956. Der Aufstand in Ungarn, München 2006.
- Decker, Frank:** Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004.
- Farkas, Flórián:** Óriási mértékben emelkedhet az analfabétizmus, <http://www.romnet.hu/hirek/hir0608121>. (abgerufen am 30.08.2006), Budapest, 12.08.2006.
- Hartleb, Florian:** Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004.
- Juhász, Gábor:** Pöröshadsereg. Megismételt választás Kecskeméten? In: HVG (Heti Világgazdaság), 06.05.2006, S. 122–126.
- Kende, Péter:** Az igazi Orbán. A Viktor, 2. Aufl., Kaposvár 2006, S. 327–370.
- Werz, Nikolaus (Hrsg.):** Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003.

IV. Transfer von Normen, Ideen und Institutionen

Externe Demokratieförderung in Osteuropa – Bilanz und künftige Herausforderungen am Beispiel Bosnien und Herzegowinas

Die Transformationen in Mittel- und Osteuropa sind besonders stark von äußeren Einflüssen geprägt. Ohne den Zusammenbruch der Sowjetunion sowie das Engagement US-amerikanischer und westeuropäischer Akteure, allen voran die Europäische Union, ist der innerstaatliche Wandel in Mittel- und Osteuropa hin zur Demokratie nicht zu erklären. Die Transformationsforschung trug dieser Tatsache Rechnung und entwickelte in den letzten Jahren Konzepte, um externe Einflüsse auf Demokratisierung systematisch zu erfassen. Allerdings fanden gezielte Maßnahmen externer Demokratieförderung bisher wenig Berücksichtigung. Die Frage, warum und auf welche Weise sich externe Demokratieförderung auf Transformation auswirkt, blieb weitgehend unbeantwortet, obwohl in kaum einer anderen Region der Welt so viele Projekte unter dem Stichwort „Demokratieförderung“ durchgeführt werden wie in Mittel- und Osteuropa. Zur externen Demokratieförderung existieren fast ausschließlich empirische Arbeiten. Angesichts der Präsenz und Aktualität des Themas ist die Anzahl der Versuche, externe Demokratieförderung theoretisch zu fassen und zu sozialwissenschaftlichen Theorien in Bezug zu setzen, überraschend überschaubar. Zwar wurden Ziele und Ansätze externer Demokratieförderung in enger Anlehnung an Transformations- und Demokratietheorien erörtert, den Instrumenten und ihrer Bedeutung für den Erfolg externer Demokratieförderung aber wurde bisher kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Der vorliegende Beitrag entwickelt mit Hilfe von Transformations- und Europäisierungsforschung sowie neo-institutionalistischen Ansätzen ein Analyseraster für externe Demokratieförderung und wendet es in einer Fallstudie zur externen Förderung von Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene in Bosnien und Herzegowina (im Folgenden kurz: Bosnien) an.

Definition und Operationalisierung externer Demokratieförderung

In Anlehnung an die häufig verwendete Demokratiedefinition von Robert A. Dahl (1989)¹ versteht dieser Beitrag unter externer Demokratieförderung die Bemühungen staatlicher, multinationaler und nichtstaatlicher Akteure, in einem Drittland demokratische politische Institutionen aufzubauen, formal bestehende demokratische Institutionen zu implementieren und demokratische Werte zu verankern.

Eberhard Sandschneider (2003) benennt sechs zentrale Einflussfaktoren von externer Demokratieförderung.² Bei der Analyse externer Demokratieförderung sind demnach folgende Dimensionen zu berücksichtigen: die internationalen Rahmenbedingungen, die Transformationsphase des Ziellandes, der Status der externen Akteure (Staaten, multilaterale Organisationen, nichtstaatliche Akteure), die Interessen und Ziele der externen Akteure, ihre Ansätze sowie die Zielgruppe externer Demokratieförderung (Regierungsebene, Parteien, gesellschaftliche Organisationen, Multiplikatoren, Zivilgesellschaft etc.). Matthias Freise (2004) fügt als weitere Dimension die politische Kultur im Zielland hinzu.³

¹ Dahl, Robert A., *Democracy and its Critics*, New Haven/London 1989, S. 222–223.

² Sandschneider, Eberhard, *Externe Demokratieförderung. Theoretische und praktische Aspekte der Außenunterstützung von Transformationsprozessen*, 2003; http://www.cap.lmu.de/download/2003/2003_sandschneider.pdf, 16.11.2005

³ Freise, Matthias, *Externe Demokratieförderung in postsozialistischen Transformationsstaaten*, Münster 2004, S. 31/32.

Ein Aspekt, der für die Wirksamkeit externer Demokratieförderung zentral ist, bleibt allerdings außer Acht: die Instrumente externer Demokratieförderung. Diese sind aber Gegenstand neuerer Arbeiten zum Thema Europäisierung. Tanja A. Börzel und Thomas Risse (2004) analysieren systematisch die von der Europäischen Union angewandten Instrumente zur Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.⁴ Aus ihren Ausführungen geht hervor, dass externe Demokratieförderung seitens der EU durch die Instrumente des Informationsaustauschs, des Kapazitätsaufbaus und der Konditionalität wirksam wird.

Für die vorliegende Analyse ist es sinnvoll, einen Schritt weiter zurück zu gehen und diese Mechanismen in ihre Grundbestandteile Bildung und Mittelvergabe zu zerlegen. Externe Akteure können demnach Bildungsmaßnahmen (Seminare, Trainings, Politikberatung etc.) sowie die Vergabe von Geld- oder Sachmitteln einzeln oder kombiniert zur Kapazitätsbildung oder im Sinne von Konditionalität einsetzen. Um Bürgerbeteiligung in Bosnien zu fördern, versuchen die hier untersuchten internationalen Organisationen Bürgerinnen und Bürger, örtliche Nichtregierungsorganisationen (NROs) und die Gemeinden in Bosnien mit Seminaren, Trainings, Politikberatung usw. mit dem nötigen Wissen zur Etablierung von Partizipationsstrukturen auszustatten. Sie können die Kapazität der internen Akteure zusätzlich dadurch erhöhen, dass sie den Aufbau demokratischer Institutionen finanzieren. Drittens können sie Gelder auch im Sinne von Konditionalität vergeben, indem sie diese nur an Projekte vergeben, in denen die Gemeinde bereits mit Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeitet.

Das Konzept der Fallstudie

Im Zentrum dieses Beitrags steht die Frage nach der Wirksamkeit von Instrumenten externer Demokratieförderung. Sie wird anhand einer Fallstudie über die Förderung von Bürgerbeteiligung auf lokaler Ebene in Bosnien analysiert. Die Fallstudie beruht auf fünfzehn Interviews, die im August 2006 in den drei bosnischen Gemeinden Goražde, Srebrenica und Travnik mit Vertretern internationaler Organisationen, Mitarbeitern der Gemeinden und lokaler NROs durchgeführt wurden.

Warum ein solches Fallbeispiel? Frieden, Demokratie und Sicherheit in Bosnien sind nicht nur für die Menschen dort, sondern für ganz Europa von Bedeutung. Die auf staatlicher Ebene ins Stocken geratene politische Transformation könnte durch Projekte zur Demokratieförderung auf lokaler Ebene wieder an Dynamik gewinnen. Der lokale Ansatz in der Demokratieförderung ist relativ neu und könnte – sofern er sich bewährt – auf andere Regionen übertragen werden. Die Ausweitung von Partizipation auf lokaler Ebene bietet ein großes Potenzial für die Demokratisierung, da sie u.a. die Politik einer stärkeren Kontrolle durch Bürgerinnen und Bürger unterwirft, die Kapazität der Gemeinden und die Politikergebnisse erhöht und einen Lernprozess bei den beteiligten Akteuren über demokratische Verfahren in Gang setzt. Aus wissenschaftlichen Gründen bietet sich das Fallbeispiel an, da in fast allen 146 Gemeinden Bosniens ähnliche Förderprojekte durchgeführt werden und damit gute Voraussetzungen für einen Vergleich gegeben sind.

Die Entstehung von Bürgerbeteiligung lässt sich nicht allein durch externe Demokratieförderung, bzw. die Kombination der Förderinstrumente Bildung und Mittelvergabe erklären. Auch die politische Kultur, die Bereitschaft von Bürgern und Gemeinde zur Zusammenarbeit sowie das Wissen um Partizipationsformen sind für die Entwicklung bestimmter Partizipationsmuster verantwortlich.⁵ Da sie je nach Größe, Siedlungsdichte und Heterogenitätsgrad einer Gemeinde variieren, werden sie hier unter dem Begriff der Urbanität zusammengefasst.

⁴ Börzel, Tanja A./Risse, Thomas, One Size Fits All! EU Policies for the Promotion of Human Rights, Democracy and the Rule of Law, 2004; www.atasp.de/downloads/tandt_stanford_final.pdf, 25.7.2006.

⁵ Wesselmann, Christoph, , Internet und Partizipation in Kommunen. Strategien des optimalen Kommunikations-Mix, Wiesbaden 2002, S. 22

Im Sinne des an der Rational-Choice-Theorie orientierten Neo-Institutionalismus⁶ stellen Urbanität und externe Demokratieförderung hier Institutionen dar, die das Handeln der Akteure, d.h. in diesem Fall der Bürgerinnen und Bürger und der Gemeinden, beeinflussen.

Dem vorliegenden Beitrag liegt die Annahme zu Grunde, dass sich in den urbaneren Gemeinden Goražde und Travnik weiter gehende Partizipationsmechanismen herausbilden als im ländlich geprägten und stark vom Krieg zerstörten Srebrenica. Zweitens wird erwartet, dass externe Fördermaßnahmen besonders effektiv sind, wenn sie die beiden Instrumente Bildung und finanzielle Unterstützung miteinander kombinieren, weil sie damit größeren Einfluss auf die handelnden Akteure ausüben können, als wenn sie nur eine der beiden Maßnahmen anwenden. Drittens wird untersucht, ob ein hoher Koordinationsgrad der Förderinstrumente Bildung und Mittelvergabe den niedrigen Urbanitätsgrad einer Gemeinde ausgleichen kann, d.h. geschickte Fördermaßnahmen selbst unter ungünstigen Bedingungen zur Etablierung von Bürgerbeteiligung führen.

Die Entwicklung von Bürgerbeteiligung in drei bosnischen Gemeinden

In allen untersuchten Gemeinden entwickelten sich trotz unterschiedlicher Voraussetzungen ähnliche Partizipationsmuster: Bürgerinnen und Bürger können die Lokalpolitik über Stadtteilversammlungen, Komitees zur Stadtplanung und über NROs nach festgelegten Verfahren beeinflussen. In Goražde und Travnik ist die Beteiligung von lokalen NROs über ein zusätzliches Abkommen zwischen zivilgesellschaftlichem Sektor und Gemeinde auf eine robustere, institutionelle Grundlage gestellt als in Srebrenica. Zudem wurden in allen drei Gemeinden in den letzten Jahren neue Formen der Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der Gemeinde geschaffen. Allerdings beteiligen sich die Menschen in den urbanen Gemeinden Goražde und Travnik aktiver an lokalpolitischen Entscheidungen als in Srebrenica.

Ein Blick auf die Entstehung der Partizipationsmuster zeichnet ein differenziertes Bild:

In Goražde und Travnik führten neben dem großen Engagement von bosnischen NROs und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zwei Formen externer Demokratieförderung zur Etablierung von Partizipation: Die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) setzte allein auf das Instrument der Bildung und machte die relevanten Akteure mit Funktion und Verfahren der Kooperation zwischen Bürgern und Gemeinde vertraut. Durch finanzielle Unterstützung halfen die *United States Agency for International Development* (USAID) und die *Swedish International Development Cooperation Agency* (SIDA) den Gemeinden, die Kapazitäten der Gemeinde zur Kommunikation mit den Bürgern zu optimieren. In Srebrenica sorgte darüber hinaus ein geschickt angelegtes, speziell auf die Region zugeschnittenes Programm des *United Nations Development Program* (UNDP) dafür, dass Bildung und Mittelvergabe zum Kapazitätsaufbau und im Sinne von Konditionalität aufeinander abgestimmt und die internen Akteure so in die Lage versetzt wurden, Gelder für gemeinsam geplante Projekte einzuwerben.

Externe Demokratieförderung spielte bei der Entstehung von Bürgerbeteiligung in Srebrenica eine wesentlich größere Rolle als in Goražde und Travnik, wo es vor allem bosnische NROs waren, die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern anregten. In Goražde und Travnik ist in erster Linie der hohe Urbanitätsgrad der Gemeinden ausschlaggebend für Bürgerbeteiligung, während Partizipation in Srebrenica auf die enge Abstimmung der externen Förderinstrumente Bildung und Mittelvergabe zurückzuführen ist. Die etwas geringere Intensität von Bürgerbeteiligung in Srebrenica zeigt allerdings, dass selbst eine starke Verzahnung von externen Fördermaßnahmen nicht in der Lage ist, den niedrigen Urbanitätsgrad der Gemeinde vollständig auszugleichen.

⁶ S. dazu: Hall, Peter A./Taylor, Rosemary C.R., *Political Science and the Three New Institutionalisms*, MPIFG Discussion Paper 96/6, Köln 1996.

Fazit

Die Fallstudien zeigen, dass Bürgerbeteiligung zum einen vom Urbanitätsgrad der betreffenden Gemeinde und zum anderen vom Koordinationsgrad der externen Förderinstrumente Bildung und Mittelvergabe abhängig ist. Die Annahme, dass sich ein hoher Urbanitätsgrad und ein hoher Koordinationsgrad externer Förderinstrumente jeweils positiv auf die Entstehung von Bürgerbeteiligung auswirken, hat sich bestätigt. Unter Berücksichtigung eventueller lokaler Besonderheiten lässt sich diese Erkenntnis auch auf andere Gemeinden zumindest in Bosnien übertragen. Allgemeiner gesprochen lautet der Schluss aus dieser Beobachtung, dass der Erfolg externer Demokratieförderung immer auch von langfristig gewachsenen Strukturen und Denkmustern vor Ort abhängt.

Die Studie lieferte allerdings auch den Nachweis dafür, dass externe Demokratieförderung ungünstige Voraussetzungen für Bürgerbeteiligung wenigstens ein Stück weit aufheben kann, indem internationale Organisationen die internen Akteure mit Wissen und Ressourcen ausstatten und somit deren Handlungsspielraum erweitern. Ob der Erfolg externer Demokratieförderung auch in anderen Bereich in der Koordination der Förderinstrumente begründet liegt, müssen weitere empirische Studien zeigen. Die hier durchgeführte Untersuchung spricht dafür, dass die Instrumente von zentraler Bedeutung für die Wirksamkeit externer Demokratieförderung sind und zu Unrecht in der Forschung vernachlässigt werden.

Institutionentransfer in der Politikberatung der 90er Jahre

Die Transformationsländer griffen in den 90er Jahren in ihrer institutionellen Entwicklung auf Beispiele westlicher Industriestaaten zurück. Know-How und Unterstützung gelangten mit einer Reihe bilateraler und multilateraler Förderprogramme zu den Akteuren. Beispiele dafür sind das bundesdeutsche Transform, Phare und Tacis der Europäischen Union oder die Beratungsaktivitäten der Weltbank.

Das explizite Ziel der Beratung im Rahmen dieser Programme besteht im „institution building“, d.h. dem Aufbau von Institutionen. Implizit verfolgen sie häufig das Ziel, vorhandene Modelle zu übertragen. Eine prominente Begrifflichkeit aus der Transformationsforschung, der sogenannte „blueprint-approach“, legt die Vorstellung nahe, dass sich Institutionen der Marktwirtschaft und Demokratie übertragen lassen und dies dem Staat, der davon profitiert, Suchkosten erspart.

Die Transformationsforschung befasste sich selten mit der Frage, wie Entscheidungen über den Aufbau oder die Reform von Institutionen im einzelnen zustande kamen (Wiesenthal 2000). Auch den möglichen Einfluss externer Akteure auf den Verlauf der Transformation untersuchte sie nur am Rande. Die wenigen Ergebnisse lassen Zweifel aufkommen, ob das Beispiel westlicher Staaten eine wesentliche Rolle spielte oder gar übertragen worden ist. Müller zeigt, dass die Akteure der Transformationsländer internationale Organisationen dann in Entscheidungen einbezogen, wenn sie sich damit gegen inländische Vetospieler durchsetzen konnten. Die Weltbank übte Einfluss aus, soweit die Transformationsländer auf Kredite angewiesen waren (Müller 2001).

Studien über die Wirkungen von Phare und Tacis ziehen das Fazit, dass die Europäische Union damit vor allem ihre außenwirtschaftlichen und außenpolitischen Interessen verfolgte. Die meisten Fördermittel wurden in der Energiewirtschaft, der Sicherheit und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ausgegeben. Verglichen damit entfiel auf Projekte zum Aufbau von politischen Institutionen oder zur Vermittlung demokratischer Ideen ein Bruchteil der Fördergelder (Berger 1999; Berngruber 2001; Zechmeister 2003). Querschnittsevaluierungen über mehrere Länder zeigen, dass der Erfolg von Politikberatung von den gesamten Rahmenbedingungen abhängt. Während die Beratungsprojekte in Osteuropa schnell zur Errichtung oder Reform von Institutionen führten, kam es in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion oftmals zur „Simulation“ funktionsfähiger Institutionen (Wittkowsky 1998).

Projektverantwortliche standen in den Transformationsländern häufig vor dem Dilemma, dass das Beratungsprogramm anspruchsvolle Ziele vorgab, andererseits die Mittel im Projekt nicht ausreichten und es unsicher schien, ob das Ziel angesichts der Rahmenbedingungen überhaupt erreichbar war. Aus der Perspektive der Durchführenden und der Geldgeber ist es rational die knappen Ressourcen für solche Vorhaben zu verwenden, die eine gewisse Erfolgsperspektive haben. Aber woran lässt sich das *ex ante* ablesen? Welche Indikatoren zeigen Beratern oder Programmverantwortlichen vor Beginn einer Beratung, in welchem Feld sich das Vorhaben bewegt? Und wodurch zeichnet sich eine gute Beratung aus?

Theoretische Zugangsmöglichkeiten zu diesen Fragen bieten drei Ansätze, die den Institutionentransfer zentral in den Blick nehmen. Institutionalistische Ansätze der Organisationssoziologie (Radaelli 2000) unterscheiden zwischen verschiedenen Ursachen der Ausbreitung von Organisationsformen (Isomorphismus). Policy-Transfer-Konzepte (Rose 2005; Evans/Davies 1999) beschreiben Prozesse bei der Anwendung von externem Know-How zur Lösung eines definierten Problems (Lessons learned). Das Advocacy-Coalition-Framework (Sabatier 1993; Bandelow 2003) analysiert den langfristigen Wandel von Politikfeldern als Ergebnis der Auseinandersetzung stabiler Policy-Koalitionen, die durch ähnliche Überzeugungssysteme zusam-

mengehalten werden. Die Koalitionen versuchen die Machtverhältnisse zu ihren Gunsten zu gestalten, indem sie gezielt Informationen aufnehmen, die ihre eigenen Überzeugungssysteme verstärken. Informationen, die ihren Überzeugungssystemen widersprechen, werden hingegen ignoriert.

Das Advocacy-Coalition-Framework hat zwei Implikationen für die Politikberatung: erstens sollte eine Beratungsbeziehung dann funktionieren, wenn die Überzeugungssysteme von Berater und Beratungsempfängern übereinstimmen. Zweitens müsste ein Beratungsprojekt einen „Ort“ in Bezug auf die Advocacy Koalitionen eines Politikfeldes besitzen. Falls das Projekt einer Koalition zugeordnet ist, hängt sein Erfolg davon ab, ob die Koalitionspartner über genügend Macht verfügen, um ihr Vorhaben durchzusetzen. Falls die Beratung als neutraler Broker zwischen den Koalitionen liegt, wäre dagegen kein sichtbarer Erfolg zu erwarten.

Die Ansätze erlauben es, Annahmen über die Bedingungen einer erfolgreichen Institutionenübertragung zu formulieren. Allerdings stellt vor allem der Policy-Transfer-Ansatz Begriffe bereit, die sich gut operationalisieren und empirisch untersuchen lassen. Daraus habe ich sieben Hypothesen formuliert:

Abb. 1: Annahmen über Erfolgsbedingungen eines Institutionentransfers

	Ein Institutionentransfer ist dann erfolgreich, ...
<i>Funktionale Äquivalenz</i>	... wenn die Berater im Herkunftsland dieselben Ziele und Aufgaben haben wie die beratene Organisation im Bestimmungsland
<i>Äquivalenz der Ressourcen</i>	... wenn Geber und Nehmer äquivalente Ressourcen besitzen (finanzielle, personelle, rechtliche Ressourcen, Handlungskompetenz)
<i>Geringe Komplexität</i>	... wenn die Institution geringe Komplexität aufweist
<i>Grad des implizierten Wandels</i>	... wenn er möglichst wenig Wandel herbeiführt
<i>Vergleichbare Überzeugungssysteme</i>	... wenn ihr implizites Überzeugungssystem mit demjenigen des Empfängers vereinbar ist
<i>Kontextrahmen des Transfers</i>	... wenn der Kontextrahmen den Transfer begünstigt
<i>Projektmanagement</i>	... wenn das Projekt angemessen gesteuert wird

Quelle: Beer 2006, S. 92 ff.

Die Hypothesen wurden anhand von Projekten aus der bilateralen Beratung der Bundesregierung im Transform-Programm überprüft. Das Transform-Programm eignete sich deshalb, weil es in der Anfangsphase implizit den Anspruch vertreten hatte, bundesdeutsche Institutionen zu übertragen. Dies wurde in den einzelnen Projekten in unterschiedlichem Maße umgesetzt. Zwischen 1995 und 2001 war eine Auswahl von Transform-Projekten im Rahmen von Querschnittsevaluierungen nach einem einheitlichen Untersuchungsrahmen begutachtet und mit standardisierten Fallberichten beschrieben worden. Die Variablen wurden mit einer Dokumentenanalyse aus den Fallberichten erschlossen und mit tabellenanalytischen Verfahren auf ihre Zusammenhänge zum Projekterfolg untersucht. Die Ergebnisse der Tabellenanalyse wurden durch Expertengespräche validiert.

Schon bei der Dokumentenanalyse wurde deutlich, dass die Projekte Institutionen in keinem einzigen Fall kopiert hatten, auch wenn dies in ihrem Beratungsansatz angelegt war. Der Transfer gestaltete sich immer als Adaption der neuen Idee an die vorgefundenen Verhältnisse, als Vermischung mit dem vor Ort Befindlichen oder nur als Anregung. Der Beratungsansatz zeigt keinen Zusammenhang zum Projekterfolg. Am Partnerproblem orientierte Projekte sind nicht erfolgreicher als transferorientierte Vorhaben. Ein signifikanter Zusammenhang besteht allerdings zur Dauer und zum Förderumfang der Projekte. Transferorientierte Projekte sind kürzer und erhielten geringere Förderung (Beer 2006, S. 156).

Von den Faktoren, die aufgrund der theoretischen Erwartungen den Institutionentransfer und damit den Erfolg eines Beratungsprojektes beeinflussen sollten, zeigten nur wenige statistisch signifikante Zusammenhänge. So ist es unerheblich, ob eine funktional gleiche Organisation die Beratung durchführt. Es ist nicht von Belang, dass im aufnehmenden Land vergleichbare Ressourcen zur Verfügung stehen. Die verfügbaren Finanzen, Personal und Rechtsgrundlagen sind vielmehr Ausgangsbedingungen, denen ein Projekt angepasst werden muss.

Die *Komplexität* eines Vorhabens erklärte den Projekterfolg hingegen gut, ebenso wie einige Indikatoren des Projektmanagements. Geplante Projekte hatten mehr Erfolg als ungeplante, sorgfältige Steuerung und verbindliche Formen der Zusammenarbeit führten zu besseren Ergebnissen als unverbindliche Formen der Kooperation. Auch die *Handlungsfähigkeit* der Partner spielte eine entscheidende Rolle. Dieses Ergebnis wurde durch Aussagen der Experten gestützt, die es im Wesentlichen der Qualität der Partner zuschrieben, ob ein Projektergebnis erzielt werden kann.

Zusammengefasst weisen die Merkmale von Projektplanung und -management sowie Macht und Einfluss der beratenen Akteure einen statistisch signifikanten Zusammenhang zum Erfolg der Vorhaben auf. Dieses Ergebnis stimmt überein mit anderen Studien über die Wirkung von Beratungsprojekten und ist für sich genommen keine Überraschung.

Eine Schlussfolgerung des Advocacy-Coalition-Framework, dass die Überzeugungssysteme von Berater und Beratungsempfängern übereinstimmen müssten, war aufgrund der Fallberichte nicht zu beurteilen. Deswegen wurden in der Validierungsphase ersatzweise die Politikberater gefragt, inwieweit diese Hypothese ihren Erfahrungen entsprach. Die Praktiker widersprachen der Annahme und sagten vielmehr, dass sich die Überzeugungssysteme der Beratenen im Laufe der Zusammenarbeit geändert hatten. Sie interpretieren die Schwierigkeiten der Zusammenarbeit im Projekt eher als Problem interkultureller Kommunikation.

Offen blieb mit den vorhandenen Daten auch die zweite Implikation des Advocacy-Coalition-Framework, derzufolge ein Projekt eine Position in Bezug auf die Advocacy-Koalitionen einnimmt, die seine Umsetzungschancen beeinflussen. Es ist nicht bekannt, ob sich in den Transformationsländern mit Bezug auf zentrale Reformfelder Advocacy Coalitions identifizieren lassen. Hier wäre m.E. ein geeigneter Anknüpfungspunkt für vergleichende Forschungen darüber, ob es solche Koalitionen gibt und wie politische Akteure Beispiele aus dem Ausland zur Durchsetzung von Strategien heranziehen. Dies könnte anhand eines gleichen Politikfeldes, z.B. der Sozialpolitik, parallel von zwei oder drei Länderteams jeweils mit Bezug auf die eigene Nation untersucht werden.

Literatur

Bandelow, Nils: Lernende Politik. Advocacy-Koalitionen und politischer Wandel am Beispiel der Gentechnologie, Berlin 1999.

Beer, Doris: Ideen auf Reisen, Baden-Baden 2006.

- Berger, Gerlinde: Das Phare-Programm der EU – vom Nothilfeprogramm bis zum Vollbeitritt unter besonderer Berücksichtigung der Phare-Demokratisierungsprogramme, Dissertation Universität Linz 1999.
- Berngruber, Bianca: The Tacis projects of the European Union – an economic analysis, Diplomarbeit Universität Innsbruck 2001.
- Evans, Mark/ Davies, Jonathan: Understanding Policy-transfer: a multi-level, multi-disciplinary perspective, in: *Public Administration* 77 (2), 1999, S. 361–383.
- Müller, Katharina: The politics of pension reform in East-Central Europe, in: Jürgen Beyer, Jan Wielgohs, Helmut Wiesenthal (Hrsg.): *Successful transitions – political factors of social-economic progress in postsocialist countries*, Baden-Baden 2001, S. 195–223.
- Radaelli, Claudio M.: Policy transfer in the European Union: Institutional Isomorphism as a source of legitimacy, in: *Governance*, Vol. 13 (1), 2000, S. 25–43.
- Rose, Richard: *Learning form comparative public policy*, Routledge 2005.
- Sabatier, Paul A.: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: eine Alternative zur Phasenheuristik, in: *Policy-Analyse, Kritik und Neuorientierung*, PVS-Sonderheft (24), 1993, S. 116–149.
- Wiesenthal, Helmut: Die politische Organisation des Unwahrscheinlichen. In: Karl Hinrichs, Herbert Kitschelt, Helmut Wiesenthal (Hrsg.): *Kontingenz und Krise. Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*, Frankfurt/New York 2000
- Wittkowsky, Alexander: Die Unterstützung langsamer Transformationsländer. *DIE – Berichte und Gutachten* 1/1998, Berlin 1998.
- Zechmeister, Barbara: *Interreg III und Phare*, Dissertation Linz 2003.

Russische NGOs in Netzwerken gegen Frauen-/Menschenhandel

Der Begriff des Netzwerks hat beträchtliche Konjunktur, wenn über Strategien zur Bekämpfung von Frauen-/Menschenhandel gesprochen wird. Mit Netzwerken sind sowohl formelle als auch informelle Konzepte gemeint, die die Zusammenarbeit staatlicher, nichtstaatlicher und internationaler Organisationen favorisieren und einem multidimensionalen Ansatz Rechnung tragen. In der Russischen Föderation sind das neben dem föderalen Migrationsdienst, Organen der Exekutive und Judikative, die für Grenzkontrollen und Strafverfolgung verantwortlich sind, vor allem Einrichtungen des staatlichen Sozialwesens (Ministerien für Erziehung, Gesundheit und Soziale Entwicklung), internationale Organisationen und NGOs. Angesichts der Tatsache, dass bis vor wenigen Jahren Aktivitäten gegen Frauen/Menschenhandel mehrheitlich von NGOs lanciert wurden, die (finanzielle) Unterstützung hauptsächlich von internationalen Organisationen erhielten, ist es nicht übertrieben, Frauen-NGOs¹ als Schlüsselfiguren in diesen, erst in den letzten Jahren entstandenen Netzwerken zu bezeichnen. Von daher liegt es nahe zu fragen, inwieweit diese veränderten und erweiterten Kooperationsstrukturen sich erfolgreich auf eine NGO-Mobilisierung auswirken und wie sie jene drei Elemente beeinflussen, die in der Literatur zu sozialen Bewegungen² als maßgeblich für den Erfolg einer Bewegung aufgefasst werden: *framing*, Gelegenheitsstrukturen und Mobilisierungsstrukturen. Für die Beantwortung meiner im Folgenden gestellten Teilfragen werte ich Kampagnen-, Schulungs- und Fortbildungsmaterial sowie Selbstdarstellungen der Russischen Assoziation von Krisenzentren für Frauen (RACCW)³ aus. Außerdem stütze ich mich auf Ergebnisse aus empirisch informierten Studien zur Zivilgesellschaft in der Russischen Föderation im Allgemeinen und zu Frauen-NGOs im Besonderen.

Framing

Framing bezeichnet die Konstruktion von Bedeutungsrahmen, mit denen sowohl die Anhängerschaft sozialer Bewegungen als auch die öffentliche Meinung mobilisiert werden sollen. Diese Bedeutungsrahmen stehen nicht für ein fest verbürgtes gemeinsames Verständnis eines Problems, sondern sind oft strittig und umkämpft. Mit Hilfe von *frames* werden Kontroversen um Bedeutungen und politischen Wandel ausgetragen, werden politische Lösungen vorgeschlagen und diese gegenüber Gesellschaft und Staat gerechtfertigt und erklärt.⁴

Um herauszufinden wie die *framing*-Strategien des RACCW durch eine Kooperation in Netzwerken gegen Frauen-Menschenhandel beeinflusst werden, sollen folgende Fragen beantwortet werden: Werden *frames* durch einen transnationalen Ideenfluss innerhalb von Netzwerken erst aufgebracht? Erweisen sich importierte *frames* als resonant? Wie werden sie von den NGOs mit anderen bereits existierenden *frames* verbunden, modifiziert und den kulturellen Gegebenheiten angepasst?

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Netzwerkes in den frühen 1990er Jahren, die maßgeblich durch feministische Wissenschaftlerinnen des Moskauer Zentrums für Gender Studies beeinflusst war, zeigt, dass durch zahlreiche internationale Austauschbeziehungen, durch die

¹ Unter Frauen-NGO's verstehe ich Organisationen, die sich für Belange von Frauen einsetzen, deren Mitglieder zum größten Teil weiblich sind und deren gemeinsame Basis feministische Ideale darstellen.

² Z.B. McAdam, Doug (Hg.): *Comparative perspectives on social movements: political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press, 1996.

³ Die RACCW ist ein NGO-Netzwerk mit 47 Beratungsstellen in 38 russischen Städten, das Geschlechtergewalt in allen ihren Formen thematisiert und Hilfsangebote für betroffene Frauen und Kinder anbietet.

⁴ Vgl. Benford, Robert D. / Snow, David A.: *Framing Processes and Social Movements: an Overview and Assessment*, in: *Annual Review of Sociology*, 2000, Nr. 26, S. 611–639.

Teilnahme an internationalen Konferenzen und vor allem auch durch ausländische Förderung ein Verständnis geprägt wurde, warum Krisenzentren notwendig und wie sie politisch zu rechtfertigen sind. Anfangs bildete die Bekämpfung häuslicher Gewalt den Arbeitsschwerpunkt der Assoziation der Krisenzentren. Als Vorbild dienten vor allem die praktischen Konzeptionen und Analysen der Gesellschafts- und Geschlechterverhältnisse, die US-amerikanische Feministinnen in den Debatten um Frauenhäuser entwickelten. Dort wurde häusliche Gewalt gegen Frauen vor allem als Resultat eines männlichen Kontrollverlustes, der durch Anwendung (physischer) Gewalt gegenüber Frauen kompensiert wird, einer patriarchalischen Rollensozialisation und Veränderungen in der Sozialstruktur aufgefasst.⁵

Seit Mitte der 1990er Jahre schenkt die RACCW auch dem international dringlich gewordenen Phänomen des Frauen-/Menschenhandels Aufmerksamkeit. Für den Kampf gegen Frauen-/Menschenhandel ist vor allem die Einforderung von Frauenrechten, die seit dem Menschenrechtsgipfel 1993 in Wien „nachdrücklich und weltöffentlich in den Rahmen des Menschenrechtsparadigmas gestellt [wurden]“,⁶ normativer Bezugspunkt und *master-frame*⁷ der Assoziation.⁸ Werden diese Rechte verletzt, so kann auf internationale Rechtsdokumente wie CEDAW (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women) und das UN-Protokoll gegen Trafficking Bezug genommen werden. NGO's können nun nicht länger als Stimme ignoriert werden: Sie machen sich die Sprache der internationalen Organisationen und UN-Resolutionen zu Nutze⁹ und verfolgen damit eine Strategie als FürsprecherInnen für Frauen-/Menschenrechte, mit der sie Forderungen an politische EntscheidungsträgerInnen konkretisieren und vorantreiben können. Es bleibt jedoch anzumerken, dass die Darstellung von Gewalt gegen Frauen als Verletzung von Frauen-/Menschenrechten nach wie vor der kleinste gemeinsame Nenner für eine sich internationalisierende Frauenbewegung ist und dass über andere Themenbereiche wie ökonomische und soziale Rechte bislang keine Einigung erzielt werden konnte.¹⁰ Zwar lässt sich auf transnationaler Ebene mit dem durch ein westlich individualistisches Verständnis von Rechten geprägten Begriff der Frauen-/Menschenrechte alles Mögliche einfordern. Wichtige Unterschiede, wie Gewalt gegen Frauen in den lokalen Kontexten definiert wird, gehen jedoch verloren und lenken gerade in post-sozialistischen Kontexten von Problemen wie Verteilungs- und sozialer Gerechtigkeit ab.¹¹ An Hemments Kritikpunkte schließt sich auch die Frage an, inwieweit diese transferierten Normen und *frames* überhaupt auf Resonanz in der russischen Gesellschaft stoßen. So bemerkt Lisa McIntosh Sundstrom, dass NGOs, die universale Normen wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit vertreten, mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr öffentliche Unterstützung erhalten werden. Ausschlaggebend für eine erfolgreiche

⁵ Vgl. Rimashevskaja, N.M. (Hg.): *Razorvat' krug molčanija. O nasilii v otnošenii ženščin*. Moskva: KomKniga, 2005, S.16–19.

⁶ Ruppert, Uta: Von Frauenbewegungen zu Frauenorganisationen, von Empowerment zu FrauenMenschenrechten. Über das Globalwerden internationaler Frauenbewegungspolitik, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2001, Nr. 30, S. 203–219, S. 213.

⁷ *Master-frames* verfügen sowohl über größere Reichweite als auch breiteren Einfluss, als die meist thematisch und strukturell eingeschränkteren *frames* einer einzelnen sozialen Bewegung. Diese Kriterien erfüllen so genannte *rights-frames*, *choice-frames*, *injustice-frames* oder auch „*return to democracy*“-*frames*. Durch den Rückgriff auf einen *master-frame* wird auf bereits erfolgreiches *framing* aufgebaut und dadurch die Aussicht auf eigene Erfolge erhöht (vgl. Benford, Robert D. / Snow, David A.: *Framing Processes and Social Movements: an Overview and Assessment*, in: *Annual Review of Sociology*, 2000, Nr. 26, S. 611–639, S. 619).

⁸ Die RACCW identifiziert Gewalt gegen Frauen in allen ihren Formen als eine Verletzung der Menschenrechte von Frauen, die nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Bereich stattfindet und ein Problem mit internationalen Ausmaßen darstellt.

⁹ Vgl. Sperling, Valerie: *Organizing Women in Contemporary Russia. Engendering Transition*. Cambridge: Cambridge University Press, 1999, S. 220ff.

¹⁰ Vgl. Schmidt-Häuer, Julia: *Menschenrechte – Männerrechte – Frauenrechte: Gewalt gegen Frauen als Menschenrechtsproblem*. Hamburg: Lit-Verlag, 2000, S. 286.

¹¹ Hemment, Julie: *Global Civil Society and the Local Costs of Belonging: Defining Violence against Women in Russia*, in: *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 2004, Nr. 29, S. 815–840.

NGO-Mobilisierung im russischen Kontext sei vor allem, dass Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen nicht im Hinblick auf Gleichbehandlung, sondern bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten gerahmt werde.¹²

Für die RACCW gilt, dass sie ihre Aufgaben eindeutig im Kampf für Gleichberechtigung und im Schutz von Frauenrechten sieht, die „Verpackung“ dieser Ziele ist aber eher genderneutral und an universalen Normen orientiert. Dies spiegelt sich auch in dem Slogan „Frieden auf Erden beginnt zu Hause“¹³ wider. Hier wird zum einen die gesellschaftliche Mikroebene mit der Makroebene verknüpft und somit das Private öffentlich gemacht, zum anderen wird Gewalt (gegen Frauen) als Hindernis eines universalen Strebens nach Weltfrieden bzw. als Hemmschuh für das friedliche und gewaltfreie Zusammenleben aller Menschen dargestellt.

Gelegenheitsstrukturen

In ihrem Entstehungs- und Weiterentwicklungsprozess sind Bewegungen mit den Gegebenheiten des jeweiligen politischen Systems konfrontiert, die sowohl Chancen als auch Hemmnisse für Protest und Mobilisierung darstellen können. Dabei stellen, nach Tarrow¹⁴, die Offenheit des Zugangs zum politischen System, die Beständigkeit der politischen Bindungen, einflussreiche Verbündete und gespaltene Eliten jene Faktoren dar, die eine Bewegungsmobilisierung positiv oder negativ beeinflussen. Wie wirkt sich also die Netzwerkkoooperation auf die politischen Gelegenheitsstrukturen aus? Eröffnen sich dadurch Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Strukturen? Vermitteln Netzwerkkontakte Zugang zu Institutionen? Erweisen sich die NetzwerkpartnerInnen als hilfreiche Verbündete?

Eine der wichtigsten Aktivitäten, die der Assoziation der Krisenzentren Zugang zu politischen Gelegenheitsstrukturen verschaffte, war – zusammen mit Vertreterinnen staatlicher und internationaler Organisation – ihr Mitwirken in einer Arbeitsgruppe der Staatlichen Duma für eine Anti-Trafficking-Gesetzgebung. Diese Arbeitsgruppe wurde im Oktober 2002, zum großen Teil auf Betreiben der US-Botschaft, unter Leitung der Abgeordneten Elena Mizulina (Union der rechten Kräfte) ins Leben gerufen. Diese, einem Sinneswandel gleichkommende Initiative der russischen Regierung, die lange Zeit vorher das Problem des Frauen-/Menschenhandel rundweg ignorierte, wäre laut Lisa Sundstrom McIntosh ohne den diplomatischen Druck der US-Regierung und die finanzielle Unterstützung internationaler Geldgeber nicht möglich gewesen.¹⁵ Wenn auch die Erfolge der Arbeitsgruppe sich nicht in der Umsetzung des gesamten Gesetzentwurfes niederschlugen und das russische Strafrecht lediglich um 2 Artikel (Menschenhandel und Ausbeutung durch Zwangsarbeit) ergänzt wurde, so war doch ein wesentlicher Effekt dieser Arbeitsgruppe, dass sie Aktivistinnen aus unterschiedlichen Organisationszusammenhängen zusammenbrachte, die sonst nicht in einem derart engen Arbeitsverhältnis zusammenkamen.¹⁶ Diese durch das gemeinsame Engagement in der Arbeitsgruppe entstandene Struktur lässt sich am besten mit dem von Alison Woodward geprägten Begriff der *velvet triangles* beschreiben. In diesen Netzwerken ist die Interaktion durch persönliche Nähe und gemeinsame Ideale gekennzeichnet, ihre Wirksamkeit speist sich aus den unterschiedlichen Positionierungen der Akteurinnen (Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen, NGOs, internationale Organisationen) innerhalb von

¹² McIntosh Sundstrom, Lisa: Foreign Assistance, International Norms, and NGO Development: Lessons from the Russian Campaign, in: International Organization, 2005, Nr. 59, S. 419–449.

¹³ Titel eines Selbstdarstellungsflyers.

¹⁴ Tarrow, Sidney: Kollektives Handeln und politische Gelegenheitsstrukturen in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 1991, Heft 4, S. 647–670.

¹⁵ Vgl. McIntosh Sundstrom, Lisa: Foreign Assistance, International Norms, and NGO Development: Lessons from the Russian Campaign, in: International Organization, 2005, Nr. 59, S. 419–449.

¹⁶ Maria Mokhova, Leiterin des Moskauer Krisenzentrum Sestry, am 12. September 2004, in einem Interview mit der Autorin.

Organisationen.¹⁷ In einer männlich dominierten Umgebung, die durch weitgehende Gleichgültigkeit gegenüber dem Problem und durch weit verbreitete Korruption innerhalb der Vollzugsbehörden geprägt ist, herrscht ein traditionelles Misstrauen der NGO's gegenüber staatlichen Behörden vor. Daher stellen Verbindungen aus den *velvet triangles*, gerade beim Versuch eine institutionelle Basis für NGO-Arbeit zu schaffen, die momentan hauptsächlich vom guten Willen der Staatsorgane abhängig ist, eine wichtige Ressource dar.¹⁸

Mobilisierungsstrukturen

Unter Mobilisierungsstrukturen sind die organisatorischen Fähigkeiten zu verstehen, durch die soziale Bewegungen in der Lage sind, Ressourcen einzuwerben und rational einzusetzen. Eine Bewegung kann erst dann aktiviert werden, wenn ausreichend Mittel vorhanden sind, um Organisationsprozesse und Öffentlichkeitsarbeit zu aktivieren¹⁹. Hierzu gehören vor allem UnternehmerInnen (*entrepreneur*)²⁰, die durch Erfahrung, Belastbarkeit und Charisma institutionelle und politische Veränderungen herbeiführen, eine internationale und heterogene Basis, die zu einer breiteren Akzeptanz der bewegungseigenen *frames* beiträgt, und schließlich ExpertInnen, die als Betroffene oder als WissenschaftlerInnen notwendige Informationen liefern. Die Fragen, die sich hieran anschließen, sind: Wie beeinflusst eine Netzwerkkooperation das Potenzial von einzelnen NGO-AkteurInnen, Veränderungen zu bewirken? Erleichtert die Netzwerkbeteiligung den Zugang zu Wissen und Erfahrungen? Wird dadurch die Basis an Personen, die Ideen und Meinungen der NGOs akzeptieren, vergrößert?

Positiv wirkt sich das Engagement in Netzwerken darauf aus, dass der Kontakt zu westlichen Geldgeberorganisationen aufrechterhalten und so die Hauptquelle der NGO-Finanzierung abgesichert wird. So fördert beispielsweise die IOM (International Organisation for Migration) unter dem Stichwort „*capacity building*“ Selbstständigkeit und Kompetenz der NGOs durch Trainingsarbeit in Seminaren und Workshops. Aber sicherlich ist eine solche Art der Förderung auch ein zweischneidiges Schwert. Mit der Ausbildung einzelner AkteurInnen hinsichtlich der Einwerbung von Fördermitteln und der Erweiterung ihrer Kenntnisse internationaler Rechtsstandards sowie ihrer Schulungskompetenzen stellt sich die Frage, ob mit dieser Art der Unterstützung nicht auch die Bildung einer aus Eigeninteresse handelnden NGO-Nomenklatura begünstigt wird, mit der eine Entfremdung von der NGO-Basis und der hilfeschuchenden Klientel einhergeht.

Auch um an einem Informationsfluss zum Thema Frauen-/Menschenhandel angebunden zu sein, zu bleiben und selbst dazu beizutragen, sind Kooperationsnetzwerke für NGOs unabdingbar. So wird durch die beteiligten internationalen Organisationen das Thema Frauen-/Menschenhandel im globalen Kontext platziert und internationale Erfahrung in die regionalen Zusammenhänge eingebracht. In Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden streben NGOs den Aufbau einer einheitlichen Informationsbasis, bestehend aus Statistiken, Fallstudien, Projekt-evaluationen sowie Analysen von Gesetzgebung und Strafverfolgung, an. Der unproblematische Zugriff auf eine solche gemeinsame Datenbank wiederum würde sicherstellen, dass Medien-

¹⁷ Woodward, Alison : Die McDonaldisierung der internationalen Frauenbewegung: negative Aspekte guter Praktiken, in: Zeitschrift für Frauenforschung und Geschlechterstudien, 2001, Nr. 1–2, Bd. 19, S. 29–44.

¹⁸ Human Trafficking in the Russian Federation Inventory and Analysis of the Current Situation and Responses. Report conducted by E.V. Tiurukanova and the Institute for Urban Economics for the UN/IOM Working Group on Trafficking in Human Beings, Moscow, 2006.

¹⁹ Vgl. Sperling, Valerie: Organizing Women in Contemporary Russia. Engendering Transition. Cambridge: Cambridge University Press, 1999, S. 221ff.

²⁰ Vgl. Keck, Margaret E. / Sikkink, Kathryn: Activists beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics. Ithaca: Cornell University Press, 1995, S. 14.

kampagnen, Trainingsprogramme und andere Anti-Trafficking-Maßnahmen über die nötigen Informationsgrundlagen verfügen.²¹

Eine Erweiterung der Bewegungsbasis resultiert vor allem aus der Zusammenarbeit mit großen transnationalen Menschenrechts-NGO's wie Amnesty International²² oder mit Kooperationspartnern wie internationalen Organisationen (IGO's) aber auch lokal agierenden NGO's mit internationalem Bekanntheitsgrad wie z. B. dem Moskau Helsinki Komitee. Diese gemeinsamen Aktionen tragen dazu bei, dass Frauenrechte als Teil der Agenda „klassischer“ Menschenrechts-NGOs verstanden werden, und stärken damit die öffentliche Wahrnehmung von Frauenrechten als ein integraler Teil der Menschenrechte.²³

Zusammenfassung

Die hier angesprochenen Aspekte können die vielfältigen Vorzüge und Problematiken der Netzwerk-Arbeit von Frauen-NGOs sicher nur teilweise anreißen. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Nicht-Regierungs-Organisationen darauf angewiesen sind, sich in diesen Strukturen zu engagieren, um arbeitsfähig zu bleiben. Da bislang keine funktionierende staatliche Finanzierung von Anti-Trafficking-Projekten existiert, fällt gerade der Zusammenarbeit mit ausländischen Geber-Organisationen eine besondere Rolle zu. Welche Formen und Folgen diese Förder- und Kooperationspolitik für Frauen-Organisationen zeitigt, bleibt daher weiterhin zu verfolgen.

²¹ Human Trafficking in the Russian Federation Inventory and Analysis of the Current Situation and Responses. Report conducted by E.V. Tiurukanova and the Institute for Urban Economics for the UN/IOM Working Group on Trafficking in Human Beings, Moscow, 2006.

²² RACCW setzte 2003 zusammen mit Amnesty International eine Kampagne um, deren Ziele es waren, die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren, dass Gewalt gegen Frauen eine Verletzung der Menschenrechte ist, den Dialog mit Behörden zur Durchsetzung der notwendigen Maßnahmen aufzunehmen und die Kooperation zwischen den beiden Organisationen zu stärken.

²³ Vgl. Wedel, Heidi: Strategische Allianzen gegen sexuelle Gewalt, in: WeltTrends, Herbst 2002, Nr. 36, S. 102–122.

Freizügigkeit der Personen in den Beziehungen zwischen der EU und ihren Anrainern Russland und Belarus¹

Einschränkung der Freizügigkeit der Personen als eine Folge der Osterweiterung der EU

Im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union hat sich eine Änderung der Regime der Freizügigkeit der Personen in Europa vollzogen. Die mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer der EU mussten den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU vollständig übernehmen und unter anderem die Bürger Russlands und Belaruss der Visumpflicht unterwerfen. Laut dem *acquis* sind nämlich die beiden Ostanrainer der EU in der so genannten „schwarzen Liste“ von Staaten, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen der Mitgliedstaaten der EU im Besitz eines Visums sein müssen.²

Zu bemerken ist, dass die Änderung des Freizügigkeitsregimes unter allen Folgen der Osterweiterung für Staatsangehörige von Russland und Belarus eine besonders große Reichweite hat, denn die ganze Bevölkerung von Nachbarstaaten der EU ist unmittelbar betroffen. Der ukrainische Präsident brachte diese Wahrnehmung eines Ausgliederungseffektes auf der Jalta-Konferenz zur Ostsee-Schwarzmeer-Kooperation im September 1999 am deutlichsten zum Ausdruck, als er von der Errichtung eines „Papiervorhanges“ um die EU sprach.² Zur Brisanz der Frage tragen neben ihrer symbolischen Bedeutung (ein Gegensatz zu Ideen wie gemeinsames Haus Europa oder Stabilitäts- und Sicherheitsraum zwischen Vancouver und Wladiwostok) auch wirtschaftliche Implikationen (insbesondere Grenzhandel) bei.

Neue Rahmenbedingungen der Liberalisierung der Freizügigkeitsregime für Staatsangehörige von Russland und Belarus

Die Führungen von Russland und Belarus mussten im Zuge der Osterweiterung der EU feststellen, dass die Rahmenbedingungen der Liberalisierung der Freizügigkeit sich grundsätzlich geändert haben. Zum wichtigsten Gesprächspartner von Minsk und Moskau wurden nicht mehr ausschließlich Vilnius, Riga, Tallin und Warschau, sondern auch Brüssel. Für Anrainer der EU wie Russland und Belarus erhob sich dabei die Frage, ob und unter welchen Bedingungen eine Flexibilität bei der Umsetzung des Schengener *acquis* möglich ist.

In Außenbeziehungen der EU gibt es heute einige konkurrierende Vorstellungen hinsichtlich des Umgangs mit den unmittelbaren Nachbarstaaten. Die EU setzt zum einen Schwerpunkte auf Verringerung der Asymmetrien zwischen Neumitgliedern und Ostanrainern, wirtschaftliche Entwicklung und grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Dieses Prinzip liegt der Entwicklung

¹ Dieser Beitrag basiert auf der Doktorarbeit der Autorin („Politik von Russland und Belarus gegenüber der EU im Kontext der Osterweiterung dieser Organisation“), welche im Rahmen des Promotionskolloquiums „Europa und die Osterweiterung der EU“ (Universität Erlangen-Nürnberg und Hanns-Seidel-Stiftung) entwickelt wird, sowie auf der Untersuchung im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes an der Universität Leuven (Chair Interbrew Baillet Latour).

² Anhang 1 zur Verordnung (EG) Nr. 539/2001 v. 15. März 2001, EG-ABl. 2001, L81/1 ff. Official Journal of the European Communities, L 81, 21.03.2001. Im Anhang 2 zu demselben Dokument sind vierunddreißig Staaten aufgelistet, deren Bürger in die EU visumsfrei einreisen können. Diese Länder haben kein Rückübernahmeabkommen mit der EU.

² RFE/RL Newline: “Kuchma appeals not to create paper curtain in Europe” Vol. 3, No. 178, Part II, 13. September 1999

der Europäischen Union selbst zugrunde und findet seinen Ausdruck in Außenbeziehungen der EU, in Initiativen wie die der Euroregionen oder der Nördlichen Dimension der GASP. In diesem Sinne durften die Nachbarstaaten der EU erwarten, dass diese Organisation auch in den Beziehungen mit ihren Ostanrainern Schwerpunkte auf ähnlichen Maßnahmen setzt. Eine flexible Regulierung der Freizügigkeit ergänzt in diesem Sinne besonders gut die von der EU verkündete Bestrebung, eine Zone der Stabilität, Gerechtigkeit und des Wohlstands im europäischen Raum zu schaffen.

Zu den Prioritäten der EU gehört zum anderen dennoch auch die Verhinderung des Importes der Instabilität aus ihren östlichen Nachbarstaaten. In der EU wird befürchtet, dass die neue, „asymmetrische“ Grenze zum Anstieg von Grenzüberschritten illegaler Zuwanderer und damit zur Aktivierung der organisierten Kriminalität führt. Eine der Antworten auf die neue Herausforderung ist die Verstärkung der Kontrollen an den Außengrenzen der EU, eine Tendenz, welche durch Anschläge zuerst in den USA, und später in Madrid und London an Bedeutung gewann. Obwohl viele Experten (sowohl innerhalb als außerhalb der EU) der Meinung sind, dass die Verstärkung der Außengrenzen allein für die Bekämpfung der Instabilität, die aus dem Osten kommt, ungenügend ist³, hängen die Perspektiven der Liberalisierung der Freizügigkeit dennoch in vielem von der Glaubwürdigkeit des jeweiligen Staates als Stabilitäts- und Sicherheitsproduzent ab.⁴ Damit wird die Kontrolldimension der Freizügigkeitsfrage, welche neben militärischen und technischen Aspekten (Grenzinfrastruktur, Grenztruppen) ein wichtiges politisches Instrument enthält, nämlich den Abschluss des Rückübernahmeabkommens, zum Schlüsselfaktor.

Schließlich kann ein weiteres Konzept in Bezug auf die Freizügigkeitsfrage in Außenbeziehungen der EU ausgegliedert werden, nämlich das Konzept der bedingten Offenheit der EU (*conditional openness*), nach dem die EU unabhängig vom Kooperationsbereich erst dann eine Annäherung an ihre Anrainerstaaten eingeht, wenn diese gewisse Voraussetzungen der Union erfüllen. Dieses Prinzip der „Struktur-Außenpolitik der EU“ hat seine Anwendung vor allem in Festlegung der Bedingungen für den Beitritt zur EU gefunden⁵ und liegt darüber hinaus der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) zugrunde.⁶ Zu einer spannenden Frage wurde die Reaktion der nichtbeitrittswilligen Nachbarstaaten der EU auf die Einschränkung der Freizügigkeit mit den Neumitgliedern wie Polen und den baltischen Staaten, welche die weitere Zusammenarbeit mit der EU vom Erfolg der Verhandlungen über die Gestaltung der neuen Freizügigkeitsregime abhängig machen können.

³ Potemkina, Olga (2004): “Ramifications of Enlargement for EU-Russia relations and the Schengen regime”. In: Apap, Joana (Ed.): “Justice and Home Affairs in the EU-Liberty and Security Issues after Enlargement” SS. 315–316.

⁴ “Illegal immigration represents one of the basic criteria for the determination of those third countries whose nationals are subject to the visa requirement, besides other criteria such as public policy and security, EU’s external relations, regional coherence and reciprocity.” Communication from the Commission to the European Parliament and the Council in view of the European Council in Thessaloniki on the development of a common policy on illegal immigration, smuggling and trafficking of human beings, external borders and return of illegal residents. Brussels, 3.6.2003, COM(2003) 323 final.

⁵ Keukeleire, Stephan (2002): “Reconceptualizing (European) Foreign Policy: Structural Foreign Policy” Paper for the First Pan-European Conference on European Union Politics, Bordeaux, 26–28.09.2002: p. 12; Pridham, Geoffrey (1999): “The European Union, Democratic Conditionality and Transnational Party Linkages. The Case of Eastern Europe” in: Grugel, Jean (Hrsg.) (1999): Democracy Without Borders: Transnationalisation and Conditionality in New Democracies” Routledge, ECPR Studies in European Political Science, No. 10, London: p. 60.

⁶ “In return for concrete progress demonstrating shared values and effective implementation of ... reforms ... the EU’s neighbourhood should benefit from the prospect of a stake in the EU’s Internal Market”. Commission of the European Communities: “Wider Europe-Neighbourhood. A New Framework for Relations with our Eastern and Southern Neighbours.” Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Brussels. 11.03.2003 COM (2003) 104 final.

Verhandlungen der EU mit den Anrainerstaaten und ihre Implikationen

Extrapolation der Freizügigkeitsfrage auf die Beziehungen mit der EU

Eine der dringendsten Fragen, die im Kontext der Osterweiterung der EU für Russland entstanden sind, ist die Visumpflicht für Staatsbürger der RF zwischen der Kaliningrader Oblast und dem Kernland. Sowohl Russland als auch die EU konnten trotz ihrer anfänglich kategorisch formulierten Forderungen (Freizügigkeit zwischen den Regionen seitens Russland *versus* die Ablehnung des visumsfreien Transits seitens der EU⁷) zu einem Kompromiss kommen, nämlich zu dem vereinfachten Reisedokument. Dass die problemorientierte Entstellung eines Drittstaates akzeptiert wurde, ist ein Novum verglichen mit anderen Erweiterungen der EU. In dieser Hinsicht ist es hervorzuheben, dass die „Europäisierung“ von Nachbarstaaten sich vom „normalen“ Prozess in Kandidatenländern unterscheidet.

Das Freizügigkeitsproblem wurde zu einer kritischen Frage hinsichtlich der Wahrnehmung der EU in Staaten „außerhalb“ dieser Organisation. In der Debatte zur Visumsfrage fällt in Russland und auch anderen Nachbarstaaten der EU auf, dass die Einführung von Visen eine große Zahl der Anhänger einer problemorientierten Richtung angezogen hat. Vorschläge der kooperationsorientierten Politiker, einseitige Vereinfachung des Visumregimes einzugehen, werden dabei (auch von Außenministerien) scharf kritisiert. Die EU wird als ein konfliktproduzierender Akteur porträtiert, und muss durch konkrete Schritte seine Bereitschaft beweisen, neue Linien in Europa zu verhindern. Dennoch führt die Tatsache, dass die EU Besorgnisse der Nachbarstaaten zur Kenntnis nimmt und entsprechend handelt, dazu, dass man von der EU als einem Konfliktproduzenten nur eingeschränkt sprechen kann. Obwohl Staaten wie Russland und Belarus kurz- und mittelfristig kaum mit einem visumsfreien Regime mit der EU rechnen können, gibt es auch für nichtbeitrittswillige Nachbarstaaten der EU Möglichkeiten zur Liberalisierung des Freizügigkeitsregimes. Insgesamt hängt es ebenso von Nachbarstaaten der EU ab, ob die neue Grenze zu einer „Trennlinie“ oder einer einschließenden, kooperationsfördernden Grenze wird.

Der Wettbewerb der Konzepte der Außenbeziehungen der EU und die Politik der Ostanrainer

Obwohl Belarus an der ENP als einer neuen Form der engeren Zusammenarbeit mit der EU Interesse zeigte⁸, wurde das Land aus dem Programm ausgeschlossen⁹. Damit steht die EU im Fall von Belarus dennoch vor einem Dilemma. Einerseits ist – in Übereinstimmung mit dem Konzept von *conditional openness* – verkündet worden, dass die Annäherung an die EU vor allem von der Durchführung demokratischer Reformen abhängt. Gleichzeitig ist dennoch die EU an der Vertiefung der Kooperation mit Belarus in Bereichen, welche die gemeinsame Grenze betreffen, interessiert. So ist Belarus unter dem gemeinsamen Nachbarschaftsinstrument der EU (ehemalige Programme TACIS und Euroregionen mit der Erhöhung der Finanzierung) nach wie

⁷ “Travel, for whatever purpose, to or through EU Member States will require possession of a visa.” Commission of the European Communities: “The EU and Kaliningrad”, Communication from the Commission to the Council, Brussels, 17.01.2001, COM (2001) 26 final.

⁸ Martynov, Sergey, Ambassador of the Republic of Belarus to Belgium, Head of the Mission to the European Communities, and Head of the Mission to the North Atlantic Treaty Organization (2002): “European Union – Belarus: The Time Requirements” „Belarus in the world“ magazine No. 2 (2002).

⁹ “The picture is, I regret to say that, very gloomy. So far, we don’t have cooperation with the government of that country. We don’t have contractual relations. There is no dialogue at all. And I think in the present situation there is no way to discuss with Belarus an action plan. We are still at square number one.” Günter Verheugen zitiert nach: Lobajkas, Ahto (2004): “European Union unveils details of European Neighbourhood Policy” RFE/RL Newline, Volume 8, Number 91, 14. Mai 2004.

vor eingeschlossen. Damit gewinnt die Kontrolldimension in Beziehungen zwischen Belarus und der EU an Bedeutung. Die Frage, die in diesem Zusammenhang entsteht, ist: Kann ein Land wie Belarus aus der Vertiefung der Kooperation mit der EU Vorteile ziehen, indem es die Forderungen der EU, nämlich die Durchführung von demokratischen Reformen, nicht erfüllt?

Die belarussische Führung ist überzeugt, dass die Annäherung an die EU ohne Änderung des politischen Kurses möglich ist. Im Hinblick auf die Freizügigkeitsfrage wird aus allen Konzepten, welche der Regulierung des Freizügigkeitsregimes zugrunde liegen, Schwerpunkte im Bereich Kontrolldimension gesetzt. In dieser Hinsicht handelt Belarus kooperationsorientiert und erklärt sogar, dass es zum Abschluss des Rückübernahmeabkommens mit der EU grundsätzlich bereit ist.¹⁰ Als eine Gegenleistung der EU wird dabei weniger die umfassende Liberalisierung des Freizügigkeitsregimes erwartet, als die Erhöhung der Finanzierung für die Grenzinfrastuktur und das -management.

Was die demokratische Opposition in Belarus anbetrifft, wird das Image der EU als eines Konflikt produzierenden Akteurs abgelehnt. Wenn es eine Trennlinie zwischen Belarus und der EU gibt, sei dafür vor allem die Führung von Belarus durch ihre Selbstisolationspolitik verantwortlich. Insofern führt die Einschränkung der Freizügigkeit der Personen zu einer Revision der bisherigen Politik der Führungen von Nachbarstaaten gegenüber der EU. Zu berücksichtigen ist dennoch, dass auch die Vertreter der demokratischen Opposition in Belarus der EU ebenso keine Liberalisierung des Freizügigkeitsregimes verlangen, sondern auf Maßnahmen wie Vereinfachung der Einreisebestimmungen für Personen, die in Programmen der EU teilnehmen, bestehen. Die Einreise der Hohen Beamten der EU sollte dabei nach wie vor nach dem Konzept der *conditional openness* reguliert werden.¹¹

Die Konsistenz der Politik der EU und Implikationen für die GUS-Staaten

Aus den Verhandlungen zwischen der EU und Russland ging ein neues langfristiges Ziel der Zusammenarbeit hervor: der visumsfreie Verkehr zwischen Russland und der EU. Im Zusammenhang damit rückten das Rückübernahmeabkommen und die Bedingung der Unterzeichnung desselben in den Vordergrund. Russland muss dabei höchstwahrscheinlich auch den visumsfreien Personenverkehr mit anderen GUS-Staaten, welcher gegenwärtig mit einem Minimum von Kontrollen erfolgt, aufgeben. Insofern löst die Unterzeichnung des Rückübernahmeabkommens eine Revision der Beziehungen zwischen den GUS-Staaten aus.

Gleichzeitig erhebt sich die Frage nach der Regulierung der Freizügigkeit und Migration in Europa. Folgen der Verhärtung der Außengrenzen der EU werden von dieser Organisation immer noch nicht systematisch angegangen. Jeder Beitrittskandidat strebt danach, ein liberales Freizügigkeitsregime an seinen westlichen Grenzen zu schaffen und ein strengeres an den östlichen Grenzen einzuführen. Dieser Prozess wird nun auf den GUS-Raum weiter verschoben, so dass die Territorien einzelner Staaten zum Sammelpunkt der illegalen Zuwanderer werden könnten.¹² Das Ausmaß, unter welchem die EU die Besonderheit ihrer östlichen Nachbarschaft berücksichtigen kann und will und wie sich diese Organisation ihre Rolle im europaweiten Regime der Regulierung der Freizügigkeit der Personen vorstellt, bleibt unklar. Gegenwärtig besteht offenbar für einzelne Staaten die Möglichkeit, die Kooperation mit der EU auf Kosten anderer Staaten zu vertiefen.

Was die EU anbetrifft, so werden die Abstimmung der Rückübernahmeabkommen mit jedem ihrer Nachbarstaaten sowie die Festlegung von Fristen und Spielregeln der Liberalisierung der

¹⁰ Eigene Interviews im Zuge der Mission von Belarus bei den EG im Oktober 2005, Persönliche Mitteilung von Dmitry Loischa (Experte zu der Freizügigkeitsfrage, Belarus) im Juli 2006.

¹¹ Romanchuk, Jaroslaw (2006): "Belarus und die Europäische Union: Varianten einer gemeinsamen Zukunft" (*Беларусь и Европейский союз: варианты совместного будущего*) <http://liberty-belarus.info/content/view/347/54/>

¹² Peers, Steve (2003): „Readmission agreements and EC external migration law“ Statewatch analysis no 17.

Freizügigkeitsregime zu ihren neuen Herausforderungen avancieren. Während die Ukraine und Moldawien als beitrittswillige Nachbarstaaten der EU die Liberalisierung des Visumregimes als ein Signal der Anerkennung ihrer Bemühungen auf dem Weg zu demokratischen Reformen ansehen, ist die Position von Russland und Belarus grundsätzlich anders: die Liberalisierung der Freizügigkeit wird nicht mit der Durchsetzung von demokratischen Reformen in Verbindung gebracht. Wenn die Liberalisierung des Freizügigkeitsregimes mit Russland schneller voranschreiten sollte als in den beitrittswilligen Staaten Moldawien oder der Ukraine, erhebt sich freilich die Frage nach der Konsistenz der Politik der EU.

Eine Chance für die Zusammenarbeit? Der Osterweiterungsprozess und die Entstehung neuer Kooperationsformen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren

Der Beitritt zur Europäischen Union ist für die Staaten Ostmitteleuropas mit Vor- und Nachteilen verbunden. Einerseits können der Beitritt und die Übernahme des europäischen Rechts den Transformationsprozess fördern und beschleunigen, andererseits stellt der Beitritt auch eine große Herausforderung für diese Länder dar. So wurde in den Kopenhagener Kriterien unter anderem verankert, dass Beitrittskandidaten den gesamten *acquis communautaire* bis zum Beginn ihrer Mitgliedschaft übernehmen müssen. Die Kandidaten sind außerdem dazu angehalten, die notwendigen politischen Institutionen aufzubauen, um das Europarecht effektiv umsetzen zu können. Verschiedene theoretische Ansätze argumentieren, dass die Beteiligung nicht-staatlicher Akteure (Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen) an diesem Prozess, zu einer besseren, da effektiveren und legitimeren Umsetzung der EU Policies führt. Dieser Beitrag untersucht, ob diese Annahmen gerechtfertigt sind und der Erweiterungsprozess zu mehr Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in den Kandidatenländern führt. Zunächst gebe ich einen Überblick über die, aus verschiedenen Theorien abgeleiteten Erklärungen, warum Kooperation für die verschiedenen Akteursgruppen wichtig ist. Im zweiten Teil stelle ich kurz die empirischen Erkenntnisse zur Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren bei der Umsetzung ausgewählter EU Umweltrichtlinien in Polen vor.

Warum Kooperation im Erweiterungsprozess?

Argumente aus verschiedenen Theorien deuten darauf hin, dass die Effektivität und Legitimität in Bezug auf die Umsetzung des EU Rechts erhöht werden kann, wenn Kooperation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren stattfindet¹. Aus der Perspektive des Rationalismus ergeben sich für beide Akteursgruppen unterschiedliche Nutzen und Risiken, wenn sie miteinander kooperieren.

Aus staatlicher Sicht legt die Transaktionskostentheorie nahe, dass die Einbindung von privaten Akteuren in den Politikprozess lange Verhandlungen und Diskussionen verhindert und so Kosten bereits bei der Politikformulierung reduziert werden. Dadurch, dass relevante Akteure bereits bei der Politikformulierung einbezogen werden und die Instrumente zur Umsetzung mitbestimmen können, erhöht sich ihre Zustimmung zu den getroffenen Entscheidungen (Eppstein und O'Halloran 1999; Héritier 2003). Im Gegensatz dazu ließe sich natürlich auch argumentieren, dass die steigende Anzahl der Teilnehmer den Verhandlungsprozess verlängert und erschwert. Die Einbeziehung aller relevanten Akteure in den Politikprozess birgt weitere mögliche Vorteile: die soziale Akzeptanz (Legitimität) kann erhöht werden und die Betroffenen einer Regelung können sich mit dieser eher identifizieren, was die Einhaltung von Regelungen erhöht. Die Implementierung wird erleichtert. Des Weiteren können Vetospieler und Opposition

¹ Für einen umfassenden Überblick über die theoretischen Argumente siehe Börzel, Tanja A. 1998. Organizing Babylon. On the different conceptions of policy networks. *Public Administration* 76:253–273, Börzel, Tanja A., Sonja Guttenbrunner, and Simone Seper. 2005. Conceptualizing New Modes of Governance in EU Enlargement. Contractual Deliverable, www.eu-newgov.org, Free University Berlin, Héritier, Adrienne. 2003. New Modes of Governance in Europe: Increasing Political Capacity and Policy Effectiveness? In *The State of the European Union, 6 – Law, Politics, and Society*, edited by T. A. Börzel and R. Cichowski. Oxford: Oxford University Press.

umgangen werden, da sich die privaten Akteure eher mit Policies identifizieren, an denen sie mitgewirkt haben, und so vielleicht auch nach einem Machtwechsel auf staatlicher Seite an den ursprünglichen Entwürfen zur Umsetzung einer gewissen EU Richtlinie festhalten möchten. Durch die bereits angesprochene Erhöhung der Legitimität wird eventuellen Gegnern und Kritikern der Regelung der Wind aus den Segeln genommen. Ein weiteres ganz wichtiges Argument ist das Wissen, dass durch die Beteiligung einer möglichst breiten Öffentlichkeit akquiriert werden kann (Moe 1987). Gerade die Staaten Ostmitteleuropas, denen es an administrativer Kapazität mangelt, könnten hier von den Ressourcen privater Akteure profitieren.

Welche Vorteile erwarten sich aber nicht-staatliche Akteure, also Unternehmen, Gewerkschaften, Verbände, Interessensgruppen, Vereine, etc. wenn sie eine solche Kooperation eingehen? Ein Grund ist sicherlich der Einfluss, den sie durch die Beteiligung am Politikprozess gewinnen. Sie können die sie betreffende Politik zu einem gewissen Grad mitgestalten und so möglicherweise die Kosten zur Einhaltung einer Regelung niedriger halten. Nicht nur für die staatlichen Akteure ist das Know How der nicht-staatlichen Akteure interessant, auch für nicht-staatliche Akteure könnten die Informationen, zu welchen sie durch die Zusammenarbeit Zugang bekommen, ein wichtiger Anreiz für Kooperationen sein.

Natürlich sind solche rationalistischen Überlegungen auch immer mit der Abwägung der Kosten von Kooperationen verbunden. Gerade auf staatlicher Seite ergeben sich einige Risiken, wenn sie nicht-staatliche Akteure einbinden. Es können Informationsasymmetrien auftreten. In einem Bereich, in dem private Akteure einen Wissensvorsprung haben, besteht die Gefahr, dass staatliche Akteure den Überblick und damit Einfluss auf diesen Regelungsbereich verlieren. Die staatlichen Akteure müssten Angst haben, dass nicht-staatliche Akteure ihre Aufgaben übernehmen, vorwiegend in ihrem eigenen Interesse handeln und der Staat keine Kontrolle mehr hat. Bei Kooperation jeglicher Art kommt hinzu, dass die Beteiligten sich nie sicher sein können, zu welchem Zeitpunkt sich der oder die anderen Beteiligten aus der Zusammenarbeit zurückziehen beziehungsweise zu Trittbrettfahrern werden. Hier tritt dann ein typisches Problem kollektiven Handelns auf.

Abbildung 1: Kosten und Risiken von Kooperation

	Nutzen	Risiken
staatliche Akteure	Wissen Effektivität Legitimität	Informationsasymmetrien Autonomieverlust
nicht-staatliche Akteure	Einfluss auf die Gesetzgebung Verringerung von Kosten Wissen	Trittbrettfahrer

Polen und die Umsetzung von vier EU Umweltrichtlinien²

Die Frage ist nun, ob und unter welchen Bedingungen es zur Kooperation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren im Erweiterungsprozess kommt. Dies soll am Beispiel von vier europäischen Umweltrichtlinien in Polen gezeigt werden. Einerseits könnte es im Osterweite-

² Diese Fallstudie wurde im Rahmen des im 6. Rahmenprogramm der EU finanzierten Projektes „New Modes of Governance – Coping with Accession“ durchgeführt. Nähere Informationen unter <http://www.eu-newgov.org/>

rungsprozess der EU zu vermehrter Kooperation kommen, da die Staaten eher schwache Kapazitäten haben und gleichzeitig der Herausforderung gegenüberstehen, den *acquis communautaire* umzusetzen. Andererseits sind es gerade schwache Staaten, die die genannten Risiken zu fürchten haben. Im Fall der Umsetzung von Umweltrichtlinien in Polen scheint letzteres der Fall zu sein. Um die nicht-hierarchische Kooperation von staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in diesem Bereich zu untersuchen, wurden exemplarisch vier Richtlinien ausgewählt. Zwei dieser Richtlinien, nämlich die Großfeuerungsanlagenrichtlinie³ und die Trinkwasserrichtlinie⁴ sind Regelungen, die sehr hierarchisch in ihrer Charakteristik sind. Die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung⁵ und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie⁶ sehen jedoch die Einbeziehung von nicht-staatlichen Akteuren bereits in ihren Verfahren vor. In den ersten beiden Richtlinien würde man also eher keine Kooperation erwarten, obwohl gerade diese Richtlinien sehr technisch sind und hohe Anpassungskosten verursachen, was für die Beteiligung privater Akteure und die Nutzung ihrer Ressourcen sprechen würde. Die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie hingegen sind Fälle, in denen das Auftreten von Kooperation wahrscheinlich ist.

Erste empirische Resultate zeigen jedoch, dass zur Umsetzung der genannten Richtlinien kaum nicht-staatliche Akteure in den Politikprozess miteinbezogen wurden. Was sind die Hauptgründe für die fehlende Kooperation?

Wie es scheint, sind die Risiken einer Kooperation für einen Staat, der durch den Transformationsprozess noch geschwächt ist, zu groß. Schwache finanzielle und administrative Ressourcen im polnischen Umweltbereich führen nicht zu vermehrter Kooperation, sondern im Gegenteil zu einer strikten hierarchischen Umsetzung der von der EU vorgegebenen Ziele. Dies kann bei beiden Arten von Richtlinien beobachtet werden. Nur für die Kennzeichnung der in der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie verlangten, schützenswerten Gebiete wurden Aufträge an private Institute und Umweltorganisationen vergeben. Dies kam aber erst zu Stande, nachdem die Europäische Kommission Druck auf das polnische Umweltministerium ausübte, ihre Inventarisierung dieser Gebiete zu verbessern. Im Fall der Umweltverträglichkeitsprüfung scheint alles darauf hinzudeuten, dass die Umsetzung im Endeffekt sehr schnell erfolgen musste um EU Förderungen zu sichern und daher auf eine breite Einbeziehung verschiedenster Akteure verzichtet wurde. Im Falle Großfeuerungsanlagen- und Trinkwasserrichtlinie sind vermutlich fehlende administrative Kapazitäten für fehlende Kooperation verantwortlich. Angst vor Informationsasymmetrien und somit die Angst, den Prozess nicht mehr vollständig steuern zu können, scheint hier ausschlaggebend zu sein.

Die Herausforderung, die Bedingungen für die EU Mitgliedschaft zu erfüllen, hat in der polnischen Umweltpolitik nicht zu mehr Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren geführt. Weitere Forschung muss sich noch intensiver mit der Frage beschäftigen, warum dies nicht der Fall war. Vor allem müssen die Anreizstrukturen nicht-staatlicher Akteure untersucht werden. Welche Anreize haben nicht-staatliche Akteure Kooperationen einzugehen, warum üben sie nicht mehr Druck auf öffentliche Akteure aus, sie in den Politikprozess mit einzubeziehen? Außerdem wäre es interessant, weitere Untersuchungen in anderen Politikfeldern durchzuführen, um die Bedeutung von politikfeldspezifischen Faktoren zu überprüfen und die Bedingungen für die Entstehung neuer Kooperationsformen im Erweiterungsprozess herauszufinden.

³ Richtlinie 2001/80/EG zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft

⁴ Richtlinie 98/83/EG über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch

⁵ Richtlinie 97/11/EG zur Änderung der Richtlinie 85/337/EWG über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten

⁶ Richtlinie 92/43/EWG zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat)

Literatur

- Börzel, Tanja A. 1998. Organizing Babylon. On the different conceptions of policy networks. *Public Administration* 76:253–273.
- Börzel, Tanja A., Sonja Guttenbrunner, and Simone Seper. 2005. Conceptualizing New Modes of Governance in EU Enlargement. Contractual Deliverable, www.eu-newgov.org, Free University Berlin.
- Eppstein, David, and Sharyn O'Halloran. 1999. *Delegating Powers: A Transaction Cost*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Héritier, Adrienne. 2003. New Modes of Governance in Europe: Increasing Political Capacity and Policy Effectiveness? In *The State of the European Union, 6 – Law, Politics, and Society*, edited by T. A. Börzel and R. Cichowski. Oxford: Oxford University Press.
- Moe, Terry. 1987. An Assessment of the Positive Theory of Congressional Dominance. *Legislative Studies Quarterly* 12 (4):475–520.

Allianzen für die europäische Wertegemeinschaft: Staat und Zivilgesellschaft in Estland

Wie die Athener Erklärung, die bei der Unterzeichnung des Beitrittsvertrages von den Staats- und Regierungschefs der dann 25 EU-Staaten abgegeben wurde, zeigt die Debatte um den (Nicht-)Beitritt der Türkei, dass die EU den Anspruch hat, eine politisch-normative Union, eine Wertegemeinschaft, zu sein. Das Konzept EU ist das einer transnationalen Gemeinschaft, in der „Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität geübt werden“ und alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von Geschlecht, ethnischer Herkunft, Behinderung und anderen Merkmalen frei von Diskriminierung leben sollen.¹ Die in Deutschland heftig geführte Diskussion um die Umsetzung des EU-Antidiskriminierungsrechts² ist ein Beispiel dafür, wie schwer sich Nationalstaaten mit der Konkretisierung des Bekenntnisses zur Wertegemeinschaft tun. Auch die Länder Mittel- und Osteuropas, die der EU beigetreten sind und auf die wirtschaftlichen und normativ-rechtlichen Vorgaben des Acquis konditioniert wurden, diskutieren, wie die darin implizit und explizit enthaltenen politisch-normativen Ansprüche der EU einzulösen sind.

Staatliche Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen in den jungen post-kommunistischen Ländern ist wesentlich durch den europäischen Normentransfer beeinflusst. Ausgehend von meiner Untersuchung zur Entwicklung der Gleichstellung in Estland möchte ich nationale Merkmale dieses Politikfeldes darstellen, da sie institutionellen „Mustern“ entsprechen und „Trends“ (Junge Osteuropa-Experten 2006) staatlich-gesellschaftlicher Interaktion aufweisen, die für das Wachsen einer europäischen Wertegemeinschaft von entscheidender Bedeutung sein können³.

Endet die Wertegemeinschaft im Osten bei der Gleichstellung?

Die Propagierung europäischer Grundwerte wie Gleichheit und Solidarität trifft bei vielen der ehemals sozialistisch regierten Länder nicht auf taube, sondern auf überstrapazierte Ohren. Die Begriffe der EU sind oft die gleichen wie die der kommunistischen Zeit, auch wenn heute andere Konzepte dahinter stehen. So bezieht sich der europäische Begriff der „Gleichheit“ auf das gesellschaftliche Ziel der Gleichwertigkeit der Ausgangsbedingungen (Chancengleichheit) und nicht auf Gleichheit als Ergebnis eines Verteilungsprozesses (Ergebnisgleichheit).

Politisch-normative Diskurse haben nach Jahrzehnten der Staatspropaganda oft einen schlechten Beigeschmack – und das nicht weniger, wenn sie von einer supranationalen Institution kommen, die unter Umständen Abstriche an der endlich erlangten Souveränität verlangt. Die Ablehnung trifft insbesondere die Diskurse, die die Einlösung der letzten Versprechen des aufklärerisch-liberalen Emanzipationsprojektes, wie z.B. die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, befördern wollen.

Der „sowjetische Mensch“ war, wie das Ideal „des (liberalen) Bürgers“ auch, geschlechtsneutral. Jedoch wurde ihm, anders als dem „Mensch und sein[em] Weib“ (Dölling 1991) nicht eine bürgerliche Ehefrau und Mutter zur Seite gestellt, sondern die Arbeiterin, die wie er auch Traktor fuhr. Die Traktoristin ist das Sinnbild für den bis heute wirkungsmächtigen Mythos der real

¹ Athener Erklärung abgedruckt u.a. in Europäische Kommission 2003.

² U.a. Artikel 13 Amsterdamer Vertrag, Richtlinie 2002/73/EG („Gender RI. I“), Richtlinie 2000/43/EG („Antiras-sismus RI.“), Richtlinie 2000/78/EG („Rahmen RI. zur Gleichbehandlung“). Siehe z.B. Baer 2006, Angerjäv 2006.

³ Die Untersuchung schließt an meine Beratungstätigkeit im PHARE Projekt „Development of Administrative Capacities of National Authorities in the Field of Gender Mainstreaming“ (2004-2005) an.

existierenden Gleichberechtigung von Mann und Frau im Sozialismus. Estnische Gleichstellungsakteurinnen führen es ironisch an, um zu erklären, weshalb, insbesondere bei Frauen, der Gleichstellungsdiskurs der EU auf so wenig Interesse stößt.

In Estland knüpft die politische Elite vielfach an Konzepte der Zeit der ersten Unabhängigkeit zwischen den Weltkriegen an. Dies gilt beispielsweise sowohl für das Thema Staatlichkeit als auch für das Thema Gender (Vorstellungen über Männlichkeit und Weiblichkeit, Geschlechterrollen, etc.). Bei Letzterem gilt, dass nicht mehr politische Setzungen – egal woher sie kommen –, sondern das vermeintlich natürliche Wesen von Frauen und Männern die gesellschaftlichen Positionen verteilen solle. Die europäischen Vorstellungen wie Gleichberechtigung entsprächen nicht der estnischen Gesellschaft und Kultur (vgl. Laas 2003).

Bei der Frage der Gleichberechtigung treffen sich die sonst als europafreundlich geltenden Esten mit den europaskeptischen Polen (vgl. Keinz 2006). Die ideologischen Erbschaften (Legacies) scheinen eine östliche Grenze für die Rezeptivität emanzipatorischer Werte hinterlassen zu haben.⁴

Die gesellschaftspolitische Avantgarde sitzt im Ministerium

Die Entwicklung von Wertegemeinschaften funktioniert nicht über obrigkeitsstaatliche Steuerungsinstrumente wie Gebote oder Verbote (government). Regierung und Verwaltungen sind vielmehr auf die Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren angewiesen (governance). Die öffentliche Verwaltung, insbesondere die Ministerialverwaltung, hat als Entwicklerin von Gesetzen und als Verteilerin von Geldern für gesellschaftliche Interessengruppen (Empowerment) sowie als Zentrum fachlicher Kompetenz eine Schlüsselrolle bei der Diffusion von Werten inne. Dies trifft vor allem auf Länder mit noch nicht konsolidierten Parteien und instabilen Regierungen, wie es junge Demokratien häufig sind, zu. Denn diese Akteure können der Verwaltung unter den gegebenen Umständen ihre Position nicht streitig machen.

Die politische Entwicklung im Westen zeigt, dass der Staat für die Umsetzung demokratischer Ansprüche auf gesellschaftliche Gruppen angewiesen sein kann und erst auf ihren Druck hin neue Politikfelder in seinen Organisationsstrukturen verankert. Beispiele sind die westeuropäischen Frauen- und Umweltbewegungen. Die gleichstellungspolitische Entwicklung in Estland zeigt aber, dass die Institutionalisierung von neuen Politikfeldern in die Strukturen der Regierungsverwaltungen nicht (mehr) auf Druck von sozialen Bewegungen erfolgt.⁵ Der Druck kommt hier statt dessen von oben: Supranationale Institutionen, die jungen Demokratien ihre Fortschrittlichkeit und demokratische Reife bescheinigen, machen ihnen die Gleichstellungspolitik zur Aufgabe. So wurden in Estland durch die Plattform von Peking (UNO) und den Acquis Communautaire (EU) Antidiskriminierung, Frauenförderung und Gender Mainstreaming⁶ zu staatlichen Aufgaben. Die estnische Ministerialverwaltung stellte sich den neuen Anforderun-

⁴ An dieser Stelle soll nicht behauptet werden, dass die Haltung gegenüber Gleichstellung in westeuropäischen Ländern und Regionen affirmativer ist. Die Debatten um Gleichstellung werden hier jedoch vor einem anderen Hintergrund als dem der geschichtlichen Erfahrung des Kommunismus, und im Falle Estlands, dem der gerade wieder hergestellten nationalen Souveränität geführt. Dieses gilt nicht nur für die Gleichstellung von Männern und Frauen, sondern auch für die Diskussion der Rechte ethnischer Minderheiten. Darüber hinaus erhält die Gestaltung der Geschlechterverhältnisse, inklusive der Rechte sexueller Minderheiten, in der sehr kleinen, sich vom Aussterben bedroht fühlenden Kulturnation Estland ein spezifisches Gewicht.

⁵ Die in westlichen Demokratien als so wichtig erachtete Rolle von Frauenbewegungen für die Einrichtung staatlicher Gleichstellungsstrukturen (vgl. Stetson und Mazur 1995) ist in Entwicklungsländern, bzw. in „Ländern in Transition“ wie Estland (Randma 2001, S. 50) allgemein von sehr viel geringerer Bedeutung (Valiente 2005).

⁶ Gender Mainstreaming ist eine gleichstellungspolitische Querschnittsstrategie für öffentliche Verwaltungen. Durch systematische Berücksichtigung der Geschlechterverhältnisse in allen Tätigkeitsfeldern sollen unbeabsichtigte Diskriminierungseffekte vermieden werden (s. z.B. http://ec.europa.eu/employment_social/gender_equality/gender_mainstreaming/general_overview_de.html). Ein Instrument hierzu ist die geschlechtersensible Folgenabschätzung (Gender Impact Assessment).

gen. Finanziert durch internationale Organisationen begann sie mit einem Diskriminierungs-screening der bestehenden Gesetze und Verordnungen. Es folgten unter anderem Projekte zur Entwicklung von Verwaltungskompetenz für die neu entstandenen Aufgabenfelder. Die Anforderungen der EU, das Engagement im Bereich Gleichstellung glaubwürdig zu machen, führten zu neuen Institutionen: Rechtzeitig zum Beitritt wurde am 1. Mai 2004 das Gesetz zur Gleichberechtigung der Geschlechter verabschiedet und eine 1996 gegründete Arbeitsgruppe als Gender Equality Referat fest im Sozialministerium verankert.

Der Druck der internationalen Organisationen hat dafür gesorgt, dass sich in Estland trotz der Abneigung gegenüber diesem Thema in Bevölkerung, Parteien und Regierungen eine staatliche Gleichstellungspolitik entwickelt hat. Die finanziellen Mittel der EU (Phare Programme) und der UNO (v.a. UNDP und ILO) ermöglichten einen Wissenstransfer, der einige wenige estnische Staatsbedienstete auf den Stand der westlichen Diskussionen zu Antidiskriminierungsrecht, Frauenförderpolitik und Gender Mainstreaming brachte.⁷ Einen vergleichbaren Wissenstransfer hat es in den estnischen Wissenschaften gegeben, wo sich die Gender Studies etabliert haben. Insbesondere die Kooperation mit nordischen Ländern und damit den Vorreitern in diesen Fragen sorgte dafür, dass die estnischen Beamtinnen mit Zuständigkeit für Gleichstellungspolitik – sogenannte Femokratinnen – auf der Höhe der Zeit sind. Da diese Bediensteten, was in dem offenen Personalrekrutierungssystem Estland nicht selten ist, früher selbst in der universitären Forschung gearbeitet haben, finden auch die akademischen Debatten der Frauen- und Geschlechterforschung Eingang in die staatliche Gleichstellungspolitik. Das Interesse an der politisch bisher relativ wenig beachteten Gruppe der Männer⁸ ist ein Beispiel hierfür.

In der estnischen Verwaltung findet sich nun eine kleine fachliche und politische Avantgarde. Die estnischen Femokratinnen haben einen sehr großen Wissensvorsprung in den Themenfeldern Menschenrechte, Antidiskriminierung und Geschlechterpolitik gegenüber den anderen politischen und administrativen, aber auch gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Sie gehören zu den prominenten und kontinuierlichen Wegbereiterinnen für die Gleichberechtigung in Estland.

Schwacher – aber mobilisierbarer – Druck von unten

Dass der Druck von oben stärker und vor allem kontinuierlicher ist als der Druck von unten, liegt nicht an einem fehlenden zivilgesellschaftlichen Engagement von Frauen. Im kleinen Estland (ca. 1,4 Millionen Einwohner) werden schließlich 182 Frauengruppen gezählt (ENUT). Ihre Zielsetzungen sind aber stärker auf praktische Anliegen von Frauen (z.B. berufliche Fortbildung) ausgerichtet und selten explizit gleichstellungspolitisch (vgl. Laja 2000). Darüber hinaus sind viele Organisationen lose Zusammenschlüsse mit kleinen Mitgliederzahlen. Der Staat unterstützt sie lediglich projektbezogen. Für die operativen Grundlagen wie Personal- und Raumkosten müssen die Vereine selbst sorgen. Entsprechend ist ihr Bestehen von Personal- und Finanzproblemen bedroht, was nicht untypisch für die estnische NGO-Landschaft ist (vgl. Trummal und Lagerspetz 2001).

Die Kooperation der gleichstellungspolitisch interessierten Frauenorganisationen und der Wissenschaft mit den Femokratinnen erscheint vor dem Hintergrund der weniger positiven Erfahrungen der estnischen Bürgerinnen und Bürger mit dem früheren Staatsapparat (vgl. Lagerspetz und Maier 2004, Sootla 2000) erstaunlich frei von Berührungängsten. Ganz offensichtlich hat sich in Estland ein sogenanntes „Samtenes Dreieck“ (Woodward 2003) aus Staat, Gesellschaft und Wissenschaft gebildet, bei dem sich auf der Grundlage gemeinsamer gleichstellungspoliti-

⁷ Zur Frage der Passgenauigkeit westlicher Gleichstellungspolitik und feministischer Debatten für Osteuropa s. z.B. Havelková 1995, Jalušič 2001.

⁸ Ein Beispiel ist die Tagung des estnischen Sozialministeriums „New Masculinity – constructing a broader mind-scape of manhood“ in Tallinn am 7. Dezember 2005.

scher Interessen die jeweiligen Ecken gegenseitig unterstützen: Die Wissenschaftlerinnen nutzen die Universitätsstrukturen, um den Frauenorganisationen Wissen und Vernetzungsstrukturen zur Verfügung zu stellen. Dies und auch der staatliche Bedarf an Forschung zu Geschlechterverhältnissen in Estland stützt die Gender-Studies-Einrichtungen mit einem Bestandsrecht aus. Die NGOs erhalten immerhin projektbezogene Finanzierung und wissen ihre politischen Anliegen bei den Femokratinnen in aktiven Händen. Diese wiederum profitieren von den Wissensbeständen sowohl der NGOs als auch der Wissenschaftlerinnen. In Schlüsselmomenten, wie bei den Lesungen der Gesetzentwürfe zum Gesetz zur Gleichberechtigung, sind die Frauenorganisationen als Lobbygruppe sowie Expertinnen aktivierbar (advocacy coalition). Diese gesellschaftlichen Gruppierungen bilden die Zielgruppe des Gender Equality Referats und garantieren ihm damit Legitimität.

Allianzen für die Wertegemeinschaft

Das Fehlen einer breiten Unterstützung für bestimmte demokratische Werte, auf die sich die Europäische Gemeinschaft beruft, ist in vielen Ländern anzutreffen. In Estland richtet der Staat unter Druck und mit massiver Unterstützung internationaler Organisationen Verwaltungseinheiten ein und befähigt einige Akteurinnen und Akteure, ihre Rolle als „Agents of Change“ zu entwickeln. Ihnen obliegt es, in Zukunft gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, die punktuell zu mobilisieren sind, und mit den Erkenntnissen aus der Wissenschaft, die Akzeptanz und das Interesse in der Bevölkerung für überdrüssige, aber demokratierelevante Themen zu wecken (vgl. auch Franke in diesem Band).

Das Politikfeld Gleichstellungspolitik für Männer und Frauen ist ein Beispiel für den Umgang mit den politisch-normativen Vorgaben der EU. Die estnischen Konstellationen sind auch in anderen Ländern anzutreffen und zeigen, wie sich Allianzen zwischen Staat und Gesellschaft bilden, die einen entscheidenden Beitrag für die Realisierung der Idee einer europäischen Wertegemeinschaft leisten (können). Die Untersuchung dieses „informal governance“ (vgl. Woodward 2003) lohnt sich nicht zuletzt, um für die ausstehende, z.T. konfliktreiche Umsetzung anderer demokratischer Ansprüche – wie den Rechten ethnischer Minderheiten (z.B. in den ehemaligen Sowjetrepubliken, s. Agarín und Zofka in diesem Band) und denen der sexuellen Minderheiten (insbesondere in religiös geprägten post-kommunistischen Staaten) – produktive Lösungswege zu finden.

Literatur

- Angerjäv, Jane: Geschlechtsbezogene Diskriminierung von Frauen in Estland. Utopie kreativ, Nr. 184, Feb. 2006, S. 198–175.
- Baer, Susanne: Europäische Richtlinien. <http://baer.rewi.hu-berlin.de/wissen/antidiskriminierungsrecht/europaeischerichtlinien>. Download: 30. August 2006.
- Dölling, Irene: Der Mensch und sein Weib. Aktuelle Frauen- und Männerbilder, ihre historischen Ursprünge und Perspektiven. Berlin: Dietz Verlag, 1991.
- ENUT Datenbank (Eesti Naisuurimus- ja Teabekeskus; The Estonian Women's Studies and Resource Centre): www.enut.ee. Download: 30. August 2006.
- Europäische Kommission: Unterzeichnung des Beitrittsvertrages. In: Bulletin der Europäischen Union (Bulletin EU) 4-2003. <http://europa.eu/bulletin/de/200304/i1001.htm>. Download: 30. August 2006.
- Havelková, Hana: Real existierender Feminismus. In: Transit, Heft 9 – Sommer 1995: Westliche Theorien – östliche Weisheiten, S. 146–158. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik, 1995.

- Jalušič, Vlasta: Freedom versus Equality? Some Thoughts About Attitudes Towards Gender Equality Politics in Eastern and Central Europe. In: Nagel, Stuart; Robb, Amy (Hrsg.): Handbook of Global Social Policy, S. 297–316, New York, Basel: Marcel Dekker, 2001. Frühere Version als IWM Paper No. 1/1998 online unter www.iiav.nl/epublications/1998/Freedom_versus_Equality.pdf. Download: 30. August 2006.
- Junge Osteuropa-Experten: Call for Papers für die 14. Tagung Junger Osteuropaexperten, 24.-26. November 2006.
- Keinz, Anika: Making gender matter – zur Europäisierung von Gender in Polen. Vortrag vor dem „Gesprächskreis Geschlechterperspektive Ost“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 27. April 2006 (unveröffentlicht).
- Laas, Anu: Abstract – Imported and Non-Ours. Paper presented at Gender and Power in the New Europe, 19.–24. August 2003, Lund, Schweden. www.iiav.nl/epublications/2003/Gender_and_power/5thfeminist/abstract_687.pdf. Download: 30. August 2006.
- Lagerspetz, Mikko; Maier, Konrad: Das politische System Estlands. In: Ismayr, Wolfgang (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, S. 71–110. Opladen: Leske+Budrich, 2004.
- Laja, Reet: Women's organizations as part of the third sector in Estonia. In: Towards a balanced society – women and men in Estonia. S. 66–71. Tallinn: Ministry of Social Affairs und United Nations Development Programme, 2000. Online unter <http://web.archive.org/web/20010820212511/www.undp.ee/gender/en/contents.html>. Download: 30. August 2006.
- Randma, Tiina: Civil Service Careers in Small and Large States – The Case of Estonia and the United Kingdom. Verwaltungsorganisation, Staatsaufgaben und Öffentlicher Dienst, Bd. 47. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2001.
- Stetson, Dorothy McBride; Mazur, Amy G.: Comparative State Feminism. Thousand Oaks, London, u.a.: Sage Publications, 1995.
- Trummal, Aire; Mikko Lagerspetz: The Profile of Estonian Civil Society – a preliminary report on the civicus index on civil society project in Estonia. Civicus Index on Civil Society, Occasional Paper Series 1, Issue 6. Avatud Eesti Fond. 2001.
- Valiente, Celia: Developing Countries Matter: An Overview of Research on State Feminism Worldwide. Paper presented at the ECPR Conference. Granada, 14–19 April 2005. Im Erscheinen (2007) in: Politics & Gender, Journal of the American Political Science Association.
- Woodward, Alison E.: Building velvet triangles: gender and informal governance. In: Christiansen, Thomas; Piattoni, Simona (Hrsg.): Informal governance in the European Union, S. 76–93. Cheltenham, UK; Northampton, MA, USA: Edward Elgar, 2003.

Europäisierung subnationaler Politik und die Rolle lokaler Akteure in Mittel- und Osteuropa

Die empirisch kaum voneinander trennbaren Prozesse der Transformation und Europäisierung in den neuen Mitglieds- und Kandidatenstaaten der Europäischen Union haben bislang wenig Rückhalt in der Theoriebildung erfahren, die in Richtung einer Integration beider Ansätze weisen könnte. Allerdings bietet die Frage, wie transnationale Normen auf lokale Gegebenheiten treffen und sich durch wechselseitige Anpassung verändern, Möglichkeiten, diese zwei Forschungstraditionen sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Sowohl Europäisierungs- als auch Transformationsprozesse schaffen für Akteure auf der lokalen Ebene neue – rechtliche, wirtschaftliche und nicht zuletzt politische – Opportunitätsstrukturen und beeinflussen hierüber die Institutionenbildung sowohl auf der formellen als auch der informellen Ebene. Die Auswirkungen dieser äußeren Rahmenbedingungen sind mehrfach ambivalent. Erstens ergeben sich aus der Vielzahl externer Vorgaben inhärente Widersprüche. Zweitens spielen die lokalen Resonanzstrukturen in Form von „transnational geprägten lokalen Handlungsräumen“ die Rolle von Filtern für die Akzeptanz externer Normen.¹

Diesem Fragenkomplex nähern wir uns im vorliegenden Beitrag in zwei Schritten an. Zunächst stellen wir kurz einige Desiderata der Europäisierungsforschung im Bezug auf Ostmitteleuropa vor, verweisen auf einige blinde Flecken der Forschungsagenda und umreißen Möglichkeiten, wie diese durch Einbettung in die Transformationsforschung ausgeleuchtet werden können. Das verdeutlichen wir in einem zweiten Schritt mit einer Fallstudie. Anders als die Mehrzahl der an dieser Schnittstelle angesiedelten Arbeiten, die ihre Untersuchung auf die nationale Ebene beschränken, fokussieren wir explizit die lokale Ebene: Den empirischen Teil des Beitrags bildet eine Fallstudie aus der westrumänischen Stadt Timișoara. Dabei möchten wir am Beispiel der Privatisierungsgeschichte der öffentlichen Trinkwasserversorgung in Timisoara aufzeigen, wie sich lokale Eliten in ihren im Zuge der Europäisierung veränderten Handlungsräumen zu behaupten lernen.

Das Paradigma der Europäisierung und Dilemmata der Transformation

War die klassische Europäisierungsforschung in erster Linie von bottom-up Ansätzen dominiert, die vor allem zu erklären suchten, warum Staaten Souveränität an Brüssel abtreten, vollzieht sich seit einigen Jahren eine paradigmatische Wende, die durch die Verlagerung des Schwerpunktes auf die Untersuchung der Einwirkung der EU auf die politischen Systeme der Mitgliedsstaaten gekennzeichnet ist.

Eine zentrale Rolle für die Erklärung des innerstaatlichen Wandels nehmen dabei neo-institutionalistische Ansätze ein.² Aus Sicht des der „Logik der Konsequentialität“ folgenden *rationalistischen Institutionalismus* schafft die Europäisierung differenzierte politische Möglichkeitstrukturen und neue Einflussmöglichkeiten für politische und gesellschaftliche Akteure. Als Moderatoren des innerstaatlichen Wandels werden nationale Vetopunkte und formale Institutionen betrachtet. In der Konzeptionalisierung von Knill und Lehmkuhl spielen hierbei

¹ Siehe dazu Baga, E. (2006): *Towards a Romanian Silicon Valley? Local Development in Post-Socialist Europe*, Frankfurt am Main: Campus

² Börzel, T. A. und T. Risse (2000). „When Europe Hits Home: Europeanization and Domestic Change.“ *European Integration online Papers* 4(15): <http://eiop.or.at/eiop/texte/2000-015a.htm>.

politikfeldspezifische Variablen zusätzlich eine Rolle.³ Im Bereich der positiven, markt-korrigierenden Integration werden von der EU institutionelle Modelle vorgegeben, bei denen die Mitgliedsstaaten nur einen begrenzten Spielraum der Implementation haben. Anders verhält es sich im Fall der negativen, markt-schaffenden Integration, in dessen Mittelpunkt der Abbau von Handels- und Wettbewerbshemmnissen, Liberalisierung und Deregulation stehen. Aus der alternierenden Sicht des der „Logik der Verhältnismäßigkeit“ folgenden *soziologischen Institutionalismus* führt Europäisierung zu innerstaatlichem Wandel durch Sozialisationsprozesse, kollektives Lernen und Norminternalisierung. Eine zentrale Rolle spielen dabei Normunternehmer und eine kooperative politische Kultur, die nationale Regelungen indirekt, durch die Änderung der Überzeugungen und Präferenzen von nationalen Akteuren, beeinflussen.

Wie greifen diese – vor allem für den westeuropäischen Europäisierungsprozess entwickelten – Mechanismen im Fall der neuen Mitgliedsländer und Beitrittskandidaten? Die sich Ost- und Mitteleuropa zuwendende Europaforschung betont vor allem die hierarchische, auf Konditionalität beruhende Wirkung der EU in den neuen Mitgliedsstaaten.⁴ Darüber hinaus sind die Ergebnisse breit gestreut: Einerseits wird der positive Einfluss der EU auf die Demokratisierungsprozesse in Ostmitteleuropa betont, doch gleichzeitig, so scheint es, hat diese ihren Demokratiedefizit nach Osten exportiert⁵, die Exekutive zuungunsten der Legislative gestärkt und die Technokratisierung der Politik vorangetrieben.⁶

Gemessen an der Empirie scheinen dabei im Vergleich mit soziologischen Ansätzen die am rationalistischen Institutionalismus orientierten Erklärungsansätze insgesamt viel besser abzuschneiden.⁷ Zumindest teilweise resultiert das aus der eingenommenen top-down Perspektive, dem knappen Zeithorizont und der schwierigen Operationalisierbarkeit von normgeleiteten Prozessen. Für den Mehrwert einer Verbindung der top-down Perspektive mit einer bottom-up Sicht spricht allerdings einiges, denn, anders als die stark juristisch und institutionenökonomisch geprägte Forschung, vermag solch ein Ansatz es womöglich besser, auch jenseits der Transposition oder Scheintransposition von Regelwerken die tatsächlich entstehenden institutionellen Ordnungen und Logiken zu beleuchten.⁸

Ein möglicher Erklärungsansatz für die Wahl und die jeweiligen Ergebnisse bestimmter Transformationsstrategien ergibt sich aus der Fokussierung auf das pfadabhängige Zusammenspiel zwischen dem sozialistischen und vorsozialistischen strukturellen Erbe (*legacies*) einerseits und der Dynamik der post-sozialistischen Einbindung in europäische politische und wirtschaftliche Zusammenhänge andererseits.⁹ „Erbe“ bezieht sich hierbei sowohl auf die materielle und institutionelle Ausstattung der Gesellschaft zum Zeitpunkt der Transformation wie auch auf verschiedene Traditionsstränge, Identitätsdiskurse und Selbstbilder. In diesem Zusammenhang bietet die Europäisierung nicht nur die Chance, dieses „Erbe“ neu zu definieren und wirkungs-

³ Knill, C. und D. Lehmkuhl (2002). „The national impact of European Union regulatory policy: Three Europeanization mechanisms.“ *European Journal of Political Research* 41(2): 255–280.

⁴ Stellvertretend für viele: Schimmelfennig, F. und U. Sedelmeier (Hrsg.) (2005): *The Europeanization of Central Europe*, Ithaca, Cornell University Press.

⁵ Schimmelfennig, Raik, K. (2004). „EU Accession of Central and Eastern European Countries: Democracy and Integration as Conflicting Logics.“ *East European Politics and Societies* 18(4): 567–594.

⁶ Lippert, B., G. Umbach, et al. (2001). „Europeanization of CEE executives: EU membership negotiations as a shaping power.“ *Journal of European Public Policy* 8(6): 980.

⁷ Dimitrova, A. und Rhinhardt, M. (2005): The power of norms in the transposition of EU directives, *European Integration online Papers*, 7 (16): <http://eiop.or.at/eiop/texte/2005-016a.htm>

⁸ Jacquot, S. und Woll, C. (2003) ‘Usages of European Integration: Europeanization from a Sociological Perspective’, *European Integration online Papers*, 7 (12): <http://eiop.or.at/eiop/texte/2003-012a.htm>

⁹ Jowitt, K. (1992). *The New World Disorder: The Leninist Extinction*. Berkeley, University of California Press; Ekiert, G. und Hanson, S. (Hrsg.) *Capitalism and Democracy in Central and Eastern Europe*. Cambridge, Cambridge University Press.

voller in politisch-ökonomische Praxis umzusetzen, sondern birgt auch neue Gefahren. Für sich betrachtet tragen sowohl „Erbe“ als auch Europäisierung ambivalente Züge.

Lokales Handeln zwischen gesetzlichen Zuständigkeiten und Identitätsdiskursen – Der Fall Timisoara

Die Stadt Timisoara ist das historische Zentrum der multi-ethnischen Region Banat an der süd-westlichen Grenze Rumäniens und zugleich eines der führenden wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zentren des Landes. Der Aufstand gegen das Ceausescu-Regime im Dezember 1989 wurde in Timisoara ausgelöst, und nach dem Zusammenbruch der lokalen Strukturen der kommunistischen Verwaltung konnte sich hier eine lokale politische Öffentlichkeit bilden. Bereits im Dezember 1989 wurde eine lokale Selbstverwaltung geschaffen, die dann durch zentralstaatliche Intervention zwar Kompetenzen einbüßte, ihre lokale Legitimität jedoch teilweise behielt. Weitere selbst organisierte Einrichtungen wie die Handelskammer oder die lokale Entwicklungsagentur entstanden in den darauf folgenden Jahren. In ihrem Umfeld kristallisierte sich ein Kreis von liberal-demokratisch gesinnten lokalen Persönlichkeiten heraus, die bis zum heutigen Tage die Schlüsselrolle in der lokalen Politik spielen.¹⁰

Die wichtigsten Abschnitte der Stadtgeschichte spiegeln sich in der Entstehung und Entwicklung des Trinkwasserversorgungsnetzes. Bereits 1732 verfügte Timisoara über ein Trinkwasserversorgungsnetz und 1965 gehörte die Stadt zu den drei Siedlungen des Kreises Timis, in denen ein Trinkwasserversorgungsnetz funktionierte. Obwohl dieses in 2000 fast die gesamte Bevölkerung Timisoaras umfasste, war in der Stadt allgemein bekannt, dass Leitungswasser nicht trinkbar ist. Eine von der Stadtverwaltung veröffentlichte kurze Analyse gab zu, dass ein Drittel des Netzes dringend erneuert werden müsste. Für die lokale Selbstverwaltung ergab sich also dringender Handlungsbedarf, denn sie ist die für die Trinkwasserversorgung zuständige Behörde.

Die *rechtlichen Rahmenbedingungen* hierfür wurden bereits im Zuge der Verwaltungsreform von 1991 definiert, auf dessen Grundlage die Kompetenzen der lokalen Selbstverwaltungen in Bezug auf die lokalen Dienstleistungen schrittweise ausgebaut wurden. Gleichzeitig ging die Dezentralisierung der Kompetenzen nicht mit einer adäquaten Mittelzuweisung einher. Da der Großteil der Selbstverwaltungen die Mittel für die Finanzierung der lokalen Dienstleistungen nicht aufbringen konnte, räumte das Gesetz den Selbstverwaltungen das Recht ein, lokale Dienstleistungen an kommerzielle Anbieter zu konzessionieren.

Lokales Handeln wird allerdings nicht nur von „harten“ Faktoren, wie rechtliche Zuständigkeiten und finanzielle Ausstattung, sondern auch von „weichen“ Faktoren, wie lokale Identität und Selbstdefinition beeinflusst. Der *herrschende Identitätsdiskurs* in Timisoara baut auf eine lokale Mythologie auf, die drei historische Momente aus der Geschichte der Stadt besonders hervorhebt: die Zeit der Habsburgermonarchie, die Zwischenkriegszeit und die Revolution von 1989.

In diesen Mythen ist das Selbstverständnis der lokalen Eliten als „Vorkämpfer der Zivilisation“ verankert, was durch die Beinamen der Stadt – „*Klein Wien*“, „*Rumäniens Tor zu Europa*“ und „*Heldenstadt*“ – besonders deutlich wird. Timisoara wird in diesen Narrativen von einem modernen, westlichen Geist beseelt, der nicht zuletzt auch zum Aufstand gegen das Ceausescu-Regime führte. Heutige Bemühungen, Modernisierung und europäische Integration voranzutreiben, lassen sich in diesem Zusammenhang als Bestrebungen lokaler Eliten interpretieren, ihrer Reputation gerecht zu werden.¹¹

¹⁰ Baga, E. (2004): Romania's Western Connection: Timisoara and Timis County. In: Tatur, Melanie (ed.): *The Making of Post-Socialist Regions*. Opladen: Leske+Budrich.

¹¹ Batt, J. (2002): Reinventing Banat, in: *Regional and Federal Studies*, Vol. 12, Nr. 2, S. 178–202.

Anpassung an ambivalente Anforderungen

Die lokalen Sinngebungen von Modernisierung und europäischer Integration beziehen sich auf das hochgradig widersprüchliche Normengebäude der europäischen Regelwerke und die Praxis der damit in Verbindung gebrachten Institutionen. Unter dem extremen Zeitdruck der von der EU-Konditionalität vorgegebenen Anforderungen sind diese Ambivalenzen besonders deutlich zu vernehmen. So kam es bereits im Vorfeld des Erweiterungsprozesses zu einer umfassenden Dezentralisierung und Regionalisierung der meist stark zentralistisch organisierten Staaten Ostmitteleuropas. Da die Regionen allerdings in finanzielle Schwierigkeiten gerieten, kam es nach einer anfänglichen Phase der Stärkung lokaler Akteure zu einer erhöhten Abhängigkeit vom Zentrum, die durch die zentralistische Mittelvergabe der EU-Heranzuführungsinstrumente nur weiter verstärkt wurde.¹²

Auch im Bereich der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen gibt es „verschiedene Geschwindigkeiten“ innerhalb der EU, die zwischen dem deregulierten angelsächsischen und jenem, dem französischen „service publique“ Gedanken verpflichteten Modell pendeln.¹³ Allerdings verfolgt die Europäische Kommission im Allgemeinen die Deregulierung des öffentlichen Dienstleistungssektors durch eine Politik der verstärkten Finanzierung von Infrastruktureinrichtungen durch den privaten Sektor.¹⁴ „Public Private Partnerships (PPP)“ werden dabei als ein besonders geeignetes Mittel gesehen. Gleichzeitig besteht unter den Mitgliedsstaaten der EU kein Konsens darüber, wann der Einsatz von PPPs wünschenswert ist, da Befürchtungen über eine Umgehung des öffentlichen Vergaberechts sowie über zunehmende Intransparenz bestehen.¹⁵

Vom Regen in die Traufe? – Die Geschichte der Privatisierung des Trinkwasserversorgungsnetzes in Timisoara

Der Prozess der Privatisierung der städtischen Wasserwerke, AQUATIM in Timisoara, wurde von der Notwendigkeit der Erneuerung eines Drittels des Trinkwasserversorgungsnetzes, ein Projekt, welches aus Eigenmitteln der lokalen Selbstverwaltung nicht zu leisten war, eingeleitet. Die Zentralregierung subventionierte zwar die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung, stellte aber keine Mittel für größere Infrastrukturmaßnahmen in diesem Bereich zur Verfügung. 1995 nahm sie allerdings einen für die Entwicklung städtischer Infrastruktur bestimmten Kredit von der Europäischen Bank für Wiederaufbau (EBRD) auf, woraus die Stadt Timisoara einen Betrag für Sanierungsarbeiten der Wasserwerke erhielt. Dieser reichte nur für die erste Phase des Projektes, für seine Fortsetzung nahm die Stadtverwaltung im Dezember 1999 einen Kredit von 24,7 Millionen Euro von der EBRD auf, allerdings mit der Auflage, mehr als die Hälfte der Anteile der Wasserwerke an einen international agierenden Wasserkonzern zu verkaufen. Der Kredit wurde im Rahmen eines Programms vergeben, das die Bank in 1995 zusammen mit dem französischen Konzern Suez-Lyonnaise des Eaux eingerichtet hatte.¹⁶ Es war also nicht überraschend, als im November 2000 der Stadtrat 51 Prozent der Anteile der städtischen Wasserwerke an Suez-Lyonnaise des Eaux konzessionierte und Aquatim in ein Public Private Partnership umwandelte.

¹² Pieper, K. (2006): Regionalpolitik in Ungarn und Polen, VS Verlag für Sozialwissenschaften.

¹³ Lippert, I. (2005): Öffentliche Dienstleistungen unter EU Einfluss, edition sigma, Berlin.

¹⁴ European Commission, DG Regional Policy, „Guidelines for Successful Public – Private Partnerships“, March 2003.

¹⁵ Angerer, Dieter / Gerhard Hammerschmid: Public Private Partnership between Euphoria and Disillusionment. Recent Experiences from Austria and Implications for Countries in Transformation. In: *The Romanian Journal of Political Sciences*, Vol. 5, No. 1, pp. 129–159.

¹⁶ Lobina, Emanuele (2001): Water privatisation and restructuring in Central and Eastern Europe, PSIRU University of Greenwich, paper presented at PSI seminars in Slovakia and Romania, S. 34.

Immerhin war diese Entscheidung nicht unumstritten. Es wurde darauf verwiesen, das Suez-Lyonnaise des Eaux der Stadtverwaltung aufgezwungen worden war und dass keine öffentliche Ausschreibung stattgefunden hatte. Fraglich war auch, warum ein Betrieb, der durch seinen wirtschaftlichen Erfolg lokales Einkommen generierte, überhaupt privatisiert werden sollte.¹⁷ Der Mehrheitseigentümer Suez-Lyonnaise des Eaux verpflichtete sich, mit 6 Millionen Euro zur Kapitalisierung von Aquatim beizutragen. Das Unternehmen erhielt gleichzeitig einen Kredit von der EBRD, um das vereinbarte Investitionsprogramm zu finanzieren. Im Sommer 2002 erhielt die Stadt Mittel in Höhe von 34,1 Millionen Euro durch das ISPA-Programm der EU für die Durchführung von weiteren Sanierungsarbeiten des Trinkwasserversorgungsnetzes. Unter den neuen Bedingungen verkündete Suez Lyonnaise des Eaux ihre Absicht, Aquatim vollständig zu übernehmen.

Eine unerwartete Wende nahm der Prozess, als die Europäische Kommission die Vergabe der ISPA-Mittel mit der Begründung auf eine mögliche Umgehung des öffentlichen Vergaberechtes aussetzte und eine internationale Consultingagentur mit einer umfassenden Lageanalyse beauftragte. Da das Veto der Kommission die Mittelvergabe blockierte, beschloss der Stadtrat, AQUATIM doch in kommunaler Hand zu behalten, um sich so die EU-Förderung zu sichern. Als neue Strategie soll jetzt die Partnerschaft und der Erfahrungsaustausch mit anderen kommunalen Dienstleistungsunternehmen in der EU gesucht werden.¹⁸

Widersprüche der Europäisierung

Die Beseitigung der autoritären Machtstrukturen und die Öffnung nach außen führten jedoch zur Entstehung, rechtlichen Absicherung und kontinuierlichen Ausweitung von gesellschaftlichen Freiräumen, von der auch die lokalen Akteure in Timisoara profitieren können. Europäisierungsprozesse unterstützen in diesem Zusammenhang den Prozess der Institutionenbildung auf der lokalen Ebene. Die EU-Anforderungen der Regionalisierung haben mit dazu beigetragen, die öffentlichen Dienstleistungen der lokalen Stadtverwaltung unterzuordnen. Doch die starke Betonung einer negativen, deregulierenden und marktschaffenden Integration sowie die explizite Förderung kooperativer Politikgestaltung in Form von Public-Private-Partnerships durch die EU ebneten gleichzeitig den Weg für die Marktgewinnung von Energiekonzernen aus den alten Mitgliedstaaten und wirkten damit einer lokalen Beteiligung entgegen. Allerdings kam es letztlich aufgrund des Normkonfliktes zwischen verschiedenen europäischen Institutionen zu der Ablehnung der Privatisierungsoption.

Gleichzeitig schafft die Öffnung nach außen Gelegenheiten für transnationale Vernetzung. Diese dient einerseits dem Ziel der Absicherung und Ausweitung der eigenen Handlungsräume gegenüber der zentralen Macht. Andererseits wird durch transnationale Vernetzung die Integration in globale und europäische ökonomische und politische Strukturen verfolgt, mit dem Ziel, Anschluss an die „zivilisierte Welt“ zu finden.

Unter Bezug auf lokale Identität und die historische Verbundenheit der Stadt mit „Europa“ gelang es den lokalen Eliten in Timisoara, europäische Fördermittel für die Instandsetzung der lokalen Infrastruktur heranzuziehen. Allerdings geschah dies unter unvorteilhaften Bedingungen, die einerseits auf den Rückzug des Staates aus dem Bereich der öffentlichen Dienstleistungen und andererseits auf die innerhalb der EU vorherrschenden Modelle der Organisation öffentlicher Dienstleistungen zurückzuführen sind. Sobald sich aber ihre Handlungsbedingungen durch die veränderte Ausrichtung der Präferenzen innerhalb der EU änderten, ergriffen die lokalen Akteure die Chance, ihre Kontrolle über die lokale Infrastruktur zu bewahren.

¹⁷ Andronescu, Adriana; Boncea, Flavius (2000): Apa din Timisoara nu le da pace consilierilor locali. In: Timisoara, 16.9.2000.

¹⁸ Panduru, A. Aquatim vrea finantari in parteneriat cu Münchenul, In: Ziu de Vest, 26.01.2006.

Polens Rolle in der Entwicklung einer „Östlichen Dimension“ der Europäischen Union

Nach der EU-Osterweiterung am 1. Mai 2004 wurde Polen das EU-Mitgliedsland mit der längsten Außengrenze der Union. Polens östliche Nicht-EU-Nachbarn sind Ukraine, Belarus und die russische Exklave Kaliningrad. Für Polen entstand durch den EU-Beitritt somit auch eine veränderte Position gegenüber den östlichen Nachbarn.

Nach der Auflösung der Sowjetunion wurde eine neue Ostpolitik eine der Prioritäten der polnischen Außenpolitik. Die Leitlinien der neuen polnischen Ostpolitik wurden lange vor 1989 entwickelt. Jerzy Giedroyc, der Chefredakteur der seit 1947 in Paris verlegten Zeitschrift „Kultura“, schrieb viele Kommentare über eine zukünftige Ostpolitik. Er wirkte durch seine Tätigkeit in der Kultura nicht nur als Journalist, sondern gleichzeitig auch als Politiker. Die Zeitschrift wurde als „Zentrum der unabhängigen polnischen Ideen verstanden“. Als Hauptziele benannte er die Normalisierung der Beziehungen zu Deutschland und Russland, mit einer gleichzeitigen Unterstützung der Unabhängigkeit von Ukraine und Belarus. Nach 1989 wurden diese Ideen die Basis für die neue polnische Ostpolitik¹.

Polens Politik gegenüber den östlichen Nachbarn

Die erste frei gewählte Regierung unter Tadeusz Mazowiecki hatte bereits eine klare Vorstellung davon, wie Polen in den europäischen „Mainstream“ zurückgeführt werden kann. Außenminister Krzysztof Skubiszewski begann mit einer Politik der „Zweigleisigkeit“ gegenüber den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Polen respektierte das politische Zentrum in Moskau, doch gleichzeitig wurde die Autonomie und Unabhängigkeit der Baltischen Staaten, der Ukraine und Belarus anerkannt und unterstützt².

Die Ostpolitik von Polen gegenüber seinen Nachbarn kann als erfolgreich angesehen werden. In den 90er Jahren schloss Polen mit allen ehemaligen Sowjetrepubliken Verträge über freundschaftliche und gut-nachbarschaftliche Beziehungen ab. Gleichzeitig gab es Annäherungen auf verschiedenen politischen Feldern. Die Visa-Regelungen für die Bürger der Nachbarländer wurden wesentlich vereinfacht und zum Teil ganz aufgehoben. Der Beitritt zur Europäischen Union sah selbstverständlich auch die Einführung der Schengen-Regelungen vor, womit die liberale Visapolitik, die einen wichtigen Teil der polnischen Ostpolitik gegenüber den Nachbarn darstellte, nicht mehr möglich war.

In der Eröffnung der Beitrittsgespräche im Jahre 1998 sprach der damalige polnische Außenminister Bronisław Geremek bereits die Notwendigkeit der Entwicklung einer gemeinsamen Ostpolitik der Europäischen Union an. Dieses Thema wurde von seinen Nachfolgern mehrfach aufgegriffen und in mehreren Tagungen diskutiert³.

¹ Shynkarjov, Ivan M. (2005): Polnische Außenpolitik als Ansatzpunkt für eine Ostpolitik der Europäischen Union: Das Beispiel der polnisch-ukrainischen Beziehungen von 1989–2002. Aachen: Shaker, S. 18–20; Ziolkowski, Marek (2000): Neue Quellen der polnischen Ostpolitik. In: Bingen, Dieter/Wóycicki, Kazimierz (Hrsg., 2002): Deutschland-Polen-Osteuropa: Deutsche und polnische Vorüberlegungen zu einer gemeinsamen Ostpolitik der erweiterten Europäischen Union. Harrassowitz: Wiesbaden, S. 307.

² Terry, Sarah Meiklejohn (2000): Poland's foreign policy since 1989: the challenges of independence. In: *Communist and Post-Communist Studies* 33 (2000), S. 9–10.

³ Cimoszewicz, Włodimierz (2003): The Eastern Dimension of the European Union: The Polish View. In: Batory Foundation (ed., 2003): *EU Enlargement and Neighbourhood Policy: Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in cooperation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20–21 February 2003 in Warsaw*. Warsaw: Batory, S. 16.

Polens Idee einer Östlichen Dimension der Europäischen Union

Im Jahre 2001 veröffentlichte Polen das Dokument „The Eastern Policy of the European Union in the run-up to the EU’s enlargement to include the countries of Central and Eastern Europe – Poland’s viewpoint.“ Darin ruft Polen dazu auf, eine „Östliche Dimension“ der Europäischen Union zu entwickeln.

Die Errungenschaften durch die Erweiterung der Europäischen Union sollten auch auf die Östlichen Nachbarn ausgedehnt werden. Polen kennt die individuellen Fortschritte an, die in den Beziehungen mit jedem Nachfolgestaat der Sowjetunion erreicht wurden, dennoch wären einheitliche Kriterien und identische Standards zu allen Staaten wichtig. Das Ziel der Union sollte es sein, freundschaftliche Staaten in der Nachbarschaft zu haben, die auf einer festen institutionellen Basis stehen, sich demokratisch entwickeln und Grund- und Menschenrechte respektieren.

Die EU sollte ein attraktiver Partner für die östlichen Nachbarn werden, mit einer breiten Anzahl von möglichen Kooperationsfeldern. Als mögliche Optionen werden eine gemeinsame Freihandelszone mit dem möglichen Endziel einer Zollunion genannt. Besondere Relevanz im polnischen Vorschlag wird auch dem Thema Sicherheit gegeben. Dabei sollte es nicht nur einen Sicherheitsdialog mit Russland geben, sondern mit allen Staaten. Weitere Felder sind zwischenmenschliche Kontakte und grenzüberschreitende Zusammenarbeit⁴.

In einem Arbeitspapier aus dem Jahre 2003 definiert Polen drei Ebenen für eine Zusammenarbeit: Gemeinde-, Regierungs- und Nicht-Regierungsebene. Langfristig möchte Polen eine Beitrittsperspektive für Ukraine, Belarus und die Republik Moldau. Die EU sollte den Nachbarn laufend Unterstützung in der Entwicklung der Demokratie und der Marktwirtschaft anbieten⁵.

Die konkreten Vorstellungen für eine Umsetzung einer solchen Östlichen Dimension der Europäischen Union blieben bisher recht vage. Außer Willensbekundungen und groben Umrissen hat Polen keine konkreten Vorschläge für die Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik gemacht. Ziel sollte es wohl sein, die polnische Ostpolitik auf ein gemeinsames Niveau innerhalb der EU anzuheben um so die eigenen Interessen besser durchsetzen zu können. Die Frage ist jedoch, welche Interessen die anderen Mitgliedsländer der EU verfolgen.

Die Europäische Union und ihre neuen Nachbarn

Im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union im Jahre 2002 wurde die Kommission und der Hohe Beauftragte für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Javier Solana, beauftragt Ideen für die künftigen Beziehungen der EU zu den neuen Nachbarn zu entwickeln. Im März 2003 veröffentlichte die Europäische Kommission das Konzept „Wider Europe – Neighbourhood: a new framework for relations with our eastern and southern neighbours“. Ziel war es, einen „Ring von Freunden“ zu schaffen, der die Europäische Union umgeben soll. Allerdings wurde im Wider Europe Konzept nicht zwischen den einzelnen Regionen unterschieden, sondern alle Nachbarn von Belarus bis Marokko darin zusammengefasst. Diese Strategie war der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik.

Das Konzept sah vor, Aktionspläne und Partnerschaftsabkommen mit den einzelnen Ländern zu schließen. In diesen bilateralen Vereinbarungen zwischen der EU und den betreffenden Ländern

⁴ Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland (2001a): The Eastern policy of the European Union in the run-up to the EU’s enlargement to include the countries of Central and Eastern Europe – Poland’s viewpoint. Warsaw: Ministerstwo Spraw Zagranicznych.

⁵ Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland (2003): Non-paper with Polish proposals concerning policy towards new Eastern neighbours after EU enlargement. In: Batory Foundation (ed., 2003): EU Enlargement and Neighbourhood Policy: Proceedings of the conference held by the Stefan Batory Foundation in cooperation with the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Poland on 20–21 February 2003 in Warsaw. Warsaw: Batory, S. 85–98.

wurden bestimmte Bereiche für die Zusammenarbeit definiert. Konkrete Aktionspläne liegen bereits für die Ukraine und die Republik Moldau vor. Aufgrund der politischen Lage in Belarus gibt es bisher erst ein Strategiepapier von der Europäischen Kommission, theoretisch hat Belarus die Möglichkeit, vollständig an der Europäischen Nachbarschaftspolitik teilzuhaben. Russland ist nicht in diese Politik involviert, die Beziehungen zwischen der EU und Russland werden in einem separaten Dialog entwickelt.

Die „Östliche Dimension“ und die Europäische Nachbarschaftspolitik

Polens Wünsche und Ideen für eine „Östliche Dimension“ der Europäischen Union konnten durch das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht zufriedengestellt werden. Es wurde argumentiert, dass zwischen den Nachbarn im Osten und denen im Mittelraum fundamentale Unterschiede bestehen und deren Wünsche und Notwendigkeiten nicht in einem Konzept begegnet werden können. Nach Polens Ansicht wäre es notwendig, die Länder in der Nachbarschaft der EU in verschiedenen Gruppen zusammen zu fassen um so spezifischer auf sie einzugehen. In der Nachbarschaftspolitik sieht Polen das größte Versagen darin, dass es nicht den Integrations- und Beitrittsabsichten der europäischen Nachbarn außerhalb der EU entgegen kommt⁶.

Doch genau dies ist wahrscheinlich auch das Interesse der übrigen Staaten der EU. Momentan gibt es keinen der Staats- und Regierungschefs in der Europäischen Union, der den Wunsch nach einer neuen Erweiterung nach Osten (nach dem beschlossenen Beitritt von Rumänien und Bulgarien) offen ausspricht, bzw. befürwortet. Die größte Erweiterungsrunde der Europäischen Union vom Mai 2004 ist bisher noch nicht richtig verdaut. Allerdings gibt es auch niemanden, der zukünftige Erweiterungen ausschließt. Gemäß Artikel 49 des Vertrages über die Europäische Union kann natürlich jeder „europäische Staat [beantragen], Mitglied der Union zu werden“.

Fazit

Zwischen der momentanen Ausgangslage gegenüber den östlichen Nachbarn der Europäischen Union und den Vorstellungen und Wünschen Polens in Bezug auf eine „Östliche Dimension“ gibt es Unterschiede. Polens Interesse an einer solchen speziellen Ostpolitik liegt darin, dass eigene Interessen bezüglich der direkten Nachbarn besser umgesetzt werden könnten, falls die Europäische Union diese Ziele gemeinsam artikulieren würde und dafür eintreten würde. Damit würde Polen ein stärkeres Gewicht innerhalb der Europäischen Union gewinnen, da das Land aufgrund der Nähe und der besonderen Kenntnis der Region eine besondere Mittlerrolle einnehmen würde.

Bisher ist es Polen nicht gelungen, den Partnern innerhalb der EU zu vermitteln, warum eine „Östliche Dimension“ auch den anderen EU-Staaten Vorteile bringt und es aus diesem Grund deren eigenes Interesse ist, eine gemeinsame Ostpolitik zu entwickeln. Bisher dürften Polens Vorschläge mit dem längerfristigen Ziel einer Erweiterung eher abschrecken.

Fraglich ist es auch, wie eine gemeinsame Politik für den östlichen, angrenzenden EU-Raum möglich wäre. Die betreffenden Staaten sind sehr unterschiedlich und verfolgen in vielen Fällen keine gemeinsamen Ziele. Russland ist nicht in der Europäischen Nachbarschaftspolitik involviert und hat keinerlei Aspirationen auf einen Beitritt in die EU. Zudem möchte Russland weiterhin seinen Sonderstatus als mit Abstand größter und bedeutendster Staat in der Region gewahrt wissen. Belarus ist momentan ein schwieriger Partner, mit dem kaum offizielle Beziehungen bestehen. Das Land tendiert mehr in Richtung Russland als nach Westen. Eine Integra-

⁶ Cieszowski, Andrzej (2004): Policy of the Enlarged European Union toward Eastern Neighbours: Poland's Contribution. In: Wizimirska, Barbara (ed., 2004): Yearbook of Polish Foreign Policy 2004, Warsaw: Ministry of Foreign Affairs, S. 103–114.

tion in die Europäische Union ist derzeit undenkbar. Ukraine und die Republik Moldau haben bereits die Wünsche geäußert, Mitglieder der Europäischen Union zu werden. Beide Länder stehen zwischen einer stärkeren Integration in Richtung Westen oder einer Annäherung an Russland.

Es bleibt zu erwarten, dass Polen auch weiterhin an dem Ziel einer gemeinsamen europäischen Ostpolitik weiterarbeitet. Die Frage ist, wie realistisch die Umsetzung einer solchen Politik ist und vor allem was sie beinhalten soll. Momentan dürften die meisten anderen Mitgliedsländer der EU mit der bestehenden Nachbarschaftspolitik zufriedener sein.

*V. Unternehmen in Osteuropa
nach 15 Jahren Transformation*

Osteuropa zwischen zwei ökonomischen Ordnungsmodellen – „Sozial verantwortliche Unternehmen“ mit Indikatorfunktion¹

Osteuropa nach dem RGW

Vor 15 Jahren endete die Kontroverse Zentralplan- versus Marktwirtschaft. Letztere, in liberaler und/oder sozialer Form, bot sich dem Osten zur Nachahmung an. Heuer prägen Mittel- und Osteuropa (MOE) entwickelte liberale, soziale Marktwirtschaften, EBRD Transition Reports sprechen Probleme wie Fiskal- oder Handelsbilanzdefizite an. Kontrovers wird der Status quo Russlands beurteilt: Ein Harvardökonom meint, es sei ein normales, sich entwickelndes Land mittleren Einkommens; andere Wertungen explizieren, es sei eine abnormale politische Ökonomie, die kein freies Unternehmertum dulden und sich demokratisieren werde.² Wie für weitere GUS-Staaten wird in EBRD-Lesart das „prekäre Geschäftsklima“ (v.a. für Firmen mit Erfolg) als Krux benannt.³ Wird eine Marktwirtschaft als spezielle Interaktion von Märkten und Institutionen interpretiert, gilt: Obgleich G8-Wirtschaftsdemokratie, prägt Russland eine gelenkte Demokratie und eine „unvollendete Marktwirtschaft“, ein „Patt zwischen Markt- und Planwirtschaft“, eine „partiell liberalisierte Zentralverwaltungswirtschaft“.⁴ Ordnungsökonomisch ist Osteuropa damit entzweit: Ex-RGW-Staaten belegen im Economic-Freedom-Index Rang 7 bis 151 von 154. Die Staaten MOEs liegen zwischen Rang 20 und 60 – Estland ist Siebter – und werden als ökonomisch „überwiegend freie“ bis „freie“ Marktwirtschaften klassifiziert; Russland und Ex-Sowjetrepubliken rangieren zwischen Platz 100 bis 150 und gelten als ökonomisch „überwiegend unfrei“ bis „repressiv“.⁵ Anhand der in Russland jungen Debatte um Corporate Social Responsibility (CSR) wird nachfolgend illustriert, wofür die skizzierte Trennlinie steht. Zudem wird fassbar: Durch Instrumentalisierung eines Begriffs wie CSR wird diese Entzweiung indes gerne verwischt.

CSR: Kategorisierung des schillernden Begriffs

Über die fakultative Übernahme sozialer Verantwortung durch Firmen wird gerade in Zeiten gesellschaftlichen Wandels diskutiert. In liberalen und/oder sozialen Marktwirtschaften kreist die Debatte darum, ob eine Firma überhaupt sozial verantwortlich sein könne und ob dies dienlich sei für Geschäft und Gesellschaft. Im Folgenden wird eine nationale CSR-Agenda indes „nur“ als Indikator ihres ordnungsökonomischen Umfelds eingesetzt, da CSR stets im Dreieck Staat, Wirtschaft und (Zivil-)Gesellschaft stattfindet. Dazu wird ein der geläufigen CSR-Kategorisierung Carrolls folgender Ansatz gebraucht, der vier Wirkungskreise identifiziert, die im Ganzen für CSR mit Systematizität stehen:

¹ Die Arbeit ist die gekürzte Fassung einer Forschungsarbeit an der Universität Bayreuth. Veröffentlichung in der Diskussionspapier-Reihe *Philosophy & Economics* folgt.

² Shleifer 2005, Rosefielde 2005: 3.

³ Transition Report 2005.

⁴ Pankov 1994: 106, Götz 2004.

⁵ www.heritage.org.

I. Wirkungskreis	II. Wirkungskreis	III. Wirkungskreis	IV. Wirkungskreis
Ökonomische Verantwortung / „Sei profitabel.“	Legale Verantwortung / (Compliance) / „Folge Gesetzen und Regulierungen.“	Moralisch-ethische Verantwortung / „Sei ethisch, tue, was richtig, fair und gerecht ist.“	Gesellschaftliche Verantwortung / (strategische) Philanthropie ⁶ / „Sei ein guter corporate citizen.“
CSR-Basis / betriebliche Verantwortung, u.a. Corporate Governance		CSR-Kern / gesellschaftliche Verantwortung	
CSR ist nicht nur III. und/oder IV. , I. und II. müssen zugleich erfüllt sein, sind also notwendige und hinreichende Bedingung für III. und IV.			

Neben obigen vier Obliegenheiten steht CSR für Freiwilligkeit und Selbstregulierung; Zivilgesellschaft und Staat können Anstöße liefern. CSR-Entwürfe sind überdies branchen- und firmenspezifisch. Etwa durch eine Führungsfigur bzw. Firmenkultur oder regionale Verortung und branchenspezifisch gilt, dass staatlich regulierte Sektoren und solche, die Belegschaft oder Gesellschaft mit enormen Belastungen bzw. Externalitäten konfrontieren, hohe Erwartungen an CSR-Engagement prägen. Zudem richten sich CSR-Agenden an „nationalen Sozialverträgen“, also formellen und informellen Institutionen, aus. Damit ist vor allem der Dialog mit Stakeholdern als CSR-Kern nicht kulturinvariant, denn deren Stärke divergiert national.⁷

CSR in Russland: Zwischen Oligarchen und Kreml

Da das Soziale kaum mit Wachstum und Reichtum einiger Schritt hält, steigen die Erwartungen an die Politik und „russische Firmen werden sich mehr und mehr ihrer sozialen Verantwortung bewusst“.⁸ Etwa seit dem Jahr 2000 – der Amtsantritt Wladimir Putins – ist CSR ein Thema in Russland. Der weltgrößten CSR-Initiative (dem 2001 dort lancierten Global Compact) sind ca. 20 russische Firmen beigetreten und heute sollen 80% der russischen Firmen wohlwollend engagiert sein.⁹ 2006 erklärte der Kreml zum Jahr der Wohltätigkeit; die Landesverfassung fordert gar: „Freiwillige Sozialversicherung, Entwicklung von zusätzlichen Formen der Sozialversicherung und Wohltätigkeit soll ermutigt werden.“

Zur Illustration der „zentralverwaltungswirtschaftlichen“ CSR-Debatte werden hier die CSR-Aktivitäten zehn russischer Finanz-, Energie-, und Rohstoffkonzerne¹⁰ gemäß der Carrollschen

⁶ Strategische Philanthropie (im Gegensatz zu reiner Wohltätigkeit) steht in Bezug zu Kerngeschäft und/oder Unternehmenskultur einer Firma.

⁷ Freeman/Velamuri 2006: 9ff.

⁸ Petersburgs Bürgermeisterin Walentina Matwijenko, Prawda 26.10.01. Zumal die Erwartungen an soziales Firmenengagement traditionell hoch sind, denn die westliche (Wohlfahrts-)Staaten prägende Differenzierung von Staat, Firma und sozialen Interessen kannte das Sowjetsystem nicht.

⁹ Russische Firmen geben für spezielle Mitarbeiterleistungen, Ressourcenschonung, ethisches Geschäftsverhalten und lokale Partnerschaften im Jahr ca. 830 EUR pro Mitarbeiter bzw. zwischen 11–17% ihrer Vorsteuerrendite aus, insgesamt werden bis zu 1,5 Mrd. USD in Wohltätigkeit investiert (Khodorova 2006: 13, Livshin/Weiz 2006: 7f., RMA Report on Social Investments in Russia 2004).

¹⁰ Was kein Makel sein muss, da Firmen dieser Branchen allerorten mit besonderen Erwartungen an CSR konfrontiert sind. Ferner sollten diese Firmen über hinreichend Ressourcen für CSR-Engagement und dessen Dokumentation verfügen – falls gewollt. Konkret werden hier Alfagruppe, BaseElement, Gazprom, Golden Telekom, Sibneft, Sewerstal, Surgutneftegas, Lukoil, Norilsk Nickel und Jukos betrachtet (Informationsstand: Februar 2006). Durch den Fokus auf Großfirmen wird nur ein Teil der russischen Volkswirtschaft erfasst, die tief gespalten ist: Es gibt Großfirmen, die sich westlichen Standards annähern und zugleich viele weit davon entfernte Kleinbetriebe.

Kategorisierung abgeklopft.¹¹ Alle Firmen sind profitabel, also im ersten CSR-Wirkungsbereich erfolgreich, weisen hohe Mitarbeiterzahlen auf, bieten überdurchschnittliche Gehälter und leisten immense Steuerzahlungen. Sieben Firmen widmen sich der Corporate Governance (CG) und dokumentieren dies (Reporting über Beteiligungen, Gehalt/Aktienbesitz des Managements und Directors-Dealing). Die markante Beachtung von rechtlichen und finanzmarktorientierten Compliancefragen ist durch einen russischen CG-Kodex (seit 2002), Listinganforderungen von Auslandsbörsen und Einfluss internationaler Investoren bedingt.

In den zwei Wirkungskreisen ethischen und gesellschaftlich verantwortlichen Handelns ist das Bild differenzierter. Im Gros greifen erkennbare CSR-Aktivitäten Problemlagen auf, die der Rückbau einst staatlich-betrieblicher Leistungen bedingt. Die Übernahme sozialer Verantwortung im Firmenumfeld zeigt sich an regionalen Kooperationen (Bau/Unterhalt von Sozialeinrichtungen bzw. Infrastruktur). Acht der zehn Firmen pflegen regionale/lokale Partnerschaften. Ebenso werden direkt mit der Firmentätigkeit verbundene Probleme angegangen, v.a. im Rohstoffsektor. Die meisten Firmen verfügen über internationale Umweltzertifizierungen und stellen ihr Wirken für Natur und Modernisierung (v.a. in Bezug auf die Geschäftsaktivität) systematisch dar. Fast alle Firmen, die mit den indigenen russländischen Völkern in Kontakt kommen, die unter dem Rohstoffabbau leiden, leisten hier Unterstützung. Nahezu alle Firmen sind wohl-tätig engagiert und betreiben Sponsoring, finanzieren den Erhalt von Kulturdenkmälern (v.a. Kirchen und Klöstern), fördern kulturelle (staatliche) Einrichtungen oder Universitäten mit Renommee und finanzieren Stipendien. Viele Firmen widmen sich gesellschaftlichen Spezifika (etwa Kriegsveteranen oder Folgen „nationaler Tragödien“ wie Beslan), manche Firma hat Wohltätigkeitsfonds bzw. Stiftungen. Nur fünf Firmen kommunizieren ihre CSR-Ziele und Aktivitäten allerdings gezielt (CSR im Geschäftsbericht, Code of Ethics/Conduct). Von den fünf Firmen verfügen vier über CSR-Reports, drei folgen internationalen Reporting Standards (GRI-Standards) und zwei (Jukos, Lukoil) nehmen am Global Compact teil. Nur drei Firmen interagieren systematisch mit Externen und internationalen und/oder nationalen/lokalen NROs.

Im Ganzen zeigt die Analyse: Bei Russlands Konzernen findet kein Komplettrückzug aus der (traditionellen) sozialen Leistungserbringung statt. Sie wird mit modernem CSR- oder Wohltätigkeitsetikett versehen, wobei die Benennung indes eine Fokussierung auf Wohltätigkeit bzw. reine Philanthropie andeutet.¹² Vier der zehn Firmen zeichnen sich durch CSR-Aktivität mit Systematizität bei gewisser Transparenz aus. Zwei Firmen legen umfassende, aber wenig transparente CSR-Aktivitäten an den Tag, die anderen vier fast nur eklektische Philanthropie und liefern kaum systematische Informationen. Bei einigen Firmen zeigt sich ein gewisser Trend von eklektischen, wohltätigen zu systematischen sozialen Investitionen, CSR wird zur Wertschöpfung eingesetzt (Marktkapitalisierung, Reputation, Firmenkultur), was marktwirtschaftlich annutet. Tendenziell korreliert die Beachtung von CG-, Transparenz- und CSR-Standards.

¹¹ Die Eigentumsverhältnisse der zehn Firmen sind so gewählt, dass die Analyse Beispielcharakter hat. Sie reichen von konzentriertem Aktien- zu Streubesitz (inkl. EBRD), bei Dominanz des Staates oder privaten Einflusses.

¹² Im Englischen werden etwa „Sponsorship and Charity, Social Programmes, Social Policy, Corporate Citizenship, Sibneft in the community“ gebraucht, im Russischen „Wohltätigkeit, wohltätige Programme, Verantwortung, soziale Verantwortung, soziale Politik“.

Firma (alphabetisch)	CSR-Konzept	CSR-Transparenz
Alfagruppe	-	-
BasEl	-	-
Gazprom	++	+
Golden Telekom	-	-
Sibneft	++	++
Sewerstal	-	-
Surgutneftegas	+	+
Lukoil	++	++
Norilsk Nickel	++	++
Jukos	++	++

Erklärungen

CSR-Konzept

- 1) Systematisches Konzept, Ansätze der Stakeholderintegration (++)
- 2) Ansehnliches Konzept, eingeschränkte Stakeholderintegration (+)
- 3) Eklektisches Konzept, keine Stakeholderintegration (-)
- 4) Keins (--)

CSR-Transparenz

- 1) Systematische Darlegung, CSR-Reporting (++)
- 2) Gründliche Darlegung, CSR im Geschäftsbericht (+)
- 3) Eklektische Darlegung, begrenzte Informationen (-)
- 4) Keine (--)

Ausrichtung und Vollzug der wohltätigen Engagements weisen indes gewisse Unterschiedlichkeit auf: Teils ist es fast nur mit dem Inhaber selber verbunden, teils wird es der Firma zugeschrieben. Zum anderen richtet es sich entweder eher an (zentral-)staatlichen oder eher an lokalen und/oder privaten und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen und NROs aus. Teils erfolgt Kooperation mit professionellen Partnern,¹³ woanders mutet das Engagement intransparent und/oder eklektisch an.

¹³ Durch die CSR-Debatte ist in Russland eine „CSR-Lobby“ und „Wohltätigkeitsindustrie“ entstanden. Auf Lobby-Ebene wirken die großen Wirtschaftsverbände RMA und RSPP (z.B. Charta der Unternehmens- und Geschäftsethik, Sozialcharta des Unternehmertums, Einführung Global Compact in Russland). Sieben der betrachteten zehn Firmen sind RMA- bzw. RSPP-Mitglied oder beides und nehmen hier Führungsrollen ein. Die CSR-Industrie prägen Firmen, die wohltätigkeits- und CSR-bezogene Dienste offerieren; etwa Konzeption von Wohltätigkeitsprojekten oder soziale PR – etwa das Magazin 'Geld und Wohltätigkeit' (CAF Russland). Es zeichnet sich eine enge Kooperation der Akteure aus diesem Bereich mit in CSR-Fragen führenden russischen (u.a. hier betrachteten) Firmen ab.

Dass Großkonzerne – v.a. Rohstofffirmen – und eine Führungsgruppe eine CSR-Debatte prägen, ist fast typisch. Die Analyse zeigt indes: Russlands Oligarchen prägen die CSR-Agenda. Deswegen – aber nicht nur deswegen – stehen die Engagements für einen spezifischen Mix: Als internationale Firma werden CSR-Aktivitäten gemäß gewisser (westlicher) Richtmaße „weise“ integriert („Wise Fox“), die „dicke“ geerbte Sozialinfrastruktur wird unter CSR-Etikett optimiert („Fat Cat“) und so sollen Firmenbestand plus Legitimität – national und international – gesichert werden, ob als private oder renationalisierte Firma.¹⁴ Trotz variierender Akzentuierung sind diese Handlungsmuster bei allen betrachteten Firmen fassbar. Der Jukos-Konzern konnte etwa als Oligarchenfirma, „weiser Fuchs“ und „dicker Tiger“ gelten, der sich als CSR-Akteur absichern und legitimieren wollte, die renationalisierte Gazprom ist „weiser Fuchs“ und „dicker Tiger“, der sich ebenso im In- und Ausland legitimieren will. Weitere Oligarchenfirmer versuchen sich durch CSR – meist in Kremlmanier – abzusichern.¹⁵ Regionale Partnerschaften dienen auch weiter gehender Legitimierung und Absicherung („Grassrooting“); Firmenvertreter sind bis auf Gouverneursebene politisch aktiv.

Staatliche Philanthropie oder CSR?

Etwa seit dem Jahr 2000 und unter Putin widmet sich der Staat dem Thema CSR. Seitdem ver gibt der Kreml (mit Ministerien, Verbänden und Gewerkschaften) einen nationalen Preis an sozial vorbildhafte Firmen (hier analysierte Firmen u.a. prämiert). Von Präsidentenseite wird betont: Wachstum und Einkommenszuwachs seien die Mittel gegen die sozialen Klemmen Russlands, doch Firmen(-inhaber) werden auch zur sozialen Verantwortung angehalten. CSR ist mittlerweile eine Querschnittsaufgabe auf Regierungs- und Ministerialebene. Im Ganzen ist die Situation indes vertrackt, denn Putins Amtszeit steht für eine Anti-Oligarchenkampagne, die die Situation zwischen Reichtum und Armut trotz makroökonomischer Stabilität politisch ausnutzt. Seit CSR in Russland fassbar ist, werden CSR und Wohltätigkeit „verstaatlicht“. ¹⁶ Der Kreml definiere CSR als Steuern zahlen, Befolgen von Anweisungen und politische Abstinenz. So sei CSR etwas anderes als in der internationalen Praxis, CSR sei ein Code zur Subordination des Privatsektors unter Staatsinteressen, so der einstige Moskauer Büroleiter der Eurasia Stiftung.¹⁷ Zieht man gängige CSR-Lesarten als Interaktion mit mehreren und/oder bisher verkannten Stakeholdern zur Bewertung der Situation heran, ist festzuhalten: Wenn Firmen den Stakeholderdialog suchen, bleibt bei intendiert schwacher Zivilgesellschaft fast nur der Staat übrig, der (begrenzte) Stakeholderdialog russischer Firmen richtet sich fast nur an Investoren, partiell die Mitarbeiter und vor allem den Staat.

Ingesamt prägt Russlands CSR-Agenda ein diffuser Mix zeitgemäßer CSR-Ansätze und intransparenter, rein philanthropischer Engagements. Prekär ist, dass viele führende CSR-Akteure den Oligarchen nahe stehen. Sie, der Kreml und ihm nahe stehende Firmen sind treibende Kräfte der allseits politisierten Debatte, und staatliche Stellen streben danach, CSR zu „verstaatlichen“. Im Ganzen büßt das Konzept so an Wert ein, denn in einer schwachen institutionellen Umgebung steigt normalerweise die moralische Verantwortung einzelner „CSR-Champions“ als change-agents,¹⁸ doch scheint es für Firmen in Russland schwer solch eine Rol-

¹⁴ Klassifikation und Begriffe nach dem RMA Report on Social Investments in Russia 2004: 15.

¹⁵ Die (Oligarchen nahe stehenden) Firmen Alfagruppe und Interros unterstützten und finanzierten u.a. das allrussische „Bürgerforum“ des Kremls.

¹⁶ „If business has money, the government will tell it what to support. [...] the Khodorkovsky affair means that no Russian philanthropic foundation with a far-reaching social agenda – i.e., one targeted at the development of civil society – will be allowed to exist without the blessing of the president and the presidential administration. Some subjects – education, children’s welfare, health and culture or donations to state cultural institutions – are considered safe territory. Others, such as Chechnya, the environment and human rights, are not [...]“ (Gambrell: 6, gekürzt).

¹⁷ Stephen Schmida, Moscow Times 13.1.05.

¹⁸ IBLF/WBCSD 2004, Roloff 2003: 401ff.

le auszufüllen. Falls CSR-Aktivitäten erkennbar sind, ist deren Transparenz oft gering, was eben mit der janusköpfigen Kremlposition zu tun hat, denn nicht regierungsnaher Positionierung über CSR könnte den Firmenbestand bedrohen (was nicht im CSR-Sinne ist). Deutlich wird: CSR wird allseits instrumentalisiert und definitorische CSR-Bausteine – aus liberalen und/oder sozialen Marktwirtschaften – sind nicht ohne Widersprüchlichkeiten auf Russland anwendbar.

In den Carrollschen CSR-Obliegenheiten gesprochen scheint zu gelten: Mache Gewinne, bezahle Steuern, sei Philanthrop, folge formellen und v.a. informellen Regeln, ethisches Verhalten scheint – wenn überhaupt – zuletzt zu kommen. Es drängen sich Fragen auf wie: Kann/soll eine Firma in Russland überhaupt alle vier Carrollschen CSR-Obliegenheiten erfüllen? Inwiefern kann sie Gewinne machen bzw. offen deklarieren? Wie weit sind in einem Umfeld von Korruption und Doppelstandards formelle und informelle Regeln zu befolgen? Wie steht es um die Freiwilligkeit, ist CSR hier versteckte Staatskorruption, und wie steht es um den moralischen Wert der CSR-Engagements? Vielleicht ist reine Philanthropie auch der beste und direkteste Weg in Russland sozial tätig zu werden? Ist die CSR-Agenda Russlands typisch für eine im frühen Entwicklungsstadium? Fragen, die eher in Entwicklungsländern als in entwickelten liberalen und/oder sozialen Marktwirtschaften diskutiert werden.¹⁹ Und letztlich stellt sich im Sinne des „Greenwash- bzw. Bluewash-Argumentes“²⁰ die Frage: Kann eine Oligarchenfirma durch CSR – abseits des Kreml oder als „kapitalistischer Ablasshandel“ mit ihm – ihre (gesellschaftliche) Legitimation sichern?

Analog zur Korruptionsdebatte scheint zu gelten: Die CSR-Agenda Russlands ist Symptom anderer Probleme, also In- und Output einer unzureichenden institutionellen Ordnung.²¹ Obwohl das intuitiv zusagende CSR-Konzept in Russland kaum anwendbar ist, nutzen es Regierung oder Konzerne bei sog. „Road Shows“, um andere Probleme zu verdecken.²² Zwischen reiner (high-profile) Philanthropie und Russlands teilliberalisierter Wirtschaftsordnung gibt es keinen Widerspruch – zu CSR-Gedanken im eigentlichen Sinne schon.

Literatur

- Blowfield, M., Frynas, J.G.: Setting new agendas: Critical perspectives on Corporate Social Responsibility in the developing world, *International Affairs* 3-2005.
- Carroll, A.B.: Corporate Social Responsibility, Evolution of a Definitional Construct, *Business & Society* 3-1999.
- Dubin, B. Gudkow, L.: Der Oligarch als Volksfeind, Der Nutzen des Falls Chodorkovskij für das Putin-Regime, *Osteuropa* 7-2005.
- Freeman, R.E., Velamuri, S.R.: A New Approach to CSR: Company Stakeholder Responsibility, in: Kakabadse, A., Morsing, M. 2006: *Corporate Social Responsibility*, New York.
- Gambrell, J.: Philanthropy in Russia, *New Money under Pressure*, *Carnegie Reporter* 1-2004.
- Götz, R.: Rußland: Eine liberale Marktwirtschaft in autoritärem Umfeld, *Internationale Politik* 3-2004.

¹⁹ Blowfield/Frynas 2005, Huniche/Pedersen 2006; oder im Kontext frühkapitalistischer Gesellschaften, wie der Big Business-Zeit in den USA.

²⁰ Die Begrifflichkeiten stehen in der CSR-Literatur für umweltbelastende Firmen, die sich durch grünes Engagement öffentlich entlasten wollen bzw. für Firmen, die dies durch Unterzeichnung des Global Compact der UN tun wollen.

²¹ „Corruption is like pain, a symptom of other problems.“ Georgij Satarow zitiert nach ‘Blood Money, Corruption in Russia’, in: *Economist* 20.10.05.

²² Etwa jüngst beim Londoner Rosneft IPO.

- Hunniche, M., Pedersen, E.R., 2006: Corporate Citizenship in Developing Countries: New Partnership Perspectives, Copenhagen.
- IBLF/WBCSD 2004: A Business Guide to Development Actors, International Business Leaders Forum, London.
- Ivanenko, V.: Markets and democracy in Russia, BOFIT Discussion Papers 16-2005.
- Khodorova, J.: Philanthropy in Russian Society Today, in: International Journal of Not-for-Profit Law, 3-2006.
- Kostjuk K.: Russia – The Thin Line Between Small Business and Big Politics, in: Habisch, A. et al., 2005: Corporate Social Responsibility across Europe, München.
- Livshin, A., Weitz, R.: Civil Society and Philanthropy Under Putin, International Journal of Not-for-Profit Law, 3-2006.
- Pankov, V., 1994: Ökonomie der Reformländer, Der gegenwärtige Wandel und Prognosen für die Transformation, Wien.
- Roloff, J. Unternehmen als Akteure gesellschaftlichen Wandels, in: Breuer, M., Brink, A., Schumann, O.J., 2003: Wirtschaftsethik als kritische Sozialwissenschaft, Bern.
- Rosefielde, S.: Russia: An abnormal country?, European Journal of Comparative Economics, 1-2005.
- Shleifer A., 2005: A Normal Country, Russia After Communism, Harvard.

Abkürzungen

CAF	Charities Aid Foundation (russische Sektion)
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
GRI	Global Reporting Initiative
NRO	Nichtregierungsorganisation
RMA	Assoziation(en) der Manager / Russian Managers Association
RSPP	Russische Union der Industriellen und Unternehmer (Arbeitgeber) / Russian Union of Industrialists and Entrepreneurs

Nachhaltigkeit und Wirksamkeit der nationalen Innovationssysteme (NIS) der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)

„Die Fähigkeit zur Innovation entscheidet über unser Schicksal.“
Roman Herzog (Herzog 1997)

Bedeutung und Struktur der NIS

“Innovations are the basis of our prosperity. We can only be successful in the world's markets if we are innovative.” (BMBF 2006). Nur durch die Fähigkeiten, die Innovationen und den technologischen Wandel generieren zu können, kommt man zum nachhaltigen Wachstum und zur nachhaltigen Beschäftigung. Die Innovationsleistungsfähigkeit des Staates gibt die Stärke des nationalen Innovationssystems (NIS) wieder und gehört zu den wichtigsten Politikfeldern des Staates.¹

Der Begriff NIS kann im engeren Sinne (d.h. die Gesamtheit der Institutionen, die direkt in die F&E involviert sind und deren Ergebnisse weiterleiten) und im breiteren Sinne (d.h. das Äquivalent zum nationalen System der Politischen Ökonomie, das einen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontext der technischen und organisationellen Innovation beschreibt) verstanden werden (Freeman 2006, S. 17).²

In der Europäischen Union gewinnt das Thema der erfolgreichen Innovationspolitik aufgrund der Osterweiterung eine besondere Brisanz. Es gibt Spekulationen und unterschiedliche Kritikpunkte, weil Einbußen mit dem Beitritt zur Europäischen Union sowohl in vielen Feldern der Nationalpolitiken (geringere Steuermöglichkeiten in den Geld-, Fiskal-, Handels- und Strukturpolitiken) als auch durch die Belastung der MOE-Unternehmen mit gleichzeitiger Begünstigung der Alt-EU-Unternehmen aufgrund des freien Kapitalverkehrs und der Handelsliberalisierung und schließlich durch Verlust an hochqualifizierten Arbeitskräften aufgrund der Personenfreizügigkeit zu erwarten sind (vgl. Dauderstädt 2002, Tabelle 2).³ Es wird insbesondere kritisiert, dass die meisten osteuropäischen Länder das Wachstum nicht durch Innovation erzeugt hätten (Radosevic & Reid 2006, S. 295). Die Autoren des DIW-Berichtes sehen die Gefahr, dass das F&E-Angebot und die F&E-Nachfrage stark auseinander gehen, die osteuropäischen Unternehmen infolgedessen unabhängig von dem staatlichen Forschungsangebot werden, indem sie direkt die internationalen Innovations-, Produktion- und Absatzmärkte bedienen (Hirschhausen & Bitzer 2000).

¹ Die Definition und Struktur des NIS-Konzeptes ist äußerst umstritten, da sie einerseits auf zahlreichen Beiträgen und unterschiedlichen Disziplinen auf dem Gebiet der Innovationsforschung beruht, die unterschiedliche Perspektiven annehmen (Steg 2005, S.6), woraus eine unterschiedliche Begründung für die Optimierung des Einsatzes der nationalen Innovationspolitik abgeleitet wird (Radosevic & Reid 2006, S. 297–298), wobei, andererseits, es keinen optimalen Weg zu Innovationen und technischem Fortschritt gibt, so dass die NIS sich in ihrer Konfiguration sehr stark unterscheiden, jedoch ein gleich gutes Ergebnis erzielen können. Umgekehrt können ähnliche NIS und Innovationspolitiken zu völlig divergierenden Ergebnissen führen (Blind & Frietsch 2006, S. 3).

² Auch die Europäische Kommission schließt sich der NIS-Komplexität an, wobei der Akzent auf das innovationsfreundliche Umfeld gesetzt wird: „Innovation policy encompasses a wide spectrum of issues that affect a company's operating environment and its opportunity to innovate.” (Europäische Kommission 2006).

³ Um die mit den Konflikten verbundenen Nachteile für die NIS auszugleichen, wurden in der EU die Transferzahlungen, Regionalfonds und Strukturfonds im Rahmen der Regionalpolitik ausgearbeitet, deren aktuelle Prioritätsausrichtung im Sinne der aktuellen Lissabon-Strategie das „Wachstum und Innovation“ ist. (vgl. Europäischer Rat (Lissabon), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23–24 März 2000, SN100/00, Lissabon 2000).

Diese Argumentation knüpft sich an die Behauptung, dass die hochtechnologischen Leistungsfähigkeiten des Staates ein Phänomen von „sticky knowledge“ (Verspagen & Schoenmakers 2002, S. 4) darstellen, d.h. dass der hochtechnologische Kern der ganzen Produktionskette am Heimatort (in den reichen Industrieländern) der transnationalen Korporationen verbleibt, wobei die nicht-wissensintensiven Produktionsabläufe an die osteuropäischen Unternehmen vergeben werden (Srcholec 2006, S. 66).

Es bestehen also Bedenken und große Unklarheit gegenüber der nachhaltigen Entwicklung und Stärkung der MOE-NIS im Aufholprozess. Um eine bessere Übersicht über die Entwicklung bei den NIS in Europa zu gewinnen, wurde seit dem Jahr 2000 von der Europäischen Kommission der Europäische Innovationsanzeiger (EIS – European Innovation Scoreboard) als ein wichtiges Instrument der Evaluierung der NIS⁴ im Rahmen der Lissabon-Strategie herausgearbeitet. Der EIS gibt die Stärken und Schwächen des nationalen Innovationssystems im EU- und internationalen Vergleich wieder.⁵ Eines der zentralen Ziele des EIS ist die Ableitung des summarischen Innovationsindex (SII- Summary Innovation Index), der die Leistungsfähigkeit des NIS im Aufholprozess (*catch up*) durch den aggregierten Innovationsindex bewertet. Der aktuelle EIS geht davon aus, dass alle MOEL einen technologischen Rückstand sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber den EU15 haben. Allerdings entstehen die Disparitäten im technologischen *catch up* innerhalb der MOEL: so können z.B. Ungarn und Slowenien den EU25-Durchschnitt unter den heutigen Konditionen schon im Jahre 2015 erreichen, wobei Tschechien fast 25 Jahre, die Slowakei und Polen 50 Jahre zu den aktuellen Bedingungen für das Erreichen des EU25-Durchschnitts – dieser gar nicht hohen Messlatte – benötigen (European Innovation Scoreboard 2005, S. 12–13). „This enormous time lag should raise questions on which dimensions of the innovation policy have to be better addressed in these countries.“ (Europäische Kommission 2005, S. 15).

Anders gesagt, bestätigt die Europäische Kommission mittlerweile die Schwächen aller MOE-NIS gegenüber den meisten westlichen NIS. Den Analysen zufolge geraten die meisten MOEL wie Polen, die Slowakei, Estland, Bulgarien, Rumänien auf die Verliererseite (*Losing ground*), wobei Ungarn, die Tschechische Republik und Slowenien zu den Aufholländern (*Catching up*) geworden sind, so dass einige Divergenzen zwischen den MOE-NIS in der Zukunft unvermeidlich sind (European Innovation Scoreboard 2005, S. 11).

Wirksamkeit und Divergenz der MOE-NIS

Doch wie kann man die Schwächen und die Divergenzen von MOE-NIS erklären und die negativen Trends und Risiken abwenden? Ungeachtet der Tatsache, dass die MOE – Forschungseinrichtungen schon in den 50-er Jahren des 20. Jahrhunderts hohe Technologien besaßen⁶, wurde das notwendige Wissen verdeckt im Militärbereich generiert; die Technologie in den Zivilberei-

⁴ Die direkte Messung von Innovation, Innovationspotenzial oder Innovationserfolg ist im Allgemeinen nicht möglich. Man bedient sich daher der so genannten Indikatorik, die mit Hilfe von empirisch erfassbaren Variablen und Faktoren versucht, die latenten, nicht direkt messbaren Größen zu bestimmen oder doch wenigstens näherungsweise abzubilden (Blind & Frietsch 2006, S. 4).

⁵ Den Innovationsindikatoren werden fünf Kategorien zugewiesen und in zwei Hauptthemen gruppiert: Innovationsinputs und Innovationsoutputs. Innovationsinputs: *Der Innovationstreiber* (5 Indikatoren) misst die strukturellen Bedingungen, die für das Innovationspotential nötig sind. *Schaffen des Wissens* (5 Indikatoren) misst die Investitionen in den F&E Tätigkeiten, die als Schlüsselemente für eine erfolgreiche wissensbasierte Wirtschaft betrachtet werden. *Innovation u. Unternehmergeist* (6 Indikatoren) misst den Versuch zu Innovation von der Seite der Unternehmen.

Innovationsoutputs: *Anwendung* (5 Indikatoren) misst die Leistung bezüglich Arbeit, Geschäftsaktivitäten und ihre Wertschöpfung in den innovativen Sektoren. *Geistiges Eigentum* (5 Indikatoren), misst erreichte Ergebnisse im Hinblick auf erfolgreiches Know-How.

⁶ In der Regel wird ein hohes Potenzial in der Kybernetik, Elektrotechnik und Transistortechnologie, sogar die Vision der dezentralisierten Anwendung der Computer bei den Unternehmen genannt (vgl. Freeman 2006, S. 22).

chen fand fast kaum Einsatz, und seit 1979 wurde sogar jeglicher Technologieexport (Produkte und Anwendungen) strengstens untersagt (Berendt 2000, S. 55). Diese Tatsache führte zum niedrigen Niveau der F&E bei den Unternehmen der MOE-NIS. Wenn die Technologie transformiert wurde, dann für die Entwicklung der „isolierten“ Branchen bzw. Großwerke, während im Westen Europas gerade viele kleine und mittelständische Unternehmen entstanden, die selbstständig Forschung betrieben und einen aktiven Zugang zu den Informationskanälen selbst gesucht haben, um gegenüber der Konkurrenz bestehen zu können, so dass eine allgemeine Schwerpunktverlagerung bei der Forschung im Bereich der Arbeits- und Unternehmensorganisation und ein Wandel von *hierarchischen tayloristischen statischen* zu den *selbstorganisierenden lernenden* und *netzwerkorientierten* Beschäftigungsinstitutionen in den westlichen Industrieländern stattfand (vgl. Landau 2001, S. 7). Das organisatorische Versagen der sowjetischen NIS verstärkte sich außerdem durch die Konzentration der Forschung mit der eindeutigen Priorität auf Grundlagenforschung bei den Forschungsinstituten, die von den unterschiedlichen Akademien kontrolliert worden waren, indem die Universitäten keine wesentliche Rolle in der Forschung spielten: es fehlte somit nicht nur die Kommunikation zwischen den Forschungsinstituten und der Industrie, sondern eine Verbindung zwischen der Forschung und Lehre (vgl. Freeman 2006, S. 23).

In den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts waren die MOE-NIS nicht mehr imstande, die hochtechnologischen Branchen und neuen Generationen von IT zu entwickeln, da die Komplexität der Prozesse und die Dynamik der Entscheidungen zugenommen hatten, während die MOE-NIS keine entsprechende Evulatorik und Anpassungsfähigkeiten vorgenommen hatten (vgl. Freeman 2006, S.26).

Nach der Wende 1990 kam es zum Verlust der F&E-Potentiale, die Forschungsinstitute wurden nicht mehr ausreichend finanziert, so dass eine Rotation des Humankapitals aus den unproduktiven Forschungsinstituten zu innovativeren Branchen und wettbewerbsfähigen Unternehmen stattfand. Gleichzeitig entstand Forschung und Technologie bei den privatisierten Unternehmen. Die massiven ausländischen Direktinvestitionen haben dazu beigetragen, dass sogar hochtechnologische Branchen entstanden, deren Unternehmen immer aktiver auf die Exporte setzen.

Im Laufe der Zeit nach der Wende (1990–2006) gingen die MOEL ähnlich vor und doch gehen sie unterschiedliche Wege bei der Modernisierung, so dass heutzutage unterschiedliche Ergebnisse vorliegen.

In Ungarn, dessen Chemiker Richárd Zsigmondy (1925), György Hevesy (1943), Mihály Pollányi (1986), György Oláh (1994) Nobelpreisträger für Chemie waren, konnten die internationalen Standards beim Know-how und den Ausbildungsprofilen sehr schnell wiederhergestellt werden. Die ungarischen Chemieunternehmen wie TVK AG, BorsodChem AG, Pannonplast AG versorgen mit ihren Produkten mittlerweile nicht nur die osteuropäischen, sondern auch westliche KMU. Auch die forschungsintensiven Branchen wie Biochemie (BIOGAL AG) und Pharmazentik (Richter Gedeon AG, Chinoin AG) entwickeln ihre Netzwerke und tragen zur Entwicklung des starken europäischen chemischen Clusters bei. Dies erklärt sehr hohe Werte in der Kategorie „Knowledge creation“ (Schaffen des Wissens), deren Werte höher als in den westlichen Industrieländern Dänemark, Großbritannien und Norwegen liegen (European Innovation Scoreboard 2005, S. 14).

In der Tschechischen Republik wurde nach der Wende die IT-Branche zum innovativsten Motor: es wurden hauptsächlich zwischen 1990 und 1994 viele IT-Unternehmen mit einheimischem und ausländischem Kapital gegründet, wie z.B. GTS, Logos, Moravia IT, ICZ, T-soft, Zoner Software usw. Diese Unternehmen konnten sehr stark wachsen, wie z.B. Logos, dessen Umsätze sich allein in den letzten 4 Jahren fast verzehnfacht haben und in dem die Beschäftigung von 30 bis auf 140 Mitarbeiter gestiegen ist (Logos company 2006). Erfolge in der IT-Branche können beispielsweise den hohen Index in der Kategorie „Application“ (Anwendung)

erklären, der sogar den jeweiligen Wert von Holland überschreitet (European Innovation Scoreboard 2005, S. 14).

Die beiden genannten positiven Beispiele in Ungarn und Tschechien könnten als stichhaltige Argumente dafür dienen, dass es diesen Ländern gelungen ist, einige Erfolge in bestimmten Branchen zu verbuchen, die Synergien schaffen und für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit in der ganzen Volkswirtschaft sorgen. Im Gegenteil dazu geht Polen nicht produktiv genug mit seinen Innovationsinputs um. Beispielweise verfügt Polen über eine hohe Quote von W&T Absolventen (European Innovation Scoreboard 2005, S.37). Die niedrigen Werte der polnischen Innovationsoutputs weisen darauf hin, dass die Forschungseinrichtungen und das Humanpotenzial unproduktiv eingesetzt werden.

Es ist allerdings wichtig, die Erfolge von Tschechien und Ungarn nicht überzubewerten. Wenn wir alle europäischen Indikatoren bezüglich der Entwicklung des Leistungspotentials betrachten, können wir deutlich sehen, dass jedes MOE-Land seine eigenen und gemeinsame Defizite aufweist: in Tschechien und Ungarn liegt die Schwäche insbesondere in den Kategorien „Innovation drivers“ (Innovationstreiber) bei den Innovationsinputs und „Intellectual property“ (geistiges Eigentum) bei den Innovationsoutputs (European Innovation Scoreboard 2005, S. 14).

Literatur

- Berendt, I. 2000, From Regime Change to Sustained Growth in Central and Eastern Europe. In: Economic Survey of Europe, No. 2/3, 2000.
- Blind, K. & Frietsch, R. 2006, Integration verschiedener Technologieindikatoren. In: Studien zum deutschen Innovationssystem Nr. 16-2006, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung, Karlsruhe.
- BMBF 2006 (Bundesministerium für Bildung und Forschung), Innovation policy focuses, <http://www.bmbf.de/en/1315.php>, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Dauderstädt, M. 2002, Interessen und Hindernisse bei der EU-Osterweiterung : die Rolle des „acquis communautaire“ [Electronic ed.] – Bonn, FES Library, 2002.
- Europäische Kommission 2005, Research and Innovation – Investing for Growth and Employment: A Common Approach, http://ec.europa.eu/enterprise/innovation/doc/sec_2005_1289_ia.pdf, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Europäische Kommission 2006, Roadmap for Innovation Strategy, Enterprise Europe, Brussels, 26. Juli 2006, <http://ec.europa.eu/enterprise/library/enterprise-europe/news-updates/2006/2006-07-26.htm>, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Europäischer Rat (Lissabon), Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23–24 März 2000, SN100/00, Lissabon 2000.
- European Innovation Scoreboard 2005, TrendChart: Innovation Policy in Europe, trend-chart.cordis.lu/scoreboards/scoreboard2005/pdf/EIS%202005.pdf, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Freeman, C. 2006, „Catching Up“ and Innovation Systems: Implications for Eastern Europe. In: The Knowledge-based Economy in Central and Eastern Europe. Piech, K., Radosevic S. (Hrsg.), Houndmills 2006.
- Herzog, R. 1997, Berliner Rede „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ von Bundespräsident Roman Herzog im Hotel Adlon am 26. April 1997, <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-2.15154/Rede/dokument.htm>, Abrufdatum: 30.08.2006.

- Hirschhausen, C. & Bitzer, J. 2000, Reform der Innovationssysteme in Osteuropa: Nur schleppender Strukturwandel. In: DIW-Wochenbericht 18/00, DIW 2000, <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/00-18-3.html>, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Landau, K. 2001, Innovative Konzepte – Bilanz erfolgreicher Veränderungen in der Arbeitsgestaltung und Unternehmensorganisation (Kurzfassung), Stuttgart: Ergonomia Verlag OHG.
- Logos company 2006, About Company, <http://www.logos.cz/en/About+company/Company+Logos/>, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Radosevic, S., Reid, A. 2006, Innovation Policy for a Knowledge-based Economy in Central and Eastern Europe: Driver of Growth or New Layer of Bureaucracy. In: The Knowledge-based Economy in Central and Eastern Europe. Piech, K., Radosevic S. (Hrsg.), Houndmills 2006.
- Srholec, M. 2006, Global Production Systems and Technological Catching Up: Thinking Twice About High-tech Industries in Emerging Countries. In: The Knowledge-based Economy in Central and Eastern Europe. Piech, K., Radosevic S. (Hrsg.), Houndmills 2006.
- Steg, H. 2005, Transnationalisierung nationaler Innovationssysteme, Arbeitspaper 11, Universität Dortmund, www.wiso.uni-dortmund.de/is/dienst/de/content/V4/V42/pdf/ap-soz11.pdf, Abrufdatum: 30.08.2006.
- Verspagen, B. & Schoenmakers W., The Spatial Dimension of Patenting by Multinational Firms in Europe, Erste Ausgabe 2002, fp.tm.tue.nl/ecis/bart/jegp.pdf, Abrufdatum: 30.08.2006.

Nach Produktion kommt Forschung und Entwicklung. Mittel- und Osteuropa als Ziel für Auslandsinvestitionen in der Automobilindustrie¹

Einleitung

Mittel- und Osteuropa boomt derzeit als Investitionsraum. Das zeigt sich einerseits am Zufluss Ausländischer Direktinvestitionen (ADI), die sich innerhalb der letzten zehn Jahre verfünffacht haben², auf nunmehr 220 Mrd. US\$. Andererseits wird dies ersichtlich anhand von Standortortbewertungen, die von multilateralen Organisationen, Unternehmensverbänden und Wirtschaftsförderern getroffen werden. So schätzt UNCTAD ein, dass Polen und Tschechien weltweit zu den beliebtesten Zielregionen für ADI zählen, nur übertroffen von China, Indien, USA und Thailand (vgl. UNCTAD 2004). Einer Studie der Economist Intelligence Unit zufolge bieten China und Indien zwar größere Wachstumschancen für Unternehmen, gelten im Gegensatz zu Mittel- und Osteuropa (MOE) allerdings als risikoreicher, weshalb europäische Unternehmen einen signifikanten Teil der ADI in räumlicher Nähe zu ihren Unternehmenssitzen tätigen, insbesondere in MOE (vgl. EIU 2006). Eine Umfrage deutscher Außenhandelskammern unter 1.000 deutschen Unternehmern ergab, dass 90% der Befragten das Investitionsklima in MOE als gut oder zufrieden stellend bewerten (vgl. DUIHK 2006). Eine der Branchen, die einen großen Teil dieser Investitionsmittel an sich bindet, ist die Automobilindustrie. Mehrere hundert Fahrzeughersteller und Zulieferer haben sich in Polen, Tschechien, Ungarn oder der Slowakei angesiedelt, reduzieren dadurch Kosten, nutzen lokale Qualifikationen und erschließen neue Märkte. Doch um welche Kompetenzen handelt es sich, die dezentral aufgebaut werden? Bleibt es ausschließlich bei Verlagerung oder Aufbau von Produktionskapazitäten oder finden sich auch Anzeichen für eine Ansiedlung von wissensintensiven Wertschöpfungsschritten? Dieser Beitrag untersucht den Umfang und die Zielrichtung von ADI in MOE und fragt nach aktuellen Trends bei der Verteilung von Unternehmensaufgaben in der Automobilindustrie.

Typen und Motive von Ausländischen Direktinvestitionen

Ausländische Direktinvestitionen sind internationale Kapitalströme, die zum Aufbau von Tochtergesellschaften oder zu einer Beteiligung an Unternehmen im Ausland verwendet werden. Zu unterscheiden sind horizontale von vertikalen ADI. Mit horizontalen ADI verfolgen Unternehmen das Ziel der Markterschließung, z.B. wenn der Aufbau dezentraler Produktionsstrukturen effizienter ist als die Belieferung des Marktes von außen. Bei vertikalen ADI handelt es sich um Investitionen mit dem Ziel der Kosteneinsparung, etwa durch die Produktionsverlagerung ins Ausland zur Senkung von Arbeitskosten (vgl. Navaretti/Venables 2004). Die Implementierung erfolgt über *brownfield investment*, d.h. durch Übernahme oder Ausbau bestehender Anlagen

¹ Die diesem Beitrag zugrunde liegenden empirischen Daten sind zwischen Frühjahr 2005 und Frühjahr 2006 mittels qualitativen Leitfadeninterviews mit Führungskräften der Automobilindustrie in Deutschland und Polen erhoben worden. Die Auswertung erfolgte über eine qualitative Inhaltsanalyse (vgl. Gläser/Laudel 2004). Die Forschungsaktivitäten sind eingebettet in das DFG-Projekt „Kompetenzerwerb in Tochterbetrieben internationaler Unternehmen – das Beispiel der polnischen Automobilindustrie“ (Laufzeit: 11/2004–1/2007), das am Wirtschafts- und Sozialgeographischen Institut der Universität zu Köln angesiedelt ist.

² Die acht neuen EU-Mitgliedstaaten aus MOE haben bis Ende 2004 rund 220 Mrd. US\$ an Ausländischen Direktinvestitionen (FDI stock) erhalten. Dabei profitierten absolut gesehen Polen (61 Mrd. US\$), Ungarn (60 Mrd. US\$) und Tschechien (56 Mrd. US\$) am stärksten. Mehr als 40% der Investoren stammen aus Deutschland, gefolgt von den USA und Österreich. Beliebte Investitionsbranchen sind u.a. die Nahrungsmittel-, Bekleidungs- und Elektroindustrie sowie Maschinen- und Fahrzeugbau (vgl. UNCTAD 2005).

bzw. *greenfield investment*, das den Bau neuer Anlagen beinhaltet. Es besteht ein breiter Konsens in der Literatur darüber, dass ADI positive Effekte in Form von Wissens-, Technologie- und Produktivitätsgewinnen sowie Einkommens- und Beschäftigungseffekten für das Zielland haben können, jedoch hohe Kosten auf staatlicher Seite für Infrastrukturausbau und Gewährung von Investitionsanreizen verursachen können (vgl. Demekas/Horváth/Ribakova/Wu 2005, S. 3).

Die Motive für die Entsendung von ADI werden je nach Erklärungsansatz unterschiedlich bewertet.³ Dunning (1981) unterscheidet drei Bedingungen, die für ein Auslandsengagement eines Unternehmens gegeben sein müssen: Dazu zählen das Wirksamwerden von Eigentumsvorteilen, Internalisierungsvorteilen und Standortvorteilen. Eigentumsvorteile gegenüber Mitbewerbern im Ausland bieten die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen und Kosten durch lokale Präsenz zu reduzieren. Internalisierungsvorteile treten ein, wenn aufgrund von Unsicherheiten im Zielland der Wissenstransfer an Dritte nachteilhaft wäre und daher Eigentumsvorteile genutzt werden. Standortvorteile resultieren aus Kostenvorteilen und günstigen Markt- und Rahmenbedingungen im Gastland gegenüber dem Heimatland.

Ausländische Direktinvestitionen in der Automobilindustrie Mittel- und Osteuropas

Wenngleich Nordamerika, Westeuropa und Ostasien weiterhin dominante Zielregionen für ADI sind, so werden ‚emerging markets‘ wie China, Indien und MOE zunehmend begünstigt. So belief sich 2005 das branchenübergreifende Investitionsvolumen in Polen auf 6,2 Mrd. US\$, was eine Steigerung um mehr als 60% gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Tschechien (4,5 Mrd.) und Ungarn (4,2 Mrd.) sind ebenfalls nachgefragt (vgl. Abb. 1), liegen bei den Pro-Kopf-ADI sogar deutlich vor Polen⁴.

Abb. 1: Zufluss von Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) nach Mittel- und Osteuropa, 2003/2004

Volkswirtschaft	ADI 2004 (in Mio. US\$)	ADI 2003 (in Mio. US\$)
Slowenien	516	337
Lettland	647	300
Litauen	773	179
Estland	926	891
Slowakei	1.122	669
Ungarn	4.167	2.162
Tschechien	4.463	2.101
Polen	6.159	4.123

Quelle: UNCTAD, 2005

Zu den wichtigsten Branchen, in die ausländische Unternehmen in MOE investieren, zählt die Automobilindustrie. 10–15% aller ADI entfallen auf diese Branche (vgl. UNCTAD 2004). So

³ Buckley/Casson (1976) argumentieren, dass Transnationale Unternehmen (TNU) dann im Ausland investieren, wenn die Transaktionskosten für Exporte oder erteilte Lizenzen höher ausfallen als interne Koordinationskosten zwischen Mutter- und Tochterbetrieb verursachen würden. Hymer (1976) behauptet, dass TNU wegen geringer Marktkenntnisse, höherer Koordinationskosten, Wechselkursschwankungen und öffentlicher Benachteiligungen Wettbewerbsnachteile gegenüber lokalen Unternehmen haben. Daher benötigen sie anderweitige Vorteile, z. B. höheres technologisches Know-how, um diese Nachteile gegenüber lokalen Mitbewerbern auszugleichen.

⁴ In Tschechien kamen im Jahr 2005 864 Euro ADI auf jeden Einwohner, in Ungarn waren es 530 Euro, in der Slowakei 314 Euro, in Polen 161 Euro (UNCTAD 2005).

haben ein Dutzend Fahrzeughersteller unweit ihrer westeuropäischen Mutterwerke Tochterunternehmen in MOE aufgebaut, in denen v. a. Klein- und Kompaktwagen gefertigt oder endmontiert werden (vgl. Abb. 2). Sie produzieren 2006 mehr als zwei Millionen Fahrzeuge, was rund 10% der EU 25-Produktion ausmacht (vgl. Urban 2005, S. 4). Das Engagement verläuft überwiegend über vertikale ADI und ist regional auf Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei konzentriert. Dafür sprechen einerseits Kostenvorteile gegenüber Westeuropa – eine Arbeitsstunde kostet an den vier Standorten rund fünf Euro, viermal weniger als in ostdeutschen Betrieben – jedoch (noch) nicht die Nachfrage nach Neuwagen in MOE, die aufgrund geringer Kaufkraft und hoher Gebrauchtwagenimporte stagniert. Andererseits ist die Attraktivität von MOE als Investitionsraum auf die hohen Qualitätsstandards der Zulieferbetriebe, die Nähe zu den westeuropäischen Werken, das gute Investitionsklima mit staatlichen Anreizsystemen (Sonderwirtschaftszonen) und die Verfügbarkeit von qualifizierten Beschäftigten zurückzuführen (vgl. Maksymiuk 2006, S. 4), wenngleich diesen branchenspezifische Berufserfahrung vielfach fehlt.

Abb. 2: Standorte der Automobilindustrie in Mittel- und Osteuropa, 2006

Land	Standort	Hersteller	Modell	Produktion (2006)
PL	Poznań	Volkswagen	Caddy, Transporter T5	110.000
PL	Gliwice	GM-Opel	Zafira, Astra II, Agila	150.000
PL	Gliwice	Suzuki	Wagon R+	4.200
PL	Tychy	Fiat	Panda, Seicento	255.000
PL	Warszawa-Żerań	FSO-Daewoo	Lanos, Matiz	2.400
CZ	Kolín	Toyota	Aygo	99.300
CZ	Kolín	Peugeot	107	99.000
CZ	Kolín	Citroën	C1	99.900
CZ	Mladá Boleslav	Škoda	Roomster, Superb	382.000
CZ	Kvasiny	Škoda	Fabia, Octavia, Compact SUV	36.000
CZ	Vrchlabí	Škoda	Octavia	71.000
SK	Bratislava	Volkswagen	Touareg, Golf, Polo	155.000
SK	Bratislava	Audi	Q7	53.000
SK	Trnava	Peugeot	207, 207 Van	68.000
SK	Žilina	Kia	ED, Sportage	2.700
HU	Esztergom	Suzuki	Aerio, Ignis, Swift, Wagon R+	175.000
HU	Esztergom	Lancia	Small SUV	2.700
HU	Esztergom	Fiat	Sedici	14.300
HU	Győr	Audi	TT	25.000
SLO	Novo Mesto	Revoz-Renault	Clio, Clio Van, Twingo	122.000
RO	Pitești / Mioveni	Dacia-Renault	Dacia Logan, Pick-up	200.000

Anmerkung: Berücksichtigt wurden nur Standorte mit Fahrzeugproduktion im Jahr 2006 (gerundete Werte). Länderkürzel: PL=Polen; CZ=Tschechien; SK=Slowakei; HU=Ungarn; SLO=Slowenien; RO=Rumänien; Quellen: Automobil-Produktion, 12/2005; CSM Worldwide, 2005; Herstellerangaben

Nach Produktion kommt Forschung und Entwicklung!?

Wurde bislang in der Automobilindustrie v. a. in arbeits- und lohnintensive Bereiche in Transformations- und Schwellenländern investiert, wodurch dort verlängerte Werkbänke großer Au-

tomobilhersteller entstanden, so zeichnet sich jüngst ein Trend zur Dezentralisierung auch von wissensintensiven Kapazitäten ab. Der Aufbau erfolgt über Technologiezentren, die v. a. von Automobilzulieferern in räumlicher Nähe zu den Produktionswerken der Hersteller angesiedelt werden. So installierten seit dem Jahr 2000 u. a. die amerikanischen Zulieferer Johnson Controls im slowakischen Trenčín, TRW im polnischen Częstochowa und Visteon im tschechischen Nový Jičín Technical Centers in MOE. Auch europäische Unternehmen sind präsent, darunter Entwicklungszentren von Fahrzeugherstellern, wie Mercedes-Benz Engineering in Tschechien oder die Entwicklungsabteilung von Audi Hungária Motor belegen. Diese Standorte vereint, dass sie die zentralen Forschungsabteilungen in Ländern der Triade bei Produktdesign (CAD-Anwendungen), Softwareentwicklung, Prototypenbau und Produkttests unterstützen. Diese Tätigkeiten zählen zu den klassischen Aufgaben des Engineering (Konstruktion). Dabei handelt es sich nicht um Bestandteile der Grundsatzentwicklung, d.h. um Produkt- und Prozessforschung und -entwicklung im engsten Sinne, sondern um Anpassungs- und produktionsvorbereitende Entwicklungen. Derartige Support-Aktivitäten werden im Fahrzeugbau verstärkt zwischenstandörtlich aufgeteilt, da sie nicht unmittelbar zu den Kernkompetenzen des Unternehmens zählen und die räumliche Nähe zum Kunden – aus Zulieferersicht sind das die in MOE ansässigen Fahrzeughersteller – vorteilhaft erscheint.

Ausgewählte Tochterstandorte in MOE sind nun in der Lage, diese Kompetenzen zu binden, da sie ein industriell vorgeprägtes Umfeld und die Verfügbarkeit von technisch, sprachlich und organisatorisch qualifizierten Mitarbeitern bieten. Somit lassen sich Teile eines Projektes, z.B. der Materialtest für eine neue Fahrzeugkomponente, bei geringen Koordinations- und Transaktionskosten an einen benachbarten Niedriglohnstandort vergeben, ohne dabei technologisches und strategisches Wissen an die Peripherie zu verlieren. Durch die Veränderung in der Kompetenzaufteilung zwischen Industrie- und Schwellen- bzw. Transformationsländern haben sich Standorte in MOE von verlängerten Werkbänken zu vollwertigen Produktionsstätten oder Entwicklungsstandorten mit Support-Funktionen weiterentwickelt (vgl. Winter 2006a; 2006b). Neue Standortmuster und Änderungen in der internationalen Arbeitsteilung machen es erforderlich, Wachstumsräume in Polen, Tschechien, Ungarn oder der Slowakei auch neu zu bewerten. Sie lassen sich nicht mehr vorrangig über ihren Niedriglohnsektor definieren, der zudem von Standorten in Rumänien oder der Ukraine bereits unterboten wird. Während reine Fließbandproduktionen auf der Suche nach ‚low cost‘-Bedingungen bereits Polen und Tschechien übergehen, profilieren sich diese Standorte mit der großen Verfügbarkeit an jungen, qualifizierten und engagierten Arbeitskräften. Denn angesichts ihrer steigenden Löhne im verarbeitenden Gewerbe werden sich die Wachstumsmärkte in MOE nicht nur als kostengünstig, sondern auch als wissens- und qualitätsintensiv im Wettbewerb präsentieren müssen. Das kann gelingen, denn schon heute liegen mit Polen (Rang 15), Lettland (19) und Slowenien (20) drei MOE-Staaten beim Human Capital Index vor Japan, Deutschland und der Schweiz (vgl. UNCTAD 2005, S. 291).

Nach Produktion kommt Forschung und Entwicklung!? Doch was verbirgt sich dahinter? Werden zukünftig Airbags bei TRW in Polen designt und Audi-Motoren komplett in Ungarn entwickelt? Die Antwort ist vorerst nein. Produktionsverlagerungen finden statt, auch entstehen in MOE zusätzliche Kapazitäten außerhalb der Produktion. Doch handelt es sich bislang um Kernaufgaben des Engineering, das als wissensintensiv einzustufen ist, aber in Kooperation mit dem Mutterwerk erfolgt und nicht zur hochsensiblen Grundsatzentwicklung zählt. MOE erhält somit neben arbeits- auch wissensintensive Wertschöpfungsbereiche, was die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften weiter erhöht und das Einkommensniveau in Zentren der Automobilindustrie ansteigen lässt. Es gibt derzeit aber keine Anzeichen dafür, dass der nächste Entwicklungsschritt folgen wird: Dass Fahrzeughersteller Teile oder die gesamte Entwicklung für ein neues Fahrzeugmodell an Tochter- oder Fremdunternehmen vergeben und somit Standorten in MOE hochwertige Kompetenzen aus der Fahrzeugentstehung übertragen werden. Polen, Tschechien, Ungarn und die Slowakei haben sich wie auch andere Standorte weiterentwickelt, von Montagewerken zu Produktionsstätten und Entwicklungsdienstleistern. Aus ihnen sind aber keine eigenständigen Entwicklungszentren geworden, die westeuropäische Standorte substituie-

ren und Steuerungseinfluss auf die globale Wertschöpfungskette transnationaler Unternehmen haben. Ob es dazu kommen wird, hängt von der Struktur und Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Unternehmens ab. Bisher bleibt es dabei, dass Kernkompetenzen an den traditionellen Standorten verbleiben und Randkompetenzen, zu denen nun auch Support-Aufgaben bei der Fahrzeugentwicklung zählen, an Transformations- und Schwellenländer vergeben werden. Auch wird die weitere Entwicklung davon abhängen, inwieweit lokale Unternehmen in MOE in der Lage sind, durch den Aufbau von organisatorischem und technologischem Wissen sowie durch die Verfügbarkeit von Investitionsmitteln wettbewerbsfähige Unternehmen aufzubauen. Spillover-Effekte durch die Präsenz von transnationalen Unternehmen in den Ländern MOE bieten zumindest die Möglichkeit, Kompetenzen hinzuzugewinnen und über Kooperationen und Joint Ventures mit starken Partnern mittelständische Unternehmen zu etablieren. Ob aus ihnen jedoch ebenbürtige Konkurrenten zu den großen Automobilherstellern und -zulieferern werden, bleibt in einer sich restrukturierenden Automobilindustrie abzuwarten. Die Tendenz wird zu einer weiteren Reduzierung unabhängiger Fahrzeugproduzenten gehen, Chancen bleiben daher eher in der an Einfluss und Bedeutung hinzugewinnenden Zulieferindustrie.

Literatur

- Buckley, P. J. & Casson, M. (1976): *The Future of the Multinational Enterprise*, London.
- Demekas, D. G., Horváth, B., Ribakova, E. & Y. Wu (2005): *Foreign Direct Investment in Southeastern Europe: How (and How Much) Can Policies Help?* (=IMF Working Paper, 05/110), Washington.
- DUIHK (Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer) (2006): *Konjunkturbericht MOE 2006*, Budapest.
- Dunning, J. H. (1981): *Trade, Location of Economic Activity and the MNE: A Search for an Eclectic Approach*. In: *The International Allocation of Economic Activity, Proceedings of a Nobel Symposium*, Stockholm.
- EIU (Economist Intelligence Unit) (2006): *CEO Briefing – Corporate priorities for 2006 and beyond*, London.
- Gläser, J. & Laudel, G. (2004): *Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse*. (=UTB 2348), Wiesbaden.
- Hymer, S. H. (1976): *The International Operations of National Firms: A Study of Direct Foreign Investment*, Cambridge.
- Maksymiuk, A. (2006): *The attractiveness of the automotive industry in Poland for foreign direct investments*. (=Working Papers in Management, Finance and Economics, No. 2), Poznan.
- Navaretti, G. B. & Venables, A. J. (2004): *Multinational Firms in the World Economy*, Princeton.
- Pries, L. (2005): *Renaissance oder Agonie der deutschen und europäischen Automobilindustrie?* In: Pries, L. & M. Hertwig (Hrsg.), *Deutsche Autoproduktion im globalen Wandel. Altindustrie im Rückwärtsgang oder Hightech-Branche mit Zukunft?* Berlin, S. 15–37.
- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) (2005): *World Investment Report 2005: Transnational Corporations and the Internationalization of R&D*, New York / Genf.

-
- UNCTAD (2004): Prospects for Foreign Direct Investment and the Strategies of Transnational Corporations 2004–2007, New York / Genf.
- Urban, W. (2005): The Vehicle Industry in the New Member States, Wien.
- Winter, J. (2006a): Kompetenzerwerb in der Automobilindustrie. Das Beispiel Volkswagen Poznań (Polen). In: Geographische Rundschau, Jg. 58 (2006), H. 4, S. 46–52.
- Winter, J. (2006b): Kompetenzaufteilung in konzerninternen Netzwerken der Automobilindustrie. Chance für Standort und Region? In: Berliner Debatte Initial, Jg. 17 (2006), H. 1/2, S. 186–198.

Das Wirtschaftsklima in der Ukraine nach der „Orange Revolution“ – Traum oder Alptraum für Investoren?

Der neue Weg der Ukraine

Die Wahl des dritten Präsidenten der Ukraine Ende 2004 hat die Aufmerksamkeit der ganzen Welt erregt und ging als „Orange Revolution“ in die Geschichte des noch jungen Landes ein. Nachdem keiner der beiden führenden Kandidaten, Viktor Yushchenko und Viktor Yanukovych, mehr als 50 Prozent der Wahlstimmen für sich gewinnen konnte, wurde eine zweite Wahlrunde angeordnet. Aus dieser ging angeblich der Kuchma-Favorit Viktor Yanukovych als Sieger hervor.

Jedoch nach Vorwürfen massiver Korruption und des Wahlbetruges, begleitet von landesweiten Protesten und Streiks, ordnete das Höchste Gericht eine Wiederholung der zweiten Wahlrunde an.

Mit 52 Prozent der Stimmen wurde Viktor Yushchenko zum offiziellen Sieger und somit zum neuen Präsident der Ukraine ernannt.¹

Die „Orange Revolution“ war jedoch mehr als eine mit Protesten begleitete Präsidentschaftswahl: mit dem Sieg des reform-orientierten Viktor Yushchenko sollte sie die zukünftige Neuausrichtung der Ukraine gen Westen kennzeichnen.

Der Ausgang dieser Wahl erweckte neue Hoffnungen und Erwartungen vor allem unter Investoren, die sich von der neuen Regierung eine deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas durch die Beschleunigung überfälliger Reformprozesse versprochen.

In der Tat wurde die Ukraine in der Vergangenheit vor allem mit einer hohen Kriminalitätsrate, Korruption und einem hohen Investitionsrisiko in Verbindung gebracht.

Dieses negative Bild war deutlich im Volumen der Auslandsdirektinvestitionen (FDI) reflektiert, das weit unter dem Durchschnitt des üblichen FDI-Niveaus im mittel- und osteuropäischen Raum liegt. Im Vergleich zu den Nachbarländern Polen, Rumänien und Russland hat die Ukraine als Zielland von Auslandsinvestitionen weder in der ersten noch in der zweiten noch in der dritten Liga gespielt.² Seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991 bis Ende 2004 erreichte die Ukraine kumulierte Auslandsinvestitionen von USD 8.354 Mrd., was gerade einmal einem Zehntel der Investitionen in Polen entspricht.³

Angesichts des reform-orientierten und prowestlichen Kurses der neuen ukrainischen Regierung haben viele Experten einen Rekord an Auslandsinvestitionen und engere Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen vorher gesagt.⁴

Hat die geopolitische Neuausrichtung der Ukraine tatsächlich zu einem Mehr an FDI-Strömen vom Westen in die Ukraine geführt?

¹ Wikipedia: „Orange Revolution“. Online: http://en.wikipedia.org/wiki/Orange_Revolution.

² Meyer, Harald (2005): „Strom der Auslandsinvestitionen in der Ukraine schwillt an“, Bundesagentur für Aussenwirtschaft, 07.03.2005.

³ Hill, David (2005): „Ukraine after the Orange Revolution – A place to invest?“, in: Business Hungary, Volume XIX/09, September 2005. Online: <http://www.amcham.hu/BUSINESSHUNGARY/19-09/articles/06-region-02.asp>.

⁴ Vgl. zum Beispiel Hill, David (2005) und Intriago, Jorge E. (2005): „Ukraine – Investment Potential. Forecast in Respect of Foreign Direct Investment“, PricewaterhouseCoopers.

Auslandsinvestitionen vor und nach der „Orange Revolution“

Das FDI-Volumen in 2005 ist nicht eingetreten wie erwartet, aber dank der Re-Privatisierung des Stahlkombinats „Kryvorizhstal“ für USD 4.8 Mrd. und des Verkaufs der „Avalbank“ für USD 1.04 Mrd. hat das vierte Quartal einen neuen Rekord an FDI verbuchen können. Insgesamt sind für das Jahr 2005 USD 7.3 Mrd. an Auslandsinvestitionen getätigt worden. Weitere Privatisierungen, insbesondere im Bankensektor, haben maßgeblich zu dem FDI-Zuwachs Anfang 2006 beigetragen.⁵

Zwei Drittel der gesamten Investitionssumme entfielen dabei auf folgende Herkunftsländer: Zypern (15,3% der Gesamtsumme) vor den USA (12,8%), Großbritannien (11%), den Britischen Jungfern-Inseln (7,4%), Deutschland (6,6%), den Niederlanden (6,2%) und Russland (5,8%).⁶

Bei einem Blick auf die Entwicklung der FDI Ströme nach Herkunftsland von 2001 bis 2005 sind dabei folgende Trends feststellbar:⁷

- das Jahr 2004 stellt einen Wendepunkt im Hinblick auf die FDI Ströme in die Ukraine dar.
- Investitionen vom Westen, mit Ausnahme von Großbritannien, waren bereits vor 2004 rückläufig. Der Regierungswechsel Ende 2004 konnte diese Entwicklung jedoch nicht aufhalten, sondern hat sie noch verstärkt. Mit 45,4% der Gesamtsumme haben Auslandsinvestitionen vom Westen im dritten Quartal 2005 einen neuen Tiefpunkt erreicht.⁸
- Zypern und die Britischen Jungfern-Inseln sind die Investitionsländer mit den höchsten Zuwachsraten seit Ende 2004.
- Investitionen aus Russland waren bis 2004 rückläufig, sind aber seit der „Orangen Revolution“ wieder zunehmend.

Wie aber ist dieses Paradoxon zu erklären, insbesondere im Hinblick auf die Ukraine die sich politisch Richtung Westen neu orientierte und auch wirtschaftlich daran anknüpfen wollte?

Die Ursachen sind einerseits in der nationalen Wirtschaftspolitik der neuen ukrainischen Regierung und andererseits in Russland's verstärktem Interesse zu suchen.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung

Energische Schritte zur Bekämpfung der Korruption sowie weitere Maßnahmen zur Verminderung der Bürokratie im Hinblick auf Genehmigungs- und Lizenzverfahren zählen zur Erfolgsbilanz der neuen Regierung. So wurde die Arbeit der Zollbeamten von speziellen Anti-Korruptionsgruppen überprüft und Zolltarife um mehrere Prozentpunkte reduziert, um Bestechungen, Schmuggel und „graue Einfuhren“ unrentabel erscheinen zu lassen.⁹

Jedoch viele Wahlversprechen der Regierung, zum Beispiel in einer transparenten Weise zu arbeiten und betroffene Teilnehmergruppen mit in die Vorbereitung von Gesetzesinitiativen

⁵ CASE Ukraine (2006): „Ukrainian Economic Outlook – Tendencies, Estimates, Forecasts“, Quarterly 02/2006, Center for Social and Economic Research. U.a. wurden „UkrSotsbank“ und „UkrSibbank“ privatisiert.

⁶ Stand 10/2005. U.S. Department of State (2006): „2006 Investment Climate Statement – Ukraine“.

⁷ Ebd. sowie U.S. Department of State (2005): „2005 Investment Climate Statement – Ukraine“; Embassy of Ukraine (2002): „Foreign Direct Investment in Ukraine“, Washington DC. Online: <http://www.ukremb.com/business/investment.html> und Terterov, Marat Dr. (2005): „Doing Business with Ukraine“, 3rd Edition, GMB Publishing, London.

⁸ Motyl, Alexander J. (2005): „A look at the numbers: Is foreign direct investment into Ukraine plummeting?“, The Ukrainian Weekly. Online: <http://www.ukrweekly.com/Archive/2005/400518.shtml>. Diese Zahl beinhaltet die Länder USA, Großbritannien, die Niederlande, Deutschland, Schweiz und Österreich.

⁹ World Economic Forum (2005): „Yushchenko lays out priorities for his government“, Interview mit Victor Yushchenko, Präsident der Ukraine, Extraordinary Ukraine Roundtable, 16–17 Juni, Kiev.

einzu beziehen, wurden nur zu einem geringen Teil eingelöst. Besonders nachteilig auf das Investitionsklima haben sich vor allem folgende Maßnahmen ausgewirkt:

- Im Rahmen des im März 2005 verabschiedeten Gesetzes „zur Änderung des Staatshaushaltes 2005 und einiger anderer Legislativakte“ wurden die vielfältigen Vergünstigungen für Investoren in den sog. Freien Wirtschaftszonen gestrichen.¹⁰ Des Weiteren wurden branchenspezifische Privilegien und Subventionen abgeschafft und die Ertragsteuer für KMU neu geregelt. Die Absicht, die Annullierung der bisherigen Investitionsanreize rückwirkend gelten zu lassen, wurde nach scharfer Kritik seitens ausländischer Investoren wieder verrufen.
- Im Hinblick auf steigende Preise und drohende Inflation versuchte Premierministerin Tymochenko auf die Marktpreisbildung von Motorkraftstoffen, Fleisch und Zucker Einfluss zu nehmen.
- Die skandalöse und korrupte Veräußerung des größten Stahlkombinats der Ukraine „Kryvorizhstal“ kurz vor der Präsidentenwahl 2004 führte zu dem Wahlversprechen, frühere Privatisierungen neu aufzurollen und ggf. rückzuwickeln. Jedoch die widersprüchlichen Angaben zur Zahl der voraussichtlichen „Re-Privatisierungen“ sowie der Mangel an einer einheitlichen Strategie und Methode verunsicherte ausländische Investoren. Während Premierministerin Tymochenko von „Tausenden von Objekten“ sprach, revidierte Yushchenko diese Zahl auf lediglich 30 bis 40 Unternehmen.¹¹ Zudem war nicht eindeutig geklärt, anhand welcher Kriterien die zu re-privatisierenden Unternehmen definiert werden sollten: auf Grundlage des erstandenen Preises oder rechtswidriger Verstöße?

Die genannten Maßnahmen, wie die Abschaffung von Vergünstigungen und die Rückabwicklung korrupter Privatisierungen, sind an sich nicht zweifelhaft. Schon die Weltbank hat die Streichung der vielfältigen, kaum mehr überschaubaren Privilegien zur Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen empfohlen.¹² Auch eine transparente Re-Privatisierung vormals rechtswidrig veräußerter Staatsbetriebe könnte Gerechtigkeit und Vertrauen in das Rechtssystem wieder herstellen.

Jedoch mit der widersprüchlichen, oft unkoordiniert und willkürlich wirkenden Vorgehensweise und dem Fehlen eines strategischen Gesamtkonzeptes hat die Regierung genau das Gegenteil erreicht: die Investoren sind verunsichert, was sich in einem scharfen Rückgang der Investitionstätigkeit niedergeschlagen hat.

Russische Investoren auf dem Vormarsch

Obwohl Russland und die Ukraine traditionell enge Handelspartner sind, hat sich dies – zumindest nicht laut offiziellen Statistiken – in der Investitionstätigkeit widerspiegelt.¹³ Tatsächlich zeigt die FDI-Entwicklung russischer Direktinvestitionen erst seit Ende 2004 wieder einen Aufwärtstrend.

Neben Investitionen in den traditionellen Bereichen Energie und Bodenschätze, versuchen russische Investoren sich vor allem in den neuen, wachstumsstarken Märkten zu profilieren. So sind im Jahre 2005 die Mobilfunkanbieter die aktivsten aller russischen Investoren gewesen.

¹⁰ Meyer, Harald (2005): „Erholungskurs der Ukraine steht auf der Kippe“, Bundesagentur für Aussenwirtschaft, 16.06.2005.

¹¹ Mesonzhnik, Margarita (2005): „Columbia University is site of forum on Ukraine’s economic prospects“, in: The Ukrainian Weekly, Juni 12, Nr. 24, Vol. LXXIII. Online: <http://www.ukrweekly.com/Archive/2005/240520.shtml>.

¹² Kolesnichenko, Anna (2005): „What happened to economic growth in Ukraine after the Orange Revolution“, Eurasia 21, S. 4.

¹³ Russland ist größter Import- und Exportpartner der Ukraine. In 2003 wurden über 37% aller Importgüter von Russland bezogen. Zu den wichtigsten Importwaren zählen dabei Gas und Öl.

Erst im November hat VimpelCom, eine der größten russischen Mobilfunkanbieter, den Kauf der Ukrainischen Radiosysteme (URS) bekannt gegeben.¹⁴

Zusammen mit der russischen „Mobile TeleSystems“ (MTS), Inhaber der „Ukrainian Mobile Communications“ (UMC) und der KyivStar, einem russisch-norwegischen Joint-Venture, ist der ukrainische Mobilmarkt nun fast ausschließlich in russischer Hand.

In der Tat ist das Ende der Kuchma-Regierung, die bei Privatisierungen vor allem inländische Investoren bevorzugte, eine Chance für russische Investoren. Diese sehen für sich aufgrund vieler gemeinsamer Strukturen einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil.

Terterov argumentiert, dass russische Investoren in der Ukraine „have themselves often been (Russian) oligarchs and their financial industrial groups are well acquainted with the type of business environment prevalent in Ukraine“.¹⁵

Aber nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten russischen Kapitalzuflüsse haben zugenommen. Laut offiziellen Statistiken ist Russland der siebt-größte Investor in der Ukraine, was jedoch die tatsächliche Präsenz russischer Unternehmen in der Ukraine nur partiell abbilden dürfte. Meyer bestätigt, dass „davon auszugehen ist, dass eine hohe Dunkelziffer der Zuflüsse russischen Kapitals über Drittländer – darunter durch Offshore-Firmen auf Zypern und anderen Standorten – erfolgt ist“.¹⁶ Die Zahlen belegen, dass Investitionen aus Zypern und den Britischen Jungfern-Inseln beträchtlich gestiegen sind. Im Jahre 2005 hat Zypern sogar den langjährigen Top-Investor USA verdrängt.

Daher ist der tatsächliche Einfluss russischer Unternehmen in der ukrainischen Wirtschaft nur sehr schwer zu fassen.

Ausblick

Was für den einen Freud oder Traum, ist für den anderen Leid oder Alptraum – so stellte sich das Investitionsklima in der Ukraine nach der „Orange Revolution“ dar. Obwohl mit dem Sieg der reform-orientierten, prowestlichen Regierung eine engere wirtschaftliche Anbindung an den Westen prophezeit wurde, trat genau das Gegenteil ein: russische Investoren, voller Optimismus und nicht einzuschüchtern von den Fehlritten der Regierung in den ersten 100 Tagen, bestätigten ihr Kaufinteresse und –potential, während westliche Investoren, abgeschreckt und unsicher von jenen Pannen, sich zurückzogen.

Nach den Parlamentschaftswahlen 2006 bleibt abzuwarten, ob die neue Regierung aus ihren Pannen und Fehlschlägen gelernt hat und lang erwartete Reformprozesse vorantreiben kann. Erst dann ist eine Beruhigung des politischen und somit auch wirtschaftlichen Klimas in der Ukraine zu erwarten, das hoffentlich auch wieder verstärkt westliche Investoren anzulocken vermag.

¹⁴ VimpelCom (2005): „VimpelCom Enters Ukraine Closes Acquisition of CJSC Ukrainian Radio Systems“, Pressemitteilung, 11. November, 2005. Online: http://www.vimpelcom.com/news/index.wbp?year=2005&articleid_7e35b1a9-d012-4c42-b6dc-52a34f8bd223&print=true.

¹⁵ Terterov, Marat Dr. (2005): „Doing Business with Ukraine“, 3rd Edition, GMB Publishing, London. Ein Beispiel ist die Russische Alfa Group, eine der einflussreichsten Konglomerate in der Ukraine.

¹⁶ Meyer, Harald (2005): „Strom der Auslandsinvestitionen in der Ukraine schwillt an“, Bundesagentur für Ausenwirtschaft, 07.03.2005.

*VI. Osteuropäischer Alltag
zwischen gestern und morgen*

Zarengigaretten und Verbrecherausos: Konsumenten und ihre Produkte im Übergang vom Plan zum Markt in Moskau

Einleitung

Konnten die Bewohner der ehemals sozialistischen Staaten sich einer Auseinandersetzung mit dem politischen und gesellschaftlichen Wandel teilweise entziehen, so funktionierte dies in der Sphäre des Konsums auf gar keinen Fall: neue Konsum-Orte, neue Produkte, neue Vermarktungsarten dominierten nun das Aussehen der Städte und erforderten von den Verbrauchern adäquate, neu zu erlernende Praktiken und Strategien. Die Systemtransformation fand also ihre offensichtlichste Ausprägung in einer Konsumrevolution, die zwar in verschiedenen Formen stattfand, jedoch stets prägend für die Wahrnehmung der Veränderung war. In meinem Beitrag möchte ich mich mit dem Verhältnis von Konsumenten zu Produkten im Zeitraum von ca. 1980 bis 2000 beschäftigen, wobei ich mich regional auf Moskau beschränke. Quellen meines Beitrages sind Marktforschungsstudien, Interviews mit Marktforschern und Konsumgüterherstellern, Wirtschaftszeitungen, Karikaturen aus der Zeitschrift Krokodil und Werbung.

The World of *Socialist* Goods

Versteht man Konsum als kulturwissenschaftliches Phänomen, so beinhaltet der Begriff „das Kaufen, das Gebrauchen und Verbrauchen von Waren [... sowie] die damit in Zusammenhang stehenden Diskurse, Emotionen, Beziehungen, Rituale und Formen der Geselligkeit und Vergesellschaftung“¹. Konsum lässt sich dabei als zentrales Moment der Produktion von sozialen Strukturen und Konstruktion von kultureller und sozialer Identität begreifen.² Produkten werden in der Konsumgesellschaft Bedeutungen mittels Werbung und Markenbildung zugeschrieben und diese Bedeutungen werden von den Konsumenten in abgewandelter Form auch rezipiert. Produkte werden dabei zu arbiträren Zeichen eines Informationssystems, das auf kulturellen Übereinkünften und sozialen Unterscheidungswünschen basiert: „Goods [are ...] markers, the visible bit of the iceberg which is the whole social process.“³

Es stellt sich die Frage, ob es auch eine sozialistische Version einer Produktkultur geben konnte und gegeben hat. Unter den Bedingungen eines Verkäufermarktes war der Zwang der Veredelung von Produkten durch Anmutungen, die vom Marketing geschaffen werden, nicht gegeben. Zwar gab es Werbung, doch galt diese Warengruppen und nicht einzelnen Produkten. Nichtsdestotrotz gab es generelle Prinzipien der Unterscheidung von Produkten in der Sowjetunion. Bei der Schaffung von Produkten mit Bedeutung kam den Konsumenten größere Eigenleistung zu, da ihnen keine Marken-Erlebniswelten, geschaffen von Marketing-Experten, präsentiert wurden.

Die sowjetische Warenwelt lässt sich dabei grob in drei Kategorien einteilen: sowjetische Produkte, Produkte aus dem transnationalen, sozialistischen Konsumraum sowie Produkte aus dem Westen. Schwerlich lässt sich bei der Mehrzahl der sowjetischen Produkte von Marken sprechen, denn das, was auf den Produkten groß vermerkt war, war eher eine Sortenbezeichnung,

¹ Siegrist, Hannes: Konsum, Kultur und Gesellschaft im modernen Europa, in: Siegrist, Hannes et al (Hg.): Europäische Konsumgeschichte, Frankfurt/Main 1997, S. 13–48, S. 16.

² Vgl. z. B. Douglas, Mary / Isherwood, Baron: The World of Goods: Towards an Anthropology of Consumption, New York 1996, S. 44f.

³ Douglas / Isherwood, S. 50.

denn eine Marke. Markenqualität konnten folglich die Hersteller beanspruchen, welche sich durch eine dauerhafte und gute Qualität ausgezeichnet hatten.

Die zweite Kategorie der Produktwelt machten importierte Produkte aus den sozialistischen Staaten aus. Da die Produkte keine Marken trugen und oftmals keine Bezeichnung hatten, waren die Herkunftsländer Markenersatz und wurden mit bestimmten Bedeutungskonnotationen versehen.

Schließlich kamen auch westliche Markenprodukte in die Sowjetunion und insbesondere nach Moskau. Informationen über westliche Marken hatten die Menschen aus ausländischen und einheimischen (!) Filmen⁴, durch Mitbringsel aus dem Ausland und Konsumerfahrungen von importierten westlichen Produkten wie z.B. finnischen Anzügen. Auch in der Sowjetunion gab es Geschäfte, die gegen Auslandswährung Westprodukte verkauften, die sogenannten Beriozki, doch waren die nur einer kleinen Minderheit zugänglich und konnten zum Massenkonsum keinen Beitrag leisten.

Ein interessantes Detail der sowjetischen Produktkultur stellten Marken dar, die aus der wirtschaftlichen Kooperation mit den USA entstanden. Der Grad an markenpolitischer Verflechtung spiegelte dabei die politische Nähe der beiden Staaten wider. So wurde seit 1974 *Pepsi-Cola* in der UdSSR verkauft, zunächst als Importware, die gegen Wodka *Stoličnaja* getauscht wurde, dann als Lizenzprodukt. Ein Ergebnis der Kooperation von USA und UdSSR bei der Raumfahrt führte 1975 zur Entwicklung der Zigaretten *Sojuz-Apollon*, eine von Philip Morris in der Sowjetunion produzierte Marke. *Sojuz-Apollon*-Zigaretten kamen somit nahe an die westliche Vorstellung von Marken heran, da sie durch ihre Bezeichnung mit einem der Prestigeprojekte der Zeit in Verbindung gebracht und dadurch zum Bedeutungsträger der großen Zuschreibung des sozialistischen Systems wurden. Die Marke, die insbesondere in Moskau größte Popularität genoss, war jedoch zweifellos *Adidas*. Auch *Adidas* war dabei ein Lizenzprodukt, dessen Produktion in der Sowjetunion mit den olympischen Spielen 1980 begann.

Am stärksten ausgeprägt war das Interesse für Marken bei Jugendlichen. Dies wurde selbst von der sowjetischen Konsumforschung festgestellt⁵ und in einer Vielzahl von Karikaturen aus den 80er Jahren dokumentiert. Kleidung und Zigaretten waren dabei die zentralen Warengruppen, in denen die Moskauer Jugendlichen ihr Markenbewusstsein verwirklichen wollten. Dieser Aspekt mag zeigen, welche Konstanten im Konsumverhalten sich unabhängig von der zugrunde liegenden Wirtschaftsform feststellen lassen.

Trotz aller Differenziertheit war die sowjetische Produktkultur insbesondere zum Ende der 80er Jahre von Defizit und Schlangen geprägt. Ein Großteil der begehrteren Produkte kam nur über besondere Zuteilung über die Betriebe oder komplizierte Bestellungssysteme an die Konsumenten. Moskau wurde dabei von der Konsumpolitik extrem privilegiert. Generelle Präferenzen für bestimmte Marken oder Produkte konnten sich die Konsumenten mangels Alternativen kaum leisten. Das Urteil über die Produktkultur dieser Zeit aus Sicht eines heutigen Konsumforschers lautet also folgendermaßen: „Wenn die Schlange für einfache Wurst zwei Kilometer lang war, so war sie für Wurst mit einer besonderen Marke oder einem besonderen Qualitätsvermerk vier Kilometer lang.“

⁴ Man denke hierbei beispielsweise an die Schleichwerbung für Marlboro in „*Slušebnyj Roman*“ von Ėldar Rjazanov oder an die Pepsi-Szene in „*Brilliantovaja Ruka*“ von Leonid Gajdaj.

⁵ Es gab in der Sowjetunion seit den 1960er Jahren Marktforschung, da seit dieser Zeit das volkswirtschaftliche Problem bestand, dass in großem Maße produzierte Waren nicht abgesetzt werden konnten, weil sie den Ansprüchen der Konsumenten nicht entsprachen.

Verwestlichung der Warenwelt

Die russischen Konsumenten kannten also schon vor dem Prozess der „Marktöffnung“ einige westliche Marken. Anders als in der DDR gab es in der Sowjetunion keinen einmaligen Tag, an dem sich der Markt „öffnete“, sondern langsam kamen mehr und mehr westliche Produkte auf den russischen Markt, gab es Werbung in den Medien und auf den Straßen. Ein für Moskau geschichtsträchtiges konsumtives Ereignis war die Eröffnung des ersten *McDonalds* am 30. Januar 1990, als 30000 Moskauer bis zu fünf Stunden auf Bedienung mit Fast Food warteten. Im Moskauer *McDonalds* konnte man von Anfang an nur mit Rubeln zahlen, was auch explizit auf einem Schild im Restaurant vermerkt wurde. Die Hamburger wurden also als westliches Konsumgut positioniert, das nicht nur privilegierten Kreisen mit Devisenbesitz zugänglich sein sollte – wie bislang üblich –, sondern auch dem gewöhnlichen Konsumenten. Die Neuheit von *McDonalds* in Moskau bestand also darin, dass ein dezidiert westliches Produkt den Konsumenten als Massenkonsumgut und nicht als Luxusgut präsentiert wurde. Die Eröffnung des ersten *McDonalds* in Moskau war folglich eines der wichtigsten Daten auf dem Weg hin zu einer Kultur des Massenkonsums nach westlichen Maßstäben – zwei Jahre vor (!) Auflösung der Sowjetunion und genereller Preisfreigabe.

Auch andere Konsumgüter drängten zu Beginn der 1990er Jahre auf den sowjetischen / russischen und insbesondere den Moskauer Markt. Aufgrund der häufigen Konsumfrequenz hinterließen vor allem Marken von schnelllebigen Konsumgütern wie z.B. *Snickers*, *Mars* und *Fanta* Eindruck bei den Konsumenten. Bestimmte Marken waren dabei Produktinnovationen, da es keine Äquivalente in der Sowjetunion gegeben hatte. Einige dieser Marken wie *Pampers* oder *Tampax* gingen folglich in die russische Sprache als Produktbezeichnungen ein.

Bedeutungen, die Produkten durch das Marketing zugeschrieben werden, sind stets arbiträr. Folglich versuchten auch russische Hersteller an dem generell größeren Vertrauen der Konsumenten zu ausländischen Produkten zu partizipieren, indem auch sie ihren Marken ausländische Namen gaben. Bekanntestes Beispiel hierfür ist die russische Firma Wimm-Bill-Dann', die ab 1995 Marken wie den Saft *J7* auf den Markt brachte.

Wie bereits erwähnt, wirken auch die Konsumenten bei der Kreation von Marken mit, da sie die vermittelten Bedeutungen teilweise auf nicht absolut vorhersehbare Art und Weise rezipieren bzw. Produkten eigene Bedeutungen zuschreiben. Ein interessantes Beispiel für eine anarchistische Bedeutungsgebung durch Konsumenten ist die Konnotation „Verbrecherauto“ für *Mercedes* in den 90er Jahren in Moskau. Von den Automobil-Produzenten sicherlich nicht intendiert, entstand dieses Markenbild auf Basis der vorherrschenden Meinung, dass Reichtum und Kriminalität in einem engen Zusammenhang stehen und somit die Besitzer teurer Autos ihr Geld nicht auf rechtmäßige Art und Weise erworben haben.

Bei der Begeisterung der russischen Konsumenten über die auf den Markt drängenden westlichen Produkte in der Folge muss man sich bewusst machen, dass die westlichen Produkte in einen Markt des absoluten Mangels trafen: 1990 wurde in Moskau ein Gesetz erlassen, nach dem sich Kunden beim Einkaufen als Moskauer ausweisen mussten, um den Einkauf-Tourismus von Bürgern aus der Provinz in Moskau zu verhindern, was bis dahin eine sehr gebräuchliche Praxis dargestellt hatte. In diese Zeit fällt auch die Ausgabe von Rationierungsscheinen für bestimmte Konsumgüter in Moskau wie in der ganzen Sowjetunion. Die so genannte „Snickersisierung“ der russischen und insbesondere der Moskauer Konsumgesellschaft war folglich auch in einem Mangel an einheimischen Produkten und nicht nur in einer bedingungslosen Akzeptanz von allem Westlichen begründet.

Der Prozess des politischen und wirtschaftlichen Systemwandels und der Öffnung gegenüber dem Westen wurde somit begleitet von einer widersprüchlichen Entwicklung der Konsumkultur: Einerseits gab es nun vermehrt westliche Produkte für den Massenkonsum, andererseits war

dies eine Zeit des absoluten Mangels, der auch die gewöhnlichsten Güter wie Seife und Wurst betraf.

„Rückkehr“ der russischen Marken

Eine weitere Wende der russischen Produktkultur steht in engem Zusammenhang mit der Rubelkrise vom August 1998. Die Abwertung des Rubels machte für einen Großteil der Konsumenten in Moskau westliche Konsumgüter unerschwinglich, folglich kaufte man nun vorrangig einheimische Produkte. Die verstärkte Hinwendung zu russischen Marken in der Folge war jedoch nicht nur wirtschaftlich bedingt, sondern wurde auch durch einen Einstellungswandel der Konsumenten begünstigt. Bereits im Mai 1998 sprachen 92% der Moskauer in einer repräsentativen Umfrage russischen Lebensmitteln eine höhere Qualität zu als Produkten aus dem Ausland. Dieser Gesinnungswandel beschränkte sich jedoch fast ausschließlich auf Lebensmittel; bei Kleidung, Schuhen und Elektronik blieben die Konsumenten den einheimischen Produkten gegenüber skeptisch eingestellt.⁶ Die Phase der absoluten Präferenz westlicher Produkte war also schon vorbei, als die wirtschaftliche Lage den Verzicht auf Importwaren erzwang.

Es ist genau genommen auch nicht richtig von einer „Rückkehr“ der russischen Marken zu sprechen, da es Marketing für einzelne russische Produkte nur bis 1917 gegeben hatte und man in der Vermarktung nicht an Kampagnen aus der jüngeren Vergangenheit anschließen konnte. Es wurden also einerseits neue russische Marken kreiert, andererseits wurden Firmennamen wie *Krasnyj Oktjabr*, die in sowjetischer Zeit einen guten Ruf hatten, zu Marken weiterentwickelt.

Und wieder wurde der arbiträre Charakter von Marken deutlich, denn nun versuchten ausländische Hersteller von Lebensmitteln ihre Herkunft hinter einem russischen Markennamen zu verbergen. Als Extrembeispiel kann man hier die Schokolade *Rossija Ščedraja Duša* von Nestlé heranziehen, da die Firma aus der Schweiz ihre Süßwaren nicht nur mit dem Attribut Russland schmückt, sondern zudem noch auf die sprichwörtliche große Seele deren Bewohner verweist.

Interessant ist auch eine Analyse der Konnotationen, mit denen Marken von einheimischen und ausländischen Herstellern seit Ende der 90er Jahre als russisch positioniert werden. Mehrere neue Marken wie *Pëtr I-Zigaretten*, *Stepan Razin*- und *Nevskoe*-Bier stehen hierbei für historische Personen aus vorrevolutionärer Zeit, die von der Bevölkerung als glorreich für Russland begriffen werden. Es wird argumentiert, dass diese historischen Symbole in der Orientierungslosigkeit der Menschen bezüglich der Rolle Russlands in der Gegenwart nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Verlust der Großmachtstellung als ein identitätsstiftendes Moment dienen können.⁷

Erst seit wenigen Jahren werden Marken geschaffen, welche die sowjetische Zeit in Nostalgie aufgreifen. Beispiele dafür sind die Zigaretten *SSSR (UdSSR)* und *Prima Nostal'gija* oder das Eis *SSSR* nach der Art des sowjetischen *Plombirs*. Generell kann man sagen, dass diese Marken einem niedrigen Preissegment zuzuordnen sind und somit eher die Verlierer des Transformationsprozesses ansprechen sollen. Symbole aus der sowjetischen Vergangenheit werden halbironisch für die Produktgestaltung eingesetzt: Die Verpackung des Eises *SSSR* zieren ein „Znak kačestva“ („Qualitätszeichen“), das in der Sowjetunion als Gütezeichen dienen sollte, und Elemente der sowjetischen Raumfahrt. Der Vergleich mit der Geschichte der Ostprodukte nach der Wende in den neuen Bundesländern drängt sich auf; offensichtlich dauerte es in Russland nur einige Jahre länger, bis man versuchte, mit nostalgischen Anspielungen auf sozialistische Pro-

⁶ Vgl. http://bd.fom.ru/report/cat/societas/market_economy/trade/produce_custom/otechestvennaya_i_importnaya_produktsiya/t8035720 (10.8.2005).

⁷ Vgl. Sperling, Walter: „Erinnerungsorte“ in Werbung und Marketing. Ein Spiegelbild der Erinnerungskultur im gegenwärtigen Rußland?, in: Osteuropa 11/12 2001, S. 1321–1341.

dukte und Symbole bei einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen positive Marketing-Effekte zu erzielen.

Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass die heutige Produktkultur in Moskau Ergebnis einer ereignisreichen und widersprüchlichen Markengeschichte ist. In ihr spiegeln sich die Veränderungen der letzten Jahre in Kultur, Politik und Wirtschaft wider.



Abbildung: Eiscreme SSSR (*UdSSR*)

Moskauer Gastronomie – globale Vielfalt po-ruski

In unserem Vortrag möchten wir auf die Entwicklung der Moskauer Gastronomie in den beiden letzten Jahrzehnten eingehen und anschließend die damit verbundene methodologische Problematik umreißen. Die Ausgangsfrage ist, wie sich Transformation mit den Methoden der Europäischen Ethnologie erfassen lässt.

Die Transformationsdebatte der Osteuropaforschung wurde zunächst durch die Annahme bestimmt, die Länder der ehemaligen UdSSR hätten nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion klare Entwicklungsziele. Sie würden Defizite in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens aufweisen und strebten folglich das Erreichen westlicher Standards an. Etwa zehn Jahre nach der Perestrojka musste festgestellt werden, dass es noch immer keine eindeutige Annäherung der Verhältnisse *von Ost zu West* gäbe, durch die eigene Weiterentwicklung des Westens sei ein Nachhinken der osteuropäischen Länder *per se* gegeben. Es wurde deutlich, dass Transformation zeitlich nicht klar einzugrenzen ist.

Da sich die Transformation in Osteuropa verschiedenartig ausprägte, kann davon ausgegangen werden, dass die Prämisse einer progressiven Entwicklung, bei der eine Angleichung an den Westen angestrebt wird, obsolet ist. Vielmehr entwickelt sich in diesen Ländern ein eigener Standard, basierend auf gesellschaftseigenen Konstanten. Transformation geschieht dementsprechend nicht zielgerichtet von A nach B, sondern ist ein äußerst komplexer gesellschaftlicher Vorgang mit vielen, insbesondere für Außenstehende, unberechenbaren Momenten.

Unsere Definition von Transformation schließt sich dem an: wir gehen davon aus, dass die Gesellschaft einer Region keine unbeschriebene Matrix darstellt, auf der sich Normen, Werte oder Bräuche beliebig adaptieren lassen könnten, sondern dass immer eine besondere, bereits vorhandene Spezifik der Gesellschaft Grundlage für fremde Einflüsse ist, welche diese in sich aufnehmen und einebnen, gleichfalls aber auch ablehnen kann.

Auch in Moskau hat ein sehr eigener Prozess des Aneignens und Ablehnens westlicher Werte die Gastronomie in ein farbenfrohes Nebeneinander von russischen und westlichen Merkmalen verwandelt.

Grundlage für die gravierenden Veränderungen in der Gastronomie stellt die 1995 vollzogene Privatisierung der bis dahin staatlich organisierten Restaurantkultur dar. Dieser Prozess begann, als 1990 staatliche Zuschüsse an die Restaurants eingestellt wurden. Es eröffneten die ersten billigen Imbissbuden und teuren Edelrestaurants.

Auf den ersten Blick wirkt die Zunahme an Cafés, Restaurants, und Imbissketten – besonders stark im Zentrum der Stadt ausgeprägt – wie ein typisches Boom-Phänomen nachholender Entwicklung. Das fast euphorische Streben nach Etablierung und Konsumierung westlicher Standards erscheint kompensatorisch: Vor 1990 existierten vergleichsweise wenige gastronomische Einrichtungen. Sie zeichneten sich vor allem durch schlechten Service, hohe Preise und ein schmales Angebot aus. Doch das Beispiel der erfolgreichsten McDonalds-Filiale der Welt, die 1990 in Moskau eröffnet wurde, zeigt, dass es sich dabei nicht um eine bloße Übernahme der US-amerikanischen Fast-Food-Kultur handelte, sondern um eine gezielte Symbiose mit lokalen Praktiken sowjetisch-russischer Prägung.

In den ersten Jahren nach der Eröffnung konnte die McDonalds-Filiale als exotisches Symbol für den Westen sehr hohe Kundenzahlen verbuchen. Wichtig hierfür war sicherlich die Freundlichkeit und Schnelligkeit des Services. Mit der Zeit kam die Ausrichtung an kulturellen Spezifika ihrer Konsumenten hinzu: Marketingstrategie arbeitet nun mit dem Appell an die Identitätszugehörigkeit der Moskauer. Um mit Melissa Caldwell zu sprechen, handelt McDonalds nach den Prinzipien der „nash“-Kategorie, indem das einschließende Pronomen in den Werbe-

sprüchen aufgegriffen wird. Ziel ist es, durch Werbemaßnahmen Vertrauen, Intimität und kollektive Verantwortlichkeit gegenüber den Kunden herzustellen. Der teilweise nicht nur latent spürbare Nationalstolz unterstützt möglicherweise die Wirkung der dualen Kategorisierung „nash“ vs. „ne-nash“.

So wird die heimische Herstellung betont: Russische Zulieferer, die amerikanischen Kontrollstandards genügen, vermitteln das Gefühl, dass das Essen ökologisch einwandfrei ist. Zugleich scheint der Verbraucher die Möglichkeit zu erhalten, mit seinem Konsum bei McDonalds einen Absatzmarkt für regionale Fleisch- und Brotproduzenten zu schaffen. Die kollektive Verantwortlichkeit für das soziale Wohlergehen wird außerdem durch das Sponsoring von Sportevents, Kinderhilfsaktionen und Veranstaltungen zum gegenseitigen Kennenlernen der Kunden untereinander suggeriert. Dieses Verfahren der Inklusion der Moskauer Kundschaft kann als ein lokaler Subprozess innerhalb der Transformation gelten. Auch McDonalds muss seine standardisierte Werbestrategie zumindest inhaltlich an die Moskauer Gegebenheiten anpassen respektive *transformieren*.

Der Erfolg von McDonalds beeinflusste Quantität und Qualität gastronomischer Einrichtungen in Moskau. Das Niveau der Ausstattung und der Kundenbetreuung hat sich gehoben. In Abstufung bzw. Modifikation des Konzepts der US-Fastfoodkette entstanden konkurrierende Ketten wie „Russkoe Bistro“, „Mu-Mu“, „Jolki-Palki“ – das Angebot nahm zu. Dabei verwenden die Marketingstrategien wieder die lokale Integrität: Entweder sprechen sie die russische Identität bzw. Nationalität an oder sie inszenieren die Speisen als exotisch. Die thematische Ausrichtung einzelner (Schnell-)Restaurants ahmt häufig die asiatische Atmosphäre ehemaliger Sowjetrepubliken nach. In diesem Fall knüpft das scheinbar Fremde bei einem Teil der Besucher an mögliche vorhandene Assoziationen an. Der Wiedererkennungseffekt schafft ebenfalls Vertrauen gegenüber einem noch nicht konsumierten Produkt.

Insgesamt muss beachtet werden, dass der Restaurantbesuch nach wie vor keinen derart starken Eingang in den Alltag gefunden hat wie in Westeuropa. Funktionen öffentlicher Gastronomieeinrichtungen wie Nahrungsaufnahme und Nutzung der sozialen Sphäre sind nicht allen zugänglich: Sozialen Ersatz für die verhältnismäßig teuren Cafés bieten Shoppingmalls. Märkte und privates Kochen spielen wie Jahrzehnte zuvor eine wichtige Rolle. Überteuerte Luxusrestaurants für die Geldelite verdeutlichen ausgeprägte Mechanismen der Exklusivität, die auf ihre Art an sowjetische Beziehungshierarchien wie die der Nomenklatura erinnern.

So könnte man provokant formulieren, dass zwar das Straßenbild Moskaus dem einer global agierenden Metropole gerecht wird, was die Menge und Vielfalt der gastronomischen Werbung angeht. Jedoch scheint die wirtschaftliche Erfolgsgarantie weiterhin davon abzuhängen, inwiefern die jeweilige Einrichtung die lokalen Praktiken der Konsumenten mitberücksichtigt. Hier wäre es interessant zu untersuchen, wie lokal angepasste Marketingstrategien russischer wie internationaler Unternehmen konzipiert werden und von wem – potentiell geeignet wären dafür gerade Kulturwissenschaftler bzw. Ethnologen. Allerdings ist der Blick hinter die Kulissen kaum möglich.

Bei der Erarbeitung des Themas sind wir fast ausschließlich auf fremde Quellen angewiesen gewesen, da uns beiden eine Exkursion nach Moskau leider nicht möglich war. In diesem Zusammenhang reihten wir und also in die Riege der sog. „*Schreibtisch-Ethnologen*“ ein. Neben wenigen verfügbaren qualitativen Aufsätzen mussten wir in erster Linie auf das Internet zurückgreifen, um möglichst aktuelle und vielfältige Daten zu beziehen. Hierzu einige Bemerkungen.

Dem *Schreibtisch-Ethnologen* fehlt im Prozess der Erarbeitung und Beurteilung des Feldes neben sinnlichen Erfahrungen wie dem Riechen, Hören und räumlichen Sehen das konkrete Gegenüber. Der Ethnologe hat es mit einer Landschaft aus Repräsentationen zu tun, wobei die Frage nach den tatsächlichen Begebenheiten offen bleibt. Zugespitzt kann gesagt werden, dass das Internet selbst das Feld des modernen *Schreibtisch-Ethnologen* geworden ist. In unserem Fall bestanden die Informationsquellen für den deskriptiven Teil der Arbeit aus a) offiziellen

Homepages der Restaurants, b) aktuellen Restaurantführern und schließlich c) Forenseiten, die an die bereits genannten Seiten gebunden sind.

Die Forenseiten sind die am liberalsten strukturierten Bereiche. Doch muss auch hier von einer Konstruktion ausgegangen werden, da sie, wie Padgett (2002) erläutert, Teil der Werbestrategie insbesondere von transnationalen Unternehmen sind. Sie nutzen die durch Meinungsäußerungen gewonnenen Informationen dazu, um sich besser an örtliche Gegebenheiten anzupassen und um den Konsumenten durch vermeintliche Teilhabe am Geschehen emotional an das Unternehmen zu binden.

Bei der Präsentation der Restaurantführer war vor allen Dingen die Uneinheitlichkeit in der Anzahl der vertretenen Gastronomiestätten auffällig. Der Grund hierfür ist wohl darin zu sehen, dass sich die Restaurants und Cafés die Repräsentation auf den Seiten erkaufen, quasi wie eine Reklameeinheit. Zu vielen Restaurants gab es Fotos, Artikel oder gar Videos; Bewertungen sind selbstverständlich.

Kommen wir nun zu der Entdeckung, die uns veranlasst hat, einen Exkurs über die Methoden der Ethnologie zu machen.

In Moskau gibt es mittlerweile einen kleinen Kreis einflussreicher Restaurantbetreiber, denen fast alle bedeutenden Cafés und Restaurants Moskaus zugeordnet werden können. Zwei der wichtigsten Restaurantbetreiber sind Andrei Delos und Arkadij Novikov: Während Novikov nahezu perfekt durch das Internet repräsentiert wird, u.a. durch professionell gestaltete Homepages seines Unternehmens als auch seiner einzelnen Restaurants, glänzt Delos durch Abwesenheit. Weder verfügt er über eine eigene Homepage, noch lässt er sich durch Fotos oder Kommentare bei Restaurantführern vertreten. Nur beiläufig werden die nötigsten Informationen gegeben. Wohlbermerkt, er besitzt sowohl mehrere der luxuriösesten gastronomischen Einrichtungen Moskaus als auch günstige Fast-Food-Ketten. Dieser eklatante Gegensatz zwischen perfekter Repräsentation und perfekter Nicht-Repräsentation beweist die Abhängigkeit, infolgedessen auch die Unmündigkeit des Forschers am Schreibtisch, der sich durch ein Feld voller *vor*-konstruierter Wirklichkeiten bewegen muss und keine eigenen Eindrücke und Daten verarbeiten kann.

Welche Alternativen stehen zur Verfügung? Ein möglicher – mehr idealistischer als realistischer – Vorschlag ist die *multi-sited ethnography* nach George E. Marcus. In unserem Beispiel würde man die verschiedenen Kontexte und Orte nachvollziehen, die die Speisen in ihrer Produktion und Benutzung durchlaufen. Dazu gehören die mechanische Fabrikation, die jeweilige Unternehmenskultur, Marketingstrategie, der rechtliche Rahmen, bestehende kulturelle Traditionen und nicht zuletzt die Akteure selbst, die verkaufen oder konsumieren.

Doch wie wir gemerkt haben, bleibt die Produzentenseite undurchsichtig. Man kann sich bestenfalls an werbeträchtigen Präsentationen abarbeiten; für ein qualitatives Interview müsste man bereits Teil des Systems sein und zumindest über Beziehungen verfügen. An der Ergiebigkeit des Interviews wäre zu zweifeln, denn die diskursiv dominierende ökonomische Seite hat wenig Interesse an Darstellungen, die von ihren eigenen abweichen. Eine Alternative wäre die teilnehmende Beobachtung und Begleitung der Konsumenten – was letztlich keine multilokale Ethnographie wäre, da sie nur deren Wahrnehmung einseitig rekonstruieren würde.

Quellen

- Caldwell, Melissa L.**, 2004. Domesticating the French Fry. McDonalds and Consumerism in Moscow. In: *Journal of Consumer Culture* 4 (1), S. 5–26.
- Caldwell, Melissa L.**, 2002. The Taste of Nationalism: Food Politics in Postsocialist Moscow. In: *Ethnos* 67 (3), S. 295–319.

- Caldwell, Melissa L.**, 2002. The Social Economy of Food Poverty in Russia. In: Kockel, Ulrich (Hg.): Culture and Economy. Contemporary perspectives. Adlershot: Ashgate, S. 11–34.
- Chater, Jennifer**, 2004. Shchit i Mech. <http://www.go-magazine.ru/articles/show/419>
- Färber, Alexa and Cordula Gdaniec**, 2004. Shopping Malls and Shishas. Urban Space as Approaches to Transformation in Berlin and Moscow. In: *Ethnologia Europaea* 34 (2), S. 113–128.
- Graudt, Sveta**, 2004. Back to the USSR. <http://www.go-magazine.ru/articles/show/101>
- Graudt, Sveta**, 2004. Simple Food is Back in Vogue. <http://www.go-magazine.ru/articles/show/34>
- Hartmann, Jens**, 2005. Rußlands größter Koch. Arkadi Novikov war für McDonald's nicht gut genug. Nun herrscht er über ein Gastronomieimperium mit 10 300 Mitarbeitern und ernährt Moskaus Eliten. <http://www.welt.de/data/2005/12/10/815447.html?prx=1>
- Jerochin, Vjatscheslav**, 2004. Restaurantszene in Moskau – Geschäft mit Perspektive. <http://www.wostok.de/magazin/gesellschaft/index.html>
- Khazanov, Anatoly**, 1998. Whose City is Moscow Today? *Anthropology of East Europe Review* 16 (1) http://condor.depaul.edu/~rrotenbe/aer/aer16_1.html
- Kurt, Hildegard**, 1999. Impulse aus der Kunst zur Überwindung der Konsumkultur. <http://www.hildegard-kurt.de/publi27.htm>
- Lebedev, Anastasiya**, 2005. Cola versus Pepsi, Santa Versus Moroz. <http://www.themoscowtimes.com/stories/2005/12/30/041.html>
- Marcus, George E.**, 1995. Ethnography in/of the World System: The Emergence of a Multi-Sited Ethnography. In: *Annual Review of Anthropology* 24, S. 95–117.
- Neidhart, Christoph**, 2003. Russia's Carnival. The Smells, Sights and Sounds of Transition. Roeman&Littlefield, Lanham etc. Ch.3, Ch.10.
- Paperny, Vladimir**, 1997. Moscow: A State of Mind. Reprinted from *Magisterium International Magazine*, Moscow: 1997. <http://www.paperny.com/moscow850.html>
- Padgett, Andrew**, 2002. Coca-Cola, MTV and the Laboratory of Culture in the New Russia. In: *The Soviet and Post-Soviet Review*, 29 (3), S.277–289.
- Patico, Jennifer**, 2001. Globalization in the Postsocialist Marketplace. Consumer Readings of Difference and Development in Urban Russia. In: Stryker, Rachael/ Jennifer Patico (eds.): The Paradoxes of Progress. Globalization and Postsocialist Cultures. Berkeley: University of California, S. 127–242.
- Schlögel, Karl**, 1992. Moskau. Die Rückkehr des Cafés. In: Walter Prigge: Städtische Intellektuelle. Urbane Milieus im 20. Jahrhundert. Frankfurt a. M, S. 162–181.
- Voswinkel, Johannes**, 2005. Westliche Wunderwaffe. 15 Jahre McDonalds in Moskau brachten Freundlichkeit und Fleisch für alle. <http://zeus.zeit.de/text/2005/06/mcdonalds>

Internet-Restaurantführer:	Internetzeitungen:
www.resto.ru www.restoran.ru www.menu.ru www.restorans.ru www.cooking.ru www.foodcourt.ru/ www.go-magazine.ru	www.mn.ru www.rian.ru www.aktuell.ru www.itogi.ru www.aif.ru www.kommersant.ru www.welt.de www.zeit.de
Internetseiten der Cafés und Restaurants:	Sonstige:
http://novikovgroup.ru/ http://www.mcdonalds.ru/ http://www.faqcafe.ru/ http://www.metropol-moscow.ru/ http://www.hotel-moskva.ru/	http://chernovic.ru/ Seite des Restaurantkritikers Sergej Černov.

Gesellschaftliche Resonanz des Systemwandels in den baltischen Gesellschaften im intergenerationellen Vergleich

Nach fünfzehn Jahren der Unabhängigkeit haben Estland, Lettland und Litauen die primären Ziele der Transformation erreicht. Trotz eines problematischen Starts und der Herausforderungen der Gleichzeitigkeit, von denen Claus Offe bereits 1991 sprach, sind Demokratisierung, Westernisierung und Entsovjetisierung der baltischen Staaten gelungen, was mit der Aufnahme der Staaten in die europäischen Strukturen bestätigt wurde.¹ Trotz der Fortschritte der Systemtransformation und der erfolgreichen Sozialpolitik, welche allen drei Staaten gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichte, haben viele Einwohner der baltischen Staaten die Skepsis gegenüber den neuen politischen Strukturen bewahrt.² Diese zeichnet sich nicht nur durch eine nostalgische Stimmung der älteren Teile der Bevölkerung bezüglich der extensiven, obwohl ineffektiven Sozialpolitik der sowjetischen Vergangenheit aus, sondern wird auch durch die Bereitschaft der Generation mittleren Alters dokumentiert, politische Parteien mit starker sozialer Orientierung zu wählen. Obwohl die jüngeren Bewohner der baltischen Gesellschaften im Gegensatz zur Generation ihrer Eltern oder Großeltern politische Parteien mit liberalen politischen und wirtschaftlichen Programmen vorziehen, unterstützen sie politische Entscheidungen, welche sozial schwachen Bevölkerungsteilen eine minimale staatliche Unterstützung garantieren.³

In der neueren Baltikumforschung hat sich die Auffassung etabliert, dass aufgrund der sozio-ökonomischen oder politischen Umstände die nicht-titulären Einwohner der baltischen Staaten häufiger und härter von den sozialen Einschnitten betroffen sind.⁴ Wie oft betont wird, erhielten viele vorwiegend nicht-tituläre Einwohner in Estland und Lettland bis heute nicht die Staatsbürgerschaft dieser Staaten, selbst wenn sie mit ihren ‚eigenen‘ Nationalstaaten – Russland, Ukraine oder Belarus – seit Jahren keine Verbindungen mehr haben. Doch die ethnische Zugehörigkeit alleine bietet keine ausreichende Erklärung der vielgestaltigen sozialen Marginalisierung. Der soziale, politische und ökonomische Wandel der postsowjetischen Zeit nahm in allen drei Staaten einen ähnlichen Verlauf. Zentral war dabei die massive Umstrukturierung der Volkswirtschaften vor allem hin zu immaterieller Produktion wie etwa Dienstleistungen. Damit waren die sozial und wirtschaftlich schwächer gestellten Bevölkerungsgruppen stärker betroffen. Diese führten die Entwicklung aber nicht auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, sondern auf ihre ethnische Zugehörigkeit zurück. In der Forschung ist daher die Bezeichnung dieser Prozesse als diskriminierend verbreitet, wenn die Eigenwahrnehmung der russischsprachigen Bevölkerung aus diesem Blickwinkel untersucht wird. Angesichts der institutionellen Probleme der Transformation ist diese Darstellung allerdings sehr verkürzt.

Im Folgenden werde ich exemplarisch die häufig behauptete, doch selten empirisch belegte Hypothese der sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum anhand von Daten aus Bevölkerungsumfragen untersuchen. Ich möchte dabei nicht den Bias der Forschung fortsetzen, der überproportional allein die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf den Status der nicht-titulären Bevölkerungen im Baltikum fokus-

¹ Claus Offe. 1991. "Capitalism by democratic design? Democratic theory facing the triple transition in East Central Europe." *Social Research* 58:865–882.

² Roger Sapsford and Pamela Abbott. 2006. "Trust, confidence and social environment in post-communist societies." *Communist and Post-Communist Studies* 39:59–71.

³ Für die theoretische Ausarbeitung des empirischen Materials hierzu siehe William Mishler and Richard Rose. 2002. "Learning and re-learning regime support: The dynamics of post-communist regimes." *European Journal of Political Research* 41:5–36.

⁴ Aadne Aasland and Tone Fløtten. 2001. "Ethnicity and Social Exclusion in Estonia and Latvia." *Europe-Asia Studies* 53:1023–1049.

siert, sondern auf einen bislang unterschätzten Aspekt dieser Benachteiligung im Rahmen der Transformationsprozesse verweisen. Meine These ist in Anlehnung an mehrere Transformationsstudien, dass sich das Anpassungspotenzial diverser sozialer und ethnischer Gruppen in einer Gesellschaft am einfachsten prüfen lässt, indem die zwei Alterskohorten untersucht werden, welche am weitesten auseinander liegen. Ausgehend von Thesen der soziologischen Sozialisations- und Lerntheorie wäre zu erwarten, dass sich die jüngere Generation der baltischen Bevölkerungen am besten in die sozial-politischen und wirtschaftlichen Umstände eingefunden hat und deswegen innerhalb dieser Alterskohorte zwischen den Titulareinwohnern und den Russischsprachigen die geringsten sozioökonomischen Unterschiede festzustellen sind. Diese Annahme bestätigend argumentiert die soziologische Informations- und Lerntheorie, dass die älteste Kohorte der gesamten Bevölkerung mit den meisten Problemen hinsichtlich der Anpassung und Bewertung der veränderten Lebensumstände konfrontiert ist. Diese Annahmen lassen vermuten, dass ausschließlich diese Alterskohorte signifikante Unterschiede in der Wahrnehmung der Transformation aufweist. Eine Untersuchung dieser These ermöglicht eine Antwort auf die Frage, ob die Benachteiligung der russischsprachigen Bevölkerung kulturspezifisch ist oder ob die baltischen Gesellschaften kulturimmanente Anpassungsprobleme zu bewältigen haben.

Anhand der Daten, die in den Studien des *New Baltic Barometer*⁵ (*NBB*) in allen drei baltischen Staaten im September 2004 gesammelt wurden, werde ich zeigen, dass – obwohl Unterschiede in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sicherheit bei den russischsprachigen und titulären Einwohnern bestehen – ebenso große Unterschiede in der Betroffenheit der unterschiedlichen Alterskohorten zu beobachten sind.

Operationalisierung und Analyse

Zuerst ist es wichtig, den Begriff „Systemtransformation“ zu präzisieren. Dieser umfasst Veränderungen der Funktionsbereiche des Staates, welche die Performanz der Individuen in den wirtschaftlichen und politischen Bereichen betreffen. Die meisten Transformationstheorien fokussieren auf die objektiven Veränderungen in der Lebensweise der Menschen, welche durch die Anpassung an die Transformationsprozesse erforderlich werden. Systemtransformation ist daher v.a. auf der individuellen Ebene zu eruieren.⁶ Die Ergebnisse der verschiedenen Studien der *NBB*-Reihe verdeutlichen, dass die sozioökonomische Resonanz der gesamtgesellschaftlichen Prozesse aus den Einstellungen der Befragten weitgehend rekonstruiert werden kann und so auf die gesamtgesellschaftliche Ebene transponierbar ist.⁷ Um die Information, die das *NBB* anbietet, sinnvoll analysieren zu können, unterscheide ich drei Ebenen der Betroffenheit von Transformation, welche die politische, ökonomische und soziale Dimension bemessen.⁸ Die Fragen, welche diesen drei Ebenen zugeordnet werden, stehen exemplarisch für eine Reihe von Aspekten, die durch das in der Gesellschaft vorhandene Gefühl der Betroffenheit ausgedrückt werden, und erlauben insbesondere eine Aussage über die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Wandels bei marginalisierten Teilen der Bevölkerung.

⁵ Es handelt sich hierbei um ein Projekt, welches die öffentliche Meinung zu den Fragen der Sozialpolitik in der Region seit bereits 13 Jahren untersucht. Details sind unter <http://www.balticvoices.org> und <http://www.abdn.ac.uk/cspp/> zu finden.

⁶ Jolanta Aidukaite. 2003. "From Universal System of Social Policy to Particularistic? The Case of the Baltic States." *Communist and Post-Communist Studies* 36:405–426.

⁷ Richard Rose. 2005. *New Baltic Barometer VI: A Post-Enlargement Survey*. Glasgow: Centre for the Study of Public Policy.

⁸ Ein Großteil der Studien weist auf den probabilistischen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Wohlstand der Gesellschaft und dem Grad ihrer Politisierung hin. Exemplarisch Jan W. van Deth and Martin Elff. 2004. "Politicisation, economic development and political interest in Europe." *European Journal of Political Research* 43:477–508. Michael Bernhard, Timothy Nordstrom, and Christopher Reenock. 2001. "Economic Performance, Institutional Intermediation, and Democratic Survival." *Journal of Politics* 63:775–803.

Die Konzentration meiner Untersuchung auf die subjektive Einschätzung der Respondenten ermöglicht Rückschlüsse auf die Rezeption der politischen und wirtschaftlichen Marginalisierung bei den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Die Eigenwahrnehmungen der politischen und wirtschaftlichen Randstellung sind insbesondere im Zusammenhang mit der Akzeptanz von Sozialpolitik zu deuten, welche die Einstellung gegenüber den makrosozialen, v.a. politischen Prozessen prägt. Die Analyse der politischen Einstellungen der Respondenten erfolgt über die Indikatoren *Bewertung des heutigen politischen Systems*, *Vertrauensgrad gegenüber dem Parlament* sowie *Vertrauen in die Verbindung zwischen Politikern und Wählern*. Da sich der politische Status primär auf die wirtschaftliche Lage der Menschen auswirkt, habe ich des Weiteren die Einschätzungen über die *aktuelle wirtschaftliche Lage*, das *Einkommensniveau des Haushalts* und die *Bewertung des ökonomischen Status des eigenen Haushalts* herangezogen. Da sowohl die politische Positionierung als auch die wirtschaftliche Lage Aufschlüsse über das soziale Wohlbefinden geben können, letztere aber darüber hinaus von weiteren Faktoren bedingt wird, habe ich zusätzlich Fragen nach Aspekten der Einschätzung der eigenen sozialen Position einbezogen. Hierunter fasse ich Aussagen bezüglich der *Wahrnehmung der Unsicherheit in der Gesellschaft*, der *Möglichkeit der sozialen Unterstützung aus dem Freundeskreis*, sowie der *Selbstbestimmtheit in Bezug auf das eigene Leben*. Wie deutlich wird, werden je drei Dimensionen der subjektiven Wahrnehmung der Respondenten berücksichtigt. Indem die Einschätzung der eigenen Einbettung in das soziale, wirtschaftliche und politische System erfragt wird, können auch Rückschlüsse auf die individuelle Betroffenheit während des Wandels gezogen werden. Insgesamt ist so eine heterosubjektive Perspektive gewährleistet, welche der Analyse der systemischen sozialen Zustände, der individuellen Betroffenheit durch den Wandel der unmittelbaren sozialen Netzwerke sowie der Selbstpositionierung der Respondenten in der Transformation dient.⁹

Demnach lassen sich entsprechend der Antwortmuster fünf Gruppen klar definieren, welche ihrer Selbsteinschätzung nach unterschiedlichen Status aufweisen – von sehr gut integriert bis ausgeschlossen. Die Validität der Klassifikation dieser Statusgruppen habe ich ebenfalls kontrolliert. Dabei hat sich gezeigt, dass die von mir konstruierten Variablengruppen voneinander unabhängig sind. Ein Zusammenhang besteht hingegen zwischen den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aspekten.¹⁰ Dieser Zusammenhang ist teilweise mit der ethnischen Zugehörigkeit der Interviewten zu erklären.¹¹

⁹ Die teilweise komplex kodierte Antworten auf diese Fragen habe ich als dummy-Variablen umkodiert und die Antworten aufaddiert. So ließ sich eine Skala der Antworten konstruieren, welche die Einschätzung der Transformation von „sehr negativ“ (0 Punkte) bis „sehr positiv“ (9 Punkte) erfasst. Da einige Interviewten keine definitiven Antworten auf die hier berücksichtigten Fragen gaben (keine Antwort, verweigert etc.), habe ich diese Personen aus dem Sample herausgenommen. Die verbliebenen Daten sind nach den Kriterien Geschlecht, Alter, Bildungsgrad und ethnische Zugehörigkeit entsprechend den demografischen Daten der Länder gewichtet. Nach dieser Berechnung blieben in dem Datensatz 1711 Menschen (aus Estland 524, Lettland 537, Litauen 650). Diese werden in einem repräsentativen Sample der Bevölkerung für jedes Land betrachtet.

¹⁰ Politischer – Wirtschaftlicher Status ($R=,291^{**}$); Wirtschaftlicher – Sozialer Status ($R=,362^{**}$); Politischer – Sozialer Status ($R=,048^*$);

¹¹ In der Befragung wurde nach der Sprache des Interviews unterschieden (Russisch oder Sprache der baltischen Mehrheit). Weitere Fragenkomplexe erlauben auszurechnen, welcher ethnischen Gruppe der Respondent angehört. Wenn die Kategorien, die ich konstruiert habe, auf die Antworten mit der Variable „Sprache des Interview“ korreliert und dabei auf die ethnische Zugehörigkeit geprüft werden, so ergibt sich, dass sich die russischsprachigen Befragten bezüglich aller drei Dimensionen schlechter gestellt einstufen: „Sprache des Interview „Russisch““ mit wirtschaftlichem Status ($R=-,102^{**}$). Korrelationen zwischen dem sozialen Status und dem politische Status wirkt sich nicht signifikant aus. Wenn wir die Antworten der Russischsprachigen in Litauen ausschließen – da sie im Gegensatz zu vielen Russischsprachigen in Lettland und Estland die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme und dadurch auch in ihrem sozialen Status größere Sicherheit haben – wird auch die Verbindung zwischen der Interviewsprache und der Wahrnehmung der politischen Benachteiligung deutlich ($R= -,087^{**}$). Die Korrelation zwischen der Interviewsprache und dem sozialen Status ist nicht signifikant.

Interessanter aber ist der Befund, dass die Korrelation zwischen selbstempfundenem (wirtschaftlichen, sozialen und politischen) Status und Sprache der Interviewten ($R = -0,065^{**}$) schwächer ist als die Korrelation zwischen dem selbstempfundenen Status der Respondenten und der errechneten Zuordnung zu einer Alterskohorte ($R = -,180^{**}$). Dies zeigt deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte ein besserer Indikator für den eigenen Status ist als die ethnische Zugehörigkeit. Im Ergebnis sehen sich allerdings die russischsprachigen älteren Menschen in ihrem Status besonders schlecht gestellt. Es kann ferner behauptet werden, dass in Estland, Lettland und Litauen die Unterschiede zwischen den ethnischen Gruppen am deutlichsten im Vergleich zwischen der jüngsten und der ältesten Alterskohorte zu sehen sind.

Diese Ergebnisse belegen nun exemplarisch einerseits die gängige These von der marginalen Stellung der nicht-titulären Bevölkerungsgruppen anhand ihrer Selbsteinschätzung bezüglich des eigenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Status. Andererseits zeigen sie noch deutlicher, dass auch kurz nach dem EU-Beitritt der baltischen Staaten trotz der massiven Konditionierungsversuche der EU keine erfolgreiche Sozialpolitik durchgesetzt wurde. Als Indiz für die fehlende Umsetzung einer erfolgreichen Sozialpolitik in allen drei Ländern kann auch die neueste Welle der Euroskepsis gesehen werden, welche als außenpolitische Dimension der Unzufriedenheit der baltischen Bevölkerungen mit der aktuellen Innen- und vor allem Sozialpolitik zu deuten wäre.

Zusammenfassung und Ausblick

Im Rahmen dieser kurzen Darstellung ist es nicht möglich, im Detail auf die intergenerationellen Unterschiede in der Betroffenheit durch die Systemtransformation einzugehen und zum Wahlverhalten in Bezug zu setzen. Als zentrales Ergebnis kann jedoch festgehalten werden, dass die soziale und wirtschaftliche Marginalisierung der älteren Bevölkerungsschichten – dabei der nicht-titulären mehr als der titulären – den langsamen, aber steten Wandel hin zu einer aktiven Sozialpolitik erklären kann, welcher im Kontrast zur im Sinne der EU forcierten liberalen Wirtschaftspolitik steht.¹² Die liberale Wirtschaftspolitik wiederum wird von der jüngeren, sozial und wirtschaftlich von den Reformen der letzten Jahre massiv profitierenden, Generation bevorzugt und getragen.

Diese und andere Trends können noch pointierter aus dem *New Baltic Barometer* erschlossen werden, woraus deutlich abzulesen ist, dass die Einwohner baltischer Staaten die Transformation überwiegend positiv bewerten. Dennoch gibt es einige Aspekte des Systemwandels, welche von diversen sozialen Gruppen unterschiedlich bewertet werden, dies allerdings nicht – wie in der Literatur häufig angenommen – in Abhängigkeit von ihrer sprachlich-kulturellen Zugehörigkeit. Vielmehr kann beobachtet werden, wie sich die Meinungsgruppen entlang der generationellen Falllinien bilden. Diese Entwicklung – über den Zeitraum der vergangenen 15 Jahre und im Kontext der Systemtransformation und des sozialen Wandels gesehen – verweist auf die Vielschichtigkeit der Transformation in der Region.

¹² Daniel Guérin, François Petry, and Jean Crête. 2004. "Tolerance, protest and democratic transition: Survey evidence from 13 post-communist countries." *European Journal of Political Research* 43:371–395.

Alphabetisches Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Timofei Agarin	DFG-Graduiertenkolleg „Generationengeschichte“ Georg-August Universität Göttingen tagarin@gwdg.de
Luise Althanns	Promotionsstudiengang „Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart“ Zentrum für Höhere Studien Universität Leipzig Luise.Althanns@gmx.de
Chris Armbruster	Research Network 1989 <i>und</i> Robert Schuman Centre for Advanced Studies European University Institute, San Domenico, Italien chris.armbruster@iue.it
Dr. Enikő Baga	Lehrstuhl „Politikwissenschaft und politische Soziologie m. d. Schwerpunkt Osteuropa“ Institut für internationale Beziehungen und vergleichende Politikwissenschaften Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main baga@soz.uni-frankfurt.de
Melani Barlai	Technische Universität Chemnitz melani_barlai@web.de
Dr. Doris Beer	Bildungs- und Sozialforschung Dinslaken info@doris-beer.de
Katrin Bergholz	Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin katrin_bergholz@yahoo.de
Martin Birtel	Institut für Geographie Westfälische Wilhelms-Universität Münster birtel@gmail.com
Andriy Bocharov	School of International Business Hochschule Bremen anboho@gmx.de
Lucian-Boian Brujan	Geographisches Institut Eberhard Karls Universität Tübingen lucian-boian.brujan@uni-tuebingen.de
Aron Buzogány	Arbeitsstelle Europäische Integration Otto-Suhr-Institut Freie Universität Berlin buzogany@zedat.fu-berlin.de
Gunter Deuber	Universität Bayreuth <i>und</i> Economics and Financial Market Research Raiffeisen Zentralbank Österreich (RZB), Wien gunter.deuber@gmail.com
Ewa Agata Dziedzic	Institut für Politikwissenschaft Wien ewa.dziedzic@univie.ac.at

Dr. Elke Fein	Neuere und Osteuropäische Geschichte Seminar für Wissenschaftliche Politik Albert-Ludwigs-Universität Freiburg fein@uni-freiburg.de
Martin Fischer	Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin martin.fischer@mail.ru
Anja Franke	Universität Kiel franke@politik.uni-kiel.de
Sonja Guttenbrunner	Arbeitsstelle Europäische Integration Otto-Suhr-Institut Freie Universität Berlin sguttenb@zedat.fu-berlin.de
Dr. Florian Hartleb	Technische Universität Chemnitz florian_hartleb@web.de
Tatjana Hofmann	HS Europäische Ethnologie/Russistik/Neuere deutsche Literatur Humboldt-Universität zu Berlin ttannja@gmx.de
Olena Horban	Universität Bremen ohorban@yahoo.de
Maja Ključar	Lehrstuhl für Handels- und Wirtschaftsrecht Arbeitsrecht und Rechtsvergleichung Humboldt-Universität zu Berlin majaklj@yahoo.de
Dr. Jörn Knobloch	Universität Potsdam jknob@gmx.de
Dr. Anne Sophie Krossa	College of Europe/Natolin askrossa@web.de
Mara Kuhl	Lehrstuhl Verwaltung und Organisation Universität Potsdam mara.kuhl@fg-gender-main.de
Ramona Lange	Master of Arts Studiengang Osteuropa-Institut Freie Universität Berlin ramona.lange@macnews.de
Andreas Lorek	Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder andreas.lorek@gmx.de
Marina Makhlin	Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main ludvipol@yahoo.de
Inna Melnykovska	Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft Freie Universität Berlin melinna@gmx.de

Wolfram Pergler	Universität Wien a9801570@unet.univie.ac.at
Laura de Roos	HS Europäische Ethnologie/Russistik Humboldt-Universität zu Berlin ldr-lilie@gmx.de
Susanne Schatral	Zentrum für feministische Studien – Gender Studies Universität Bremen schatral@uni-bremen.de
Jörg Scheffer	Lehrstuhl für Anthropogeographie Universität Passau scheffer@uni-passau.de
Laura Sūna	Institut für Soziologie Fakultät für Sozialwissenschaften Universität Lettlands, Riga laura.suna@lu.lv
Marina Sverdel	Institut für Journalistik Universität Dortmund sverdel@web.de
Alena Vysotskaya	Universität Erlangen-Nürnberg jelena_rb@hotmail.com
Johannes Winter	Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut Universität zu Köln johannes.winter@wiso.uni-koeln.de
Jan Zofka	Universität Leipzig jan@zofka.de

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 66 **Tschetschenienkrieg und nationalistischer Diskurs in Russland** Am Beispiel von KPRF und Jabloko Von Jin-Sook Ju (*April 2005*) – Druckfassung vergriffen –
- No. 67 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance** The Case of the New EU Member States Part 1: The State of Civil Society By Heiko Pleines (ed.) (*May 2005*)
- Nr. 68 **„Stiller als Wasser, tiefer als Gras“** Zur Migrationsgeschichte der russischen Displaced Persons in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg Von Anne Kuhlmann-Smirnova (*Juli 2005*)
- No. 69 **How to explain Russia’s post-Soviet Political and Economic System** By Heiko Pleines (ed.) (*August 2005*)
- Nr. 70 **Integration und Ausgrenzung im Osten Europas.** Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin (*September 2005*)
- Nr. 71 **Die Mittel- und Osteuropa-Aktivitäten der Universität Bremen im Überblick** Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, International Office der Universität Bremen (Hg.) (*Oktober 2005*)
- Nr. 72 **Russlands Regionen auf dem Weg nach Europa?** Von Galina Michaleva (Hg.) (*November 2005*)
- Nr. 73 **Die russische Außenpolitik unter Putin** Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.) (*Dezember 2005*)
- No. 74 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance** The Case of the New EU Member States Part 2: Questions of Accountability By Heiko Pleines (ed.) (*February 2006*)
- Nr. 75 **Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko** Auf der Suche nach politischer Stabilität Von Heiko Pleines (Hg.) (*April 2005*)
- No. 76 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance** The Case of the New EU Member States Part 3: Involvement at the EU Level By Heiko Pleines (ed.) (*September 2006*)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa (www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Kegel: Die Staatssymbolik des neuen Russland.**
Traditionen - Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, Euro 24,90
- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):
Nur ein Ölboom?**
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005 (im Druck), 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:
Ukrainische Seilschaften**
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:
Polnische Prosa nach 1990**
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-x, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:
Zwischen Kreuz und Europastern**
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004, 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:
Geschäfte mit der Macht**
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa**
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur,
Institutionenbildung und Akteursverhalten**
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien**
Programmathe Differenzierung als Element der Parteibildung im
post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Münster) 2005, ca. 300 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Kegel:
Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland
der Transformationszeit**
LIT Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), ca. 656 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen (ab November)

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de